

**Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften
School of Management and Law**

Abteilung Banking, Finance, Insurance

Bachelor of Science in Betriebsökonomie

Frühlingssemester 2021

Bachelorarbeit

**Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz – Tatsache
oder Mythos?**

vorgelegt von:

Vanessa Colicchio

13115795

eingereicht bei:

Dr. Roland Hofmann

Dozent für Banking & Finance

Winterthur, 6. Juni 2021

Management Summary

In den letzten Jahren haben globale Ungleichheitssituationen zu zahlreichen politischen Debatten geführt. Die Entwicklung der Ungleichheitsdynamik im Ausland hat die Auseinandersetzung mit der Thematik der Einkommens- und Vermögensungleichheit auch in der Schweiz gefördert. Entsprechend wurden viele politische Initiativen zu Verteilungsfragen eingereicht, welche allerdings beim Volk keinen Anklang gefunden haben. Das Hauptziel dieser Thesis ist es, die tatsächliche Ungleichheitsdynamik mit der subjektiven Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung und ihrer Meinungsführer zu vergleichen, um problemorientierte Verteilungsdebatten führen zu können.

Der Aufbau dieser Thesis beruht auf einer theoretischen Grundlage, welche einer empirischen Untersuchung gegenübergestellt wird. Der theoretische Teil beinhaltet eine Literaturübersicht über die Verteilung der Einkommensanteile sowie der Vermögenswerte und es werden fundamentale Bestandteile des Schweizer Systems dargestellt. Die theoretische Abhandlung gibt die Stossrichtung für die empirische Untersuchung vor. Die Darstellung der subjektiven Wahrnehmung in Bezug auf die Ungleichheitssituation in der Schweiz wird mittels einer qualitativen Primärforschung, basierend auf fünf Experteninterviews aus der Politik sowie aus dem Wirtschaftsumfeld und sieben Interviews aus der Bevölkerung, erfasst. Bei der Zielgruppenzusammensetzung wird auf unterschiedliche soziodemografische Eigenschaften der Probanden gesetzt, damit eine heterogene Erhebung der Wahrnehmung gewährleistet werden kann.

Die Erkenntnisse aus dem Theorieteil veranschaulichen ein multifunktionales und stabiles Sozialsystem, welches in der Schweiz zu einer hohen und gleichmässigen Wohlstandverteilung sowie zur Abfederung möglicher Ungleichheiten führt. Damit wird eine theoretische Ungleichheitsproblematik verworfen. Paradox ist die Wahrnehmungsverzerrung der Untersuchungsgruppen, die insbesondere die Öffnung der Einkommensschere als besorgniserregend einstufen. Weiter zeigen die Ergebnisse aus der Untersuchung, dass ein Ungleichheitsgefühl nicht nur aus dem Vergleich zwischen Arm und Reich herrührt, sondern auch branchenübergreifende Einkommensunterschiede wahrgenommen werden. Die Deutung der subjektiven Wahrnehmung des Schweizer Volkes sowie der Meinungsführer

erklärt eine Wahrnehmungsverzerrung der Ungleichheitssituation, die eine Kontroverse zwischen der Realität und dem Empfinden begründet.

Schlussfolgernd erkennt diese Bachelorthesis, dass eine problemspezifische und effiziente Verteilungspolitik in Kenntnis der subjektiven Wahrnehmung der Bürger stattfinden muss. Entsprechend ist von zentraler Bedeutung, dass der Staat die nötigen Voraussetzungen schafft, damit die Bevölkerung die Verteilungssituation versteht und sich eine realitätsnahe Meinung bilden kann. Dadurch kann eine angemessene und problemorientierte Debatte gewährleistet werden.

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	VI
Tabellenverzeichnis	VII
Abkürzungsverzeichnis	VIII
1 Einleitung	1
1.1 Ausgangslage, Problemstellung und Relevanz	1
1.2 Zielsetzung und Forschungsfrage	2
1.3 Abgrenzung des Themengebietes	2
1.4 Aufbau und methodisches Vorgehen der Arbeit.....	3
2 Theoretische Grundlage und Literaturübersicht.....	4
2.1 Ungleichheitssituation in den USA.....	4
2.1.1 Einkommensungleichheit in den USA	4
2.1.2 Vermögensungleichheit in den USA	7
2.2 Ungleichheitssituation in der Schweiz.....	9
2.2.1 Einkommensungleichheit in der Schweiz.....	9
2.2.2 Vermögensungleichheit in der Schweiz	16
2.3 Globale und nationale Ungleichheitssituation im Vergleich	23
2.3.1 Bewertungsgrundlage	23
2.3.2 Ungleichheitsdynamik und Einflussfaktoren.....	23
2.3.3 Wahrnehmung von Ungleichheit.....	25
2.3.4 Hauptgründe für die Unterschiede - Das Schweizer System.....	27
2.3.4.1 Politisches System.....	27
2.3.4.2 Föderalismus und Steuersystem	29
2.3.4.3 Sozialversicherungssystem.....	32
2.3.4.4 Bildungssystem	36
2.4 Legitimation von Ungleichheit	39
2.4.1 Definition der sozialen Ungleichheit.....	39
2.4.2 Arten von Ungleichheiten.....	39
2.4.3 Gerechtigkeitsprinzip und Verteilungsgerechtigkeit	40
2.4.4 Ökonomische und politische Folgen von Ungleichheit.....	41
2.5 Die politische Verteilungsfrage in der Schweiz	43

2.5.1	Volksinitiative «gegen die Abzockerei».....	43
2.5.2	Volksinitiative «1:12 Initiative – Für gerechte Löhne».....	44
2.5.3	Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)».....	44
2.5.4	Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»	45
2.5.5	Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»	46
2.5.6	Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern (99 %-Initiative)»	47
3	Empirischer Teil	48
3.1	Forschungsmethode	48
3.1.1	Forschungsdesign	48
3.1.2	Forschungsziel	49
3.1.3	Forschungsinstrument und Zielgruppen	49
3.1.3.1	Auswahl und Zusammensetzung der Zielgruppen	49
3.1.4	Interviewleitfaden.....	50
3.1.4.1	Aufbau des Interviewleitfadens.....	51
3.1.4.2	Pretest.....	51
3.1.5	Durchführung der Untersuchung.....	52
3.1.6	Methode zur Datenauswertung.....	52
3.2	Auswertung der Interviews	53
3.2.1	Ergebnisse der Experteninterviews	53
3.2.1.1	Einstieg ins Thema der Ungleichheit	53
3.2.1.2	Einkommensungleichheit.....	56
3.2.1.3	Vermögensungleichheit.....	59
3.2.1.4	Schweizer Institutionen und Strukturen	61
3.2.1.5	Abschluss	64
3.2.2	Ergebnisse der Bevölkerungsinterviews.....	65
3.2.2.1	Einstieg ins Thema der Ungleichheit	65
3.2.2.2	Einkommensungleichheit	67
3.2.2.3	Vermögensungleichheit.....	70
3.2.2.4	Schweizer Institutionen und Strukturen	72

3.2.2.5	Abschluss	75
3.2.3	Interpretation der Ergebnisse.....	76
4	Schlussfolgerung	80
4.1	Zusammenfassung der Erkenntnisse.....	80
4.2	Ausblick für weitere Forschung / Implikationen für die Praxis.....	81
4.3	Fazit	81
5	Literaturverzeichnis	84
6	Anhang	97
6.1	Ehrenwörtliche Erklärung.....	97
6.2	Tabellarische Übersicht der relevantesten Studien der Literaturübersicht	98
6.2.1	Internationale Literatur	98
6.2.2	Nationale Literatur.....	103
6.3	Interviewleitfaden	115
6.4	Transkript der Experteninterviews.....	118
6.5	Transkript der Bevölkerungsinterviews.....	167

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Subjektiv wahrgenommene Gesellschaftsform (Niehues, 2014, S. 4). 116

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Zusammenstellung der Expertenzielgruppe	50
Tabelle 2: Zusammenstellung der Bevölkerungszielgruppe	50
Tabelle 3: Aufbau des Interviewleitfadens	51
Tabelle 4: Übersicht der internationalen Literatur	102
Tabelle 5: Übersicht der nationalen Literatur	114

Abkürzungsverzeichnis

AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
BFS	Bundesamt für Statistik
BIP	Bruttoinlandprodukt
BSV	Bundesamt für Sozialversicherungen
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft
BVV	Berufliche Vorsorge Verordnung
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei der Schweiz
DBG	Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer
EDA	Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten
EFV	Eidgenössische Finanzverwaltung
ESTV	Eidgenössische Steuerverwaltung
EVP	Evangelische Volkspartei der Schweiz
JUSO	Jungsozialist*innen Schweiz
LSE	Schweizerische Lohnstrukturerhebung
MwSt.	Mehrwertsteuer
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SLI	Schweizerischer Lohnindex
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
SSUV	Sammelstelle für die Statistik der Unfallversicherung
StHG	Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden

USA	Vereinigten Staaten von Amerika
USD	US-Dollar
WBF	Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung
WID	The World Wealth and Income Database
WID.world	The World Inequality Database
WTID	The World Top Incomes Database

1 Einleitung

«*We are the 99 %*»

Slogan der «Occupy Wall Street» Bewegung,

zitiert in Piketty (2020, S. 334)

1.1 Ausgangslage, Problemstellung und Relevanz

Das Thema der Verteilungsungleichheit hat im 21. Jahrhundert an gesellschaftspolitischer Bedeutung gewonnen. Die Verschärfung der Ungleichheitsdynamik im Ausland, ausserordentliche hohe Managerlöhne und die tiefgründige Darstellung der Ungleichheitsthematik von namhaften Ökonomen, wie Thomas Piketty, Emmanuel Saez und Gabriel Zucman, haben auf globaler Ebene zur Problemanregung bewegt (Piketty, 2020, S. 31, 393-394 sowie 399).

Die Schweiz gehört zu den reichsten Ländern der Welt und wird oft als Oase der wirtschaftlichen und politischen Stabilität beschrieben (Föllmi & Martínez, 2017a, S. 27; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 28). Ende 2019 bestand die Bevölkerung der Schweiz zu 10 % aus Millionären und besitzt mit 2 % eine eindruckliche Quote der weltweiten Millionäre (Shorrocks, A., Davies, J., & Lluberá, R., 2020, S. 33 sowie 47). Gleichwohl sind die Verteilungsfragen in den letzten Jahren nicht nur im Ausland, sondern auch in der Schweiz wichtiger Bestandteil von politischen Debatten geworden. Die mediale Debatte zum Thema der Ungleichheit birgt kontroverse Meinungen. Dabei wird einerseits die Öffnung der Schere zwischen Arm und Reich unterstrichen und andererseits der Schweiz ein gerechtes Verteilungsmass anerkannt (Eisenring, 2019; Schäfer, 2021; o.V., 2021).

Nachteilig ist die Tatsache, dass die Ungleichheitssituation der Schweiz im internationalen Diskurs nur schwach analysiert oder sehr oft sogar vollständig vernachlässigt wird. Es droht die Gefahr, aus den internationalen Untersuchungen falsche Schlussfolgerungen für die Schweiz abzuleiten. Dabei führen divergierende Landesgeschichten, heterogene wirtschaftliche sowie politische Strukturen und unterschiedliche Lebensbedingungen der Völker zu einer fehlenden Vergleichbarkeit.

Die geführte politische Debatte in der Schweiz zum Thema der Verteilung ist auf ein Wahrnehmungsproblem zurückzuführen und steht im Widerspruch zu den abgelehnten

Initiativen der letzten Jahre. Aus diesem Grund muss der Staat die subjektive Wahrnehmung seiner Bürger kennen. Diese Voraussetzung ermöglicht dem Schweizer Staat, eine korrekte Verteilungspolitik zu führen und problemspezifische Massnahmen zu definieren. Dabei ist es von Relevanz, dass das Volk über die Verteilungssituation und deren Mechanismen aufgeklärt ist, um eine Wahrnehmungsverzerrung durch mediale und gesellschaftliche Beeinflussung zu verhindern.

1.2 Zielsetzung und Forschungsfrage

Basierend auf der Relevanz der Thematik ist das Hauptziel dieser Arbeit, die tatsächliche Entwicklung und das konkrete Ausmass der Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz zu erfassen. Dabei wird einerseits der Ansatz verfolgt, eine wissenschaftlich fundierte Betrachtung der Ungleichheitsdynamik in der Schweiz darzulegen. Ausserdem soll die subjektive Wahrnehmung von Schweizer Meinungsführern der Politik und Wirtschaftswelt sowie der Schweizer Bevölkerung durch eine empirische Untersuchung erfasst werden. Ein weiteres Ziel dieser Arbeit ist es, durch eine systematische Aufarbeitung des Themas Erkenntnis zu erlangen, inwiefern eine mögliche Diskrepanz zwischen der wissenschaftlich erfassten Verteilungssituation und der Wahrnehmung der Gesellschaft vorliegt.

Im Rahmen dieser Thesis gilt es die folgenden zentralen Forschungsfragen chronologisch zu beantworten:

1. Fragestellung (theoretisch): Wie wird die tatsächliche Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz wissenschaftlich erfasst?

2. Fragestellung (empirisch): Wie nehmen Meinungsführer der Wirtschaft und Politik sowie die Schweizer Bevölkerung das Problem der Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz wahr?

1.3 Abgrenzung des Themengebietes

Der Fokus der vorliegenden Arbeit liegt auf der deskriptiven Erfassung der nationalen Ungleichheitssituation basierend auf vorhandene Studien und auf der wahrgenommenen Realität der Schweizer Bevölkerung. Eine Analyse der globalen Einkommens- und

Vermögensungleichheit ist Teil der Literaturübersicht und dient der Identifizierung nationaler und globaler Unterschiede. Bei der Analyse der globalen Ungleichheit wird in dieser Arbeit die Ungleichheitssituation in den USA untersucht, da im Vergleich zu anderen Industrieländern die grössten Missverhältnisse zwischen Arm und Reich herrschen und eine ausgeprägtere Entwicklung der Ungleichheitsdynamik festzustellen ist (Piketty, 2020, S. 31, 387 sowie 465; Piketty & Saez, 2014, S. 838-839; Piketty, Saez & Zucman, 2017, S. 405). Ferner wird in dieser Arbeit die Ungleichheit zwischen Geschlechtern und Familienstand nicht berücksichtigt und die Wahrnehmung der globalen Ungleichheitssituation im empirischen Teil nicht weiterverfolgt. Abschliessend ist die vorliegende Arbeit auf die Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung beschränkt und vermag keine Lösungsansätze zur Bewältigung der Ungleichheitssituation in der Schweiz zu liefern.

1.4 Aufbau und methodisches Vorgehen der Arbeit

Der Aufbau dieser Arbeit ist in vier Kapitel gegliedert. In der Einleitung (Kapitel 1) erfolgt die Darstellung der Ausgangslage, Problemstellung und Relevanz, der Zielsetzung sowie der Abgrenzung des Themengebietes. Als Basis zur Beantwortung der Forschungsfragen wird im ersten Teil der Arbeit (Kapitel 2) sowohl eine nationale und globale Literaturübersicht vorgenommen wie auch die theoretischen Grundlagen zum Thema der Ungleichheit dargelegt. Die Erkenntnisse aus der theoretischen Abhandlung bilden die Grundlage für den empirischen Teil (Kapitel 3) der Arbeit. Im dritten Kapitel dieser Arbeit wird die Forschungsmethode und deren Zielsetzung definiert (Kapitel 3.1). Dabei wird das Vorgehen zur Erhebung der Forschungsdaten und die Zusammensetzung der Stichprobe umrissen. Der praktische Teil dieser Arbeit erfolgt in Form einer qualitativen Primärforschung. Die forschungsrelevanten Daten zur Beantwortung der zweiten Forschungsfrage werden mittels semistrukturierten Interviews der Schweizer Bevölkerung und leitfadengestützten Experteninterviews generiert. Auf Basis der geschilderten Forschungsmethode wird die empirische Untersuchung durchgeführt und mittels einer zielgruppen- und themenspezifischen Analyse werden die gewonnenen Daten im Kapitel 3.2 ausgewertet, dargestellt und interpretiert. Die Arbeit schliesst mit einer Zusammenfassung der Erkenntnisse, einem Ausblick für weitere Forschungsansätze, einer kritischen Würdigung und einem persönlichen Gedankenschluss der Verfasserin.

2 Theoretische Grundlage und Literaturübersicht

In diesem Kapitel wird der aktuelle Forschungsstand in Bezug auf die nationale und globale Ungleichheitssituation aufgezeigt. Die Literaturanalyse bildet die theoretische Grundlage für die Erfassung der nationalen und globalen Unterschiede und ermöglicht die Strukturanalyse der Schweiz. Hierzu wird die erste Forschungsfrage gestützt auf die existierenden empirischen Studien beantwortet, welche die zentrale Grundlage für die empirische Untersuchung in Kapitel 3 bildet.

2.1 Ungleichheitssituation in den USA

2.1.1 Einkommensungleichheit in den USA

Die Autoren Auten & Splinter (2019, S. 1 sowie 28-29) beschreiben den Anstieg der obersten 1 % der Einkommen vor und nach Steuern als tief. Die Studie belegt, dass die Spitzeneinkommen sich vor Steuern und bei Berücksichtigung der Sozial- und Transferleistung um 2 % und nach Steuern um 0.25 % erhöht haben im betrachteten Zeitraum von 1962 bis 2015. Diese schwache Entwicklung der Topeinkommen resultiert aus der Veränderung der Steuerpolitik und Erhöhung von staatlichen Transfers in den 1960er-Jahren (Auten & Splinter, 2019, S. 1 sowie 28-29). Es wird betont, dass, gestützt auf ihre Berechnung, welche durch die Verwendung von detaillierten Steuerdaten der amerikanischen Steuerverwaltung erfolgt, der Anstieg der Spitzeneinkommen tiefer ausfällt als unter alleiniger Berücksichtigung von Steuerdaten aus den individuellen Steuererklärungen (Auten & Splinter, 2019, S. 29-30). Eine abweichende Auffassung vertreten Alvaredo, Chancel, Piketty, Saez & Zucman (2017, S. 406), die in ihrer Studie einen überdurchschnittlichen Anstieg der obersten Nationaleinkommen vor Steuern dokumentieren. Denn während die unteren 50 % der Volkseinkommen einen negativen Anstieg von 1 % verzeichneten, stiegen die obersten 10 %¹ bis hin zu den 0.001 % der Einkommen graduell um ein Vielfaches des durchschnittlichen Wachstums aller Nationaleinkommen. Dabei wurde der Anteil der untersten Einkommen am Volkseinkommen von 20 % auf 12 % zugunsten der obersten 1 % der Spitzeneinkommen reduziert (Alvaredo et al., 2017, S. 406). Die Studie unterstreicht

¹ 10 % aller Topeinkommen stiegen um 115 % und die 0.001 % um 685 %. Dazwischen findet ein gradueller Anstieg statt (Alvaredo et al., 2017, S. 406).

damit eine hohe Konzentration des Nationaleinkommens auf die oberen Einkommensklassen und fügt hinzu, dass diese die höchste unter den Ländern China, Grossbritannien und Frankreich ist (Alvaredo et al., 2017, S. 405). Währendem Alvaredo et al. (2017, S. 406) sich in ihrer Studie mit der Verteilung der Nationaleinkommen befassen, haben die Autoren Piketty & Saez (2014, S. 838) in ihrer Studie «Inequality in the long run» die Entwicklung der Primäreinkommen untersucht. Dabei haben beide Studien die gleiche Datenbank «The World Inequality Database (WID.world)» angewendet, die eine langfristige Betrachtung der Thematik ermöglicht (Alvaredo et al., 2017, S. 404; Piketty & Saez, 2014, S. 838). Atkinson, Piketty & Saez (2011, S. 6-7), Piketty & Saez (2013, S. 456 sowie 458; 2014, S. 839 sowie 842) und Piketty (2003, S. 1 sowie 3) unterstützen die Aussage von Alvaredo et al. (2017, S. 406) hinsichtlich der starken Entwicklung der Einkommen der obersten Gesellschaftsschichten und fügen hinzu, dass die Einkommenskonzentration der USA seit 1970 rasant und kontinuierlich gestiegen ist und im Jahr 2010 den nationalen Höchstwert von 50 %² erreicht hat. Dieser Wert übertrifft die hohe Ungleichheitsdynamik in Europa der Vorkriegszeit und betont die aktuell höhere Einkommensungleichheit in den USA als in Europa (Piketty & Saez, 2014, S. 838-839 sowie 842; 2013, S. 456 sowie 476). Dabei haben vor allem die höchsten 1 % aller Spitzeneinkommen diese Entwicklung begünstigt, denn diese haben in den letzten 40 Jahren mehr als eine Verdoppelung verzeichnet (Piketty & Saez, 2013, S. 456). Das zeigt sich darin, dass eine Quote von 60 % des Gesamtwachstums aller Einkommen von den obersten 1 % der Bevölkerung realisiert wurde (Piketty & Saez, 2013, S. 458). Die Autoren ergänzen, dass die Finanzkrise diesen aufsteigenden Trend nicht unterbrochen hat, sondern lediglich kurzfristig dämpfen konnte (Piketty & Saez, 2013, S. 458). Piketty & Saez (2003, S. 1, 12, 29 sowie 34) präzisieren, dass die Entwicklung der Lohn disparitäten in den USA bedingt durch Kriege und der Grossen Depression der 1930er-Jahre keinen stabilen Verlauf aufzeigen. Atkinson et al. (2011, S. 6-7) zeigen anhand der obersten 0.1 % der Bevölkerung, dass das Arbeitseinkommen heute einen fundamentalen Bestandteil der Spitzeneinkommen verkörpert. Piketty & Saez (2003, S. 12, 31 sowie 35) fügen hinzu, dass durch die Kriege und die Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre viel Kapital vernichtet wurde. Dadurch wurde im 19. Jahrhundert das Kapitaleinkommen der

² Wert der obersten 10 % der Bevölkerung (Piketty & Saez, 2013, S. 456 sowie 458; 2014, S. 839 sowie 842).

Vermögenden stärker beeinträchtigt als das Arbeitseinkommen der Spitzenverdiener. Dabei erwähnen Piketty & Saez (2003, S. 18-19 sowie 35) eine schwache Erholung der Kapitalgewinne bis Ende der 1990er-Jahre. Während Piketty & Saez (2003, S. 1) der Auffassung sind, dass reiche Gutverdienende die «Rentiers» ersetzen, begründen Wolff & Zacharias (2009, S. 83-115 zitiert in Piketty, 2020, S. 397; Piketty & Saez, 2011, S. 53-54) die Existenz beider Kategorien. Gleichwohl präzisiert Piketty (2020, S. 396-397) in seinem Buch «Das Kapital im 21. Jahrhundert» den starken Einfluss des Kapitaleinkommens auf die negative Entwicklung der Einkommensverteilung in den USA. Der Autor begründet, dass bei steigender Einkommensklasse die Einkünfte aus Kapital zunehmend stärker ausfallen als die Einnahmen aus dem Arbeitseinkommen.

Der Anstieg der Einkommensungleichheit in den USA ist insbesondere auf die Erhöhung der Spitzeneinkommen der Manager und Führungskräfte zurückzuführen, welche sich durch eine höhere Verhandlungsmacht in Führungspositionen ergibt (Piketty, 2020, S. 397-399; Piketty & Saez, 2014, S. 839 sowie 842; 2013, S. 467-468 sowie 476). Die Autoren illustrieren, dass die Löhne im Finanzsektor rund 70 % des Einkommensanstieges der einkommensstärksten 0.1 % ausmachen (Piketty, 2020, S. 399; Piketty & Saez, 2013, S. 469). Gleichzeitig variiert der im Jahre 1933 eingeführte Mindestlohn je nach agierender Regierung und das Durchschnittseinkommen wurde nicht dem Wachstum der oberen Löhne angepasst (Piketty, 2020, S: 408-409 sowie 422). Ausserdem haben sich die Lohnunterschiede zwischen verschiedenen Ausbildungsstufen verdoppelt und der Bevölkerungsteil ohne einen akademischen Abschluss hat heute mehr Schwierigkeiten, vom Arbeitsmarkt aufgenommen zu werden (Piketty & Saez, 2014, S. 843). Zudem weist die USA nach Föllmi & Martínez (2017a, S. 21) eine sehr tiefe Bildungsmobilität auf, welche den Aufstieg in die höheren Einkommensklassen erschwert. Eine jüngere Studie von Piketty & Saez (2013, S. 469) erklärt die Veränderung des Arbeitsmarktes dadurch, dass der Beschäftigungsgrad in einigen Branchen reduziert und insbesondere der Finanzsektor ausgebaut wurde. Auch der Machtverlust der Gewerkschaften hat dazu beigetragen, dass die Löhne der Arbeitnehmerklasse einen Realwertverlust eingebüsst haben (Piketty & Saez, 2014, S. 843; Saez & Zucman, 2020, S. 13).

Eine neutrale Position nimmt Reynolds (2007, S. 1-3 sowie 20-22) ein und begründet, dass ein genau quantifizierbarer Anstieg der Ungleichheitssituation in den USA nicht belegbar ist.

Dabei kritisiert er zahlreiche Studien, die einschneidende Steuersenkungen der letzten 20 Jahre in ihren Berechnungen ignorieren oder falsch berücksichtigen. Ebenso verzerren zahlreiche steuerprivilegierte Sparlösungen³ die tatsächlichen Einkommensanteile des Mittelstandes, was zu einer ungenauen Berechnungsgrundlage der obersten Einkommen am Gesamteinkommen des Landes führt (Reynolds, 2007, S. 1 sowie 7). Der Autor kommt zum Schluss, dass eine Korrelation zwischen einer Veränderung der Steuerpolitik und den ausgewiesenen Einkommensanteilen der Bürger existiert. Dabei wird verdeutlicht, dass die Erhöhung um 20.6 % der einkommensstärksten 1 % der Bevölkerung auf aggressive Steuersenkungen der Regierung und die daraus resultierende Einkommensumschichtung zurückzuführen ist (Reynolds, 2007, S. 5). Auch nach Piketty & Saez, (2014, S. 843; 2013, S. 467 sowie 471) sowie Saez & Zucman (2020, S. 11 sowie 48) haben die zahlreichen Senkungen der Spitzensteuersätze in den USA die oberen Sozialklassen begünstigt und zu einer Verschärfung der Ungleichheit geführt.

2.1.2 Vermögensungleichheit in den USA

Obschon die USA ein hohes Durchschnittsvermögen pro erwachsene Person aufweisen, zeichnen sie sich auch dadurch aus, dass die mittleren Vermögenswerte pro erwachsene Person überdurchschnittlich tief ausfallen. Diese Tatsache verdeutlichen die Autoren damit, dass rund 29 % der Gesellschaft weniger als 10'000 USD an Vermögen besitzen. Dies führt in den USA zu einer Ungleichheit über dem globalen Durchschnitt (Shorrocks et al., 2020, S. 9-10 sowie 41). Zudem leben 40 % der Weltmillionäre in den USA, was global betrachtet eine hohe Quote darstellt (Shorrocks et al., 2020, S. 33). Die Autoren Shorrocks et al. (2020, S. 33) verdeutlichen diesen Trend damit, dass rund die Hälfte aller neuen Millionäre des Jahres 2019 aus den USA stammen. Atkinson et al. (2011, S. 12) unterstützen die These von Shorrocks et al. (2020, S. 33) in Bezug auf die Konzentration von Millionären in den USA und heben hervor, dass bereits in den Jahren 1970 bis 1992 eine Verdoppelung der Konzentration in den USA zu beobachten war.

Die USA sind eine starke Weltmacht, welche im Jahr 2019 ein Drittel des globalen Vermögensanstieges verzeichnete (Shorrocks et al., 2020, S. 9-10). Die weltweit grossen Vermögenszuwächse des Jahres 2019 sind vor allem dem Anstieg der Kapitalmärkte

³ Darunter versteht man beispielsweise Lösungen im Rahmen der Altersvorsorge (Reynolds, 2007, S. 6).

zuzurechnen, welcher in den USA zu einem Rekordgewinn von rund 42'000 USD pro erwachsene Person geführt hat (Shorrocks et al., 2020, S. 9). Auch Alvaredo et al. (2017, S. 406 sowie 408) unterstützen diese Aussage in Bezug auf den internationalen Vermögensanstieg und unterstreichen den bemerkenswerten Anstieg der hohen Vermögenswerte in den USA. Shorrocks et al. (2020, S. 38) fügen hinzu, dass seit dem Ausbruch der Finanzkrise bis ins Jahr 2016 die Quote der obersten 1 % stieg, welche sich in den darauffolgenden Jahren bis heute wieder stabilisiert hat. Gleichzeitig ergänzen die Autoren Piketty & Saez (2014, S. 839) in ihrer Studie, dass sich die Vermögenswerte in den USA schon immer auf eine kleine Minderheit konzentriert haben. Piketty & Saez (2003, S. 3 sowie 35-37) fügen hinzu, dass die Vermögenswerte in den USA, im Vergleich zu einigen Ländern in Europa, nicht komplett durch die Kriege zerstört wurden. Dennoch subsumieren die Autoren, dass die höhere Steuerprogression auf Einkommensanteile nach der Kriegszeit die Vermögensanhäufung bis in die 1980er-Jahren gehemmt hat (Piketty & Saez, 2003, S. 1-3, 21-23 sowie 37). Auch gemessen am Privatvermögen der obersten 10 % der Bevölkerung verfügen die USA in der Neuzeit über eine hohe Vermögensungleichheit von leicht über 70 % (Piketty, 2020, S. 463; Piketty & Saez, 2014, S. 839; 2013, S. 464). Die Autoren relativieren die hohe Konzentration damit, dass der nationale Höchstwert von rund 80 % sowie der europäische Spitzenwert von rund 90 % der Vorkriegszeit in den letzten Jahren nicht erreicht wurden (Piketty & Saez, 2014, S. 839). Dennoch verfügt heute die amerikanische Mittelschicht mit 40 % des nationalen Gesamtvermögens über weniger Vermögensanteile als der europäische Mittelstand (Piketty & Saez, 2014, S. 839). Piketty & Saez (2003, S. 24 sowie 37) erklären sich den Anstieg der Vermögensungleichheit durch die abnehmende Progressivität des Steuersystems. Saez & Zucman (2020, S. 10 sowie 48) bestätigen die Vermutung von Piketty & Saez (2003, S. 24 sowie 37) hinsichtlich der starken Schwächung der Steuerprogression seit den 1980er-Jahren und begründen die ausgeprägteste Entwicklung der Ungleichheit unter den Industrieländern mit einem tiefen Höchststeuersatz von 20 %. Damit betonen die Autoren einen kleinen Umverteilungseffekt durch Steuern, da die Reichen in den USA einerseits durch die tiefen Steuersätze und andererseits durch steuerliche Schlupflöcher einen kleineren Beitrag zum Ausgleich der Markteinkommen leisten (Saez & Zucman, 2020, S. 48 sowie 170-171).

2.2 Ungleichheitssituation in der Schweiz

2.2.1 Einkommensungleichheit in der Schweiz

Fluder, Hümbelin & Jann (2015, 194-195) und Lampart & Schüpbach (2020, S. 1) vertreten die Auffassung, dass sich die Einkommensverteilung in der Schweiz in den letzten 20 Jahren wesentlich verschlechtert hat. Obschon sich die Schweiz im europäischen Vergleich in den letzten 20 Jahren konstant im Mittelfeld positioniert hat, wird unterstellt, dass die Ungleichheitssituation in der Schweiz hoch geblieben ist (Fluder, Farys, Hümbelin & Jann, 2017, S. 231; Fluder, Hümbelin & Jann, 2015, S. 194; Lampart & Schüpbach, 2020, S. 7 sowie 10). Die Studie von Föllmi & Martínez (2018, S. 20) ergänzt, dass die reichsten 0.01 % der Schweizer Bevölkerung in den 1990er-Jahren unter 1 % des Gesamteinkommens besaßen. Die Autoren unterstreichen, dass sich deren Teil am Gesamteinkommen innerhalb von 20 Jahren verdoppelt hat (Föllmi & Martínez, 2018, S. 20; 2017a, S. 10-11). Ebenso betonen Fluder et al. (2015, S. 194), Föllmi & Martínez (2018, S. 19; 2017a, S. 8) und Lampart & Schüpbach (2020, S. 10), dass 1 % der Einkommensstärksten rund 11 % aller Einkommen beziehen. Grund dafür sind einerseits die höheren Löhne und andererseits das stärkere Wachstum der Kapitaleinkommen und die Einkommen der Topverdiener aus Selbstständigkeit (Lampart & Schüpbach, 2020, S. 10). Die Lohnentwicklung und das Lohnniveau wird anhand der Schweizerischen Lohnstrukturerhebung (LSE) des Bundesamtes für Statistik (BFS) erarbeitet. Um die Entwicklung der obersten Löhne aussagekräftiger erfassen zu können, berücksichtigen die Autoren die AHV-Einkommensstatistik des Bundesamtes für Sozialversicherungen (BSV) ergänzend zum Schweizerischen Lohnindex (Lampart & Schüpbach, 2020, S. 27). Die Untersuchung betont, dass die untersten und mittleren Löhne im Vergleich zu den Toplöhnen langsamer gewachsen sind. Letztere sind in den letzten 20 Jahren um 50 % gestiegen (Fluder et al., 2015, S. 195-197; Lampart & Schüpbach, 2020, S. 6). Auch eine frühere Untersuchung von Ecoplan (2004, S. 15) begründet ein stärkeres und überdurchschnittliches Wachstum der hohen Bruttolöhne. Die beiden Studien fügen hinzu, dass ausgeprägte Lohndisparitäten zwischen den Jahren 1996 und 2000 entstanden sind (Ecoplan, 2004, S. 15; Lampart & Schüpbach, 2020, S. 6). Auch nach Peters (2017, S. 11 sowie 15) partizipiert die Mittelschicht unterdurchschnittlich stark am Reichtum der Schweiz im Vergleich zu den obersten 10 % der

Einkommensklassen. Denn während das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung um 1.42 % pro Jahr steigt, sind die mittleren Einkommen um 1.2 % und diejenigen der obersten Schicht um 2.21 % gestiegen (Peters, 2017, S. 11-13). Lampart & Schüpbach (2020, S. 22-23) verstärken ihre Auffassung einer hohen Einkommensungleichheitssituation, indem sie das verfügbare Einkommen der Bevölkerung analysieren. Während Haushalte mit einem tiefen Einkommen auch ein tieferes verfügbares Einkommen als vor 19 Jahren besitzen, verfügen Gutverdiener über ein grösseres Einkommen nach Steuern. Die Studie von Ecoplan (2004, S. 8) argumentiert, dass die obersten 10 % der Bevölkerungsschicht über 4.6 Mal mehr Einkommen zur Verfügung haben als die untersten 10 % der Einkommensklassen. Eine Begründung dafür liefert die Studie von Ecoplan (2004, S. 8 sowie 15-17), welche einen stärkeren Anstieg der Zwangsausgaben im Verhältnis zum Bruttoeinkommen der ärmeren und mittleren Bevölkerungsschicht verdeutlicht. Weitere Treiber dieser Entwicklung sind nach Lampart & Schüpbach (2020, S. 13-14 sowie 20) die Schweizer Steuer- und Abgabepolitik. Letzteres fällt für die Autoren besonders ins Gewicht, da obligatorische Abgaben, wie die gestiegenen Krankenkassenprämien, 20 % der tiefen Einkommen ausmachen. Dabei weist die Studie von Fluder et al. (2015, S. 198) auf den überproportionalen Anstieg der Krankenkassenprämien hin. Während diese seit 1997 um 94 % gestiegen sind, wurden die Löhne im Verhältnis lediglich um 10 % erhöht. Zudem wird betont, dass insbesondere Spitzenverdiener von den vergangenen Steuerreformen und von der degressiven Belastung der Zwangsausgaben profitieren (Ecoplan, 2004, S. 15 sowie 17; Fluder et al., 2015, S. 198-199; Lampart & Schüpbach, 2020, S. 20). Die Studie von Peters (2017, S. 13-14) nimmt Bezug auf die Steuerpolitik und verdeutlicht, dass sich die Steuersenkungen stärker auf höhere Einkommen niederschlagen und somit die Ungleichheitssituation verschärfen. Hümbelin & Farys (2018, S. 2-3 sowie 22) wenden eine Szenarioanalyse an, um den Steuereffekt und dessen Auswirkung auf die Einkommensungleichheit zu messen. Bei der Analyse werden die Steuersätze wie auch sämtliche Abzüge berücksichtigt. Die Veränderung des verfügbaren Einkommens wird mittels Steuerdaten des Kantons Aargau gemessen. Die Ergebnisse des untersuchten Kantons sind aufgrund der Kantonsgrösse auf die Schweiz übertragbar (Hümbelin & Farys, 2018, S. 3). Die Autoren weisen auf einen leichten Anstieg des Reichtums hin, welcher mit einer geringen Erhöhung der Einkommensungleichheit

einhergeht (Hümbelin & Farys, 2018, S. 9 & 13-15). Die Studie begründet die Zunahme der Ungleichheit durch die starke Abschwächung des Umverteilungseffektes der Steuern aufgrund der Geltendmachung von Abzügen. Ebenso heben Hümbelin & Farys (2018, S. 1, 18 sowie 22) in ihrer Studie hervor, dass das progressive Steuersystem Gutverdienende überproportional mit einer Steuerentlastung begünstigt und diese somit stärker von Abzügen profitieren lässt. Es wird hinzugefügt, dass der einkommensstarke Bevölkerungsteil gleichzeitig mehr Abzugsmöglichkeiten hat (Hümbelin & Farys, 2018, S. 22-23). Erweiternd befassen sich Morger & Schaltegger (2018, S. 413, 432 sowie 436) in ihrer Studie mit der Wirkung von direktdemokratischen Instrumenten und benutzen den durchschnittlichen Steuersatz und die Steuerprogression als Messgrössen zur Bestimmung des Umverteilungsergebnisses. Morger & Schaltegger (2018, 436) kommen zum Schluss, dass fiskalische Volksentscheide nur kurzfristig einen Einfluss auf die Umverteilung haben können (Morger & Schaltegger, 2018, S. 436). Grund dafür ist, dass eine Vielzahl von Volksinitiativen langfristig zu einer Erhöhung der Steuerprogression führen und somit eine grössere Umverteilung bewirken (Morger & Schaltegger, 2018, S. 413-414 sowie 436). Entsprechend wird die abschwächende Wirkung des Umverteilungseffektes, welche kurzfristig durch Steuerreferenden herbeigeführt werden kann, langfristig wieder gedämpft (Morger & Schaltegger, 2018, S. 426 sowie 436). Dieser dämpfende Effekt wird durch die Abwanderung von Haushalten mit einem überdurchschnittlichen Einkommen in Kantone mit tieferen Einkommenssteuersätzen begründet. Diese Mobilität führt dazu, dass im Abwanderungskanton der Umverteilungseffekt abnimmt und die Progressivität im Zuwanderungskanton erhöht wird (Morger & Schaltegger, 2018, S. 426 & 436). Auch die Studien von Frey & Schaltegger (2020, S. 1, 10 sowie 17-18) und Frey, Schaltegger & Schmid (2019, S. 80) unterstützen die Aussage von Morger & Schaltegger (2018, S. 413, 432 sowie 436) in Bezug auf die Wirkung von Volksinitiativen auf die Umverteilung und begründen, dass die Spitzeneinkommen der einkommensstärksten 1 % durch Wahlzugang der Bevölkerung an Volksinitiativen reduziert werden. Demzufolge führen direktdemokratische Elemente nach Frey & Schaltegger (2020, S. 9) zu einer tieferen Einkommenskonzentration in der Schweiz. Es wird begründet, dass die obere Mittelschicht einen grossen Teil der Schweizer Bevölkerung ausmacht und somit eine hohe Gewichtung bei politischen Entscheidungen hat (Frey & Schaltegger, 2020, S. 17-18). Erfolgreich

durchgeführte Initiativen können eine Bedrohung für politische Vertreter darstellen und beeinflussen durch diesen indirekten Effekt ihre politische Stossrichtung, welche das Interesse der breiten Mehrheit stärker berücksichtigt (Frey & Schaltegger, 2020, S. 4, 13 sowie 18).

Die Untersuchung von Ecoplan (2004, S. 10) hält fest, dass sich die Ungleichheit im Alter verschärft. Gemessen am Äquivalenzeinkommen stellt die Studie ein höheres Ungleichgewicht bei Rentnern als bei Erwerbstätigen fest (Ecoplan, S. 8). Eine erhöhte Arbeitsunsicherheit bei Selbstständigerwerbenden führt ebenso dazu, dass die Einkommensschere bei den Selbstständigen stärker zugenommen hat als bei den Unselbstständigen. Zudem hat sich das Teilzeitmodell in der modernen Gesellschaft durchgesetzt, welches vor allem im Tieflohnbereich die Ungleichheit erhöht (Fluder et al., 2015, 197). Nach Fluder et al. (2017, S. 241) ist die Armutsgrenze in den letzten Jahren gestiegen, sodass 6.6 % der Schweizer Bevölkerung weniger als das Existenzminimum besitzen. Anderer Auffassung sind Schaltegger, Frey & Häner (2018, S. 32), welche eine tiefe und unterdurchschnittliche Armutgefährdungsquote für die Schweiz definieren. Frey et al. (2019, S. 76) präzisieren und erwähnen, dass die Schweiz die tiefste Armutsquote vor Steuern und Transfers innerhalb der OECD-Länder aufweist.

Die Autoren Frey et al. (2019, S. 76), Föllmi & Martínez (2018, S. 19 sowie 24; 2017a, S. 3 sowie 26), Jeitziner & Peters (2007, S. 19), Krapf (2018, S. 3) und Schaltegger et al. (2018, S. 27 sowie 29-30) vertreten eine andere Auffassung als Fluder et al. (2015, 194-195) und Lampart & Schüpbach (2020, S. 1) bezüglich des Umfangs der Zunahme der Einkommensungleichheit. In ihren Studien schätzen sie die Entwicklung der Einkommenskonzentration in der Schweiz als stabil und mässig ein. Auch die Untersuchung von economiesuisse (2013, S. 1-3 sowie 5) unterstreicht das Resultat einer stabilen Entwicklung und weist zudem auf gerechte Einkommensverhältnisse hin. Schlegel (2019, S. 65) begründet die stabile Einkommensverteilung mit einer konstanten Arbeitslosenquote seit den 1990er-Jahren sowie der hohen Erwerbsbeteiligung der Schweizer Bevölkerung. Aus der Untersuchung von Dell, Piketty & Saez (2007, S. 492 sowie 494) resultiert ebenso eine tiefe und konstante Einkommenskonzentration in der Schweiz. Föllmi & Martínez (2018; S. 24; 2017a, S. 26) weisen darauf hin, dass das etablierte duale Ausbildungssystem dazu beigetragen hat, dass die Einkommensungleichheit in den letzten Jahren einen moderaten

Verlauf verzeichnen konnte. Grund dafür ist der erleichterte Arbeitsmarktzugang für die Mehrheit der Bevölkerung, welcher ihnen hohe und marktgerechte Löhne zusichert (Föllmi & Martínez, 2018, S. 24; 2017a, S. 26). Die Studie von Krapf (2018, S. 27) erklärt die moderate Entwicklung der Ungleichheit nach Föllmi & Martínez (2018, S. 22), wobei auf die gleichmässige Verteilung der Einkommen in der Schweiz hingewiesen wird. Auch Schlegel (2019, S. 64-65) begründet die stabile Einkommensverteilung mit der starken Ausrichtung des dualen Bildungssystems an den Anforderungen des Arbeitsmarktes. Dieses ermöglicht eine schnelle Reaktionsfähigkeit, um dem technischen Wandel Stand zu halten (Schlegel, 2019, 64-65). Dabei haben die Reformen des Bildungssystems der 1990er-Jahren auch dazu beigetragen, dass sich die Bildungsqualität stark verbessert hat (Schlegel, 2019, S. 67). Weiter zeigt die Studie von Schaltegger et al. (2018, S. 30), dass die Einkommen der Besserverdiener durch die progressive Einkommensbesteuerung stark reduziert werden, womit die Einkommenskonzentration in der Schweiz gedämpft wird. Die Autoren verdeutlichen diesen Effekt mit der Analyse des Markteinkommens vor und nach der Steuerbelastung. Auch nach Föllmi & Martínez (2017a, S. 26) wird die Ungleichheit des Primäreinkommens durch die Umverteilung stark abgeschwächt. Eine andere Schlussfolgerung zieht die Studie von *economiesuisse* (2013, S. 3-4), welche anhand eines internationalen Vergleiches die tiefere Ungleichheit des Primäreinkommens versus des verfügbaren Einkommens in der Schweiz schliesst. Die Studien von *economiesuisse* (2013, S. 4), Frey et al. (2019, S. 76-77 sowie 81) und Schaltegger et al. (2018, S. 32) ergänzen und verstärken, dass der Bedarf an Umverteilung in der Schweiz aufgrund einer bereits gerechten Verteilung des Markteinkommens tief ist. Ebenso präzisiert die Studie von Fluder et al. (2015, S. 198-199 sowie 203), dass in der Schweiz durch Steuern eher wenig umverteilt wird. Föllmi & Martínez (2017a, S. 16-17) ergänzen, dass die Umverteilung nicht vollständig zwischen den Steuerzahlern, sondern insbesondere durch Transferleistungen stattfindet.

Obschon Föllmi & Martínez (2018, S. 24; 2017a, S. 3 sowie 26) eine moderate Ungleichheitssituation beschreiben, ist die Ungleichheit des Markteinkommens gemessen am Bruttoeinkommen trotzdem gestiegen. Dabei begründen Föllmi & Martínez (2018, S. 24; 2017a, S. 8-11 sowie 26) die leicht steigende Einkommensungleichheit mit einem starken Anstieg der Spitzeneinkommen seit den 1990er-Jahren (Föllmi & Martínez, 2018, S. 24; 2017a, S. 26). Hingegen sind die Autoren Schaltegger et al. (2018, S. 29) sowie

economiesuisse (2013, S. 4-5) der Meinung, dass sich die Spitzeneinkommen stabil entwickelt haben und schätzen die Spitzeneinkommen der obersten 1 % der Bevölkerung mit einem Einkommensanteil von 10 % als nicht besonders hoch ein. Dell et al. (2007, S. 488-489) unterstützen das Resultat von Schaltegger et al. (2018, S. 29) und economiesuisse (2013, S. 4-5) bezüglich der konstanten Entwicklung aller obersten Einkommensklassen und präzisieren, dass ausschliesslich 1 % der Einkommensstärksten eine Veränderung verzeichnet haben. Ausschlaggebend waren die Zuzüge von Topverdienern in die Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg (Dell et al., 2007, S. 498). In einer anderen Studie von Föllmi & Martínez (2017b) wurde zudem die Volatilität der Spitzeneinkommen genauer untersucht. Darin wird bestätigt, dass sich insbesondere die Einkommen der obersten 0.1 % und 1 % der Einkommensstärksten in den letzten 30 Jahren wesentlich erhöht haben (Föllmi & Martínez, 2017b, S. 798 sowie 807). Ebenso haben die Studien von Föllmi & Martínez (2017b, S. 807) und Lampart & Schüpbach (2020, S. 13) gezeigt, dass die Lohnunterschiede auch zwischen den einkommensstarken Arbeitnehmenden bemerkenswert und gestiegen sind. Föllmi & Martínez (2017b, S. 793 sowie 807) präzisieren, dass das Arbeitseinkommen der Reichsten stärker gestiegen ist als ihr Gesamteinkommen und unterstreichen damit die Wichtigkeit des Arbeitseinkommens für die Gesamtentwicklung der höchsten Einkommen. Verschiedene Studien belegen ebenfalls, dass die Kapitaleinkommen, als Bestandteil der Spitzeneinkommen, die Volatilität der Topeinkommen beeinflussen (Föllmi & Martínez, 2018, S. 19; 2017b, S. 798 sowie 805). Die Autoren stellen fest, dass vor allem das oberste Prozent der Topeinkommen der Finanz-, Versicherungs und Immobilienbranche stark schwankt (Föllmi & Martínez, 2018, S. 19; 2017b, S. 798). Zudem hat die Globalisierung die Topverdiener dazu befähigt, überdurchschnittlich vom technologischen Wandel zu profitieren (Föllmi & Martínez, 2018, S. 24; 2017a, S. 12; 2017b, S. 807; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 30). Weiter ist nach Föllmi & Martínez (2018, S. 24; 2017a, S. 20) die Einkommensmobilität nicht proportional mit den Topeinkommen gestiegen, was dazu geführt hat, dass die höhere Ungleichheit nicht kompensiert wurde. Die im internationalen Vergleich geringere Einkommensmobilität lässt sich durch die hohe wirtschaftliche und politische Stabilität der Schweiz begründen (Föllmi & Martínez, 2017a, S. 27). Die Studie von Föllmi & Martínez (2017a, S. 18-22 sowie 27) ergänzt den Aspekt der Mobilität und weist ebenso auf eine tiefe Bildungsmobilität zwischen den Generationen hin, was den

Aufstieg in eine höhere Einkommensklasse behindert. Gleichzeitig relativieren die Autoren die Einkommensungleichheit in der Schweiz und heben hervor, dass sich sowohl die Entwicklung der Einkommenskonzentration als auch diejenige der Spitzeneinkommen im internationalen Vergleich auf einem tieferen Niveau bewegt (Föllmi & Martínez, 2017a, S. 8). Weitere Studien dokumentieren, dass der Wohlstand auch für den Durchschnittsbürger zugenommen hat und der bezahlte Durchschnittslohn im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch ist (Frey et al., 2019, S. 81; Föllmi & Martínez, 2017a, S. 13 sowie 16).

Überdies weisen verschiedene Studien auf kantonale Unterschiede hin, welche insgesamt zu nationalen Unterschieden in der Entwicklung der Spitzeneinkommen und der Einkommensverteilung führen (Fluder et al., 2015, S. 202; Schaltegger et al., 2018, S. 31-32). Nach Jeitziner & Peters (2007, S. 17) führt die Erhöhung der Einkommen in der Regel zu einer Erhöhung der Ungleichheitssituation. Die Autoren stellen fest, dass die Topeinkommen insbesondere in den Kantonen Zug, Schwyz und Genf angestiegen sind (Jeitziner & Peters, 2007, S. 21). Damit begründen Fluder et al. (2015, S. 202), Jeitziner & Peters (2007, S. 17) und Schaltegger et al. (2018, S. 30-31) die stärker gestiegene Einkommensungleichheit in den Kantonen der Zentralschweiz. Treiber von interkantonalen Unterschieden ist der etablierte Steuerföderalismus, der den Kantonen erlaubt, ihre eigene Steuerpolitik zu führen. Dies führt zu einer Konzentration der Topverdiener in Kantonen mit tiefem Steuersatz, was die Wirkung der Steuerprogression abschwächt (Schaltegger et al., 2018, S. 31). Föllmi & Martínez (2017a, S. 27) bekräftigen das Ergebnis von Fluder et al. (2015, S. 202), Jeitziner & Peters (2007, S. 17) und Schaltegger et al. (2018, S. 30-31) und weisen auf einen daraus resultierenden Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen hin. Dieser versucht die Steuerbelastung für Wohlhabende zu verringern und lässt den Umverteilungseffekt durch Steuern geringer ausfallen. Fluder et al. (2015, S. 202) ergänzen, dass die kantonalen Unterschiede bei der Einkommenskonzentration aufgrund der höheren Einkommenssteuer grösser ausfallen als bei der Vermögenskonzentration. Eine entgegengesetzte Meinung vertreten Frey et al. (2019, S. 77 sowie 80), welche zum Schluss kommen, dass der fiskalische Föderalismus die Einkommensunterschiede, gemessen am Markteinkommen, abschwächt. Zudem beobachten Jeitziner & Peters (2007, S. 18) eine höhere Einkommensungleichheit auf Gemeinde- als auf Kantonsebene. Dabei führt die fiskalische

Autonomie in Kantonen mit vielen Gemeinden oder bestehend aus kleineren Gemeinden zu einer höheren Einkommenskonzentration (Frey et al., 2019, S. 80). Auch wird auf eine höhere Ungleichheit der Einkommensanteile in städtischen und touristischen Gemeinden hingewiesen (Jeitziner & Peters, 2007, S. 18). Hingegen zeichnen sich ländliche Kantone⁴ durch eine gleichmässige Verteilung der Einkommensanteile aus (Fluder et al., 2015, S. 202; Jeitziner & Peters, 2007, S. 17).

2.2.2 Vermögensungleichheit in der Schweiz

Es existieren weniger empirische Studien zur Vermögens- als zur Einkommensverteilung in der Schweiz (Gallusser & Krapf, 2019a, S. 2; Gallusser & Krapf, 2019b; Fluder et al., 2017, S. 229; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 1). Diese Gegebenheit ist auf die Schwierigkeit einer validen und wahrheitsgetreuen Datenerhebung zurückzuführen. Demnach weisen sowohl Befragungen als auch Steuerdaten Nachteile auf (Fluder et al. 2017, S. 230). Gemäss Fluder et al. (2017, S. 229 sowie 241) nimmt die Wichtigkeit des Vermögens als finanzielle Ressource zu und ist entsprechend ein relevanter Bestandteil für die Untersuchung der ökonomischen Ungleichheitssituation. Gallusser & Krapf (2019a, S. 2) ergänzen, dass Untersuchungen zur Messung der Ungleichheit unter gemeinsamer Berücksichtigung von Einkommens- und Vermögenswerten kaum vorhanden sind.

Mit Hilfe von detaillierten Steuerdaten analysiert Martínez (2020, S. 4-8) in ihrer Studie das Bruttoeinkommen und das Nettovermögen aller Steuerpflichtigen aus acht Schweizer Kantonen. Die Verwendung von Steuerdaten ermöglicht die Erfassung der Einkommensanteile sowie der Vermögenswerte der Gesamtbevölkerung anhand von langfristigen und individualisierten Daten (Gallusser & Krapf, 2019a, S. 2 sowie 7-8; Martínez, 2020, S. 4-5; Morger & Schaltegger, 2018, S. 419; Schaltegger et al., 2018, S. 28). Mit dieser Methode kann auch die oberste Einkommens- und Vermögensklasse vollständig erfasst werden (Schaltegger et al., 2018, S. 28). Da das Vermögen der Altersvorsorge bis zur Auszahlung nicht besteuert wird, bleibt das Vorsorgevermögen in vielen Studien für die Analyse der Vermögenszusammensetzung unberücksichtigt (Lampart & Schüpbach, 2020, S. 11; Martínez, 2020, S. 7). Martínez (2020, S. 1 sowie 19) vertritt die Auffassung, dass die

⁴Die Vermögenswerte und Einkommensanteile sind im Kanton Uri am gleichmässigsten verteilt (Fluder et al., 2015, S. 202).

Einkommensmobilität grösser ist als diejenige des Vermögens. Nach dieser Auffassung ist der Vermögensanstieg in der Schweiz beschränkt möglich. Die Autorin begründet ihre Aussage damit, dass innerhalb von zehn Jahren nur 2.3 % der Bevölkerung in die oberen 10 % der Verteilung aufsteigen konnten. Deshalb können die Reichsten 1 % der Bevölkerung die Vermögensspitze der obersten 10 % mit Konstanz halten. Lampart & Schüpbach (2020, S. 12) unterstützen Martínez (2020, S. 1 sowie 19) in Bezug auf die tiefe Vermögensmobilität. Zudem begründen Fluder et al. (2017, S. 241), Jeitziner & Peters (2007, S. 20), Lampart & Schüpbach (2020, S. 12) und Martínez (2020, S. 1, 19 sowie 29) eine starke Korrelation zwischen Einkommen und Vermögen vor allem im obersten Bereich der Verteilung. Die Studie von Martínez (2020, S. 12) weist darauf hin, dass die obersten 0.01 % der Topverdiener gleichzeitig zum einen Prozent der Vermögendsten gehören. Demnach ermöglicht ein höheres Einkommen das Ansparen von höheren Vermögenswerten, was wiederum zu einem höheren Vermögenseinkommen, insbesondere aus Kapitaleinkommen, führt (Fluder et al., 2017, S. 236-237; Föllmi & Martínez, 2017a, S. 25; Hübelin & Fluder, 2018, S. 30; Lampart & Schüpbach, 2020, S. 12). Fluder et al. (2015, S. 197 sowie 200) stellen fest, dass das Einkommen aus Vermögenswerten insbesondere von der obersten Bevölkerungsschicht erwirtschaftet wird und sich in den letzten Jahren stabil entwickelt hat. Die Studien von Fluder et al. (2017, S. 241) und Föllmi & Martínez (2017a, S. 23) halten ergänzend fest, dass eine höhere Konzentration der Vermögenswerte langfristig zu einer höheren Ungleichheitssituation bei den Einkommensanteilen führen kann. Fluder et al. (2017, S. 237) präzisieren, dass bei zusätzlicher Berücksichtigung von Kapitalgewinnen als Vermögenseinkommen der Effekt der Wechselwirkung steigt. Gallusser & Krapf (2019b) betonen, dass der positive Zusammenhang nicht nur zwischen Vermögen und Kapitaleinkommen, sondern auch zwischen Vermögenswerten und Arbeitseinkommen besteht. Gallusser und Krapf (2019a, S. 1-2 sowie 15; 2019b) erweitern die Aussage von Fluder et al. (2017, S. 241), Jeitziner & Peters (2007, S. 20), Lampart & Schüpbach (2020, S. 12) und Martínez (2020, S. 12) und begründen die Abhängigkeit zwischen Einkommen und Vermögen für den Kanton Luzern. Nach ihnen gehören 41 % der Vermögendsten auch zum einen Prozent mit dem höchsten Einkommen (Gallusser & Krapf, 2019b). Die Studien von Gallusser & Krapf (2019a, S. 1-2; 2019b) analysieren primär, wie sich die Ungleichheitssituation der Konsummöglichkeiten von Luzerner Haushalten unter

Berücksichtigung des jährlichen Einkommens und des Vermögens per Ende des Jahres verändern. Die «Joint Income-Wealth Betrachtung» liefert ein Gesamtbild über die Konsummöglichkeiten der Luzerner Haushalte, da nicht nur das Arbeits- und Kapitaleinkommen berücksichtigt wird (Gallusser & Krapf, 2019a, S. 2-3; Gallusser & Krapf, 2019b). Gallusser & Krapf (2019a, S. 2-3; 2019b) heben zusätzlich hervor, dass die Ungleichheit unter Berücksichtigung des annualisierten Vermögens für alle Altersgruppen⁵ steigt. Dabei erhöhen sich die finanziellen Mittel insbesondere bei der obersten Einkommensklasse in allen Altersgruppen (2019a, S. 27; 2019b). Primäre Ursache für die steigende Ungleichheitsstruktur ist, dass sich das Vermögen bei der reichsten Bevölkerungsgruppe stärker konzentriert als deren Einkommen (Gallusser & Krapf, 2019a, S. 27; Gallusser & Krapf, 2019b). Des Weiteren ergänzen die Autoren, dass sich die Ungleichheit, unter Berücksichtigung des Vermögens, bei Personen im Rentenalter ab 65 Jahren am stärksten verändert (Gallusser & Krapf, 2019a, S. 4-5). Grund dafür sind die höher verrenteten Vermögenswerte von Pensionierten (Gallusser & Krapf, 2019a, S. 4-5; Gallusser & Krapf, 2019b).

Die Studien von Fluder et al. (2017, S. 231), Föllmi & Martínez (2018, S. 25), Jeitziner & Peters (2007, S. 20), Krapf (2018, S. 2), Lampart & Schüpbach (2020, S. 10-11) und Martínez (2020, S. 2) stellen auf nationaler Ebene eine grössere Ungleichheit bei den Vermögenswerten als bei den Einkommensanteilen fest. Grund dafür ist, dass die Vermögenswerte in der Schweiz einen grossen Anstieg verzeichnen und im Vergleich zum Einkommen stärker gestiegen sind (Peters, 2019, S. 4 sowie 8; 2017, S. 20). In vielen Studien wird hervorgehoben, dass die fehlenden Kriege in der Schweiz keine Vermögenswerte vernichtet haben. Stattdessen konnte der Vermögensaufbau konstant fortgeführt werden (Fluder et al., 2017, S. 234; Föllmi & Martínez, 2018, S. 24; 2017a, S. 27; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 28). Lampart & Schüpbach (2020, S. 10-11) ergänzen, dass die Vermögensungleichheit in der Schweiz insgesamt zugenommen hat und nach Föllmi & Martínez (2018, S. 24-25) erzielt die Schweiz den höchsten Wert im internationalen Vergleich mit den USA, Frankreich und Grossbritannien. Ebenso verdeutlicht die Studie von Dell et al. (2007, S. 492) und Lampart & Schüpbach (2020, S. 10-11), dass sich im Jahr 2016

⁵ Definierte Altersgruppen: 1. 20-34, 2. 35 bis 49, 3. 50 bis 64 und 4. 65 und älter (Gallusser & Krapf, 2019b).

über 42 % des Reinvermögens der Schweiz, ohne Berücksichtigung des Vorsorgevermögens, im Besitz des reichsten einen Prozent der Bevölkerung befand. Dabei liegt das Durchschnittsalter dieser Gruppe bei 65 Jahren (Martínez, 2020, S. 19). Zudem hat die Vermögenskonzentration der reichsten 0.1 % der Bevölkerung das Rekordhoch von über 20 % erreicht (Föllmi & Martínez, 2017a, S. 24-25). Weiter begründen Lampart & Schüpbach (2020, S. 11) die Zunahme der Vermögenskonzentration damit, dass im Jahr 2016 1.9 % der Bevölkerung an der Hälfte der Schweizer Vermögenswerte beteiligt waren. Dabei hat sich die Konzentration innerhalb von 13 Jahren um 1.1 % erhöht (Lampart & Schüpbach, 2020, S. 11). Fluder et al. (2017, S. 231 sowie 234) und Hümbelin & Fluder (2018, S. 28) unterstützen das Ergebnis von Lampart & Schüpbach (2020, S. 11) in Bezug auf eine höhere Vermögenskonzentration an der Spitze und ergänzen, dass 2.2 % der Bevölkerung Vermögenswerte von über zwei Millionen Schweizer Franken halten, wohingegen 56 % der Bevölkerung ein kleineres Vermögen als 50'000 Schweizer Franken besitzen. Die Studie von Shorrocks et al. (2020, S. 47) geht mit Lampart & Schüpbach (2020, S. 11) hinsichtlich der hohen Vermögenskonzentration überein. Nach ihnen leben in der Schweiz 1.7 % des reichsten einen Prozent der Weltbevölkerung bei einem Anteil von 0.1 % an der globalen Bevölkerungsdichte.

Erweiternd betont Peters (2019, S. 1 sowie 11) in seiner Studie eine Zunahme der Vermögensungleichheit in allen Kantonen der Schweiz innerhalb von 12 Jahren. Dabei verzeichnet der Kanton Zürich die kleinste und der Kanton Tessin die grösste Zunahme (Peters, 2019, S. 11). In einer älteren Studie untersuchen Jeitziner & Peters (2007, S. 21) auf regionaler Ebene die Vermögensverteilung, bei der sie auf unterschiedliche Ausprägungen auf Kantonsebene hinweisen. Auch die Untersuchung von Fluder et al. (2015, S. 202) stellt wie Jeitziner & Peters (2007, S. 21) regionale Unterschiede fest und hebt hervor, dass die Kantone Basel-Stadt und Genf die grösste Vermögensungleichheit verzeichnen. Grund dafür ist eine hohe Konzentration der Vermögenden in diesen Kantonen (Fluder et al., 2015, S. 202).

Auch Dell et al. (2007, S. 492) begründen ein hohes Niveau der Vermögenskonzentration, jedoch relativieren die Autoren, dass die Vermögensanteile der Reichsten innerhalb eines Jahrhunderts stabil geblieben sind. Hauptgründe für eine konstante Vermögenskonzentration sind die über die Zeit tief gehaltenen Vermögens- und Einkommenssteuern für die

Wohlhabendsten (Dell et al., 2007, S. 474, 494 sowie 498). Föllmi & Martínez (2017a, S. 27) begründen den konstanten Verlauf damit, dass die Schweiz langfristig ihre wirtschaftliche sowie politische Stabilität wahren konnte. Zudem untermauern Jeitziner & Peters (2007, S. 21), dass die hohen Vermögenswerte um 1.7 % schwächer gewachsen sind als das Gesamtvermögen der Schweizer Bevölkerung. Föllmi & Martínez (2017b, S. 805-807) fügen hinzu, dass die Vermögensanteile der Spitzenverdiener schwächer gestiegen sind als deren Topeinkommen. Die Ursache ist, dass in den letzten 30 Jahren lediglich die reichsten 0.1 % der Bevölkerung einen wesentlichen Vermögenszuwachs realisiert haben. Die Studie von Föllmi & Martínez (2018, S. 24-25) ergänzt diese Analyse und schliesst die Relativierung damit ab, dass sich unter Berücksichtigung des angesparten Vorsorgevermögens der Anteil am Gesamtvermögen der reichsten 1 % auf 25 % reduziert. Somit positioniert sich die Schweiz im internationalen Vergleich im Mittelfeld (Föllmi & Martínez, 2018, S. 24; 2017a, S. 27). Auch Shorrocks et al. (2020, S. 10 sowie 47) relativieren die ungleiche Vermögensverteilung damit, dass die mittleren Vermögenwerte mit 131'590 USD im internationalen Vergleich ziemlich hoch sind. Ebenso verfügen erwachsene Personen in der Schweiz weltweit über das grösste Durchschnittsvermögen von 598'410 USD.

Eine abweichende Auffassung vertreten Fluder et al. (2017) und Hümbelin & Fluder (2018, S. 28), denn obschon die Schweiz zu den reichsten und politisch sowie wirtschaftlich stabilsten Ländern der Welt gehört, unterstreichen beide Studien, dass der starke Vermögenswachstum der letzten 30 Jahre insbesondere die Vermögenswerte der reichsten 5 % der Bevölkerung tangiert hat. Gleichzeitig haben sich die Vermögensanteile der mittleren Bevölkerungsschicht negativ entwickelt (Fluder et al., 2017, S. 232; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 30). Peters (2019, S. 12) fügt hinzu, dass sich die Vermögenswerte des reichsten einen Prozent der Bevölkerung innerhalb von 12 Jahren um 50.44 % erhöht haben. Nach Fluder et al. (2017, S. 234), Fluder et al. (2015, S. 201) und Hümbelin & Fluder (2018, S. 30) ist die starke Wertsteigerung von Grundstücken und Liegenschaften Treiber der beschriebenen Ungleichheitssituation. Da rund 38 % der Schweizer Bevölkerung Wohneigentum besitzen, profitiert lediglich ein kleiner Teil der Bevölkerung von solchen Gewinnen. Weiter betonen die Studien von Föllmi & Martínez (2018, S. 24) und Hümbelin & Fluder (2018, S. 30) die Attraktivität der Schweiz als Zuwanderungsland für viele

wohlhabende Ausländer. Dabei weisen sie als Hauptgründe für die Verschärfung der Vermögensungleichheit in der Schweiz auf die Steuerprivilegien hin, wie die Pauschalbesteuerung für wohlhabende Zuwanderer, niedrige Vermögenssteuern sowie deren geringe Progression (Fluder, et al., 2015, S. 200; Föllmi & Martínez, 2018, S. 21 sowie 24; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 30). Nach Fluder et al. (2015, S. 200) und Hümbelin & Fluder (2018, S. 30) fördert auch die fehlende Erbschaftssteuer zwischen Ehegatten und direkten Nachkommen die Akkumulation. Zudem stützt auch die Untersuchung von Brühlhart, Gruber, Krapf & Schmidheiny (2016, S. 8 sowie 22), dass eine potentiell anfallende Erbschaftssteuer die Vermögenshaltung beeinflusst. Es wird hinzugefügt, dass die Schweizer Bevölkerung im Alter⁶ mit grösserer Wahrscheinlichkeit erbt (Martínez, 2020, S. 19). Dabei erben vor allem Wohlhabende den grössten Teil der Erbmasse (Fluder et al., 2017, S. 241; Fluder et al., 2015, S. 201; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 30; Martínez, 2020, S. 1 sowie 19). Fluder et al. (2017, S. 234) fügen hinzu, dass die Vermögensakkumulation in den letzten Jahren auch durch die Kursgewinne am Aktienmarkt verursacht wurde. Die Autoren betonen dabei, dass mehr als 50 % der Bevölkerung aufgrund ihrer tiefen Vermögenswerte keine Wertschriften hält und somit am Vermögenswachstum durch Kapitalgewinne nicht teilnehmen kann. Gemäss Fluder et al. (2015, S. 200) und Hümbelin & Fluder (2018, S. 28) wird der Akkumulationseffekt auch durch die fehlende Kapitalgewinnsteuer auf Vermögenswachstum verstärkt.

Eine neutrale Position nimmt Krapf (2018, S. 1 sowie 4) in seiner Studie «The Joint Distribution of Wealth and Income Risk: Evidence from Bern» ein. Der Autor betrachtet in seiner Studie, wie sich das Reinvermögen unter Berücksichtigung des Einkommensrisikos im Kanton Bern verändert. Dabei resultieren nur einzelne Hinweise, dass Risiken im Einkommen die Vermögenswerte verändern. Es wird gezeigt, dass vor allem Menschen ab dem Alter von 50 Jahren bei höheren Einkommensrisiken tendenziell einen Vermögenszuwachs verzeichnen (Krapf, 2018, S. 22 sowie 28). Der Autor ist der Ansicht, dass eine stabile Vermögensverteilung und eine moderate Entwicklung in Bezug auf die Ungleichheit vorliegen (Krapf, 2018, S. 3 sowie 28). Ausserdem wird ergänzt, dass die Vermögenskonzentration zugunsten des reichsten Prozents der Bevölkerung des Kantons Bern innerhalb von 14 Jahren um 1.2 % abgenommen hat (Krapf, 2018, S. 2-3 sowie 27).

⁶ Zwischen dem 50. und dem 60. Lebensjahr (Martínez, 2020, S. 19).

Ebenso betonen Gallusser & Krapf (2019b) und Krapf (2018, S. 17 sowie 26), dass ein grosser Teil der Schweizer Bevölkerung nicht strukturell vermögensarm ist, sondern der hohe Verschuldungsgrad zu einem negativen Nettovermögen führt. Es wird hinzugefügt, dass eine hohe Nettoverschuldung insbesondere bei Gutverdienern anzutreffen ist, da ein höheres Einkommen die Fremdfinanzierung ermöglicht (Gallusser & Krapf, 2019b). Nach Shorrocks et al. (2020, S. 47) weist die Schweizer Bevölkerung eine hohe Verschuldungsquote von 19 % im Verhältnis zu ihrem Gesamtvermögen auf. Dabei begünstigt das aufgenommene Fremdkapital einen Hebeleffekt hinsichtlich der Vermögensvermehrung (Gallusser & Krapf, 2019a, S.4; Krapf, 2018, S. 1 sowie 27). Krapf (2018, S. 26 sowie 28) argumentiert weiter, dass auf diese Weise das System der Umverteilung gehemmt wird, da Einkommensstarke mit einer Nettoverschuldung nicht vermögenssteuerpflichtig sind. Damit wird auch eine höhere Elastizität der Vermögenswerte im Vergleich zum Einkommen in Bezug auf die Besteuerung begründet (Krapf, 2018, S. 27-28). Brülhart, Gruber, Krapf & Schmidheiny (2019, S. 1 sowie 35-36) und Brülhart et al. (2016, S. 1 sowie 3-4) unterstützen die Aussage von Krapf (2018, S. 4 sowie 22) in Bezug auf eine höhere Elastizität der Vermögenswerte und betonen einen starken Einfluss der Vermögenssteuer auf die Vermögenshaltung. Die Autoren beweisen, dass eine Erhöhung der jährlichen Vermögenssteuer einen unmittelbaren negativen Einfluss auf die Vermögensakkumulation der Steuerpflichtigen hat (Brülhart et al., 2019, S. 35; 2016, S. 4 sowie 22). Dabei kann dieses Verhaltensmuster weniger durch die Vermögensmobilität erklärt werden, als dass die hohe Flexibilität des Vermögensinhabers den Vermögensbesitz bewegt (Brülhart et al., 2016, S. 3-4, 22). Erweiternd zeigen die Autoren auf, dass eine Senkung des Steuersatzes zur Vermögensakkumulation der Steuerpflichtigen führt (Brülhart et al., 2019, S. 3 sowie 35-36). Die Studie verdeutlicht, dass die Hälfte der Vermögenszuwächse auf die Selbstanzeige von nicht deklarierten Vermögenswerten zurückzuführen ist (Brülhart et al., 2019, S. 27 sowie 36). Die Studien von Brülhart et al. (2016, S. 22) und Fluder et al. (2015, S. 203) ergänzen, dass insbesondere die reichsten Steuerpflichtigen auf die Veränderung der Steuerbelastung reagieren.

2.3 Globale und nationale Ungleichheitssituation im Vergleich

Während die Schweiz in Bezug auf das Ausmass der Ungleichheitsdynamik in vielen Studien als «Vorbild» hervorgeht, wird die USA überwiegend als «Extremfall» bezeichnet. In diesem Kapitel werden die grundsätzlichen Unterschiede und deren Einflussfaktoren veranschaulicht.

2.3.1 Bewertungsgrundlage

Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensungleichheit in einem Land wird von seiner Landesgeschichte, seinen staatlichen Institutionen und seinem politischen System geprägt (Alvaredo et al., 2017, S. 408; Hasberg, 2016, S. 271; Piketty & Saez, 2014, S. 838 sowie 842-843). Des Weiteren führen verschiedenartige Bewertungsmassstäbe zu einer geringeren Vergleichbarkeit sowohl der nationalen wie auch der länderübergreifenden Ungleichheitssituationen. Somit wird durch die Verwendung von unterschiedlichen Messgrössen hinsichtlich des Einkommens und Vermögens eine absolute Aussage erschwert.

2.3.2 Ungleichheitsdynamik und Einflussfaktoren

Die Schweiz weist nach Südkorea die tiefste Ungleichheit der Markteinkommen auf. Diese Tatsache ist ausschlaggebend dafür, dass wenig Bedarf an Umverteilung im internationalen Vergleich besteht (economiesuisse, 2013, S. 3; Frey et al., 2019, S. 76 sowie 78; Rother, 2019, S. 21-22). Demgegenüber resultiert in den USA ein wesentlich höheres Niveau an Einkommensungleichheit, welches mit einem höheren Umverteilungsbeitrag abgeschwächt wird. Dabei ist zu erwähnen, dass die Schweiz trotz eines kleineren Ausgleichs durch Steuern und Transfers im Vergleich zu den USA auch eine gerechtere Verteilung der verfügbaren Einkommen erzielt (Frey et al., 2019, S. 78; Rother, 2019, S. 21). Ferner zeigt sich bei der globalen Betrachtung, dass die Einkommensungleichheit nach Umverteilung in den USA eine der höchsten weltweit bleibt (Rother, 2019, S. 21).

Sowohl die Schweiz wie auch die USA weisen ein hohes Durchschnittsvermögen aus. Dabei weist die Schweiz mit 598'410 USD den höchsten und die USA mit 463'550 USD den dritthöchsten Wert weltweit auf. Dennoch gibt es zwischen den beiden Ländern einen bedeutenden Unterschied bei den mittleren Vermögensanteilen, bei denen die Schweiz im Vergleich zu den USA weltweit einen der höchsten Plätze belegt (Shorrocks et al., 2020, S.

9-10). Dadurch lässt sich die höhere Vermögensakkumulation in den USA begründen. Die beiden Länder unterscheiden sich auch in ihrer Gesellschaftsstruktur. Die Schweiz zeichnet sich heute als eine gut definierte Mittelstandsgesellschaft mit der tiefsten Armutsquote innerhalb der OECD-Länder aus (Frey & Schaltegger, 2020, S. 18; Frey et al., 2019, S. 76 sowie 78). Demgegenüber werden die USA immer mehr als eine zweigeteilte Gesellschaft betrachtet, bei der die unteren 50 % der Gesellschaft am Vermögensanteil gemessen inexistent sind. Auch die herrschende Mittelschicht hat sich in den letzten Jahren zugunsten der obersten 10 % der Gesellschaftsschicht reduziert (Piketty & Saez, 2014, S. 839).

Das 20. Jahrhundert hat die Schweiz, Europa und die USA unterschiedlich stark geprägt. Europa und die USA wurden von einer langen Kriegszeit und der dazwischenliegenden Grossen Depression der 1930er-Jahre geschwächt. Diese historischen Ereignisse haben die wirtschaftliche Entwicklung und die Wohlstandsverteilung der Länder auch in der Nachkriegszeit beeinflusst (Frey et al., 2019, S. 76). Denn währenddem in den USA durch die Weltkriege viel Kapital vernichtet wurde, blieben die Vermögenswerte in der Schweiz erhalten und haben zu einem stabilen und konstanten Wachstum befähigt (Föllmi & Martínez, 2017a, S. 24 sowie 27; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 28; Piketty & Saez, 2003, S. 3).

Überdies hat auch die Steuerpolitik der beiden Länder zu einer unterschiedlich ausgeprägten Konzentration über die Jahre geführt. Die Stabilität der Schweiz spiegelt sich auch in dessen Steuersystem wider (Kapitel 2.3.4.2), welches seinen progressiven Charakter wahren konnte (Frey et al., 2019, S. 76). Stattdessen haben die unterschiedlichen US-Regierungen des letzten Jahrhunderts wie auch diejenigen des 21. Jahrhunderts sich ändernde Besteuerungsstrategien angewendet, welche sich im Grad der Progressivität erheblich unterscheiden (Saez & Zucman, 2020, S. 10, 48 sowie 60-63).

Die Literaturübersicht hat illustriert, dass auch staatliche Hebel, wie das Ausbildungssystem, die Arbeitsmarktregulierung und die Altersvorsorge zu einem gegensätzlichen Ausmass an Ungleichheit führen können.

2.3.3 Wahrnehmung von Ungleichheit

Niehues (2016, S. 16) analysiert im Rahmen einer internationalen Untersuchung, ob die tatsächliche Ungleichheitssituation in den untersuchten Ländern auch als solche von deren Bevölkerung wahrgenommen und beurteilt wird. Basierend auf Umfragedaten des Jahres 2009 untermauert die Studie, dass sich kein empirischer Zusammenhang zwischen der realen und der subjektiven Wahrnehmung der Ungleichheit in der Bevölkerung nachweisen lässt (Niehues, 2016, S. 13-15 sowie 18). Gemäss Niehues (2016, S. 16 sowie 18; 2014, S. 16) kann eine verzerrte Wahrnehmung der eigenen sozialen Position oder des absoluten Wohlstandes des eigenen Landes dazu beitragen, dass unterschiedliche Gesellschaften einen ähnlichen Ungleichheitsverlauf different beurteilen. Hasberg (2016, S. 269) erweitert und begründet den negativen Zusammenhang im Ländervergleich mit den unterschiedlichen Wertvorstellungen innerhalb der einzelnen Länder. Diese werden primär von der nationalen Kultur und sekundär von soziodemographischen Eigenschaften gesteuert (Hasberg, 2016, S. 269-270).

Auf die Schweiz bezogen stellt Niehues (2016, S. 15) fest, dass die Bevölkerung die hohe Vermögenskonzentration der Schweiz als gering wahrnimmt. Hingegen überschätzt die Gesellschaft die tatsächliche Einkommensverteilung des Landes (Niehues, 2015, S. 4-6; 2014, S. 8 sowie 11). Denn obschon die Mehrheit der Befragten die Schweiz als typische Mittelstandsgesellschaft betrachtet, empfinden dennoch mehr als ein Drittel, dass die Einkommensungleichheit in der Schweiz sehr gross ist (Niehues, 2019, S. 73). Die Autorin unterstreicht, dass die Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich realitätsnah ist und begründet somit eine geringere Verzerrung im Verhältnis zur tatsächlichen Ungleichheitssituation (Niehues, 2015, S. 3-4 sowie 6; 2014, S. 8-11). Die Studien von Hischer & Zwicky (1989, S. 110 sowie 116) und Stamm, Lamprecht, Nef, Joye & Suter (2000, S. 32) teilen die Auffassung, dass die Mehrheit der befragten Bevölkerung die Einkommensunterschiede in der Schweiz als zu gross und die Einkommensverteilung als ungerecht empfindet. Die Studie von Hischer & Zwicky (1989, S. 109 sowie 113-115) präzisiert und verdeutlicht, dass die Wahrnehmung insbesondere von der Einkommenssituation, vom Bildungsstand, der beruflichen Tätigkeit, der Herkunft, dem Geschlecht und der politischen Orientierung der Befragten abhängig ist. Stamm et al. (2000, S. 34) fügen hinzu, dass die subjektive Wahrnehmung vor allem stark durch das

Zusammenspiel der eigenen finanziellen Lebensbedingungen mit den verfügbaren kulturellen und sozialen Schätzen geprägt wird. Demnach wird die Einkommensverteilung im Falle einer tieferen sozialen Stellung in der Gesellschaft als ungerechter wahrgenommen (Hasberg, 2016, S. 118; Hischer & Zwicky, 1989, S. 116; Stamm et al., 2000, S. 32). Stamm et al. (2000, S. 33) heben hervor, dass der Graben zwischen «Arm und Reich» von den wenigen gutgestellten Bevölkerungsgruppen überschätzt wird. Es wird argumentiert, dass im Allgemeinen die privilegierten Bevölkerungsgruppen zu den verschiedenen Wahrnehmungsfragen eine weniger kritische Position einnehmen (Stamm et al., 2000, S. 32-33). Der Autor ist der Ansicht, dass die Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung nicht ausschliesslich aus zwei Extremen besteht, sondern dass dazwischen ein breites Spektrum an unterschiedlichen Wahrnehmungen besteht (Stamm et al., 2000, S. 36).

Eine weitere Diskrepanz besteht folglich in der Wahrnehmung der Ungleichheitssituation. Während die Schweizer Bevölkerung im internationalen Vergleich ihre Verteilungsverhältnisse wirklichkeitsgetreu einschätzen kann, unterschätzen mehr als zwei Drittel der Amerikaner die herrschende Ungleichheitssituation in den USA (Niehues, 2019, S. 71 sowie 73; 2016, S. 13 sowie 16). Schliesslich begründet die Studie von Niehues (2016, S. 17-18) eine überdurchschnittliche Wahrnehmungsverzerrung der amerikanischen Bevölkerung im internationalen Vergleich. Hasberg (2016, S. 110) erwähnt ein starkes Selbstbestimmungsbedürfnis der amerikanischen Bevölkerung, was die Umverteilungsmechanismen durch staatliche Massnahmen hemmt (Niehues, 2016, S. 18). Allerdings können die Gründe für ein verzerrtes Bild der amerikanischen Gesellschaft in Bezug zur realen Ungleichheitsdynamik vielfältig sein und über den Selbstbestimmungsaspekt hinausgreifen. Diese werden im Rahmen dieser Abschlussarbeit nicht weiter vertieft.

2.3.4 Hauptgründe für die Unterschiede - Das Schweizer System

Im vorherigen Kapitel wurden die Unterschiede zwischen den USA und der Schweiz erläutert. In den folgenden Teilkapiteln werden die Institutionen und Strukturelemente der Schweiz aufgezeigt, um die herrschende Ungleichheitsdynamik in der Schweiz zu verdeutlichen. Dabei werden die Grundzüge und die Funktionalität des politischen Systems, des Föderalismus, des Steuersystems sowie des Sozialversicherungs- und Bildungssystems der Schweiz erläutert.

2.3.4.1 Politisches System

Die Schweizer Regierungsform ist eine halbdirekte Demokratie und wird im internationalen Vergleich als Sondermodell betrachtet, da sie aus stark ausgebauten direktdemokratischen Elementen besteht (Linder, 2004, S. 1; Vatter, 2018, S. 35 sowie 361). Die direktdemokratischen Ausprägungen der Schweiz sind weltweit am deutlichsten ausgeprägt und gewährleisten gleichzeitig eine aussergewöhnliche Stabilität des gesamten politischen Systems (Vatter, 2018, S. 35). Direkt-demokratische Instrumente waren bereits in den früheren politischen Strukturen der «Alten Eidgenossenschaft» ersichtlich. Diese wurden im Jahr 1848 nach der Gründung des Schweizer Bundesstaates und der Bundesverfassung national vereinheitlicht und ausgebaut (Frey & Schaltegger, 2020, S. 2; Linder, 2004, S. 2-3).

Die direkte Demokratie besitzt die Haupteigenschaft, dass das Volk nicht nur das Parlament wählt, sondern ein direktes Volksrecht besitzt (Linder, 2004, 9-10). Bei Entscheidungen von grosser Tragweite, wie beispielsweise Verfassungsänderungen, ist die Volksabstimmung durch das obligatorische Referendum zwingend. Bei wichtigen Beschlüssen, wie der Verabschiedung oder Abänderung eines neuen Gesetzes, kann das Volk ein fakultatives Referendum herbeiführen, um über die Sachfrage abzustimmen. Um von diesem Recht Gebrauch zu machen, müssen 50'000 Volksunterschriften vorliegen (Linder, 2004, 10-11). Des Weiteren hat das Volk durch die Einberufung einer Volksinitiative das Recht, mögliche Problemstellungen eigenständig einzubringen. Bei Erreichen von 100'000 Unterschriften wird die Angelegenheit einer Volksabstimmung unterstellt (Linder, 2004, S. 11-13). Dieses ausgebaute politische Modell ermöglicht den Bürgern, sich aktiv am politischen Diskurs zu beteiligen. In der Literatur wird betont, dass die Schweizer Bevölkerung dieses breite

Mitbestimmungsrecht zur Bewahrung ihrer Interessen weltweit auch am stärksten nutzt (Vatter, 2018, 361).

Ein weiteres Merkmal der Schweizer Demokratie ist die institutionelle Gewaltenteilung (Linder, 2004, S. 5). Dabei wird gezielt die Machtkonzentration auf eine einzelne Person, das Staatsoberhaupt, verhindert (Linder, 2004, S. 1 sowie 5). Zwischen den drei Gewalten «Exekutive», «Legislative» und «Judikative» besteht ein Abhängigkeitsverhältnis, welches eine transparente und kontrollierte Staatsführung sicherstellt (Vatter, 2018, S. 217 sowie 361). Das oberste Organ ist das Parlament / die Bundesversammlung (Legislative), welches eine gesetzgebende Funktion ausübt. Das politische System der Schweiz beachtet bei der Zusammensetzung des Parlamentes, dass sowohl die Interessen des Volkes wie auch die Interessen der Kantone mit jeweils einer Kammer vertreten werden (Linder, 2004, S. 7-8). Das Volk wird durch den Nationalrat repräsentiert, welcher sich aus 200 Volksvertretern zusammensetzt. Dabei werden die Sitze jedes Kantons nach Massgabe seiner Bevölkerungsgrösse zugeteilt (Linder, 2004, S. 8). Hingegen werden die Anliegen der Kantone durch den Ständerat mit 46 Mitgliedern berücksichtigt (Linder, 2004, S. 8). Die Regierung / der Bundesrat (Exekutive) als ausführende Gewalt wird vom Parlament alle vier Jahre neu gewählt. Zudem wird jährlich einer der Bundesräte als Bundespräsident bestimmt. Nach dem vorherrschenden Kollegialitätsprinzip akkumuliert der agierende Bundespräsident keine zusätzliche Macht mit der Besetzung dieses Amtes, sondern ist den anderen Bundesräten gleichgestellt (Linder, 2004, S. 6; Vatter, 2018, S. 217). Allerdings existiert im Vergleich zu anderen Regierungssystemen kein Misstrauensvotum gegenüber dem Bundesrat, was ihm grössere Handlungsspielräume bietet, jedoch Beständigkeit und Stabilität bei der Amtsführung garantiert (Vatter, 2018, S. 35). Eine weitere Eigenschaft, welche hervorzuheben ist, ist die politische Konkordanz innerhalb des Regierungssystems. Dabei handelt es sich um ein eingebürgertes Prinzip, nachdem sich die Parteistärke des Parlamentes proportional auch in der Regierungszusammensetzung widerspiegelt (Bolliger, 2007, S. 24; Linder, 2004, S. 16; Vatter, 2018, S. 217).

2.3.4.2 Föderalismus und Steuersystem

Eine weitere Besonderheit des Schweizer Bundesstaates wird in der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft (Art. 3) beschrieben:

«Die Kantone sind souverän, soweit ihre Souveränität nicht durch die Bundesverfassung beschränkt ist, und üben als solche alle Rechte aus, welche nicht der Bundesgewalt übertragen sind»

Anhand dieses Gesetzestextes lässt sich die ausgeprägte föderalistische Struktur des Landes erkennen und gleichzeitig rechtfertigen. Nach Vatter (2018, S. 443) räumt der Schweizer Bundesstaat den Kantonen weltweit die grösste Autonomie beim Vollzug ihrer Tätigkeiten ein. Jedoch setzt das Subsidiaritätsprinzip die Grenze für die Selbstorganisation der Kantone und Gemeinden, aufgrund der Tatsache, dass bestimmte Aufgaben und Entscheidungen von der nächsthöheren Instanz übernommen werden müssen (Linder, 2004, S. 4). Die dezentrale Bewältigung von weitgreifenden Bundestätigkeiten durch die Kantone und Gemeinden überwiegt und wird durch die Ausweitung des Gewaltenteilungsprinzips von Bundesebene auf alle politischen Ebenen sichergestellt (Linder, 2004, S. 3-4).

Die föderalistischen Strukturelemente sind auch in der Schweizer Steuerpolitik vorzufinden. Die Fiskalkompetenzen der Kantone sind stark ausgebaut und bilden die Grundlage für ihre Eigenständigkeit bei der Besteuerung von Einkommen, Vermögen und anderen finanziellen Vermögenswerten⁷ gestützt auf ihr eigenes Steuergesetz (Eidgenössische Steuerverwaltung [ESTV], 2019a, S. 6 sowie 59; Linder, 2004, S. 3). Um die interkantonale Autonomie der Steuerbemessungen zu kontrollieren, ist im Jahr 1993 das Steuerharmonisierungsgesetz (Art. 129 BV) in Kraft getreten (ESTV, 2019a, S. 30-31). Unter Berücksichtigung dieses Rahmengesetzes bleiben die Kantone befugt, über die Höhe der Steuersätze und -tarife sowie über die steuerlichen Freibeträge zu bestimmen (ESTV, 2019a, S. 30-31; Frey & Schaltegger, 2020, S. 2). Dabei müssen die Steuerhoheiten wie Bund und Kantone verschiedene Grundsätze bei der Führung ihrer Steuerpolitik beachten, welche in der Bundesverfassung geregelt sind. Da der Schweizer Steuerföderalismus insbesondere den interkantonalen

⁷ Beispielsweise Erbschaftssteuer (ESTV, 2019a, S. 10 sowie 59).

Steuerwettbewerb fördert, ist es den kantonalen Steuerhoheiten untersagt, unbegründete Steuersenkungen zugunsten wohlhabenden Ausländer zu tätigen (ESTV, 2019a, S. 16).

Wie bereits aus der Literaturübersicht hervorgeht, fällt der Bedarf an Umverteilung in der Schweiz tief aus, weil diese bereits durch die Marktwirtschaft vollzogen wird (economiesuisse, 2013, S. 3; Rother, 2019, S. 21-22). Dennoch hat sich dieser Umverteilungsbeitrag in den letzten Jahren erhöht. Das Steuersystem nimmt in Bezug auf die Umverteilung und im internationalen Vergleich eine untergeordnete Stellung ein und trägt mit lediglich 6 % zum Ausgleich der Primäreinkommen bei (Föllmi & Martínez, 2017a, S. 16 sowie 26; Rother, 2019, S. 22).

In der Schweiz werden direkte von indirekten Steuern unterschieden. Der Bund nimmt rund die Hälfte aller Steuern ein (ESTV, 2019a, S. 11-12). Dabei betragen die indirekten Steuern rund zwei Drittel der Einnahmen (Eidgenössische Finanzverwaltung [EFV], 2021). Die Mehrwertsteuer ist mit einem Anteil von 30.7 % die wichtigste Einnahmequelle der indirekten Steuern (EFV, 2021). Weiter entfallen 33.5 % auf die direkten Steuereinnahmen aus den Einkommen der Privatpersonen sowie aus den Reingewinnen der juristischen Personen, welche rund 24 Milliarden Schweizer Franken betragen (EFV, 2021; ESTV, 2019a, S. 35 sowie 37-38). Durch Transferleistungen aus indirekten Steuern, insbesondere aus Konsumsteuern, finanziert der Bund rund einen Fünftel der AHV (Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV], 2021a, S. 22; ESTV, 2019a, S. 34 sowie 45). An dieser Stelle ist die Erhöhung der MwSt. im Jahre 1999 um 1 % zu erwähnen, die vollumfänglich zur finanziellen Stärkung der AHV aufgewendet wird (BSV, 2021a, S. 22). Auch die Ergänzungsleistungen werden vollständig durch Bund- und Kantonssteuern finanziert (BSV, 2021a, S. 7). Zudem werden finanziell schwächere Kantone im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs vom Bund durch die Umverteilung berücksichtigt (ESTV, 2019a, S. 23-25). Hingegen generieren die Kantone und Gemeinden die grössten Einnahmen aus der Besteuerung des Einkommens und Vermögens der natürlichen Personen sowie des Gewinns und Kapitals der juristischen Personen (ESTV, 2019a, S. 12). Über die letzten 30 Jahre hat sich das Verhältnis der direkten und indirekten Steuern in der Schweiz konstant entwickelt. Die direkten Steuereinnahmen haben rund 70 % und die indirekten 30 % ausgemacht (Eidgenössische Steuerverwaltung [ESTV], 2021, S. 16; Schaltegger & Frey, 2016). Aus dieser Analyse lässt sich schliessen, dass die wichtigste Einnahmequelle für die Schweiz die

Einkommensbesteuerung von privaten Haushalten und Reingewinnen der juristischen Personen ist (ESTV, 2021, S. 16; ESTV, 2019a, S. 34-35, 37-38 sowie 59-60).

Ein weiteres Instrument für die Verminderung der Einkommensungleichheit ist die Progression. Eine höhere Progression für höhere Lohnsummen glättet das steuerbereinigte Einkommen und reduziert somit die Ungleichheit in Bezug auf das verfügbare Einkommen (ESTV, 2019a, S. 37; Schaltegger & Frey, 2016). In der Schweiz wird die Progression im Bund und in den Kantonen sowie Gemeinden angewendet (ESTV, 2019a, S. 37 sowie 69). Auf Bundesebene ist die Progression ausgeprägter und wird mit einem Höchstsatz von 11.5 % gesetzlich geregelt (Eidgenössische Steuerverwaltung [ESTV], 2020a; ESTV, 2019a, S. 37, Eidgenössische Steuerverwaltung [ESTV], 2020b, S. 7; Föllmi & Martínez, 2017a, S. 10). Gleichzeitig ist die Bundessteuer so ausgestattet, dass für zusätzliches Einkommen Zuschläge⁸ bis zur nächsten Progression bezahlt werden (ESTV, 2020a). Während der Nachkriegszeit haben sich die Steuersätze in der Schweiz erhöht. Ab den 1980er-Jahren sind die Bundessteuersätze konstant geblieben während sie sich in den Kantonen und Gemeinden zurückgebildet haben (Schaltegger & Frey, 2016). Mit der kalten Progression werden die Abzüge und Tarife dem «Landesindex der Konsumentenpreise» angeglichen und somit teuerungsbereinigt angewendet (ESTV, 2019a, S. 37). Die Schweiz erhebt als eine der wenigen Länder weltweit die Vermögenssteuer für natürliche Personen, hingegen keine Kapitalgewinnsteuer und Erbschaftssteuer für Ehepartner, direkte Nachkommen und Enkelkinder (ESTV, 2020b, S. 34; Föllmi & Martínez, 2017a, S. 5; Gallusser & Krapf, 2019, S. 2; Hümbelin & Fluder, 2018, S. 30). Die progressiven Sätze sowie Freibeträge werden auf kantonaler Ebene festgesetzt. Letztere liegen zwischen 51'000 und 260'000 Schweizer Franken (ESTV, 2020b, S. 31). Die Schweizer Bevölkerung besitzt 1'792⁹ Milliarden Franken Vermögen (Eidgenössische Steuerverwaltung [ESTV], 2019b). Dennoch sind 80 % der Schweizer Bevölkerung nicht von einer Vermögenssteuer betroffen (ESTV, 2019b). Die Fiskalquote der Schweiz ist mit 28 %¹⁰ im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt (BIP) leicht unter dem OECD-Durchschnitt von 34.4 %. Das zeigt, dass die Schweiz eine moderate Totalbelastung ausweist (ESTV, 2021, S. 21).

⁸ Jeder weitere erwirtschaftete Schweizer Franken wird zusätzlich besteuert. Das sind die Grenzsteuersätze.

⁹ Das Vorsorgevermögen aus der zweiten und dritten Säule ist nicht enthalten (ESTV, 2019b).

¹⁰ In der Fiskalquote sind Steuern sowie Sozialversicherungsbeiträge enthalten (ESTV, 2019b).

2.3.4.3 Sozialversicherungssystem

Ein stärkeres Umverteilungsinstrument im Vergleich zum Steuersystem ist das Schweizer Sozialversicherungssystem, das auf drei Säulen basiert (Föllmi & Martínez, 2017a, S. 16). Im internationalen Vergleich ist die Schweiz mit 94 % nach Polen das Land, welches den grössten Umverteilungsbeitrag durch Transferleistungen leistet (Rother, 2019, S. 22).

Durch ihre Multidimensionalität bietet das System dem Schweizer Volk einen breitgefächerten sozialen Schutz. Ausserdem sichern Sozialhilfegelder ausserhalb der Sozialversicherungen das Existenzminimum der Schweizer Bevölkerung, die durch ein ungenügendes Erwerbseinkommen kein würdiges Leben finanzieren kann (Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV], 2020, S. 7, 121-122). Im Jahr 2018 bezogen 274'194 in der Schweiz lebende Personen Sozialhilfegelder. Davon waren 52.5 % Schweizer und 47.5 % Ausländer. Verglichen mit der Wohnbevölkerung der Schweiz betrug die Schweizerquote der Sozialhilfebezüger 2.3 % und diejenige der Ausländer 6.1 %. Die jüngste¹¹ Altersklasse bildet mit über 5 % im Verhältnis zur Schweizer Bevölkerung die grösste Gruppe, die Sozialhilfegelder beansprucht (BSV, 2020, S.123).

Im Drei-Säulen-System macht der unterschiedliche Aufbau in funktioneller und finanzieller Hinsicht das Vorsorgesystem solide (BSV, 2021a, S. 1). Von grosser Bedeutung im Drei-Säulen-Konzept ist die Altersvorsorge. Ihre Aufgabe ist es, das Existenzminimum sowie die gewohnte Lebensqualität nach der Pensionierung sicherzustellen (BSV, 2021a, S. 2-3 sowie 23). Das bald 100-jährige System wurde über die Jahre entwickelt und ausgebaut. Heute verfolgt es das primäre Ziel, durch Umverteilung die Armut zu verringern und einen soliden finanziellen Wohlstand über alle sozialen Schichten zu schaffen. Im Jahr 1947 nahm das Volk das Gesetz an und gab die Initialzündung für das Schweizer Vorsorgesystem. Im Januar 1948 wurden die ersten Renten aus der staatlichen Vorsorge entrichtet und ab 1966 deckten die Ergänzungsleistungen die Existenzlücken aus Rentenleistungen. 1985 wurde die zweite Säule eingeführt und durch die Einführung der dritten Säule im Jahr 1987 wurde das Drei-Säulen-System vervollständigt (BSV, 2021a, S. 2-3).

¹¹ Die jüngste Altersklasse besteht aus jenem Teil der Bevölkerung im Alter von 0 bis 17 Jahren (BSV, 2020, S.123).

Die erste Säule, auch bekannt als staatliche Vorsorge, wird im Umlageverfahren finanziert und ist das wichtigste Umverteilungsinstrument der Schweiz (BSV, 2021a, S. 9; Föllmi & Martínez, 2017a, S. 16-17). In der ersten Säule finden Umverteilungen zwischen Erwerbstätigen und Jungen, Erwerbstätigen und Rentnern und zwischen Vermögenden und Bedürftigen statt (BSV, 2021a, S. 2 sowie 6). Gestützt auf die Analyse der Fragestellung in Bezug auf die Ungleichheitssituation in der Schweiz lässt sich schliessen, dass die staatliche Vorsorge überwiegend von «Solidaritätsspendern» getragen wird, wie die Autoren Schaltegger, Frey & Häner (2019) beschreiben.

Alleine die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV), welche das Einkommen im Alter oder im Todesfall deckt, umfasst rund einen Drittel¹² aller Ausgaben im Sozialversicherungssystem. Die Ausgaben werden zu 72.7 % von Beiträgen finanziert (BSV, 2020, S. 2 sowie 31). Höhere Einkommen zahlen höhere AHV-Beiträge und gleichen diejenigen der tieferen Einkommenschichten aus (BSV, 2021a, S. 6-7). In dieser Hinsicht ist belegt, dass Besserverdienende lediglich einen Bruchteil der geleisteten Beiträge als Rente zurückerhalten werden (BSV, 2021a, S. 21; Schaltegger et al., 2019). Tatsache ist, dass für die obersten 10 % der Lohngruppe diese Umverteilung eine fortschreitende Rentenreduktion bedeutet und sich diese wie eine zusätzliche Steuer auswirkt (Schaltegger et al., 2019). Auch der Bund leistet durch Steuertransfers einen zentralen Beitrag von einem Fünftel zur Finanzierung der ersten Säule (BSV, 2021a, S. 22). Dabei leisten die Einkommensstärksten auch während der Erwerbsjahre einen wesentlichen Beitrag an diesem Steuertopf durch die höhere Besteuerung ihrer Einkommen im Vergleich zu den niedrigen Einkommen (ESTV, 2019a, S. 37; Schaltegger & Frey, 2016). Weiter wirkt sich auch die Mehrwertsteuererhöhung, die im Jahr 1999 um 1 % vollumfänglich zur finanziellen Stärkung der AHV entschieden wurde, auf die Kaufkraft der Konsumenten aus (BSV, 2021a, S. 22). Folglich zeigt sich das Solidaritätsprinzip in seiner Wirkung in verschiedenen Dimensionen. Aufgrund der «Babyboom-Generationen»¹³ werden in den nächsten Jahren viele Rentenansprüche auf eine immer kleiner werdende Trägerschaft entfallen (BSV, 2021a, S. 34-35). Dies wird zu einer Verwässerung des Umverteilungseffektes führen.

¹² Die totalen Sozialversicherungsausgaben betragen im Jahr 2018 164 Milliarden Schweizer Franken. Davon trägt die AHV rund 43 Milliarden Schweizer Franken (BSV, 2020, S. 2).

¹³ Zu den Babyboomer gehören die Geburtenjahrgänge 1954 bis 1964 (BSV, 2021a, S. 34-35).

Die zweite Säule, auch bekannt als berufliche Vorsorge, wird im Kapitaldeckungsverfahren durch Beiträge der Versicherten und deren Verzinsung finanziert (BSV, 2021a, S. 12-13). Die Beiträge enthalten einen Spar- sowie Risikoteil (Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, 2021). Das Pensionskassenguthaben wird individuell und abhängig vom eigenen Einkommen angespart und als kollektive Kapitalanlage bewirtschaftet. Die Renten- oder Kapitalleistungen werden später aus diesem Fonds an die Versicherten ausbezahlt (BSV, 2021a, S. 12-13). Der Zweck der zweiten Säule ist es, in Ergänzung zur ersten Säule die Substanz des letzten Einkommens im Rentenalter auf mindestens 60 % zu sichern (BSV, 2021a, S. 30). Aus diesem Grund werden Einkommen erst ab 21'510 bis 86'040 Schweizer Franken als Obligatorium im Berufliche Vorsorge Gesetz (BVG) festgelegt. Folglich haben Einkommensklassen unter 21'510 Schweizer Franken keinen Pensionskassenanschluss im Obligatorium. Viele Pensionskassen können jedoch im Überobligatorium auch Löhne unter 21'510 und über 86'040 Schweizer Franken versichern (BSV, 2021a, S. 23-25). Im Jahr 2019 waren 4'343'703 Menschen einer Vorsorgeeinrichtung angeschlossen (Bundesamt für Statistik [BFS], 2021a, S. 2). Der Bevölkerungsanteil unter der Eintrittsschwelle für einen Pensionskassenanschluss beträgt ein Fünftel der Gesamtbevölkerung¹⁴ (BFS, 2021a, S. 2; BSV, 2020, S. 130). Die Analyse unterstreicht, dass das Schweizer Vorsorgesystem einen grossen Teil der Bevölkerung in der zweiten Säule auffängt. Ausserdem können finanziell besser gestellte Versicherte mit Pensionskasseneinkäufen das Alterskapital schneller aufbauen (BSV, 2021a, S. 27; Hümbelin & Farys, 2018, S. 22). Dabei führen Einkäufe in die eigene Pensionskasse zu einer Verringerung der Einkommensbesteuerung (Art. 33 Abs. 1d DBG; Art. 9 Abs. 2d StHG). Folglich wird die Umverteilungskapazität durch Steuern reduziert (Hümbelin & Farys, 2018, S. 19).

Im Unterschied zur ersten Säule findet in der zweiten Säule kein festgesetzter finanzieller Transfer durch Sparbeiträge zwischen den Versicherten und Rentnern statt (BSV, 2021a, S. 7; Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, 2021). Das Solidaritätsprinzip bildet in der zweiten Säule, wie auch in anderen Sozialversicherungen, ein starkes Fundament (BSV, 2021a, S. 7). Aufgrund von veränderten Rahmenbedingungen findet heute die Umverteilung aus dem Risikokapital sowie indirekt aus dem Sparkapital statt (Zürich Versicherungs-

¹⁴ Im Jahr 2019 erfasst die Schweiz eine Gesamtbevölkerung von 8'606'000 Menschen, 819'887 Rentnerbezüger und 1'717'000 nicht versicherte Jugendliche (BFS, 2021a, S. 2; BSV, 2020, S. 130).

Gesellschaft AG, 2021). Der demografische Wandel zwingt das System, dass durch Zweckentfremdung der Erträge aus dem Sparteil der Versicherten eine Quersubventionierung der zugesprochenen und garantierten Renten stattfindet (BSV, 2021a, S. 13; Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, 2021). Das schmälert den späteren Rentenanspruch der heute aktiven Versicherten. Seit Einführung der beruflichen Vorsorge im Jahr 1985 ist die durchschnittliche Lebenserwartung gestiegen. Ab dem ordentlichen Rentenalter lebten Männer früher weitere 14.9 Jahre und Frauen weitere 19 Jahre. Die Lebenserwartung der Männer stieg bis ins Jahr 2019 auf 20 Jahre und jene der Frauen auf 22.7 Jahre (Bundesamt für Statistik [BFS], 2020). Gleichzeitig hat sich die Geburtenrate in der Schweiz seit 1948 halbiert (BSV, 2021a, S. 34). Daraus resultiert, dass sich das Verhältnis zwischen Rentnern und aktiven Erwerbstätigen zulasten der aktiven Versicherten verändert. Denn heute tragen 100 Erwerbstätige sieben Rentner mehr als vor 30 Jahren (Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, 2021). Ebenso beeinträchtigt die marktwirtschaftliche Situation das Wachstum des Kapitals durch anhaltend tiefe Zinsen und höhere Marktschwankungen (Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG, 2021). Nur die Senkung des aktuellen Umwandlungssatzes kann zu einer zeitgerechten lebenslänglichen Rente im Kapitaldeckungsverfahren beitragen. Somit würde sich die Umverteilung der Kapitalerträge verringern (Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG).

Der dritte Teil des Vorsorgesystems der Schweiz ist die Selbstvorsorge auch als private Vorsorge bekannt. In dieser Säule findet keine personenübergreifende Umverteilung statt. Vielmehr wird sie durch individuelle Vermögensbildung aufgebaut (BSV, 2021a, S. 3 sowie 14). Diese Säule privilegiert vor allem den einkommensstarken Bevölkerungsteil, weil die Finanzierung zu Lasten der eigenen Sparreserven geht und somit eine persönliche Vermögensumverteilung stattfindet (BSV, 2021a, S. 31). Entsprechend kann gesagt werden, dass die dritte Säule eine Sparsäule mit verschiedenen Lösungen ist – Sparvermögen, Lebensversicherungen und Gebundene Vorsorge (Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV], 2021b). Die Differenz zwischen dem letzten Einkommen vor der Pensionierung und der Rente aus der ersten und zweiten Säule kann durch die dritte Säule wettgemacht werden. Da die dritte Säule keinem Obligatorium unterstellt ist, wird diese Sparform durch Steuerprivilegien gefördert und wurde im Jahr 1972 in der Bundesverfassung verankert und in der Verordnung BVV 3 umfassend geregelt (BSV, 2021b). Die angehäuften

Vorsorgegelder im Rahmen der dritten Säule sind innerhalb der Zeitspanne von 2015 bis 2019 um rund 18 % gestiegen (Bundesamt für Sozialversicherungen [BSV], 2021c). Die Festlegung der steuerfreien Grenzbeträge ist gesetzlich geregelt und wird an die Teuerung angepasst (BSV, 2021b).

Zusammenfassend gesagt, umfasst das solide aufgebaute Sozialversicherungssystem der Schweiz durch die zweite und dritte Säule ein Vermögen von rund 1.13 Billion¹⁵ Schweizer Franken und bildet damit ein grosser Bestandteil der Vermögenswerte der Schweiz (BSV, 2021c).

2.3.4.4 Bildungssystem

Die Entlohnung für die Ausübung einer beruflichen Tätigkeit wird in der Schweiz durch den Arbeitsmarkt bestimmt (Stamm et al. 2000, S. 4 sowie 6). Allerdings wird der Zugang einer Gesellschaft zum Arbeitsmarkt durch die Schaffung von funktionierenden staatlichen Rahmenbedingungen ermöglicht. In diesem Kapitel wird die Bedeutung des Schweizer Bildungssystems zur Schaffung von Chancengleichheit erläutert, welche die Funktionsfähigkeit des Schweizer Arbeitsmarktes gewährleistet.

Duales Ausbildungssystem

Das Bildungssystem der Schweiz zeichnet sich durch eine hohe Arbeitsmarktorientierung und durchlässige Ausbildungsstrukturen aus (Schlegel, 2019, S. 66). Um die Durchlässigkeit der Bildungsstrukturen zu erhöhen, durchlief das Bildungssystem in den letzten zwanzig Jahren verschiedene Reformen (Haering & Fontana, 2020, S. 10-14). Durch die Reformen in den 1990er-Jahren wurde die Berufsmaturität eingeführt, was den Zutritt zu Fachhochschulen ermöglicht hat. Damit hat das duale Ausbildungssystem an Bedeutung gewonnen (Haering & Fontana, 2020, S. 9 sowie 29; Schlegel, 2019, S. 67). Im Vergleich zu Deutschland und Österreich, welche ebenso ein duales Bildungssystem haben, entschieden sich in der Schweiz¹⁶ wesentlich mehr Jugendliche für eine duale Berufsausbildung (Ebner & Nikolai, 2010, S. 622-623). Die Schweiz verzeichnet einen Anstieg an Studierenden,

¹⁵ Das Vorsorgekapital aus der beruflichen Vorsorge im Jahr 2019 (in Millionen Schweizer Franken): 1'005'484 (BSV, 2021c). Das Vorsorgekapital aus der dritten Säule im Jahr 2019 (in Millionen Schweizer Franken): 130'155 (BSV, 2021c).

¹⁶ Im Jahr 2015 entschieden sich zwei Drittel der Jugendlichen für eine Berufsausbildung (Schlegel, 2019, S. 66).

welcher insbesondere auf die Bildungsexpansion auf Fachhochschulebene zurückzuführen ist (Haering & Fontana, 2020, S. 18; Schlegel, 2019, S. 67). Dass die Schweiz heute ein gutes Bildungsniveau erreicht hat, bestätigt die Abschlussquote auf Tertiärstufe von einem Drittel der Gesellschaft (Bundesamt für Statistik [BFS], 2021b; Schlegel, 2019, S. 67). Das entspricht einem Anstieg von rund 72 % innerhalb der letzten 19 Jahre¹⁷ (Schlegel, 2019, S. 67). Dennoch fördert das duale Ausbildungssystem nicht nur die Ausbildungen auf Tertiärstufe, sondern bildet gezielt auf neue Arbeitskräfte im Rahmen einer beruflichen Grundbildung aus.

Chancengleichheit

Die Chancengleichheit ist ein gelebter Grundwert in der Schweiz, welcher in der Bundesverfassung formal geregelt ist. Darin wird einerseits die Rechtsgleichheit aller in der Schweiz lebenden Personen (Art. 8 BV) sowie deren Anspruch auf eine Grundausbildung (Art. 19 BV) garantiert und die Qualität sowie Durchlässigkeit des Bildungssystems auf nationaler Ebene geregelt (61a BV).

Gleichzeitig weist die Schweiz eine geringe Bildungsmobilität im internationalen Vergleich auf (Föllmi & Martínez, 2017a, S. 21-22). Es wird deutlich, dass Personen, deren Eltern lediglich eine obligatorische Ausbildung absolviert haben, mit einer kleineren Wahrscheinlichkeit eine Ausbildung auf Tertiärstufe abschliessen (Bundesamt für Statistik [BFS], 2019).

Liberaler Arbeitsmarkt

Der Schweizer Arbeitsmarkt weist eine konstant gebliebene Arbeitslosenquote in den letzten 30 Jahren sowie eine überdurchschnittlich hohe Erwerbsbeschäftigung von 83 %¹⁸ auf (Schlegel, 2019, S. 66). Gestützt auf die neusten statistischen Daten misst die Schweiz mit 3 % die tiefste Jugendarbeitslosenquote und mit 3.4 % eine der tiefsten Arbeitslosenraten weltweit (OECD, 2021a; OECD, 2021b; Staatssekretariat für Wirtschaft [SECO], 2021, S. 5).

¹⁷ Betrachteter Zeitraum von 1996 bis 2015 (Schlegel, 2019, S. 67).

¹⁸ Erwerbstätigenquote des Jahres 2017. Der Durchschnitt aller OECD-Länder betrug im Jahr 2017 rund 71 % (Schlegel, 2019, S. 66).

Eine Besonderheit des Schweizer Arbeitsmarktes ist die Flexibilität in der Gestaltung der Rahmenbedingungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Diese Eigenschaft ermöglicht agile und wettbewerbsfähige Anpassungen vorzunehmen, um neue Herausforderungen bei Marktveränderungen wahrzunehmen und zielorientiert zu bewältigen (Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung [WBF], 2016; Grünenfelder, Rother, Rutz & Salvi, 2019, S. 86 sowie 88). Der offene Arbeitsmarkt bietet bedürfnisorientierte Arbeitsmodelle, die eine Koordination zwischen Beruf, Familie oder Ausbildung ermöglichen (Grünenfelder et al., 2019, S. 86 sowie 88). In den letzten 20 Jahren hat man sich auch durch die Personenfreizügigkeit den wirtschaftlichen Bedingungen anpasst (Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten [EDA], 2015, S. 2-4). Die vorteilhafte geografische Lage der Schweiz unterstützt politische und kulturelle Beziehungen mit den benachbarten EU-Ländern (EDA, 2015, S. 3). Durch die Annahme der politischen Initiative «Gegen Masseneinwanderung» im Jahre 2014 ist es der Schweiz gelungen, eine qualifizierte und quantifizierte Einwanderung zu erreichen (EDA, 2015, S. 4-5). Dies hat dazu geführt, dass die Schweiz in den letzten Jahren wirtschaftlich überdurchschnittlich gewachsen ist, ihre Wettbewerbsfähigkeit gesteigert hat und gleichzeitig Arbeitsplätze für die Schweizer Bevölkerung erhalten blieben (EDA, 2015, S. 6-7). Die strukturelle Funktionalität des Schweizer Arbeitsmarktes widerspiegelt sich in der tiefen Arbeitslosigkeit und in der Aufnahmefähigkeit von jungen Arbeitskräften und Studienabgängern.

2.4 Legitimation von Ungleichheit

2.4.1 Definition der sozialen Ungleichheit

Ruth Hasberg (2016) hat in ihrem Buch «Die Wahrnehmung von Einkommensungleichheit» die verschiedenen Herangehensweisen analysiert, wie soziale Ungleichheit beschrieben werden kann. Die Autorin (Hasberg, 2016, S. 43) synthetisiert die Kernaussagen in einer zusammenfassenden Definition: «Soziale Ungleichheit bezeichne die regelmäßige Besser- oder Schlechterstellung bestimmter Individuen und / oder Gruppen durch ungleiche Verteilung von wertvollen oder negativen Gütern, Positionen und / oder Chancen». Soziale Ungleichheiten sind dem Wandel der Zeit ausgesetzt und können je nach Gesellschaft unterschiedliche Ausprägungen aufweisen (Hasberg, 2016, S. 33). Demgemäss haben die herrschende Kultur und Wertvorstellungen einer Gesellschaft einen Einfluss darauf, ob die Verteilung eines bestimmten Gutes innerhalb der Gesellschaft als ungleich und gerecht wahrgenommen wird (Hasberg, 2016, S. 33, 37-39 sowie 270). Das Gut «Geld» ist sowohl in der Wirtschaftswissenschaft wie auch in der Soziologie Bestandteil von zentralen Fragestellungen (Deutschmann, 2000, S. 301 sowie 310; Hasberg, 2016, S. 33). Geld ist ein funktionales Mittel, welches als Ressource zu unterschiedlichen Lebenszielen eines Individuums beiträgt (Hasberg, 2016, S. 48). Aufgrund seines hohen Stellenwertes in den heutigen Gesellschaften kann das Einkommen als eine der bedeutendsten Determinanten von sozialer Ungleichheit definiert werden (Hasberg, 2016, S. 45).

2.4.2 Arten von Ungleichheiten

Es existieren zwei Arten von Ungleichheiten, die unterschieden werden müssen. So erwähnen Stamm et al. (2000, S. 2) in ihrer Studie die unveränderbaren «biologischen» Unterschiede zwischen den Individuen. Dabei wird verdeutlicht, dass bereits Eigenschaften, welche von Natur aus gegeben sind, zu einer ungleichen Verteilung von Gütern führen können. Die zweite Art lässt sich nach Jean-Jacques Rousseau als «moralische oder politische Ungleichheit» bezeichnen, welche bei der Verteilungsfrage in Bezug auf das Vermögen und Einkommen im Vordergrund steht (Rousseau, 2008, S. 31 zitiert in Hasberg, 2016, S. 35-36). In der Studie von Stamm et al. (2000, S. 3) wird präzisiert, dass es sich dabei um

«erwerbbar» Instrumente¹⁹ handelt, die die Menschen innerhalb einer Gesellschaft unterschiedlich positionieren.

2.4.3 Gerechtigkeitsprinzip und Verteilungsgerechtigkeit

Ob die Verteilung eines Gutes wie Einkommen oder Vermögen als gerecht oder ungerecht empfunden wird, hängt von den herrschenden Gerechtigkeitsvorstellungen einer Gesellschaft ab (Hasberg, 2016, S. 53 sowie 60). Dabei beeinflussen unterschiedliche Aspekte wie die Persönlichkeit, finanzielle Interessen, soziale Herkunft oder der eigene Kulturkreis das individuelle Gerechtigkeitsgefühl (Hasberg, 2016, S. 62). Die empirische Gerechtigkeitsforschung begründet vier Gerechtigkeitsprinzipien. Diese werden als Gleichheits-, Leistungs-, Bedarfs- und Anrechtsprinzip bezeichnet (Hasberg, 2016, S. 54-60). In westlichen modernen Gesellschaften des 21. Jahrhunderts, welche in wettbewerbsorientierte Marktwirtschaften eingebettet sind, kann ein egalitäres Ergebnis nach dem Gleichheitsprinzip nicht gewährleistet werden (Noll & Christoph, 2004, S. 11). Stattdessen existieren heute offene Leistungsgesellschaften, welche die tatsächliche Ungleichheit mit dem meritokratischen Leistungsprinzip legitimieren (Hasberg, 2016, S. 56-58; Noll & Christoph, 2004, S. 11). Das Legitimationsmodell der Leistungsgerechtigkeit lässt höhere Belohnungen eines bestimmten Gutes zu, sofern es mit den erbrachten Resultaten im Verhältnis steht. Jedoch setzt die Anwendung dieser Legitimationsform die Gleichheit der Ausgangsbedingung für die gesamte Gesellschaft voraus (Hasberg, 2016, S. 56-57; Noll & Christoph, 2004, S. 11). Des Weiteren fordert auch die funktionalistische Schichtungstheorie ein Mass an Ungleichheit, sodass in einem Land die nötigen Anreize zur Gewährleistung einer funktionierenden Gesellschaft geschaffen werden (Noll & Christoph, 2004, S. 12; Stamm et al. 2000, S. 5-6). Die Wandlung der Gesellschaftsstrukturen hat dazu geführt, dass eine klare Zuordnung der Schweizer Gesellschaft in eine reine Eliten- oder in eine offene Leistungsgesellschaft unmöglich ist (Stamm et al. 2000, S. 37). Ob sich das Verteilungsergebnis auch im Fall einer sozialen Ungleichheitssituation legitimieren und akzeptieren lässt, hängt vom angewendeten Legitimationsprinzip (Verteilungsmechanismus) eines Volkes ab (Noll & Christoph, 2004, S. 11-12). Professor Ben Jann (Marty, 2019), Professor am Institut für Soziologie an der Universität Bern, unterstreicht in einem Interview,

¹⁹ Nach Hasberg (2016, S. 44) als Positionen, Chancen und Güter definiert.

dass das Wohlstandsniveau einer Gesellschaft Einfluss auf die Instabilität eines Landes hat, welche durch die Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens herbeigeführt werden kann. Es wird hinzugefügt, dass in einem reichen Land wie der Schweiz, in dem ein hohes Wohlstandsniveau über sämtliche Sozialklassen herrscht, die Bedrohung, in eine Schieflage zu geraten, eher gering ist. Dennoch betont Professor Ben Jann, dass zwischen der Wohlfahrt eines Landes und dem Gerechtigkeitsempfinden der einzelnen Individuen eine Abhängigkeit besteht. Folglich muss auch in Ländern, in denen ein hoher Wohlstand herrscht, die Verletzung des Gerechtigkeitsempfindens der Bevölkerung vermieden werden (Marty, 2019). In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass die herrschende Gerechtigkeitsvorstellung nicht mit dem eigenen Gerechtigkeitsempfinden deckungsgleich sein muss (Jann, 2003, S. 4). Diese Diskrepanz kann durch die Anwendung von unterschiedlichen Bewertungsstandards der Gesellschaft erklärt werden (Jann, 2003, S. 4).

2.4.4 Ökonomische und politische Folgen von Ungleichheit

Behringer, Theobald & van Treeck (2014, S. 6) führen aus, dass eine ausgeprägte Ungleichheitssituation die Wirtschaft eines Landes destabilisieren kann. Eine ausgeprägte Ungleichheitssituation ist aus politischen und wirtschaftlichen Gründen zu vermeiden, da die resultierenden instabilen Verhältnisse langfristig das Wirtschaftswachstum eines Landes hemmen (OECD, 2015, S. 36; Stiglitz, 2015, S. 388). Grund dafür ist, dass die materiell schwächeren Bevölkerungsgruppen eine geringe wachstumsfördernde Investitionskraft aufweisen. Ihre geringe finanzielle Teilnahme am Wohlstand eines Landes führt demnach dazu, dass sie ihre individuellen Wachstumspotentiale und die ihres Landes nicht vollständig ausschöpfen können (Cingano, 2014, S. 29; OECD, 2015, S. 36-37; Stiglitz, 2015, S. 389). Demnach wird das Wirtschaftswachstum der Gesellschaft durch die einkommensschwächsten 40 % der Bevölkerung ausgebremst (Cingano, 2014, S. 28-29; OECD, 2015, S. 36-37). Die Analyse von Dabla-Norris, Kochhar, Suphaphiphat, Ricka & Tsounta (2015, S. 7) unterstreicht die Wichtigkeit, die untere Bevölkerungsschicht im Wirtschaftswachstum einzubinden und präzisiert, dass das Wachstum eines Landes um 0.38 % bei einem Einkommensanstieg der ärmsten 20 % der Bevölkerung steigt. Hingegen kann eine grössere Einkommenskonzentration auch zur Verringerung der Gesamtnachfrage in einer Volkswirtschaft führen (Dabla-Norris et al., 2015, S. 8). Zudem weist Stiglitz (2015, S. 382 sowie 392) auf die Wechselwirkung zwischen zunehmender Ungleichheit und

abnehmender Chancengleichheiten hin. Ebenso weisen die Autoren Dabla-Norris et al. (2015, S. 9) darauf hin, dass eine herrschende Ungleichheitssituation keine Armutsbekämpfung zulässt. Die Analyse von Dabla-Norris et al. (2015, S. 30) führt zur Schlussfolgerung, dass eine gerechtere Verteilung, beziehungsweise eine Reduktion der Einkommensungleichheit, nicht zwingend die wirtschaftliche Ineffizienz eines Landes zur Folge hat. Gleichzeitig vertreten die Autoren den Standpunkt, dass eine moderate Ungleichheit einen fördernden Effekt haben kann, indem von der Bevölkerung die richtigen Anreize für ein gesundes und kompetitives Umfeld gesetzt werden (Dabla-Norris et al., 2015, S. 6). Auch Hradil (Hradil, 2001 Nachdruck 2005, S. 416 zitiert in Hasberg, 2016, S. 58) ist der Ansicht, dass gewisse Formen von Ungleichheit akzeptabel sind. Hasberg (2016, S. 58) ergänzt, dass die Unterschiede der Einkommensanteile bei Verhältnismässigkeit zwischen Leistung und Belohnung, gestützt auf das Leistungsprinzip, toleriert und geschätzt werden. Eine andere Auffassung vertritt Stiglitz (2015, S. 379 sowie 388) und betont, dass Ungleichheit nicht notwendig für den Wirtschaftsaufschwung eines Landes ist, sondern bekämpft werden muss, um eine gesellschaftliche Spaltung zu verhindern. Dabla-Norris et al. (2015, S. 9) unterstützen Stiglitz (2015, S. 379 sowie 388) in Bezug auf die sozialen Spannungen, welche zu konfliktären Beziehungen führen und dadurch Investitionen und zukünftiges Wachstum hemmen. Weiter heben Dabla-Norris et al. (2015, S. 9) hervor, dass eine ausgeprägte ökonomische Ungleichheit zu politischen Diskrepanzen führt. Zudem werden durch eine grössere Einflussmacht der ökonomisch stärkeren Bevölkerungsschichten demokratische Systeme gefährdet und geschwächt (Stiglitz, 2015, S. 389 sowie 391). Dadurch drohen einer Volkswirtschaft einerseits wirtschaftliche Folgen wie Korruption und andererseits soziale Missstände wie Vertrauensverlust in Institutionen (Dabla-Norris et al., 2015, S. 6). Abschliessend vertreten Behringer et al. (2014, S. 14) die Ansicht, dass die Senkung der finanziellen Ungleichheit weniger Raum lässt für wirtschaftliche Krisen. Die Studie von Dabla-Norris et al. (2015, S. 8) fügt hinzu, dass eine grössere Machtkonzentration bei privilegierten Gruppen als Grundlage für zukünftige Krisen gilt. Demgegenüber verneinen Bordo & Meissner (2012, S. 2148 sowie 2160) in ihrer Untersuchung, dass eine steigende Ungleichheit (Einkommensungleichheit) Hauptfaktor für die Auslösung einer Finanzkrise ist.

2.5 Die politische Verteilungsfrage in der Schweiz

In den letzten Jahren wurde die Verteilungsfrage in der Schweiz sowohl von den wirtschaftlichen Gremien als auch von den politischen Kreisen wieder stärker diskutiert. Die Verteilungsdebatte ist im 21. Jahrhundert in politischen Diskussionen allgegenwärtig und bildet Bestandteil der sehr unterschiedlichen Positionen der Parteien. In diesem Kapitel werden vergangene politische Initiativen thematisiert, bei welchen die Frage nach der Einkommens- und Vermögensverteilung im Zentrum stand.

2.5.1 Volksinitiative «gegen die Abzockerei»

Die Volksinitiative «gegen die Abzockerei», welche von Unternehmer Thomas Minder und dem Initiativkomitee ausarbeitet wurde, hat eine 4-jährige Debatte im Parlament ausgelöst (Kübli, 2019, S. 2). Die Initianten forderten im Allgemeinen eine stärkere Regulierung von börsenkotierten Schweizer Unternehmen. Dabei wurden die ausserordentlich hohen Vergütungen der Verwaltungsratsmitglieder, der Geschäftsleitung und des Beirates angezweifelt, welche in Zukunft zwingend von der Generalversammlung gutgeheissen werden müssten (Art. 95 Abs 3a BV; Bundeskanzlei, 2012, S. 13 sowie 21). Der Initiativtext definierte weitere Verfassungsänderungen, welche alle zum Hauptziel hatten, dem Aktionär und dem Privateigentum sowie der Volkswirtschaft ausreichend Schutz zu bieten (Art. 95 Abs. 3 BV; Kübli, 2019, S. 2; Bundeskanzlei, 2012, S. 13). Der Bundesrat unterstützte die Stossrichtung, die Vergütungspolitik von Schweizer Aktiengesellschaften dringend stärker zu regulieren, jedoch war er der Auffassung, dass die eingereichte Vorlage das liberale Aktienrecht der Schweiz unverhältnismässig stark einschränken würde (Bundeskanzlei, 2012, S. 13 sowie 22). Dieses Hauptmotiv sowie weitere daraus resultierende Konsequenzen bewegten sowohl Bundesrat als auch Ständerat zur Ablehnung der Initiative und zur Ausarbeitung eines angemessenen Gegenvorschlags durch das Parlament (Bundeskanzlei, 2012, S. 13 sowie 22-23). Die Initiative wurde am 3. März 2013 mit einem Volksmehr von 67.9 % angenommen und verhinderte das Inkrafttreten des parlamentarischen Gegenvorschlages (Bundeskanzlei, 2012, S. 17; Kübli, 2019, S. 3).

2.5.2 Volksinitiative «1:12 Initiative – Für gerechte Löhne»

Die Partei der Jungsozialisten Schweiz (JUSO) hat im Jahr 2009 die Volksinitiative «1:12 – Für gerechte Löhne» eingeleitet (Schweizer, 2019a, S. 2). Die Initiative forderte die Eindämmung der Toplöhne und Boni von Kadermitarbeitern in allen Schweizer Unternehmen mit dem Ziel der Erhöhung der Lohngerechtigkeit im Land (Bundeskanzlei, 2013, S. 5). Dabei hätte der Meistverdienende maximal das Zwölfwache des tiefsten Lohnes im selben Unternehmen erwirtschaften dürfen (Schweizer, 2019a, S. 2; Bundeskanzlei, 2013, S. 5). Die lancierte Initiative wurde sowohl vom Bundesrat wie auch vom Parlament nicht befürwortet und zur Ablehnung empfohlen. Ihre Position haben sie mit schwerwiegenden Folgen für den Schweizer Arbeitsmarkt begründet, welche wiederum eine Kettenreaktion an Konsequenzen ausgelöst hätte. Denn durch einen solchen Eingriff in die Arbeitsmarktpolitik hätte die Schweiz ihren Wirtschaftsstandort gefährdet, indem das Land für nationale und internationale Unternehmen an Anreiz verloren hätte. Ebenso hätten tiefere Löhne von Kadermitarbeitern die Steuerpolitik sowie das Sozialversicherungssystem der Schweiz durch niedrigere Einnahmen abgeschwächt (Bundeskanzlei, 2013, S. 8). Wie hoch Spitzenlöhne von Kadermitarbeitern in der Privatwirtschaft angesetzt werden, wird in der Schweiz weiterhin vom Unternehmen selbst festgelegt, da die Initiative am 24. November 2013 mit 65.3 % vom Volk abgelehnt wurde (Bundeskanzlei, 2013, S. 6; Schweizer, 2019a, S. 3).

2.5.3 Volksinitiative «Für den Schutz fairer Löhne (Mindestlohn-Initiative)»

Das Volk wurde am 18. Mai 2014 zur Abstimmung für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes zur Bekämpfung von Armut aufgerufen. Die Einführung eines nationalen Mindestlohnes wurde vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) vertreten. Allerdings wurde die Initiative von einigen Linken Parteien und Gewerkschaften unterstützt (Schweizer, 2019b, S. 2). Die Initianten forderten eine festgesetzte Lohnuntergrenze für alle Branchen, welche provisorisch bei 22 Schweizer Franken pro Arbeitsstunde definiert wurde (Bundeskanzlei, 2014, S. 25). Ausgehend von der Gegebenheit, dass die Schweiz im internationalen Vergleich ein hohes Lohnniveau aufwies und die Anzahl der Tieflöhne gering war, fand die eingereichte Vorlage beim Bundesrat und Parlament keine Zustimmung (Bundeskanzlei, 2014, S. 25). Die Institutionen begründen die fehlende Übereinstimmung damit, dass der angestrebte monatliche Mindestlohn von 4'000 Schweizer Franken das

Verschwinden von weniger qualifizierten Arbeitsplätzen begünstigt und auf diese Weise den Einkommensschwächsten den Arbeitsmarktzugang erschweren würde (Bundeskanzlei, 2014, S. 25 sowie 29).

Auch bei der Schweizer Bevölkerung hat die eingereichte Vorlage keinen Anklang gefunden, da sie mit 76.3 % Nein-Stimmen deutlich abgelehnt wurde (Schweizer, 2019b, S. 3).

2.5.4 Volksinitiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)»

Die Vorlage zur Erbschaftssteuerreform wurde zur Bekämpfung der hohen Vermögenskonzentration und gleichzeitig zur Stärkung der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) ausgearbeitet (Herren, 2020, S. 3-4). Die Befürworter²⁰ der Vorlage zielten auf die Ersetzung der kantonalen Erbschafts- und Schenkungssteuer durch eine einheitliche nationale Steuer auf Erbschaften und Schenkungen ab (Bundeskanzlei, 2015, S. 25). Die Erbschaftssteuerreform bezweckte vor allem, grössere Nachlässe und Schenkungen ab 2 Millionen Schweizer Franken mit einem Steuersatz von 20 % zu belasten, unabhängig vom Verwandtschaftsgrad der Beteiligten (Bundeskanzlei, 2015, S. 25-27 sowie 33; Herren, 2020, S. 3). Regierung und Parlament nahmen eine klare Position ein und empfahlen dem Volk, die Vorlage abzulehnen. Die Regierung bekräftigte, dass die Stossrichtung der Initiative den Kantonen ihre finanzielle Autonomie teilweise entziehen würde, indem es insbesondere dem Steuerföderalismus entgegengewirkt hätte. Zudem hätte die Annahme der Initiative zu geringeren finanziellen Einnahmen der Kantone aus Erbschafts- und Schenkungssteuer führen können, da zwei Drittel der Steuereinnahmen in die AHV geflossen wären (Bundeskanzlei, 2015, S. 25-27 sowie 32; Herren, 2020, S. 3). Dabei vertrat der Bundesrat den Standpunkt, dass sich die Finanzierungslücken der AHV nicht durch die geforderte Erbschafts- und Schenkungssteuer schliessen liessen. Stattdessen hätte die Umsetzung des Vorschlages lediglich die Gefährdung von Kapital- und Vermögensabfluss ins Ausland erhöht (Bundeskanzlei, 2015, S. 32-33).

²⁰ Die Bundeskanzlei (2015, S. 31) nennt die Evangelische Volkspartei (EVP), die Sozialdemokratische Partei (SP), die Grüne Partei (GP) und den Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) als Befürworter der Initiative.

Die vorgeschlagene Erbschaftssteuerreform zur finanziellen Stärkung der AHV hat auch beim Volk keine Unterstützung gefunden, was am 14. Juni 2015 mit 71 % Nein-Stimmen zur Ablehnung der Reform geführt hat (Herren, 2020, S. 4).

2.5.5 Volksinitiative «Für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Auf Initiative eines parteipolitischen unabhängigen Komitees wurde am 5. Juni 2016 für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens für die ganze Schweizer Bevölkerung abgestimmt. Durch die monatliche Auszahlung eines Grundeinkommens an alle Erwachsenen und Jugendlichen versprach sich die Vorlage eine grössere finanzielle Sicherheit für Nichterwerbstätige oder für Schlechtverdiener (Bundeskanzlei, 2016, S. 14). Dabei präzisierten die Initianten, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen ausschliesslich die finanzielle Situation der ärmeren Bevölkerungsschicht verbessert hätte. Denn die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens hätte lediglich die monatlichen Einnahmen derjenigen erhöht, die ein monatlich tieferes Einkommen erzielen als das vorgesehene staatliche Grundeinkommen²¹ (Bundeskanzlei, 2016, S. 15 sowie 19). Mit der Annahme dieser Vorlage erhofften sich die Befürworter auch zukünftige Unsicherheiten auf den Arbeitsmarkt, welche beispielsweise durch die starke Digitalisierung drohen, aufzufangen (Bundeskanzlei, 2016, S. 19). Sowohl der Bundesrat wie auch das Parlament waren der Auffassung, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen erhebliche Folgen auf die Schweizer Volkswirtschaft gehabt hätte. Es wurde hervorgehoben, dass mit der Annahme dieser Vorlage beim begünstigten Teil der Bevölkerung falsche Anreize gesetzt worden wären, welche die Stabilität sowie Funktionalität des Schweizer Arbeitsmarktes und die Attraktivität des Schweizer Wirtschaftsstandortes gefährdet hätten (Bundeskanzlei, 2016, S. 20; Gsteiger, 2019, S. 2). Ebenso äussert der Bundesrat seine Bedenken bei der Finanzierung und Integration des neuen Systems der sozialen Sicherheit in die bestehenden Strukturen. Diese Hauptargumente haben den Bundesrat und das Parlament zur Ablehnung der Vorlage bewegt (Bundeskanzlei, 2016, S. 13 sowie 20-21). Das Volk folgte am 5. Juni 2016 den Empfehlungen der Regierung und lehnte die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens mit 76.9 % Stimmen ab (Gsteiger, 2019, S. 3).

²¹ Die Initianten haben ein monatliches Grundeinkommen von 2'500 Schweizer Franken für Erwachsene und 625 Schweizer Franken für Jugendliche vorgeschlagen (Bundeskanzlei, 2016, S. 14).

2.5.6 Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern (99 %-Initiative)»

Die jüngste Volksinitiative, «99%-Initiative», wurde am 2. April 2019 von den Jungsozialisten (JUSO) vorgelegt (Jeanneret, 2020). Das Initiativkomitee zielt auf die Einführung einer höheren Kapitaleinkommenssteuer ab. Die Vorlage präzisiert, dass in Zukunft die Einkünfte aus Kapitalanlagen 1.5 Mal stärker als das Arbeitseinkommen besteuert werden (JUSO Schweiz, o.J., S. 9 sowie 13). Nach Berücksichtigung eines Freibetrages, welcher provisorisch auf 100'000 Schweizer Franken festgesetzt wurde, wäre nur das Reichste 1 % der Bevölkerung von einer höheren Steuerbelastung auf Kapital betroffen (JUSO Schweiz, o.J., S. 13-14). Die Befürworter²² der Initiative vertreten die Auffassung, dass die Mehreinnahmen aus der erhobenen Kapitalsteuer auf die restlichen 99 % der Bevölkerung rückverteilt werden können und somit zu deren finanziellen Entlastung führe (JUSO Schweiz, o.J., S. 14).

Beim Bundesrat fand der Initiativtext keine Zustimmung, was die Behörde zur Ablehnung bewegt hat (Jeanneret, 2020). Am 2. März 2021 hat sich auch der Ständerat gegen die Initiative gestellt (Günther, 2021). Ob das Volk eine höhere Besteuerung der Kapitaleinkommen gutheisst, wird sich bei der Volksabstimmung zeigen.

²² Die Grünen sowie die Sozialdemokraten unterstützen das Vorhaben der JUSO (Jeanneret, 2020).

3 Empirischer Teil

Die im zweiten Kapitel erarbeiteten theoretischen Grundlagen sowie die Erkenntnisse aus der Literaturübersicht bilden die Grundlage für den empirischen Teil dieser Arbeit. Der praktische Teil der vorliegenden Bachelorarbeit dient zur Beantwortung der zweiten Fragestellung, welche mittels einer qualitativen Untersuchung beantwortet werden soll. In diesem Kapitel wird in einem ersten Schritt die Forschungsmethode zur Beschaffung der Informationen veranschaulicht. Anschliessend wird die Vorgehensweise zur Datenauswertung erläutert. In einem letzten Schritt werden die gewonnenen Untersuchungsergebnisse durchleuchtet.

3.1 Forschungsmethode

Um aktuelle Erkenntnisse zur Wahrnehmung der Ungleichheitssituation in der Schweiz zu gewinnen, werden durch die Primärerhebung neue Daten ermittelt. Zur Erfassung der gefühlten Ungleichheitssituation wurden semistrukturierte²³ Interviews geführt. Das primäre Ziel der Untersuchung ist es, die herrschende subjektive Wahrnehmung von Meinungsführern sowie des Volkes zu erfassen und deren Unterschiede festzuhalten. In den folgenden Unterkapiteln wird das Forschungsdesign, -ziel und -instrument, die Auswahl sowie Zusammensetzung der Zielgruppen, der Aufbau des Interviewleitfadens, die Durchführung der Untersuchung sowie die Datenauswertung dargestellt.

3.1.1 Forschungsdesign

Nach Przyborski & Wohlrab-Sahr (2014, S. 117-118) erfordert eine qualitative Untersuchung ein Forschungsdesign. Dabei wird der Zweck verfolgt, die detaillierte Vorgehensweise des Untersuchungsprozesses transparent und strukturiert wiederzugeben. Für die vorliegende Untersuchung wurden die Abläufe aufeinander aufbauend definiert, die in den nachfolgenden Kapiteln 3.1.2 bis 3.1.6 detailliert beschrieben werden.

²³ Semistrukturierte Interviews auch bekannt als leitfadengestützte oder teilstandardisierte Befragungen (Flick, 2019, S. 223).

3.1.2 Forschungsziel

Die ausführliche Zielsetzung der vorliegenden Arbeit wurde in der Einleitung (Kapitel 1) dargestellt. Das Forschungsziel des empirischen Teils dieser Bachelorarbeit soll sein, die Wahrnehmung von Meinungsführern aus Wirtschaft und Politik und diejenige der Schweizer Bevölkerung zur Ungleichheitssituation in der Schweiz zu erheben und gruppenspezifisch zu vergleichen. Anhand der durchgeführten Untersuchung soll die zweite Forschungsfrage abschliessend beantwortet werden.

3.1.3 Forschungsinstrument und Zielgruppen

Für die vorliegende Untersuchung wurden einerseits leitfadengestützte Experteninterviews mit Vertretern der Wirtschaft sowie mit politischen Meinungsführern und andererseits leitfadengestützte Bevölkerungsinterviews angewendet. Gestützt auf Flick (2019, S. 215) wird eine Person als Experte oder Expertin definiert, wenn sie in einer Organisation eine bestimmte Tätigkeit ausübt und über ein Spezialwissen in einem bestimmten Fachbereich verfügt. Dabei werden die Experten nicht aufgrund von persönlichen Charakteristika selektiert, sondern vielmehr als Vertreter einer spezifischen Gruppe, Berufskategorie oder Organisation (Flick, 2019, S. 214-215).

3.1.3.1 Auswahl und Zusammensetzung der Zielgruppen

Die vorliegende Arbeit unterscheidet zwischen zwei Zielgruppen. Dabei lassen sich die Probanden in die Kategorien «Experten» und «Bevölkerung» einteilen. Mit Erlaubnis der Experten darf ihre Identität in der vorliegenden Bachelorarbeit bekannt gegeben werden. Hingegen wird die Anonymität der Probanden aus der Schweizer Bevölkerung bewahrt.

Zielgruppe 1: Experten

Im Rahmen der Experteninterviews wurden insgesamt fünf Leitfadeninterviews durchgeführt. Die Auswahl der Experten wurde akkurat und basierend auf bestimmten Eigenschaften getroffen. Dabei wurde das Ziel verfolgt, Repräsentanten von wirtschaftlichen und politischen Institutionen und Organisationen anzufragen, welche die Erfassung von unterschiedlichen Stossrichtungen zur Thematik zulassen. Die untenstehende Darstellung illustriert und begründet die Auswahl der Expertenzielgruppe.

Proband	Name	Institution	Ausbildung	Berufstätigkeit	Politische Orientierung
P1E	Dr. Christian Frey	economiesuisse	Master in Volkswirtschaftslehre	Stv. Leiter Finanzen & Steuern	Liberal
P2E	Tamara Funicello	Nationalrat	Gymnasiale Maturität	Nationalrätin und politische Beratungen	Links (SP)
P3E	Christoph Bucheli	Unia	Studium in Betriebsökonomie	Leiter Wirtschaftsanalyse	Links (SP)
P4E	Michael Künzle	Stadt Winterthur	Studium in Rechtswissenschaft	Stadtpräsident der Stadt Winterthur	Mitte (CVP)
P5E	Kristina Schüpbach	Schweizerischer Gewerkschaftsbund	Master in Volkswirtschaftslehre	Wissenschaftliche Assistentin im Bereich Verteilungsfragen	Links (SP)

Tabelle 1: Zusammenstellung der Expertenzielgruppe

Zielgruppe 2: Schweizer Bevölkerung

Um eine vielfältige und ganzheitliche Betrachtung der Zielsetzung zu sichern, wurden bei der Auswahl der sieben Probanden der Fokus auf Kriterien wie Geschlecht, Alter, Nationalität, Wohnkanton, Ausbildung, Berufstätigkeit und politische Orientierung gesetzt. Die untenstehende Darstellung veranschaulicht die Zusammenstellung dieser Zielgruppe.

Proband	Geschlecht	Alter	Nationalität	Wohnkanton	Ausbildung	Berufstätigkeit	Politische Orientierung
P1B	weiblich	52	Türkei	Thurgau	Diplomierte Kosmetikerin	Selbstständige Kosmetikerin	Keine
P2B	weiblich	30	Schweiz	St. Gallen	Bachelor in Pädagogik	Primarlehrerin	Mitte-links
P3B	männlich	34	Italien	Thurgau	Bachelor in Physiotherapie	Physiotherapeut	Mitte-links
P4B	weiblich	27	Schweiz	Zürich	Master of Advanced Studies	Marketingfachfrau bei SAP	Liberal (FDP)
P5B	männlich	23	Deutschland	Zürich	Bachelor in Volkswirtschaftslehre	Verkäufer bei SAP	Mitte (CVP)
P6B	männlich	44	Mazedonien	Thurgau	Diplomierter Maler	Selbstständiger Maler	Mitte
P7B	weiblich	60	Schweiz	Zürich	Kaufmännische Ausbildung	Fachmitarbeiterin Sozialversicherungen	Mitte bis Mitte-rechts

Tabelle 2: Zusammenstellung der Bevölkerungszielgruppe

3.1.4 Interviewleitfaden

Der Interviewleitfaden dient als Gesprächsinstrument, um einen offenen und dennoch strukturierten Gesprächsablauf zu gewährleisten (Flick, 2019, S. 222; Helfferich, 2014, S. 560). Durch die Formulierung von offenen oder halb offenen Interviewfragen wurde sichergestellt, den Gesprächspartner bei der Beantwortung der Frage nicht zu beeinflussen. Das vorbereitete Leitfadeninterview wurde allen Teilnehmern am 18. April 2021 zur Vorbereitung zugestellt. Dabei dient der Interviewleitfaden beiden Gesprächsparteien als Unterstützungsmittel bei der Vorbereitung sowie bei der Durchführung des Interviews.

Ausserdem erlauben leitfadengestützte Interviews einen Freiraum, je nach Gesprächsverlaufs die Reihenfolge der vorbereiteten Fragen umzustellen und spezifische Problemstellungen mittels Zusatzfragen tiefgründiger zu erfragen (Flick, 2019, S. 222-223; Helfferich, 2014, S. 565). Der vollständige Leitfaden kann dem Anhang 6.3 entnommen werden.

3.1.4.1 Aufbau des Interviewleitfadens

Die Interviewfragen wurden gestützt auf die theoretische Grundlage und Literaturübersicht (Kapitel 2) entwickelt. Allerdings wurden vergangene²⁴ Studien beigezogen, welche sich bereits mit der Wahrnehmung von Verteilungsfragen in der Schweiz befasst haben. Der Interviewleitfaden setzt sich aus fünf Kapiteln zusammen, die in der unterstehenden Tabelle chronologisch kategorisiert wurden.

Kapitel	Aufbau	Kernfragen
1	Einstieg	1.1 - 1.4
2	Einkommensungleichheit	2.1 - 2.4
3	Vermögensungleichheit	3.1 - 3.3
4	Schweizer Institutionen und Strukturen	4.1 - 4.3
5	Abschluss	5.1

Tabelle 3: Aufbau des Interviewleitfadens

Die Einstiegsfragen 1.1 bis 1.4 bezwecken die allgemeine Wahrnehmung des Gesprächspartners in Bezug zur Ungleichheitssituation und zum Wohlstand in der Schweiz zu erkennen, um im zweiten und dritten Kapitel spezifisch auf das Thema der Einkommens- und Vermögensverteilung eingehen zu können. Die Fragen 2.1 bis 2.4 sowie 3.1 bis 3.3 legen den Fokus einerseits auf die Wahrnehmung der aktuellen Ungleichheitssituation in der Schweiz und andererseits auf das persönliche Gerechtigkeitsempfinden der Probanden. Darauf aufbauend werden die Fragen 4.1 bis 4.3 formuliert, welche auf Schweizer Institutionen und Strukturen Bezug nehmen. Die Frage 5.1 gibt den Teilnehmern noch die Möglichkeit, persönliche Anregungen zum Thema zu äussern und schliesst das Interview ab.

3.1.4.2 Pretest

Nach Weichbold (2014, S. 299-300) soll mittels eines Pretests die Operationalisierung der Untersuchung überprüft werden. Um eine qualitative und zeitlich angemessene Untersuchung zu gewährleisten, wurde am 16. April 2021 ein Pretest durchgeführt. Das

²⁴ Insbesondere Hirschier & Zwicky (1989), Niehues (2019, 2016, 2014) und Stamm et al. (2000).

Probeinterview hat ergeben, dass gewisse Fragen zusammengefasst oder sogar weggelassen werden müssen, um ein offenes Gespräch zu gewährleisten und die Meinungsbildung der Probanden nicht in eine bestimmte Richtung zu beeinflussen.

3.1.5 Durchführung der Untersuchung

Die Verfasserin führte die Interviews zwischen dem 24. April 2021 und dem 30. April 2021 durch. Die fünf Experteninterviews wurden alle virtuell via Microsoft Teams oder Webex abgehalten. Im Rahmen der Bevölkerungsbefragungen wurde eine persönliche Durchführung vor Ort gewählt. Für die Interviews wurde eine Gesprächsdauer von 60 Minuten geplant. Es ist zu erwähnen, dass die Bevölkerungsbefragungen mit einer durchschnittlichen Dauer von rund 20 Minuten, wesentlich kürzer ausgefallen sind als die Experteninterviews. Dies war bedingt vom unterschiedlichen Wissensstand der Probanden zum erforschten Thema. Die semistrukturierte Vorgehensweise und der grosszügige zeitliche Rahmen erlaubten es, Vertiefungsfragen zu stellen und haben auf diese Art und Weise eine interaktive Durchführung ermöglicht. Die Transkripte sind dem Anhang 6.4 und 6.5 zu entnehmen.

3.1.6 Methode zur Datenauswertung

Im nachfolgenden Kapitel 3.2 werden die gewonnenen Daten aus den Leitfadenterviews der beiden Zielgruppen gesondert analysiert und ausgewertet. Dabei werden forschungsrelevante Daten aus den Einzelinterviews gruppenspezifisch, also innerhalb der Zielgruppen, sowie themenspezifisch aufgearbeitet und inhaltlich verglichen. Die Zusatz- und Vertiefungsfragen erhalten keine eigene Nummerierung, sondern werden den themenspezifischen Kernfragen (Kapitel 3.1.4.1) untergeordnet und konsolidiert ausgewertet.

Zur Vereinfachung der Auswertung werden alle Teilnehmer entweder mit dem Buchstaben «E» oder «B» kategorisiert. Dabei wurden alle Probanden der Zielgruppe 1 (Experten) mit dem Buchstaben «E» und alle Probanden der Zielgruppe 2 (Schweizer Bevölkerung) mit dem Buchstaben «B» versehen.

Diese Vorgehensweise führt zu einer systematischen Beantwortung der zweiten Forschungsfrage.

3.2 Auswertung der Interviews

In diesem Kapitel werden die Ergebnisse der durchgeführten Interviews gruppen- und themenspezifisch ausgewertet. Die Gliederung der Ergebnisanalyse stützt sich auf den Interviewleitfaden. Demnach bildet jedes Kapitel des Leitfadens ein Unterkapitel in der Auswertung, in dem die jeweiligen Kern-, Zusatz- und Vertiefungsfragen ausgelegt werden.

3.2.1 Ergebnisse der Experteninterviews

In diesem Teilkapitel der Auswertung wird die Wahrnehmung der Expertengruppe reflektiert.

3.2.1.1 Einstieg ins Thema der Ungleichheit

Im ersten Unterkapitel wird die allgemeine Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung zur Ungleichheitsdynamik in der Schweiz dargestellt. Teil dieser Analyse sind die Einstiegsfragen 1.1 bis 1.4 des Interviewleitfadens.

Frage 1.1: Wie besorgniserregend empfinden Sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

Es besteht keine Übereinstimmung darüber, dass die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz besorgniserregend ist. Die Untersuchung hat ergeben, dass drei von fünf Experten die Situation als stark besorgniserregend empfinden (P2E; P3E; P5E). Insbesondere erachten die Experten die steigende Entwicklung der Vermögenskonzentration als problematisch (P2E; P3E; P5E). Als weiteren relevanten Aspekt erwähnen P3E und P5E, dass die Lohnschere zwischen den untersten und obersten Löhnen in den letzten Jahren aufgegangen ist. Während Proband 3E die Tieflohne der untersten 10 % als hoch empfindet, verneint Probandin 5E einen Tieflohnsektor in der Schweiz. Demgegenüber ist für die Probanden 1E und 4E die Ungleichheitsdynamik in der Schweiz nicht bedrohlich. Proband 1E hebt hervor, dass die Schweiz im internationalen Vergleich bereits gerechte Markteinkommen bezahlt und somit der staatliche Handlungsbedarf geringer ausfällt als im Ausland. Ebenso betont Proband 4E die privilegierte finanzielle Position der Schweiz im internationalen Vergleich und gleichzeitig hebt er die Stärke des Schweizer Sozialstaates hervor, finanziell schwächere Bevölkerungsgruppen zielgerichtet zu unterstützen.

Frage 1.2: Welche Gesellschaftsform beschreibt die Schweiz am besten und wo reihen Sie sich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Bitte begründen Sie kurz Ihre Antwort.

Bei der Wahl der idealtypischen Gesellschaftsform geht keine klare Mehrheit hervor, da P2E die Schweiz in zwei aufeinanderfolgende Gesellschaftsstrukturen (Typ C oder D) einordnet und Probandin 5E als einzige eine Differenzierung zwischen Einkommen und Vermögen vornimmt. Unter Berücksichtigung dieser Aussagen, definiert die Hälfte der befragten Experten (P1E; P2E; P4E) die Schweiz als Mittelstandsgesellschaft (Typ D), wohingegen die andere Hälfte (P2E; P3E; P5E) eine weniger ausgeprägte Mittelschicht wahrnimmt (Typ C). Dabei präzisiert Probandin 5E, dass unter alleiniger Betrachtung der Vermögenswerte die Schweiz keine Mittelstandsgesellschaft ist, sondern eine Elitengesellschaft (Typ A oder B). Eine weitere Anmerkung bringt Proband 4E an, der eine Veränderung der Mittelschicht betont. Dies zeigt sich darin, dass die Mittelschicht entweder mit der oberen oder unteren Schicht verschmilzt, jedoch heute noch einen grossen Bestandteil unserer Gesellschaftsstruktur ausmacht.

Eine klare Mehrheit ist bei der Beurteilung der eigenen Position in der Gesellschaft festzustellen. Während Probandin 5E sich als einzige in der unteren Mittelschicht einstuft, sehen sich vier von fünf Probanden als Teil des Mittelstandes oder der oberen Mittelschicht (P1E; P2E; P3E; P4E).

Frage 1.3: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

Ausschliesslich Proband 1E ist entschlossen davon überzeugt, dass die Mittelstandsgesellschaft der Schweiz einen guten Wohlstand geniesst. Auch Probandin 5E und Proband 4E unterstützen P1E hinsichtlich der guten Lebensbedingungen der Mittelschichtsbürger. Trotzdem betonen beide Experten, dass auch die Mittelschicht von finanziellen Einschränkungen betroffen sein kann. Dabei verweist Probandin 5E auf die hohen Zwangsausgaben, welche vor allem die unterste Bevölkerungsschicht stark belasten.

Eine kritischere Haltung nimmt Probandin 2E und Proband 3E ein, die eine ungleiche Verteilung des Wohlstandes wahrnehmen. P2E argumentiert damit, dass rund eine Million Menschen in der Schweiz in armen Verhältnissen leben. Proband 3E ergänzt die Aussage

von P2E und verweist auf die Zunahme der Missstände zwischen Arm und Reich, welche sich insbesondere während der Coronavirus Pandemie stark verschärft haben.

Frage 1.4: Welche Aussage ist für Sie zutreffend und weshalb?

1.) Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.

2.) Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

Auch in Bezug auf die Wirkung, welche die Ungleichheit in einer Gesellschaft haben kann, wurden polarisierende Einstellungen ermittelt. Zwei von fünf Experten sind sich einig, dass die Gleichstellung der Gesellschaft nicht anzustreben ist (P1E; P4E). Dennoch unterscheidet sich die Hauptargumentation der beiden Experten. Proband 1E ist der Meinung, dass ungleiche Verhältnisse notwendig sind, um die individuelle Entfaltung der Bürger und den gesellschaftlichen Wettbewerb zu ermöglichen. Währenddessen verneint Proband 4E den Zusammenhang zwischen der Ungleichheit und dem kompetitiven Wettbewerb und knüpft an die Eigenverantwortung der Bürger an, welche die Einkommensverhältnisse jedes Einzelnen bestimmt. Einen anderen Stellenwert messen Probandin 2E und Proband 3E der Ungleichheit bei, welche den Inhalt der zweiten Antwort teilen. In diesem Zusammenhang präzisiert Expertin 2E, dass für sie das Wirtschaftswachstum nicht im Zentrum steht. Für Proband 3E sind mögliche Konfliktsituationen unter den Bürgern das Resultat einer ungleichen Verteilung eines Gutes, wobei die Situation in der Schweiz noch keinen bedrohlichen Verlauf zeigt. Eine neutralere Position nimmt Probandin 5E ein, welche einerseits die hohe Ungleichheitsdynamik in der Schweiz bemängelt und gleichzeitig eine Gleichstellung der Bevölkerung ablehnt.

3.2.1.2 Einkommensungleichheit

Aufbauend auf dem Unterkapitel 3.2.1.1 wird die Wahrnehmung zur Einkommensverteilung dargestellt. Bestandteil dieses Unterkapitels bilden die Fragen 2.1 bis 2.4 des Interviewleitfadens.

Frage 2.1: Wie sehen Sie die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

Die befragten Experten vertreten unterschiedliche Wahrnehmungen in Bezug auf die Einkommensverteilung der Schweiz. Während vier von fünf Probanden eine klare Position einnehmen, unterscheidet sich die Meinung von Probandin 5E je nach angewendeter Vergleichsgrösse. Beginnend mit dem Probanden 4E, welcher aus einer wirtschaftlichen Perspektive schliesst, dass Erwerbstätige in der Schweiz ein hohes Grundeinkommen beziehen. Proband 1E äussert sich in Bezug auf die Verteilung der Haushaltseinkommen und begründet damit eine hohe Gleichmässigkeit der Einkommensverteilung verglichen mit dem Ausland. Während Probandin 5E die Ungleichheit in der Schweiz im internationalen Vergleich als durchschnittlich wahrnimmt und auf die Verschlechterung der verfügbaren Einkommen hinweist, erklärt P1E eine unterdurchschnittliche Ungleichheit der Einkommen nach staatlicher Umverteilung. Eine klare Position ist bei Probandin 2E und Proband 3E festzustellen, welche auf eine hohe und steigende Einkommensungleichheit hinweisen (P2E; P3E bei Frage 1.1, 1.3 sowie 2.1). Es wird präzisiert, dass die Lohnschere zwischen Gut- und Schlechtverdienern zugenommen hat, da die mittleren und unteren Einkommen auf einem tiefen Niveau gehalten werden (P3E bei Frage 1.1, 1.3 sowie 2.1). Probandin 2E betont, dass die Armutsthematik in der Schweiz stark unterschätzt wird. Eine abweichende Meinung herrscht zwischen Probanden 1E und Probandin 5E in Bezug auf die Entwicklung der Spitzeneinkommen. Für P1E weist sowohl die Entwicklung der Einkommensungleichheit als auch der Anstieg der Spitzeneinkommen eine hohe Stabilität auf. Stattdessen nimmt P5E einen starken Anstieg der oberen Einkommen wahr. Auch im Rahmen der Argumentationskette können Unterschiede festgehalten werden. Im Vergleich zu P5E (Frage 1.3) führt P1E den Anstieg der oberen Einkommen nicht auf die Erhöhung der einzelnen Gehälter zurück, sondern viel mehr auf die veränderten Bevölkerungsstrukturen bei der einkommensstärksten Bevölkerungsschicht.

Frage 2.2: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer persönlichen Einkommenssituation?

Mit fünf von fünf Stimmen erklären sich alle Experten mit ihren persönlichen Einkommensverhältnissen zufrieden oder sehr zufrieden (P1E; P2E; P3E; P4E; P5E).

Frage 2.3: Welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

Die befragten Experten nennen verschiedene Faktoren, die bestimmte Bevölkerungsgruppen dazu zwingen, mit tieferen Einkommen auszukommen. Drei von fünf Experten betonen eine höhere Anfälligkeit bei weiblichen Gesellschaftsmitgliedern (P2E; P3E). Proband 3E beruft sich auf statistische Ergebnisse und begründet, dass insbesondere junge Frauen mit Migrationshintergrund davon betroffen sind. Erweiternd fügt P2E hinzu, dass neben Migrantinnen auch Rentnerinnen und Rentner sowie alleinerziehende Mütter unter ungleichen Einkommensverhältnissen leiden. Dabei steht für Probandin 5E fest, dass nicht nur alleinerziehende Mütter, sondern auch alleinstehende Rentnerinnen und Rentner finanzielle Schwierigkeiten haben (P5E bei Frage 1.3). Des Weiteren werden die Lohndisparitäten zwischen Geschlechtern von drei Probanden kritisch hinterfragt (P2E; P3E; P5E). Im Unterschied zu P2E und P3E analysiert Proband 1E die Missstände nicht nach Geschlecht, sondern stellt im Allgemeinen eine grössere Betroffenheit bei geschiedenen Ehepaaren mit Kindern fest, da diese nach der Scheidung jeweils alleine für die eigenen Lebensunterhaltskosten aufkommen müssen. Zudem leidet für P1E diejenige Arbeitslosengruppe, die den Anschluss zur Arbeitswelt nicht mehr findet, unter geringerem Einkommen (P1E). Ausserdem erwähnen zwei von fünf Probanden den tieferen Bildungsgrad als Einflussfaktor für eine grössere Betroffenheit (P4E; P5E).

Frage 2.4: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

Die Auswertung dieser Frage hat ergeben, dass nicht alle befragten Meinungsführer eine Leistungsgesellschaft befürworten. Dabei haben die einzelnen Experten geteilte Einstellungen hinsichtlich der Leistungsanerkennung, welche zu unterschiedlichen Schlussfolgerungen führen. Insgesamt heissen drei von fünf Experten eine leistungsbezogene

Vergütung gut (P1E; P4E; P5E). Dennoch weist Probandin 5E daraufhin, dass das individuelle Einkommen nicht immer von der Eigenleistung abhängt, sondern von der Branche und vom Team, in denen die berufliche Tätigkeit ausübt wird. Für Proband 1E wird in der Schweiz der Wert einer bestimmten Leistung durch die Marktnachfrage bestimmt, welche er auch als gerechteste Methode anerkennt. Demgegenüber ist Probandin 2E stark davon überzeugt, dass der resultierende Mehrwert aus einer erbrachten Leistung die Höhe der Vergütung bestimmen sollte und nicht die Nachfrage. Dabei teilen Probandin 2E und Proband 3E die Auffassung, dass in der Schweiz nicht alle die gleichen Ausgangsbedingungen haben und somit nicht vom Prinzip der Chancengleichheit ausgegangen werden kann.

Die Zusatzfrage zur Wahrnehmung der Chancengleichheit im Bildungsbereich wurde an vier von fünf Experten gestellt. Einen absoluten Konsens erreichen die befragten Experten in Bezug auf die tiefe Bildungsmobilität in der Schweiz (P1E; P2E; P4E bei Frage 2.3; P5E). Ein tiefgründiger Vergleich zeigt, dass die Wahrnehmung von P1E und P4E nahezu identisch ausfällt, denn beide Experten schätzen die herrschende Chancengleichheit als gut ein. Dabei hebt Proband 4E hervor, dass die kostenlose Grundbildung die Grundvoraussetzung für gleiche Ausgangsbedingungen schafft. Weiter unterstreicht er die Wichtigkeit der Eigenverantwortung jedes einzelnen bei der späteren persönlichen Weiterentwicklung. Stattdessen sehen P1E, P2E und P5E staatlichen Handlungsbedarf zur Erhöhung der Chancengleichheit in der Schweiz. Für Proband 1E sollte die Schweiz im Rahmen der Früheinschulung die Unterschiede zwischen den Schulkindern reduzieren. Gleichzeitig befürwortet Probandin 2E eine kostenlose Bildung über sämtliche Bildungsstufen und P5E wünscht sich vereinfachte Umschulungswege für die Bevölkerung.

3.2.1.3 Vermögensungleichheit

Aufbauend auf dem Unterkapitel 3.2.1.1 wird die Wahrnehmung zur Vermögensverteilung gespiegelt. Die Analyse erfolgt auf Basis der Fragen 3.1 bis 3.3.

Frage 3.1: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Vermögensverhältnissen?

Nicht alle Befragten empfinden die persönliche Vermögenssituation als zufriedenstellend. Dennoch sind vier von fünf Experten mit ihren Vermögensverhältnissen zufrieden oder sehr zufrieden (P1E; P2E; P4E; P5E). Einzig P3E ist mit seiner aktuellen Vermögenssituation unzufrieden.

Frage 3.2: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

In Bezug auf die möglichen Auswirkungen, welche durch die gegenwärtige Vermögensverteilung in der Schweiz herbeigeführt werden können, ist eine Spaltung der Expertengruppe festzustellen. Während drei von fünf Experten die herrschende Vermögensungleichheit als problematisch erachten, ist die Situation in der Schweiz für P1E und P4E nicht bedrohlich. Die Probanden 2E, 3E und 5E sind überzeugt, dass hohe Vermögenswerte zu einer gefährlichen Machtkonzentration führen, welche verschiedene Prinzipien des Schweizer Systems gefährden. Die Experten sind sich einig, dass in der Schweiz insbesondere die Grundwerte der Demokratie beeinträchtigt werden (P2E; P3E; P5E). Dabei sehen P2E und P5E die grösste Gefahr darin, dass reiche Familien in der Schweiz durch ihre finanzielle Stellung die politische Meinung beeinflussen. Als Beispiel nennen die Probandinnen eine indirekte Beeinflussung des Wahlergebnisses, aufgrund der Angst der Arbeitnehmer, ihre Anstellung aufgrund eines möglichen Wegzuges ihres Arbeitgebers zu verlieren (P2E; P5E). Eine entgegengesetzte Meinung vertritt P1E, der eine Machtkonzentration aufgrund der gegebenen staatlichen Institutionen verneint. Weiter begründet Probandin 5E ihre Position damit, dass eine ungleiche Vermögensverteilung der Wirtschaft als Ganzes schadet. Grund dafür ist, dass finanziell schlechter gestellte Menschen im Vergleich zu Vermögende einen kleineren Entfaltungsspielraum haben und somit keinen Beitrag zur Weiterentwicklung der Gesellschaft leisten können (P5E). Demgegenüber

relativiert Proband 1E die hohe Vermögenskonzentration mit dem gut ausgebauten Schweizer Sozialstaat, welcher die Bevölkerung im Rahmen der Altersvorsorge zum Zwangssparen anregt und die Existenz im Alter sichert. Mit seiner Argumentation begründet P1E gleichzeitig die Ursache der hohen Vermögensungleichheit in der Schweiz, da tendenziell Einkommensstarke zusätzlich zur Altersvorsorge private Vermögenswerte anhäufen. Auch für Proband 4E ist die Vermögensungleichheit in der Schweiz unproblematisch, da die Mittelschicht breit und solide ist.

Frage 3.3: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

Die Probanden haben verschiedene Treiber beschrieben, welche ungleiche Vermögensverhältnisse begünstigen. Zwischen Probandin 2E und Proband 4E lässt sich eine erste Differenz in ihrem Gerechtigkeitsempfinden bezüglich der Legitimation von Vermögensakkumulation festhalten. Denn während P2E die Vermögensanhäufung der Vermögenden, gegeben durch ihre hohen, guten und risikodiversifizierten Investitionen, verurteilt, lässt sich nach Proband 4E die Vermögensakkumulation durch eigene Leistung gesellschaftlich legitimieren. Des Weiteren knüpft auch Proband 1E an die Investitionsmöglichkeiten der Kapitalmärkte an und erklärt, dass die Akkumulation von Vermögenswerten in den letzten Jahren durch die Kombination von Erbschaften und attraktiven Renditen unterstützt wurde. Ein weiterer Wahrnehmungsunterschied ist zwischen Probanden 3E und 4E zu erkennen. Dabei bemängelt Proband 3E das Schweizer Steuersystem und als Teil davon die tiefe Unternehmensbesteuerung, welche die Vermögenskonzentration bei Unternehmern begünstigt. Zugleich erklärt Proband 4E den Erfolg von Unternehmern als mögliche Ursache für ungleiche Vermögensverhältnisse. Jedoch lässt sich für Proband 4E diese Art von Vermögensansammlung damit legitimieren, dass deren Unternehmenserfolg auch neue Arbeitsplätze für die Gesellschaft schafft. Wie für P3E besteht auch für P5E ein Zusammenhang zwischen dem Schweizer Steuersystem und der Vermögensakkumulation. Eine einschneidende Wirkung hat für die Expertin die tiefe oder fehlende Besteuerung der hohen Vermögen bei den Vermögenssteuerarten (P5E bei Frage 4.1).

3.2.1.4 Schweizer Institutionen und Strukturen

Mit den Fragen 4.1 bis 4.3 wird die Wahrnehmung hinsichtlich der Rolle des Staates, seiner Institutionen sowie der Strukturelemente in Bezug auf die Verteilungsfragen erfasst. Um die Meinung der Experten bezüglich der Funktionalität des Schweizer Systems exakt dokumentieren zu können, wurden den Probanden selektiv Vertiefungs- und Zusatzfragen gestellt. Nachfolgend werden zuerst die persönlichen Anregungen der Befragten analysiert und im Anschluss die Vertiefungs- und Zusatzfragen themenspezifisch ausgewertet.

Frage 4.1: Wo sehen Sie die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

Vier von fünf Experten erlangen einen Konsens dahingehend, dass der Staat durch die Ausgestaltung eines soliden Bildungssystems die Ungleichheitsdynamik kontrollieren und ausgleichen kann (P1E; P2E; P4E; P5E). Proband 1E ist überzeugt, dass ein marktorientiertes Ausbildungssystem die Wettbewerbsfähigkeit der Gesellschaft am Arbeitsmarkt ermöglicht und somit die Chancen auf ein Arbeitseinkommen verbessert. P1E führt ergänzend an, dass das Schweizer Bildungssystem durchlässiger geworden ist und zahlreiche Umschulungsmöglichkeiten anbietet, welche die Einkommensmobilität für einen grossen Teil der Bevölkerung erhöht. Demgegenüber fordert P5E eine gesamtgesellschaftlich höhere Durchlässigkeit des Bildungssystems, welche auch die Ausbildungsschwachen und die Schlechtverdiener berücksichtigt. Weiter fordert Probandin 2E eine Aufwertung einiger gesellschaftsnützlicher Berufe, welche sich in einer höheren Entlohnung widerspiegelt. Proband 3E erwähnt insbesondere das Sozialversicherungssystem als staatliches Umverteilungsinstrument. Weiter ist für vier von fünf Probanden das Steuersystem ein zusätzliches effektives staatliches Mittel, um grosse Einkommensunterschiede auszugleichen (P2E; P3E; P4E; P5E). In diesem Zusammenhang erachtet Proband 4E eine höhere Unternehmensbesteuerung als angemessen. Dennoch betont der Experte, dass trotz möglicher Steuererhöhungen die Attraktivität des Schweizer Arbeitsmarktes bewahrt werden muss, sodass die Arbeitsplätze und der Wohlstand der Gesellschaft nicht gefährdet werden. Weiter fordert Proband 3E eine progressivere Besteuerung der hohen Einkommen und die Steuerbefreiung der Einkommensschwachen.

Bei den Vertiefungs- und Zusatzfragen wurde insbesondere auf das Schweizer Steuersystem eingegangen. Dabei wurden mit einzelnen Probanden die Pauschalbesteuerung von wohlhabenden Ausländern sowie die Kapitalgewinn- und Erbschaftssteuern besprochen. Drei von fünf Probanden haben sich dazu geäußert, ob ihrer Meinung nach die Pauschalbesteuerung von wohlhabenden Ausländern dem Wohlstand der Schweizer Gesellschaft dient. Insgesamt sind sich die Befragten einig, dass die Pauschalbesteuerung kein zentrales Mittel für das Wohlstandsniveau der Schweiz ist (P1E; P3E; P5E). Dabei sind Unterschiede in ihren Argumentationen festzuhalten. Denn während für Proband 1E die Existenz einer aufwandsbezogenen Besteuerung für reiche Ausländer die Attraktivität der Schweiz als Zuzugsort und somit den Gesamtwohlstand erhöht, belegt Proband 3E die Überschätzung der Steuereinnahmen durch reiche Ausländer am Beispiel des Kantons Zürich. Probandin 5E betont, dass durch eine gleichmässige Verteilung der Vermögenswerte die Gesamtbevölkerung die Gelegenheit hätte, mehr Arbeitsplätze für die Schweiz zu schaffen. Damit verneint sie die Abhängigkeit der Schweiz von wohlhabenden Ausländern.

Weiter wurde mit drei von fünf Experten die Einführung der Erbschaftsteuer auch auf direkte Nachkommen zur Dämpfung der Ungleichheitssituation diskutiert. Proband 4E bezeichnet die Erbschaftsteuer als ein kommunistisches Mittel, welches in modernen Gesellschaften nicht angewendet werden darf. Auch schreibt Proband 1E der Erbschaftsteuer eine geringe Wirkung zur Reduktion von Vermögensakkumulation zu. Eine entgegengesetzte Position nimmt Proband 3E ein, welcher die Einführung einer Erbschaftsteuer auf direkte Nachkommen als wirkungsvoll und notwendig erachtet.

Die Zusatzfrage zum Erfordernis einer Kapitalgewinnsteuer wurde an drei von fünf Experten gestellt. Probandin 5E ist überzeugt, dass die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer die Ungleichheit, welche durch die höheren Ertragsmöglichkeiten der höheren Vermögen entsteht, dämpfen kann. Stattdessen lehnt Proband 4E eine Gleichstellung der Bevölkerung durch die Bestrafung der Vermögenden ab. Für Proband 1E ist die bereits existierende Vermögenssteuer zuständig für den Ausgleich der Vermögenswerte. Entsprechend erachtet er die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer lediglich als eine Alternative zur bestehenden Vermögenssteuer. Der Experte verweist auf ein funktionierendes föderalistisches

Steuersystem, welches bereits die Abwanderung von Vermögenswerten durch tiefe Vermögenssteuersätze verhindert hat und wichtige Steuereinnahmen sichern kann (P1E).

Frage 4.2: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

Aufbauend auf die Frage 4.1 werden nachfolgend die staatlichen Handlungsfelder aus Sicht der befragten Experten erläutert. Probanden 1E und 4E betonen das gut funktionierende Schweizer System und heben hervor, dass die Schweiz keinen grossen Handlungsbedarf hat. Obwohl Probanden 1E sowie 3E den guten Standard des Schweizer Bildungssystems anerkennen, sieht P1E die Frühförderung von schulpflichtigen Kindern und P3E die Ausbildung von Migranten sowie die Anerkennung von ausländischen Ausbildungen als mögliche Ansätze. Zwei von fünf Probanden tätigen eine weitere Äusserung und nennen mögliche Massnahmen für eine strengere Ausgestaltung des Steuersystems (P4E bei Frage 4.1 und 4.2; P5E bei Frage 4.1). Insbesondere stellt Probandin 5E die Notwendigkeit einer höheren Vermögenssteuer für Wohlhabende und die Überarbeitung der Erbschaftssteuer zur Entschärfung der Vermögensungleichheit ins Zentrum (P5E bei Frage 4.1). Ein weiterer Vorschlag wird von Expertin 2E und Experte 3E formuliert, welche die Umstrukturierung der Schweizer Altersvorsorge empfehlen. Dabei fordern sie die Stärkung der 1. Säule zulasten der beruflichen Vorsorge. Diese Massnahme soll der breiten Masse eine höhere Gesamtrente zusichern, gegeben durch eine stärkere Finanzierung mittels höherer Beitragszahlungen zugunsten einer gesamtgesellschaftlichen Altersvorsorge (P2E; P3E bei Frage 4.1). Weiter fordert die befragte Person 3E eine bessere Ausgestaltung des Schweizer Sozialhilfesystems, welche eine höhere finanzielle Unterstützung bieten soll (P3E bei Frage 4.1).

Frage 4.3: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

Bei der nachfolgenden Frage ist eine klare Spaltung der Expertengruppe ersichtlich. Drei von fünf Experten heben persönliche Existenzängste der Wähler hervor, welche sich in einem drohenden Verlust des Arbeitsplatzes manifestiert (P2E; P3E; P5E; für P2E & P5E auch Frage 3.2). Ergänzend fügen P2E und P5E hinzu, dass der «Trickle-Down-Effekt» die

politische Meinung der Bevölkerung beeinflusst. Dabei ist die Bevölkerung überzeugt, dass der Reichtum Einzelner die Gesamtbevölkerung begünstigt und somit deren Wohlstand erhöht. Weiter sind sich dieselben Expertinnen einig, dass die Menschen aus Egoismus die Initiativen ablehnen, da auch bei ihnen bestimmte Lebensereignisse eintreten könnten, welche dann mit finanziellen Einbussen verbunden wären (P2E; P5E).

Stattdessen begründen Probanden 1E und 4E die Ablehnung der zahlreichen Initiativen durch die hohe Zufriedenheit der Bevölkerung. Proband 4E präzisiert, dass das Volk das soziale System und die finanzielle Unterstützung durch den Staat wahrnimmt.

3.2.1.5 Abschluss

Zum Schluss werden die unterschiedlichen Anregungen der Experten durchleuchtet, welche den Inhalt der Frage 5.1 bilden.

Frage 5.1: Gibt es noch etwas, was Sie im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchten?

Für P1E wird die moderate Ungleichheitssituation der Schweiz durch schlechte Medienkommunikation nicht wahrheitsgetreu beschrieben. Anderer Meinung ist P2E, welche die Neigung der Gesellschaft hervorhebt, die Ungleichheitssituation zu unterschätzen. Ergänzend ist P3E der Auffassung, dass die Verteilungsfragen mehr öffentliche Aufmerksamkeit erfordern. Zudem sind P2E und P4E unterschiedlicher Meinung in Bezug auf die zulässigen staatlichen Eingriffe zur Verringerung der Ungleichheit. Denn während P2E die staatliche Intervention durch eine stärkere Umverteilung befürwortet, setzt P4E primär auf die Eigenverantwortung der Bevölkerung, die unterstützenden staatlichen Rahmenbedingungen und letztlich auf die Finanzierung von Personen in Not (P2E auch Frage 4.3; P4E).

3.2.2 Ergebnisse der Bevölkerungsinterviews

In diesem Teilkapitel der Auswertung wird die Wahrnehmung der ausgesuchten Probanden aus der Schweizer Bevölkerung dargelegt.

3.2.2.1 Einstieg ins Thema der Ungleichheit

Im ersten Unterkapitel wird die allgemeine Wahrnehmung der Schweizer Bevölkerung zur Ungleichheitsdynamik in der Schweiz dargestellt. Teil dieser Analyse sind die Einstiegsfragen 1.1 bis 1.4 des Interviewleitfadens.

Frage 1.1: Wie besorgniserregend empfinden Sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

Die Mehrheit der Befragten empfindet die Ungleichheitssituation in der Schweiz als nicht besorgniserregend (P1B; P4B; P5B; P6B). Die Probanden 4B und 5B argumentieren, dass die grosse Mittelschicht aufzeigt, dass es der Bevölkerung in der Schweiz gut geht. Dabei kommt Proband 5B zum Schluss, dass die Situation verglichen mit seinem Herkunftsland Deutschland übereinstimmend ist. Für Probandin 1B ist die Ungleichheit in der Schweiz unproblematisch, da die Bevölkerung auch mit einem tiefen Einkommen ordentlich leben kann. Dennoch finden drei von sieben Probanden, dass in der Schweiz ungleiche Verhältnisse herrschen (P2B; P3B; P7B). Für Proband 3B zeigt sich eine ungleiche Verteilung der Einkommen darin, dass Bachelorabsolventen, welche in der Privatwirtschaft arbeiten, wesentlich mehr verdienen als Hochschulabsolventen des Gesundheitswesens. Probandin 7B beschreibt, dass die Schere zwischen Arm und Reich insbesondere in den letzten fünf Jahren aufgegangen ist und begründet ihre Feststellung damit, dass die Reichen auch während der Coronavirus Pandemie ihren Reichtum vergrössern konnten.

Frage 1.2: Welche Gesellschaftsform beschreibt die Schweiz am besten und wo reihen Sie sich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Bitte begründen Sie kurz Ihre Antwort.

Lediglich vier von sieben beschreiben die Schweiz als typische Mittelstandsgesellschaft, bei der die Mehrheit der Bevölkerung sich in der Mitteschicht befindet (P1B; P5B; P6B; P7B). Allerdings kommt Probandin 7B zum Schluss, dass die Mittelschicht in den letzten Jahren geschrumpft ist, obwohl sich ihre persönliche Situation nicht verschlechtert hat. Proband 5B, ursprünglich aus Deutschland und seit eineinhalb Jahren in der Schweiz wohnhaft, begründet

die grosse Mittelschicht der Schweiz damit, dass die Grundeinkommen in der Schweiz über dem europäischen Durchschnitt liegen. Probandin 4B ist wie die Probanden 1B, 5B, 6B und 7B der Meinung, dass die Schweiz eine gute Mittelschicht hat. Dennoch entspricht die Schweiz nicht dem Idealbild einer klaren Mittelstandsgesellschaft, da die ärmere Bevölkerungsschicht prozentual stark vertreten ist (P4B). Während Proband 5B die «Superreichen» und «Armen» in einer Mittelstandsgesellschaft rechtfertigt, betont Proband 3B mit der Wahl des Gesellschaftstyps A eine klare Trennung zwischen den Reichen und Armen in der Schweizer Gesellschaft. Eine entgegengesetzte Position nimmt P2B ein, welche keine klare Mittelschichtstruktur erkennt, sondern eine Konzentration des Reichtums bei der oberen Gesellschaftsschicht hervorhebt. Eine klare Mehrheit zeigt sich bei der Einschätzung der eigenen Gesellschaftsposition. Dabei reihen sich die Probanden 1B, 2B, 5B in der unteren Mittelschicht ein und die Probandinnen 4B und 7B sowie Proband 6B sehen sich als klare Mittelschichtbürger. Eine kritischere Einschätzung seiner persönlichen sozialen Stellung hat Proband 3B, welcher sich als Teil der untersten Bevölkerungsgruppe in der Gesellschaft sieht.

Frage 1.3: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

Sechs von sieben Befragten begründen einen mittleren bis hohen Wohlstand der Schweizer Bevölkerung (P.1B; P2B; P4B; P5B; P6B; P7B). Eine gegensätzliche Wahrnehmung über die Wohlstandssituation in der Schweiz hat Proband 3B, welcher der Meinung ist, dass ein grosser Teil der Bevölkerung finanzielle Not hat. Demnach begründet die befragte Person einen tiefen Wohlstand in der Schweiz (P3B). Hingegen begründet Probandin 7B den Wohlstand des Landes damit, dass auch die finanziell Schwächeren durch staatliche Leistungen aufgefangen werden.

Frage 1.4: Welche Aussage ist für Sie zutreffend und weshalb?

1.) Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.

2.) Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

Mit sechs von sieben Stimmen teilt der Grossteil der Probanden die Einstellung, dass eine moderate Ungleichheit für die Gesellschaft fördernd ist (P1B; P2B; P4B; P5B; P6B; P7B). Eine Person hält fest, dass Diversität die Innovation in einem Land fördert und die Konkurrenz unter den Marktteilnehmern ein Motivationstreiber ist für die persönliche Weiterentwicklung (P5B). Ausserdem sind sich die Probanden 5B und 6B dahingehend einig, dass erfolgreiche Bürger andere Mitmenschen zum Erfolg anspornen oder ihnen sogar dazu verhelfen können. Proband 5B schliesst daraus einen systematischen Fortschritt der ganzen Gesellschaft. Probandin 4B befürwortet eine moderate Ungleichheitsdynamik, weil bei einer Gleichstellung der Gesellschaft die Leute keine Motivation hätten, sich zu entwickeln. Auf diese Art und Weise würde die Marktwirtschaft eines Landes gehemmt werden (P4B; P6B). Gemäss Probandin 7B kann die Schweiz einen gewissen Grad an Ungleichheit durch die zahlreichen Umverteilungsmechanismen des Sozialversicherungssystems tragen. Demgegenüber findet Proband 3B keinen Konsens mit der restlichen Stichprobe. Er unterstreicht, dass eine ungleiche Verteilung eines Gutes lediglich eine schädigende Wirkung auf die Beteiligten hat.

3.2.2.2 Einkommensungleichheit

Aufbauend auf dem Unterkapitel 3.2.2.1 wird die Wahrnehmung zur Frage der Einkommensverteilung reflektiert. Bestandteil dieses Unterkapitels bilden die Fragen 2.1 bis 2.4 des Interviewleitfadens.

Frage 2.1: Wie sehen Sie die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

Bei der Verteilung der Einkommen besteht keine Übereinstimmung der Teilnehmer. Während vier von sieben sehr hohe und gleichzeitig sehr tiefe Einkommen anerkennen, überwiegt für sie eine gleichmässige und gerechte Einkommensverteilung in der Schweiz

(P1B; P4B; P5B; P6B). Proband 6B fügt hinzu, dass die Bevölkerung in der Schweiz ein gutes Grundeinkommen bezieht und lediglich eine kleine Minderheit Spitzeneinkommen verdient, was er wiederum mit einem höheren Verantwortungsbereich rechtfertigt. Auch Probandin 4B unterstützt die Aussage des Probanden 6B in Bezug auf die Einschränkung der Spitzeneinkommen auf ein paar Sonderfälle. Nach Proband 5B ist die Einkommensverteilung in der Schweiz leistungsbezogen ausgerichtet, was bei Mehrleistung eine gerechte Einkommensmobilität erlaubt. Gleichzeitig erklären zwei von sieben Probanden grosse Einkommensunterschiede (P2B; P3B). Probandin 2B rechnet diese Lohn disparitäten den soziodemografischen Eigenschaften wie Nationalität, Geschlecht oder Ausbildung zu. Letztere wird auch vom Probanden 3B erwähnt, welcher davon überzeugt ist, dass unterschiedliche Hochschulabschlüsse ungerechtfertigterweise zu unterschiedlich hohen Einkommen führen. Eine weniger kritische Haltung nimmt Probandin 7B ein, welche das System als «leicht ungerecht» definiert. Dabei schliesst sie sich Probandin 2B und Proband 3B hinsichtlich der Einkommensunterschiede aufgrund von unterschiedlichen Ausbildungen an. Ein letzter Aspekt ist, dass die Durchlässigkeit der Einkommen unter den Branchen nicht einheitlich gegeben ist (P7B). Die Probandin 7B untermauert ihre Feststellung damit, dass das Höchsteinkommen eines guten Handwerkers nicht gleich hoch ausfällt, wie dasjenige eines kaufmännischen Angestellten bei vergleichbarer Ausbildungszeit.

Frage 2.2: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer persönlichen Einkommenssituation?

Insgesamt sind vier von sieben Teilnehmer mit ihrer Einkommenssituation zufrieden (P4B; P5B; P6B; P7B). Obschon Probandin 7B ihren hohen Verdienst bei der öffentlichen Hand schätzt, weist sie auf die Lohnunterschiede innerhalb ihrer Berufsgruppe bei unterschiedlichen Arbeitgebern hin. Proband 6B hat als Arbeitgeber in den letzten Jahren feststellen können, dass nicht die Einkommenshöhe das Problem darstellt, sondern der schlechte Umgang der Leute mit Geld. Obwohl Probandin 1B und Proband 3B mit ihrer persönlichen Situation nicht zufrieden sind, fallen ihre Gründe unterschiedlich aus. Die Unzufriedenheit von Probandin 1B lässt sich grösstenteils durch die vorübergehenden pandemiebedingten finanziellen Einbussen erklären. Hingegen äussert sich die Unzufriedenheit von Probanden 3B in der Ungerechtigkeit der Schweizer Lohnpolitik und

hat anhaltenderen Charakter. Ein neutraleres Empfinden zeigt Probandin 2B, welche grundsätzlich mit ihren Einkommenskomponenten zufrieden ist. Dennoch verspürt P2B als Primarlehrerin wie auch P3B als Physiotherapeut eine Ernüchterung beim Einkommensvergleich mit anderen Branchen.

Frage 2.3: Welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

Die Mehrheit der Befragten bestätigt den fehlenden oder tiefen Bildungsstand als Haupttreiber für eine grössere Betroffenheit (P1B; P2B; P3B; P4B; P5B). Des Weiteren erklären vier dieser Probanden den Migrationshintergrund als eine weitere Gefährdung (P2B; P3B; P4B; P5B). Als einzige bezeichnet Probandin 1B die Rentner als Risikogruppe, da einige Personen im Alter über weniger Einkommen verfügen. Weiter sieht Probandin 7B die Berufe des Gesundheitswesens als gefährdet. Allerdings relativiert Probandin 7B ihre Antwort damit, dass Armut nur bei Familien anzutreffen ist, bei denen beide Eheleute nicht berufstätig sind. Ein weiterer Aspekt wird vom Probanden 6B genannt, welcher der Meinung ist, dass alleinerziehende Mütter langfristig am stärksten unter ungleichen Einkommensverhältnissen leiden, weil sie nach einer Kinderpause mehr Eingliederungsschwierigkeiten haben.

Frage 2.4: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

Die Probanden erreichen bei dieser Frage einen absoluten Konsens. Die Befragten vertreten eine einheitliche Meinung, dass bei gleichen Ausgangsbedingungen auch diejenigen mehr verdienen dürfen, die mehr leisten (P1B; P2B; P3B, P4B; P5B; P6B; P7B). Probandin 4B erwähnt die kostenlose Volksschule als Voraussetzung für die Schaffung von gleichen Chancen. Neben der Probandin 4B vertreten auch P5B sowie P6B die Auffassung, dass in der Schweiz die nötigen Bedingungen gegeben sind, sodass sich jedermann beruflich entfalten und verwirklichen kann. Zusammenfassend unterstreichen die Probanden 1B, 4B, 5B und 6B die Eigenverantwortung jedes einzelnen zur Verbesserung der eigenen Leistung sowie für die persönliche Entfaltung und Zielerreichung. Als Leistung wird entweder ein akademischer Abschluss (P1B; P2B) oder die berufliche Verantwortung herangezogen (P2B; P3B). Des Weiteren hinterfragt Proband 3B das Bonussystem in bestimmten Branchen. Der

Teilnehmer fragt sich, ob die Höhe der ausbezahlten Vergütungen wirklich noch im Zusammenhang mit der erbrachten Leistung steht.

3.2.2.3 Vermögensungleichheit

Aufbauend auf dem Unterkapitel 3.2.2.1 wird die Wahrnehmung zur Vermögensverteilung gespiegelt. Die Analyse erfolgt auf Basis der Fragen 3.1 bis 3.3.

Frage 3.1: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Vermögensverhältnissen?

Nicht alle Befragten empfinden die persönliche Vermögenssituation als befriedigend. Dennoch sind fünf von sieben Probanden zum aktuellen Zeitpunkt mit ihren Vermögensverhältnissen zufrieden oder sehr zufrieden (P1B; P2B; P4B; P6B; P7B). Die Probandinnen 2B und 4B erwähnen, dass sie mit ihren monatlichen Einkünften Vermögen ansparen können. Gleichzeitig betont P2B die finanzielle Schwierigkeit, Wohneigentum in der Schweiz zu erwerben, während P7B die Realisierbarkeit auch bei einem durchschnittlichen Einkommen bestätigt. Hingegen müssen sich zwei von sieben Probanden beim privaten Konsum einschränken (P1B; P3B). Dabei hebt P3B hervor, dass er kein Sparpotential hat und verweist auf die hohen Lebensunterhaltskosten. Eine zuversichtliche Grundhaltung nimmt Proband 5B ein, der eine vorübergehende Unzufriedenheit durch hohe Umzugsausgaben bedingt erklärt. Dennoch ist Proband 5B der Meinung, dass auf lange Sicht ein solider Vermögensaufbau in der Schweiz realistisch ist.

Frage 3.2: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

In Bezug auf mögliche Problemstellungen, welche sich aus der ungleichmässigen Verteilung der Vermögenswerte ergeben können, liegt keine absolute Übereinstimmung unter den Probanden vor. In der Tat sehen fünf von sieben Teilnehmern keine Gefahr, wenn das Vermögen nicht zu gleichen Anteilen auf jeden Bürger verteilt ist (P1B; P4B; P5B; P6B; P7B). Insbesondere weisen Probandin 4B und Proband 5B daraufhin, dass unangenehme Umstände in der Schweiz unwahrscheinlich sind, solange bei der bestehenden Mittelschicht solide finanzielle Verhältnisse vorherrschen. Gleichzeitig verneint Probandin 7B konfliktgeladene Situationen in der Schweizer Gesellschaft, da es der tieferen

Einkommensschicht bescheiden geht. Ein weiterführender Gedankengang wird vom Probanden 6B aufgezeigt, der auf die Bedeutungslosigkeit der Vermögenskonzentration hinweist. Demnach geht es für P6B nicht darum, wie die Vermögenswerte verteilt sind, sondern vielmehr ist für ihn der Bestand an Reichtum und dessen Erhaltung in der Schweiz zur Sicherung des Wohlbefindens aller notwendig. Eine kritische Haltung nehmen P2B und P3B ein, welche überzeugt sind, dass der Reichtum einzelner durchaus zu Unruhe in der Schweiz führen kann. Probandin 2B betont, dass die Unwissenheit der Bevölkerung in Bezug auf die tatsächliche Vermögensverteilung das Gefühl der Unzufriedenheit dämpft.

Frage 3.3: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

Die Probanden haben unterschiedliche Vorstellungen in Bezug auf die Ursachen, die effektiv zu einer Vermögenskonzentration führen können. Der Hauptauslöser ist für drei von sieben Probanden das Schweizer Steuersystem, welches reiche Ausländer und Unternehmen anzieht und steuerlich begünstigt (P2B; P4B; P5B). Zugleich relativiert Proband 5B seine Feststellung damit, dass eine moderate und kontrollierte Vermögenskonzentration der ganzen Gesellschaft entgegenkommt. Die Probanden 3B und 6B vertreten die Meinung, dass die Reichen in der Schweiz immer vermögender werden. Während P3B die tiefe Vermögensmobilität in der Schweiz kritisiert, legitimiert Proband 6B die Anhäufung von Vermögen damit, dass die getätigten Investitionen der Reichen auch Risiken bergen. Weiter führen P3B und P7B die Gründe einer Vermögenskonzentration auf Erbschaften zurück. Unterschiedliche Überlegungen werden auch von den Probandinnen 1B und 7B angestellt. Während Probandin 1B die Erklärung einer hohen Vermögensakkumulation beim hohen akademischen Bildungsstand der Schweizer Gesellschaft findet, ist Probandin 7B davon überzeugt, dass die persönlichen Werte der Menschen ihr Sparverhalten und somit ihre finanzielle Situation bestimmen.

3.2.2.4 Schweizer Institutionen und Strukturen

Mit den Fragen 4.1 bis 4.3 wird die Wahrnehmung hinsichtlich der Rolle des Staates, der Institutionen und der Strukturelemente in Bezug auf die Verteilungsfragen erfasst. Um die Meinung der Befragten bezüglich der Funktionalität des Schweizer Systems genau erfassen zu können, wurden den Probanden selektiv Vertiefungs- und Zusatzfragen gestellt. Nachfolgend werden zuerst die persönlichen Anregungen der Befragten analysiert und im Anschluss die Vertiefungs- und Zusatzfragen themenspezifisch ausgewertet.

Frage 4.1: Wo sehen Sie die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

Für zwei von sieben Probanden könnte der Staat durch die Einführung eines Mindestlohnes die Ungleichheit kontrollieren (P2B; P3B). Der Befragte 3B erachtet zudem die Anpassung der Krankenkassenkosten ans individuelle Einkommen als eine notwendige Massnahme. Während Probandin 4B die Steuern als wichtigstes Steuerungselement betrachtet, bezweifelt P5B die langfristige Wirkung der Umverteilung durch Steuern. Obgleich die Probandin 4B das Schweizer Steuersystem als ausgewogen und gerecht empfindet, ist sie der Meinung, dass die obere Mittelschicht im Verhältnis stärker besteuert wird als die Einkommensstärksten. Auch P2B und P3B unterstützen P4B in ihrer Aussage in Bezug auf die zu tiefe Progression der oberen Einkommen und würden die Erhöhung der Progression auf die Gutverdienenden anordnen. In Zusammenhang mit dem progressiven Charakter des Steuersystems erwähnt Probandin 7B die Notwendigkeit, andere obligatorische Abgaben ebenfalls progressiver zu gestalten. Für den Probanden 6B handelt der Schweizer Staat in seiner Rolle vorbildlich und stellt der Gesellschaft die nötigen Instrumente wie Bildung, Infrastruktur und gute Arbeitsmarktbedingungen zur Verfügung. Ebenso empfindet P5B, dass der Schweizer Staat bereits die nötigen Massnahmen trifft, um ein hohes Ausbildungsniveau der Gesellschaft zu gewährleisten.

Bei den Vertiefungs- und Zusatzfragen wurde insbesondere auf das Schweizer Steuersystem eingegangen. Dabei wurde mit einzelnen Probanden die Pauschalbesteuerung von wohlhabenden Ausländern sowie die Kapitalgewinn- und Erbschaftssteuern auf direkte Nachkommen besprochen. Insgesamt haben sich drei von sieben Befragten zur Frage geäußert, ob die Pauschalbesteuerung von reichen Ausländern dem Wohlstand der

Schweizer Gesellschaft dient. Obschon die Besteuerung von wohlhabenden Ausländern zu einem reduzierten Satz anfällt, sind alle Befragten der Meinung, dass deren Besteuerung zum Wohlstand der Schweizer Gesellschaft beiträgt (P4B; P6B; P7B).

Weiter wurde mit fünf von sieben Teilnehmern die Einführung einer Erbschaftssteuer auch auf direkte Nachkommen zur Dämpfung der Ungleichheitssituation diskutiert. Dabei erachten vier von fünf Probanden die Erbschaftssteuer als ein unangemessenes Mittel dafür (P1B; P4B; P5B; P7B). Für drei von fünf Probanden liegt die Ungerechtigkeit darin, dass das vererbte Vermögen bereits vom Erblasser zu Lebzeiten versteuert wurde (P1B; P4B; P5B). Allein Probandin 2B befürwortet die Erbschaftssteuer auch auf direkte Nachkommen zur Erhöhung des Wohlstandes.

Die Zusatzfrage zum Erfordernis einer Kapitalgewinnsteuer wurde drei von sieben Befragten gestellt. Da die Probandinnen 1B und 4B mit dem Thema der Kapitalgewinnbesteuerung nicht vertraut waren, liegt lediglich die Antwort von P5B vor. Die befragte Person ist der Meinung, dass die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer keine Lösung zur Reduktion der Ungleichheit ist. Es stellt lediglich ein Instrument dar, welches Benachteiligungen bedingt und die Gefahr erhöht, wichtige Steuerzahler zu verlieren (P5B).

Abschliessend empfinden vier von sieben Teilnehmern das Schweizer Steuersystem als angemessen (P4B; P5B; P6B; P7B), während drei von sieben Probanden die Besteuerung der verschiedenen Einkommensklassen als nicht ausgewogen wahrnehmen (P1B; P2B; P3B).

Frage 4.2: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

Nachfolgend werden die gewünschten Handlungsempfehlungen der Teilnehmer erfasst. Drei von sieben Probanden sind sich einig, dass die Schweiz ein gut funktionierendes staatliches System hat (P4B; P5B; P6B). Davon sind P5B und P6B der Auffassung, dass der Staat zum heutigen Zeitpunkt keine Optimierungsmassnahmen treffen muss. Probandin 1B schliesst sich P5B und P6B an und argumentiert damit, dass die Menschen in der Schweiz für ihren Wohlstand selbst verantwortlich sind. Dabei ist für die befragte Person das höhere Wohlstandsniveau des Einzelnen an die Bedingung geknüpft, dass ein Abschluss auf Tertiärstufe vorliegt (P1B). Stattdessen sehen die Probandin 2B und der Proband 3B Handlungsbedarf und befürworten die Einführung eines Mindestlohnes. Zudem vertritt der

Proband 3B die allgemeine Auffassung, dass die Löhne bestimmter Branchen einer Neubeurteilung und Angleichung an andere Branchen unterstellt werden müssten (P3B). Die Probandinnen 2B sowie 7B nennen noch weitere Aspekte. Eine der befragten Personen erwähnt die Früheinschulung zur zeitnahen Unterstützung der Kinder mit Migrationshintergründen (P2B). Für Probandin 7B muss der Staat die Abschaffung des Eigenmietwertes vornehmen. Die Teilnehmerin führt weiter aus, dass diese Massnahme insbesondere die Reduktion der Steuerbelastung im Alter sicherstellt und somit die finanzielle Selbstständigkeit der Älteren verbessert.

Frage 4.3: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

Die sieben Probanden liefern unterschiedliche Erklärungen. Dennoch sind die Meinungen einzelner Teilnehmer identisch. Drei von sieben Probanden heben die finanzielle Sicherheit und den Wohlstand in der Schweiz hervor (P4B; P5B; P7B). Die Probandinnen 4B und 7B sind überzeugt, dass auch die finanziell schlechter gestellten Bevölkerungsschichten ausreichend staatliche Unterstützung bekommen, um ein ordentliches Leben führen zu können. Zudem vertreten zwei Probanden die Ansicht, dass das Volk den Wettbewerb innerhalb der Gesellschaft bewahren möchte, was oft nicht dem Inhalt dieser Initiativen entspricht (P5B; P7B). Des Weiteren finden die Probandin 4B und der Proband 5B, dass die Stimmberechtigten mögliche Steuerexzesse als Konsequenz fürchten. Ein Proband verallgemeinert die Aussage von P4B und P5B und erklärt die Abneigung der Bevölkerung damit, dass ein funktionierendes System unter Inkaufnahme von grösseren Unsicherheiten ungerne verändert wird (P6B). Die Probanden 1B und 3B sind beide nicht stimmberechtigt und vertreten die Ansicht, wonach viele in der Schweiz lebende Personen nicht abstimmen. Allerdings bestehen dafür für die beiden Probanden unterschiedliche Gründe. Während P1B die tiefe Stimmbeteiligung bei Initiativen zur Verteilungsfrage mit einem ungenügenden Wissensstand der Bevölkerung begründet, sieht P3B das Problem darin, dass diejenigen, die diese Initiativen annehmen würden, kein Stimmrecht haben. Zwei von sieben Probanden bringen noch weitere relevante Aspekte vor. Proband 5B betont, dass die Bevölkerung das Ungleichgewicht in der Schweiz nicht wahrnimmt. Als einzige erklärt sich Probandin 2B das

Phänomen damit, dass die Gegner dieser Initiativen die Vorstellung haben, irgendwann auch sehr reich zu werden.

3.2.2.5 Abschluss

Zum Schluss werden weiterführende Anregungen der Probanden durchleuchtet, welche den Inhalt der Frage 5.1 bilden.

Frage 5.1: Gibt es noch etwas, was Sie im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchten?

Diese Frage wurde von fünf von sieben Teilnehmern beantwortet, wobei die Aussagen von einige Probanden deckungsgleich sind. Die Mehrheit unterstreicht die Tatsache, dass es der Bevölkerung in der Schweiz gut geht (P1B; P2B; P6B; P7B). Aus diesem Grund hat sich Proband 6B nie tiefgründig mit dem Thema der vorliegenden Arbeit auseinandergesetzt. Dennoch ist ein Ungerechtigkeitsempfinden bei den Probandinnen 1B und 7B aufgrund der finanziellen staatlichen Unterstützung von Nichterwerbstätigen festzustellen. Beide Teilnehmerinnen vertreten die Meinung, dass einkommensschwache Arbeitnehmer teilweise finanziell gleichgestellt sind mit Personen ohne Erwerbseinkommen. Währenddessen hinterfragen P2B und P3B kritisch die Unwissenheit der Schweizer Bevölkerung zur tatsächlichen Verteilungssituation in der Schweiz. Der Proband 3B fügt hinzu, dass mehr Bemühungen zur Aufklärung der Bevölkerung erforderlich sind.

3.2.3 Interpretation der Ergebnisse

Im diesem Unterkapitel werden die Ergebnisse der empirischen Untersuchung interpretiert und mit vergangenen Studien (Hischier & Zwicky, 1989; Niehues, 2019, 2016, 2014; Stamm et al., 2000) verglichen. Bei der Interpretation wird der Fokus auf die Einschätzung der eigenen persönlichen finanziellen Zufriedenheit, auf die allgemeine Einschätzung der Ungleichheitsdynamik, auf die Wahrnehmung der Einkommens- sowie Vermögensungleichheit sowie auf die Beurteilung von Institutionen und Strukturen gelegt.

Finanzielle Zufriedenheit

Die Mehrheit der Befragten ist mit ihrer gegenwärtigen materiellen Situation zufrieden. Die vorliegende Erhebung bestätigt die Annahme von Stamm et al. (2000, S. 32 sowie 34), dass finanziell Bessergestellte eine grössere materielle Zufriedenheit verspüren. Die finanzielle Zufriedenheit der Gesellschaft widerspiegelt sich auch darin, dass sich 58 % aller Befragten als Mittelschichtsbürger²⁵ sehen. In Bezug auf die Art der Gesellschaftsform betrachten 50 % aller Probanden (Zielgruppe 1 und 2, Frage 1.2) die Schweiz als typische Mittelstandsgesellschaft. Dieses Ergebnis weicht leicht mit dem Befund aus der Studie von Niehues (2019, S. 73; 2014, S. 4) ab, worin nur rund 40 % der Bevölkerung die Schweiz als Mittelstandsgesellschaft beschreiben. Weiter veranschaulicht die eigene empirische Untersuchung, dass mit 85 % eine klare Mehrheit der befragten Bevölkerung (Zielgruppe 2, Frage 1.3) ein hohes Wohlstandsniveau in der Schweiz wahrnimmt. Gleichzeitig erlaubt die Expertenzielgruppe eine weniger lineare Interpretation, da 60 % der Experten (Zielgruppe 1, Frage 1.3) eine ungleiche Verteilung des Wohlstandes wahrnehmen.

Die Untersuchung erklärt die zahlreichen abgelehnten politischen Initiativen (Kapitel 2.5) der letzten Jahre damit, dass die Schweizer Bevölkerung mit ihrer sozialen Position grundsätzlich zufrieden ist und die aktuelle Wohlstandsverteilung innerhalb der Gesellschaft akzeptiert. Eine kritische Grundhaltung nehmen lediglich 40 % aller Probanden ein, davon drei Experten und zwei Bürger, die die vergangenen Wahlergebnisse mit anderen Phänomenen begründen (P2E; P3E; P5E; P2B; P3B bei Frage 4.3).

²⁵ Zur Mittelschicht wurde die Mittelschicht sowie die obere Mittelschicht berücksichtigt (P1E; P2E; P3E; P4E; P4B; P6B; P7B;).

Allgemeine Einschätzung der Ungleichheitssituation

Die empirische Untersuchung hat sowohl die Wahrnehmung in Bezug auf das Einkommen wie auch auf das Vermögen erfasst. Bevor in einem weiteren Schritt die Wahrnehmung zu den einzelnen Gütern diskutiert wird, kann insbesondere anhand der Einstiegsfrage 1.1 bestätigt werden, dass rund 50 % aller Probanden die Verteilungssituation der Schweiz als besorgniserregend betrachten. In diesem Zusammenhang ist eine Diskrepanz zwischen der Einschätzung des Wohlstandsniveaus (Frage 1.3) und derjenigen des Ausmasses der Ungleichheit (Frage 1.1) festzustellen. Die Untersuchung zeigt, dass, obwohl lediglich rund ein Drittel aller Befragten eine Ungleichmässigkeit der Wohlstandsverteilung wahrnimmt, die Ungleichheitsdynamik in der Schweiz von der Hälfte aller Befragten als bedrohlich empfunden wird. Diese Kontroverse könnte dadurch begründet werden, dass obschon eine grosse Mehrheit der Gesellschaft die finanzielle Stabilität der breiten Mittelschicht wahrnimmt, soziale Minderheiten trotzdem Beachtung finden. Die Wahrnehmung dieser kleinen Bevölkerungsgruppen, der Reichen sowie der Armen, beeinflusst die ganzheitliche subjektive Ungleichheitswahrnehmung der Gesellschaft.

Einschätzung der Einkommensungleichheit

Das Ergebnis der Untersuchung begründet mit 50 % aller Stimmen eine Überschätzung der Einkommensungleichheit. Bei Betrachtung der subjektiven Wahrnehmung zwischen den beiden Zielgruppen, ist eine geteilte Meinung festzustellen. Denn während 57 % der Bevölkerung die Einkommensverteilung als gleichmässig und gerecht empfinden, vertreten 60 % der Meinungsführer den Standpunkt, dass sich die Lohnschere zwischen Gutverdienern und Einkommenschwachen immer weiter öffnet. Diese vorliegende Analyse kommt, wie zahlreiche andere Studien (Hischier & Zwicky, 1989, S. 110 sowie 116; Niehues, 2019, S. 73; 2014, S. 8 sowie 11; Stamm et al., 2000, S. 32), zum Schluss, dass die Einkommensunterschiede in der Schweiz als zu gross empfunden werden. Die durchgeführte Untersuchung im Rahmen dieser Thesis bestätigt den Befund von Hischier & Zwicky (1989, S. 114) und Stamm et al. (2000, S. 32-33), dass die finanziell privilegierten Bevölkerungsgruppen zu den Verteilungsfragen eine weniger kritische Haltung haben. Hingegen kann die Argumentation von Hasberg (2016, S. 118), Hischier & Zwicky (1989, S. 115-116) und Stamm et al. (2000, S. 32), dass die finanziell schwächere

Bevölkerungsschicht die Einkommensverteilung als ungerechter wahrnimmt, mit der eigenen Erhebung nicht vollständig belegt werden. Weiterführend wird insbesondere bei der befragten Bevölkerung (Zielgruppe 2) ersichtlich, dass jene Probanden (P2B; P3B), welche eine berufliche Tätigkeit im Gesundheits- oder Sozialwesen ausüben, stärker auf Einkommensunterschiede aufmerksam sind. Grund dafür ist die wahrgenommene tiefere Entlohnung dieser Berufskategorien im Vergleich zu anderen Sektoren, beispielsweise der öffentlichen Hand, dem Finanzsektor oder der Technologiebranche. Damit konnte eine weitere Parallele mit der Studie von Hirschier & Zwicky (1989, S. 114) nachgewiesen werden, welche ebenfalls auf sektorielle Unterschiede hinweist. Währenddessen wird die Annahme von Hirschier & Zwicky (1989, S. 114) bezüglich einer kritischeren Haltung der ausländischen Bevölkerung durch die eigenen Ergebnisse nicht unterstützt. Ergänzend belegt die eigene Erhebung, dass die politische Orientierung der Probanden ihre subjektive Ungleichheitswahrnehmung beeinflusst und begründet wie Hirschier & Zwicky (1989, S. 114) eine kritische Positionierung der Probanden, deren politische Ausrichtung Mitte-links bis Links ist.

Einschätzung der Vermögensungleichheit

In Bezug auf die Wahrnehmung der Vermögensungleichheit decken sich die Ergebnisse der eigenen Erhebung mit denjenigen aus der Studie von Niehues (2016, S. 15). Dabei wird veranschaulicht, dass die Untersuchungsgruppen die Vermögenskonzentration unterschätzen. In der eigenen Untersuchung lässt sich diese Besonderheit darin erkennen, dass mehr als die Hälfte (rund 58 %) der Probanden die aktuell hohe Vermögensungleichheit als nicht problematisch erachten.

Beurteilung der Schweizer Institutionen und Strukturen

Die beiden Zielgruppen begründen die Rolle des Staates insbesondere mit der Gewährleistung einer gerechten Besteuerung, eines gut funktionierenden Bildungs- sowie Sozialversicherungssystems und einer geregelten Lohnpolitik. Die Erfüllung dieser staatlichen Hauptaufgaben nehmen nicht alle Probanden als befriedigend wahr. Denn während die eine Hälfte aller Befragten einen starken Sozialstaat wahrnimmt und damit auf einen sehr tiefen staatlichen Handlungsbedarf schliesst, fordert die andere Hälfte mehr staatliche Intervention, um die Ungleichheitssituation zu dämpfen.

Schlussfolgerung aus der Interpretation

Zusammenfassend konnte im Rahmen der empirischen Untersuchung auf starke Wahrnehmungsdivergenzen sowohl innerhalb der Zielgruppen wie auch gruppenübergreifend geschlossen werden. Dabei bestätigt und veranschaulicht die eigene Erhebung die Schlussfolgerung von Hirschier & Zwicky (1989, S. 113-115), die eine Abhängigkeit zwischen der subjektiven Ungleichheitswahrnehmung und den soziodemografischen²⁶ Faktoren der Probanden begründet. Auch geht aus der Untersuchung klar hervor, dass die Mehrheit der Probanden tatsächliche Einkommensunterschiede bei Vergleichbarkeit der erbrachten Leistungen und Belohnungen legitimiert. Diese Erklärung steht im Widerspruch zur Schlussfolgerung aus der Studie von Stamm et al. (2000, S. 37), aus welcher die Schweizer Gesellschaft weder als eine reine Eliten- noch als eine offene Leistungsgesellschaft hervorgeht.

²⁶ Faktoren wie Einkommen, Bildungsstand, berufliche Tätigkeit, Herkunft, Geschlecht und politische Orientierung (Hirschier & Zwicky, 1989, S. 113-115).

4 Schlussfolgerung

Im Abschlusskapitel werden die Hauptkenntnisse aus der Literaturübersicht, den theoretischen Grundlagen und der empirischen Untersuchung wiedergegeben. Weiter werden in der Zusammenfassung die beiden Forschungsfragen beantwortet und im Ausblick die weiterführenden Forschungsgebiete und möglichen Implikationen für die Praxis dargestellt. Abschliessend wird im Fazit die Forschungsmethode und die daraus gewonnen Erkenntnisse kritisch gewürdigt und ein persönlicher Gedankenschluss gezogen.

4.1 Zusammenfassung der Erkenntnisse

Der wissenschaftliche Stand dieser Thesis macht eine kontroverse Debatte zur Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz deutlich. Die unterschiedlichen Auffassungen in Bezug auf das Ausmass und die Entwicklung der Ungleichheit beruhen auf unterschiedlichen Bewertungsgrundlagen und führen im Ergebnis zu polarisierenden Erkenntnissen. Dennoch lässt sich anhand der wissenschaftlichen Auseinandersetzung folgern, dass die Vergleichsdebatte insbesondere zwischen den beiden Minderheiten, der oberen und der unteren Bevölkerungsschicht, stattfindet. Die theoretische Grundlage erläutert den hohen und gleichmässigen Wohlstand der Schweizer Gesellschaft, welcher durch einen stabilen und gut ausgebauten Sozialstaat getragen wird.

Im Hinblick auf die Ungleichheitsdynamik ist die gegenwärtige Situation der Schweiz sowie deren Entwicklung im internationalen Vergleich entspannt. Bezugnehmend auf die Analyse wird eine schwache Ungleichheit der Markteinkommen in der Schweiz hergeleitet. Damit begründen lässt sich ein geringer staatlicher Handlungsbedarf. Es ist festzuhalten, dass die gemessene Vermögenskonzentration und deren Entwicklung im Vergleich zur Einkommensungleichheit verstärkt thematisiert wird. Gleichzeitig dokumentiert das global höchste Durchschnittsvermögen der Schweizer Bevölkerung den gegenwärtigen Reichtum des Landes. Damit wurde der wissenschaftliche Standpunkt dargelegt und die erste Forschungsfrage beantwortet.

Im empirischen Teil der Arbeit ist die Wahrnehmung der Einkommens- und Vermögensungleichheit gespalten. Der Zwiespalt wird dabei sowohl gruppenspezifisch als auch zielgruppenübergreifend verdeutlicht. Die Analyse offenbart, dass die Befragten

mehrheitlich einen hohen und ausgewogenen Wohlstand wahrnehmen und mit der persönlichen finanziellen Situation zufrieden sind. Ebenso begreift sich das Volk als Leistungsgesellschaft und rechtfertigt hohe Einkommen bei entsprechender Arbeitsleistung und Qualifikation.

Paradox erscheint jedoch die Wahrnehmung einer Öffnung der Einkommensschere, welche als bedrohliche Ursache für die Einkommensungleichheit empfunden wird. Entgegen der wissenschaftlichen Tatsachen, die eine höhere Vermögenskonzentration erklären, lassen Einkommensunterschiede in der Bevölkerung stärker diskutieren. Dabei hat die Meinungsbildung eine Korrelation mit der politischen Orientierung und der sektoriellen Tätigkeit. Diese Zusammenhänge erklären eine wahrgenommene Ungleichverteilung in der Schweiz und geben eine Antwort auf die zweite Forschungsfrage.

Die Kernaussagen der beiden Forschungsfragen sind widersprüchlich. Die wissenschaftlichen Ergebnisse und die Tatsache, dass politisch diskutierte Verteilungsfragen in der Vergangenheit auf wenig Interesse gestossen sind, lassen auf eine geringe Problematik der Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz schliessen.

4.2 Ausblick für weitere Forschung / Implikationen für die Praxis

Die vorliegende Thesis führt eine segmentierte Wahrnehmungsanalyse zur Einkommens- und Vermögensverteilung durch. Die gewonnenen Daten bilden die Grundlage für weiterführende Untersuchungen und fordern insbesondere eine branchenspezifische Wahrnehmungsforschung in den identifizierten einkommensschwachen Sektoren wie dem Gesundheits- und Sozialwesen. Der ausgewiesene Forschungsbedarf verlangt einen quantitativen Ansatz, damit unterschiedliche Themenfelder und deren Dimensionen umfassender erforscht werden können. Ein tiefgründiges Gesamtverständnis für kritische Ungleichheitswahrnehmungen innerhalb des Gesundheits- und Sozialwesens sowie deren Berufskategorien bietet ein effektives Instrument für eine effiziente Umverteilungspolitik.

4.3 Fazit

Die zahlreichen Verteilungsfragen sind in der Schweiz ein gesellschaftspolitisch wichtiges Thema und im staatlichen System eingebunden. Die Führung einer angemessenen Umverteilungspolitik setzt eine realitätsnahe subjektive Wahrnehmung des Volkes voraus.

Das Hauptergebnis dieser Arbeit zeigt eine Wahrnehmungsverzerrung der Bevölkerung, die auf einer Wissenslücke in Bezug auf das Funktionieren des Schweizer Sozialsystems und der Unkenntnis in Bezug auf Einkommens- und Vermögensdaten beruht. Das Themengebiet ist breit vernetzt und komplex, was das Verständnis der Allgemeinheit erschwert. Diese Erkenntnis verdeutlicht die Schwierigkeit einzelner Probanden aus der Bevölkerung, die Untersuchungsfragen zu beantworten.

Die angewendete qualitative Forschungsmethode zeigt keine repräsentativen Ergebnisse für die Gesamtbevölkerung. Der geringe Stichprobenumfang führt dazu, dass aus den gewonnenen Daten keine Rückschlüsse auf mögliche staatliche Handlungsfelder gezogen werden können. Des Weiteren erschwert die Tatsache, dass weder die Wissenschaft noch das Volk die Einkommens- und Vermögensverteilung anhand einheitlicher Messgrössen beurteilen. Die gewählte Vorgehensweise und die akkurate Selektion der Untersuchungsgruppen, welche sich durch unterschiedliche sozialdemografische Faktoren charakterisieren, erlauben es dennoch, tiefgründige und aussagekräftige Wahrnehmungsmuster zu erkennen. Im Rahmen dieser Thesis kann eine entschlossene Bereitschaft von politischen Akteuren und Interessenverbänden festgestellt werden, sich zur Verteilungsthematik zu exponieren. Ausserdem beziehen sich die vorliegenden Resultate und die gewonnenen Erkenntnisse ausschliesslich auf die Schweiz und sind nicht weltweit übertragbar.

Mein persönlicher Gedankenschluss führt mich zur Konklusion, dass die Schweiz bereits gut funktionierende Institutionen und Landesstrukturen hat, welche mehr Wertschätzung verdienen. Die Wahlergebnisse bestätigen, dass ein grosser Teil der «99 %» am Wohlstand des Landes partizipiert. Das Thema rund um die Verteilungsfragen war gestern, ist heute und wird morgen omnipräsent sein. Der Erhalt unserer Mittelstandsgesellschaft und seines hohen Wohlstandsniveaus fordert eine kontinuierliche Forschung und Problemerkennung sowie eine zielgerichtete Behebung der ausgemachten Probleme. Dabei ist das Ziel, durch Aufklärung die Divergenz zwischen Realität und subjektiver Wahrnehmung des Volkes zu verringern, um gegenstandslose Debatten zu vermeiden.

Danksagung

An dieser Stelle bleibt mir noch die angenehme Aufgabe, mich herzlich bei meinem betreuenden Dozenten, Herr Dr. Roland Hofmann, für die unterstützende und spannende Zusammenarbeit zu bedanken. Ein herzliches Dankeschön geht auch an allen Experten und Probanden für Ihre Teilnahme an den Interviews. Weiter danke ich meiner Familie und Freunden für die wertvolle moralische Unterstützung während der vergangenen Monate.

5 Literaturverzeichnis

- Alvaredo, F., Chancel, L., Piketty, T., Saez, E., & Zucman, G. (2017). Global Inequality Dynamics: New Findings from WID.world. *American Economic Review: Papers & Proceedings 2017*, 107(5), S. 404-409. doi:10.1257/aer.p20171095.
- Atkinson, A., Piketty, T., & Saez, E. (2011). Top Incomes in the Long Run of History. *Journal of Economic Literature*, 49(1), S. 3-71. doi:10.1257/jel.49.1.3.
- Auten, G., & Splinter, D. (2019). *Income Inequality in the United States: Using Tax Data to Measure Long-term Trends*. Working paper. Washington, D.C.: Office of Tax Analysis, U.S. Treasury Department and Joint Committee on Taxation, U.S. Congress. Von http://davidsplinter.com/AutenSplinter-Tax_Data_and_Inequality.pdf abgerufen.
- Behringer, J., Theobald, T., & van Treeck, T. (2014). Einkommen- und Vermögensverteilung in Deutschland: Eine makroökonomische Sicht. *IMK Report Nr. 99*. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK). Von <https://d-nb.info/1062516400/34> abgerufen.
- Bolliger, C. (2007). *Konkordanz und Konfliktlinien in der Schweiz, 1945 bis 2003: Parteienkooperation, Konfliktdimensionen und gesellschaftliche Polarisierungen bei den eidgenössischen Volksabstimmungen*. 1. Auflage. Bern, Stuttgart, Wien: Haupt Verlag.
- Bordo, M., & Meissner, C. (2012). Does inequality lead to a financial crisis? *Journal of International Money and Finance*, 31(8), S. 2147–2161. doi:<https://doi.org/10.1016/j.jimonfin.2012.05.006>.
- Brülhart, M., Gruber, J., Krapf, M., & Schmidheiny, K. (2016). *Taxing Wealth: Evidence from Switzerland*. NBER Working Paper 22376. doi:10.3386/w22376.
- Brülhart, M., Gruber, J., Krapf, M., & Schmidheiny, K. (2019). *Behavioral Responses to Wealth Taxes: Evidence from Switzerland*. CESifo Working Paper No. 7908. München: CESifo GmbH.

- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). (2020). *Schweizerische Sozialversicherungsstatistik 2020*. Von https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/themenuebergreifend/statistiken/SVS_DE_2020.pdf.download.pdf/Schweizerische%20Sozialversicherungsstatistik%202020.pdf abgerufen.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). (2021a). *Die schweizerische Altersvorsorge*. Von https://www.bsv.admin.ch/dam/bsv/de/dokumente/themenuebergreifend/broschueren/Altersvorsorge_Basis.pdf.download.pdf/Altersvorsorge_Basis.pdf abgerufen.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). (2021b). *Gebundene Selbstvorsorge (Säule 3a)*. Von <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/bv/grundlagen-und-gesetze/grundlagen/gebundene-selbstvorsorge.html> abgerufen.
- Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV). (2021c). *Statistiken der beruflichen Vorsorge und 3. Säule*. Von <https://www.bsv.admin.ch/bsv/de/home/sozialversicherungen/bv/statistik.html> abgerufen.
- Bundesamt für Statistik (BFS). (2019). *Intergenerationelle Bildungsmobilität*. Von <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/bildungsindikatoren/themen/wirkung/bildungsmobilitaet.html> abgerufen.
- Bundesamt für Statistik (BFS). (2020). *Indikatoren der Sterblichkeit in der Schweiz, 1970-2019*. Von <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/su-d-01.04.02.02.01> abgerufen.
- Bundesamt für Statistik (BFS). (2021a). *Pensionskassenstatistik Kennzahlen 2015-2019*. Von <https://www.bfs.admin.ch/bfsstatic/dam/assets/15944717/master> abgerufen.
- Bundesamt für Statistik (BFS). (2021b). *Bildungsstand*. Von https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/bildungsindikatoren/themen/wirkung/bildungsstand.html#17_1465887495608__content_bfs_de_home_statistiken_bildung-

wissenschaft_bildungsindikatoren_themen_wirkung_bildungsstand_jcr_content
abgerufen.

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) vom 14. Dezember 1990 (Stand am 1. Januar 2021) SR 642.11.

Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden vom 14. Dezember 1990 (Stand am 1. Januar 2021) SR 642.14.

Bundeskanzlei. (2012). *Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 3. März 2013* (Abstimmungsbüchlein). Von https://www.bk.admin.ch/dam/bk/de/dokumente/Abstimmungsbuechlein/volksabstimmung_vom3maerz2013.pdf.download.pdf/erlaeuterungen_desbundesrates03032013.pdf abgerufen.

Bundeskanzlei. (2013). *Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 24. November 2013* (Abstimmungsbüchlein). Von https://www.bk.admin.ch/dam/bk/de/dokumente/Abstimmungsbuechlein/volksabstimmung_vom24november2013erlaeuterungendesbundesrates.pdf.download.pdf/erlaeuterungen_desbundesrates24112013.pdf abgerufen.

Bundeskanzlei. (2014). *Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 18. Mai 2014* (Abstimmungsbüchlein). Von https://www.bk.admin.ch/dam/bk/de/dokumente/Abstimmungsbuechlein/erlaeuterungen_desbundesrates1852014.pdf.download.pdf/erlaeuterungen_desbundesrates18052014.pdf abgerufen.

Bundeskanzlei. (2015). *Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 14. Juni 2015* (Abstimmungsbüchlein). Von https://www.bk.admin.ch/dam/bk/de/dokumente/Abstimmungsbuechlein/erlaeuterungen_desbundesrates-volksabstimmungvom14062015.pdf.download.pdf/erlaeuterungen_desbundesrates14062015.pdf abgerufen.

Bundeskanzlei. (2016). *Erläuterungen des Bundesrates zur Volksabstimmung vom 5. Juni 2016* (Abstimmungsbüchlein). Von

[https://www.bk.admin.ch/dam/bk/de/dokumente/Abstimmungsbuechlein/Erl%C3%A4uterungen%20des%20Bundesrates%20\(05.06.2016\)%20.pdf.download.pdf/erlaeuterungen_desbundesrates05062016.pdf](https://www.bk.admin.ch/dam/bk/de/dokumente/Abstimmungsbuechlein/Erl%C3%A4uterungen%20des%20Bundesrates%20(05.06.2016)%20.pdf.download.pdf/erlaeuterungen_desbundesrates05062016.pdf) abgerufen.

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (Stand am 7. März 2021) SR 101.

Cingano, F. (2014). *Trends in Income Inequality and its Impact on Economic Growth. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 163*. Paris: OECD Publishing. doi:<https://doi.org/10.1787/1815199X>.

Dabla-Norris, E., Kochhar, K., Suphaphiphat, N., Ricka, F., & Tsounta, E. (2015). *Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective. IMF Staff Discussion Note 15/13*. Washington D.C.: International Monetary Fund (IMF).

Dell, F., Piketty, T., & Saez, E. (2007). Income and Wealth Concentration in Switzerland over the Twentieth Century. In A. B. Atkinson, & T. Piketty, *Top Incomes Over the 20th Century: A Contrast Between Continental European and English-Speaking Countries*. S. 472-500. Oxford: Oxford University Press.

Deutschmann, C. (2000). Geld als „absolutes Mittel“. *Berliner Journal für Soziologie* volume, 10(3), S. 301-313. doi:<https://doi.org/10.1007/BF03204356>.

Ebner, C., & Nikolai, R. (2010). Duale oder schulische Berufsausbildung? Entwicklungen und Weichenstellungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz. *Swiss Political Science Review*, 16(4), S. 617–648. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

economiesuisse. (2013). *Faktenblatt 1: Verteilungsfrage. Gerechte Einkommensverteilung in der Schweiz*. Von https://www.economiesuisse.ch/sites/default/files/publications/faktenblatt_einkommensverteilung.pdf abgerufen.

Ecoplan. (2004). *Verteilung des Wohlstandes in der Schweiz. Bericht in Erfüllung des Postulates Fehr vom 9. Mai 2001 (01.3246)*. Bern: Eidgenössische Steuerverwaltung. Von <https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/allgemein/Dokumentation/Zahl>

en_fakten/gutachten/verteilung/Bericht%20Ecoplan%20Fehr.pdf.download.pdf/wohlstand_2_d.pdf abgerufen.

Eidgenössisches Department für auswärtige Angelegenheiten (EDA). (2015). *Schweiz-EU Personenfreizügigkeit*. Von https://www.eda.admin.ch/dam/eda/de/documents/publications/EuropaeischeAngelegenheiten/Schweiz-EU-Personenfreizuegigkeit_de.pdf abgerufen.

Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF). (2016). *Liberaler Arbeitsmarkt*. Von <https://www.wbf.admin.ch/wbf/de/home/themen/wirtschaftspolitik/arbeit/arbeitsmarkt/liberaler-arbeitsmarkt.html> abgerufen.

Eidgenössische Finanzverwaltung (EFV). (2021). *Einnahmen*. Von https://www.efv.admin.ch/efv/de/home/finanzberichterstattung/bundeshaushalt_ueb/einnahmen.html abgerufen.

Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV). (2019a). *Das schweizerische Steuersystem*. Schweizerische Steuerkonferenz (Hrsg.). Von https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/allgemein/Dokumentation/Publicationen/schweizer_steuersystem/ch-steuersystem.pdf.download.pdf/CH-Steuersystem_2019_d.pdf abgerufen.

Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV). (2019b). *Die Vermögen in der Schweiz wachsen stark und sind ungleicher verteilt*. Von <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-76326.html> abgerufen.

Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV). (2020a). *Tabelle für die Berechnung der direkten Bundessteuer der natürlichen Personen*. Von <https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/bundessteuer/tarife/58c-2020-dfi.pdf.download.pdf/58c-2020-dfi.pdf> abgerufen.

Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV). (2020b). *Geltende Steuern*. Von <https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/allgemein/Dokumentation/Publicationen/geltende-steuern.pdf> abgerufen.

kationen/dossier_steuerninformationen/c/c-geltende-steuern.pdf.download.pdf/c_geltende-steuern_de_2020.pdf abgerufen.

Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV). (2021). *Steuerbelastung im internationalen Vergleich*. Von

https://www.estv.admin.ch/dam/estv/de/dokumente/allgemein/Dokumentation/Zahlen_fakten/Steuerstatistiken/int_steuervergleiche/2020_int_vergleich.pdf.download.pdf/Vergleich_2020_d.pdf abgerufen.

Eisenring, C. (2019). Besteuerung der Superreichen: «In der Schweiz geht es erstaunlich fair zu». *Neue Zürcher Zeitung NZZ*. 20. November 2019. Von <https://www.nzz.ch/wirtschaft/steuer-fuer-superreiche-ld.1519809> abgerufen.

Flick, U. (2019). *Qualitative Sozialforschung. 9. Auflage*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag.

Fluder, R., Farys, R., Hümbelin, O., & Jann, B. (2017). Verteilung der Vermögen in der Schweiz. In H. Baumann, M. Gallusser, R. Herzog, U. Klotz, C. Michel, B. Ringger, & H. Schatz (Hrsg.), *Denknetz-Jahrbuch 2017: Technisierte Gesellschaft*. S. 229-243. Zürich: Edition 8.

Fluder, R., Hümbelin, O., & Jann, B. (2015). Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in der Schweiz. In H. Baumann, R. Herzog, B. Ringger, & H. Schatz (Hrsg.), *Denknetz-Jahrbuch 2015: Zerstörung und Transformation des Gemeinwesens*. S. 193-206. Zürich: Edition 8.

Föllmi, R., & Martínez, I. (2017a). *Die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz*. Public Paper Nr. 6. Zürich: UBS International Center of Economics in Society. Von

https://www.ubscenter.uzh.ch/static/efafef28bea06c2c73a4751aa1f6bcaef/UBSC_PP_6_verteilung_von_einkommen_und_vermoegen.pdf abgerufen.

Föllmi, R., & Martínez, I. (2017b). Volatile Top Income Shares in Switzerland? Reassessing the Evolution between 1981 and 2010. *The Review of Economics and Statistics*, 99(5), S. 793–809. doi:https://doi.org/10.1162/REST_a_00644.

- Föllmi, R., & Martínez, I. (2018). Inequality in Switzerland: A Haven of Stability? *CESifo Forum*, 19(2), S. 19-25.
- Frey, C., & Schaltegger, C. (2020). The initiative, referendum, and distribution of income: An empirical analysis of Swiss cantons. *European Journal of Political Economy*, 66 (2021) 101968. doi:<https://doi.org/10.1016/j.ejpoleco.2020.101968>.
- Frey, C., Schaltegger, C., & Schmid, L. (2019). Inequality and Institutions: The Case of Switzerland. In P. Grünenfelder, N. Rother, S. Rutz, & M. Salvi, *An international think tank report on Inequality and Equality*. S. 76-81. Zürich: Avenir Suisse.
- Gallusser, D., & Krapf, M. (2019a). *Joint Income-Wealth Inequality: An Application using Administrative Tax Data*. CESifo Working Paper No. 7876. München: CESifo GmbH.
- Gallusser, D., & Krapf, M. (2019b). *Wie die Ungleichheit unter Berücksichtigung von Vermögen steigt: Evidenz aus Luzerner Steuerdaten*. *Ökonomenstimme*. Von <https://www.oekonomenstimme.org/artikel/2019/11/wie-die-ungleichheit-unter-beruecksichtigung-von-vermoegen-steigt-evidenz-aus-luzerner-steuerdaten/> abgerufen.
- Grünenfelder, P., Rother, N., Rutz, S., & Salvi, M. (2019). Summary and Conclusions. In P. Grünenfelder, N. Rother, S. Rutz, & M. Salvi, *An international think tank report on Inequality and Equality*. S. 86-89. Zürich: Avenir Suisse.
- Gsteiger, Christian. (2019). *Kein Ja, aber breite Diskussionen zur Vision eines Grundeinkommens*. Von <https://swissvotes.ch/attachments/a8bdb86b8abb62becf70d80e75a484cbda612ddb98f35c4fd5f34e6e8f990> abgerufen.
- Günther, M. (2021). *Ablehnung der 99%-Initiative: Ständerat stellt sich auf Seite des Reichsten 1%*. Abgerufen am 18. April 2021 von <https://juso.ch/de/medien/medienmitteilungen/ablehnung-der-99-initiative-standerat-stellt-sich-auf-seite-des-reichsten-1/>.
- Haering, B., & Fontana, M. (2020). Durchlässigkeit im Schweizer Bildungssystem. *Herbstsemester 2020, CAS Educational Governance*. Luzern: Hochschule Luzern.

Von

https://www.econcept.ch/media/cabinet/2020/10/Durchl%C3%A4ssigkeit_des_Schweizer_Bildungssystems_2020_09_04_final.pdf abgerufen.

Hasberg, R. (2016). *Die Wahrnehmung von Einkommensungleichheit*. Wiesbaden: Springer VS.

Helffferich, C. (2014). Leitfaden- und Experteninterviews. In N. Baur, & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. S. 559-574. Wiesbaden: Springer VS. doi:https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_6.

Herren, Silvan. (2020). *Erbschaftssteuer ist im Links-Rechts-Konflikt chancenlos*. Von <https://swissvotes.ch/attachments/8d89b2baf48c9232603a7aae3dc49b98a0cef5af589b70c723be089bc6969acd> abgerufen.

Hischier, G., & Zwicky, H. (1989). Wahrnehmung der sozialen Ungleichheit in der Schweiz. *Widerspruch: Beiträge zu sozialistischer Politik*, 9(17), S. 109-122.

Hümbelin, O., & Farys, R. (2018). Income redistribution through taxation – how deductions undermine the effect of taxes. *Journal of Income Distribution*, 25(1), S. 1-35.

Hümbelin, O., & Fluder, R. (2018). Schiefelage: Wenige Superreiche, mehr Bedürftige. *impuls: Magazin des Departements Soziale Arbeit* (1), S. 28-31. doi:10.24451/arbor.5575.

Jann, B. (2003). *Lohngerechtigkeit und Geschlechterdiskriminierung: Experimentelle Evidenz*. Zürich: ETH. Von https://www.soz.unibe.ch/ueber_uns/personen/jann/presentations_by_ben_jann/e131361/e131394/lohngerecht_ger.pdf abgerufen.

Jeanneret, Elisa. (2020). *99%-Initiative der JUSO im Nationalrat: Was man wissen muss*. Abgerufen am 18. April 2021 von <https://www.nau.ch/politik/bundeshaus/99-initiative-der-juso-im-nationalrat-was-man-wissen-muss-65788005>.

Jeitziner, B., & Peters, R. (2007). Regionale Einkommens- und Vermögensverteilung in der Schweiz: Was sagen die Steuerdaten? *Die Volkswirtschaft*, 2007(12), S. 16-21.

- JUSO Schweiz. (o.J.). *Ausführliches Argumentarium 99%-Initiative*. Von https://99prozent.ch/wp-content/uploads/2018/12/Argumentarium_ausf%C3%BChrlich_99-Initiative.pdf abgerufen.
- Krapf, M. (2018). *The Joint Distribution of Wealth and Income Risk: Evidence from Bern*. CESifo Working Paper No. 7130. München: CESifo GmbH.
- Kübli, David. (2019). *Volk hat kein Verständnis für "Abzocke" - überdeutliches Ja für Initiative*. Von <https://swissvotes.ch/attachments/e62435dd7f98f9d7e2ce470b80e99ed49672101feaca340b481034c204e3eac8> abgerufen.
- Lampart, D., & Schüpbach, K. (2020). *Verteilungsbericht 2020. Die Verteilung der Löhne, Einkommen und Vermögen sowie die Belastung durch Steuern und Abgaben in der Schweiz. Dossier Nr. 140*. Eine Publikationsreihe des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB).
- Linder, W. (2004). *Das politische System der Schweiz*. In W. Ismayr (Hrsg.), *Die politischen Systeme Westeuropas. Uni-Taschenbücher*. S. 487-520. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi:https://doi.org/10.1007/978-3-322-97575-1_14.
- Martínez, I. (2020). *In It Together? Inequality and the Joint Distribution of Income and Wealth in Switzerland*. Von <https://www.nber.org/system/files/chapters/c14452/revisions/c14452.rev1.pdf> abgerufen.
- Marty, L. (2019). *Soziologe: «Juso 99%-Initiative würde unmittelbar Wirkung zeigen»*. [Video-Datei]. Von <https://www.nau.ch/news/videos/juso-99-prozent-initiative-wurde-unmittelbar-wirkung-zeigen-65526282> abgerufen.
- Mayring, P., & Fenzl, T. (2014). *Qualitative Inhaltsanalyse*. In N. Baur, & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. S. 543-556. Wiesbaden: Springer VS. doi:https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_41.

- Morger, M., & Schaltegger, C. (2018). Income tax schedule and redistribution in direct democracies – the Swiss case. *The Journal of Economic Inequality* 16, S. 413–438. doi:<https://doi.org/10.1007/s10888-018-9376-z>.
- Niehues, J. (2014). Subjektive Ungleichheitswahrnehmung und Umverteilungspräferenzen: Ein internationaler Vergleich. *IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung*, 41(2), S. 75-91. doi:<http://dx.doi.org/10.2373/1864-810X.14-02-06>.
- Niehues, J. (2015). Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit - Ein internationaler Vergleich. *Konferenz: Einkommens- und Vermögensungleichheit (18. November 2015)*, Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Berlin. Von https://www.diw.de/documents/dokumentenarchiv/17/diw_01.c.520299.de/wdk15_pr%C3%A4sentation_niehues.pdf abgerufen.
- Niehues, J. (2016). Ungleichheit: Wahrnehmung und Wirklichkeit – ein internationaler Vergleich. *Wirtschaftsdienst* 96, S. 13–18. doi:<https://doi.org/10.1007/s10273-016-1945-9>.
- Niehues, J. (2019). Views on Inequality and Actual Inequality: No Empirical Relationship. In P. Grünenfelder, N. Rother, S. Rutz, & M. Salvi, *An international think tank report on Inequality and Equality*. S. 71-75. Zürich: Avenir Suisse.
- Noll, H.-H., & Christoph, B. (2004). Akzeptanz und Legitimität sozialer Ungleichheit - Zum Wandel von Einstellungen in West- und Ostdeutschland. In R. Schmitt-Beck, M. Wasmer, & A. Koch (Hrsg.), *Blickpunkt Gesellschaft 7: Sozialer und politischer Wandel in Deutschland*. S. 97-125. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. doi:https://doi.org/10.1007/978-3-322-80949-0_5.
- o.V. (2021). Einkommensungleichheit in der Schweiz nimmt zu. *Berner Zeitung BZ*. 29. Januar 2021. Von <https://www.bernerzeitung.ch/einkommensungleichheit-in-der-schweiz-nimmt-zu-723922485473> abgerufen.
- OECD. (2015). *In It Together: Why Less Inequality Benefits All*. Paris: OECD Publishing. doi:[org/10.1787/9789264235120-en](https://doi.org/10.1787/9789264235120-en).

- OECD. (2021a). *Youth unemployment rate (indicator)*. Von <https://doi.org/10.1787/c3634df7-en> abgerufen.
- OECD. (2021b). *Unemployment rate (indicator)*. Von <https://doi.org/10.1787/cbe71f42-en> abgerufen.
- Peters, R. (2017). Steuerdaten zeigen schwaches Wachstum der mittleren Einkommen. *Die Volkswirtschaft*, 2017(12), S. 11-15.
- Peters, R. (2019). *L'évolution de la richesse en Suisse de 2003 à 2015*. Bern: Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV). Von <https://www.news.admin.ch/news/message/attachments/58351.pdf> abgerufen.
- Piketty, T. (2020). *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. 3. Auflage. München: Verlag C.H.Beck oHG.
- Piketty, T., & Saez, E. (2003). Income inequality in the United States, 1913-1998. *The Quarterly Journal of Economics*, 118(1), S. 1-39.
- Piketty, T., & Saez, E. (2013). Top Incomes and the Great Recession: Recent Evolutions and Policy Implications. *IMF Economic Review*, 61(3), S. 456-478. doi:10.1057/imfer.2013.14.
- Piketty, T., & Saez, E. (2014). Inequality in the long run. *Science*, 344(6186), S. 838-843. doi:10.1126/SCIENCE.1251936.
- Przyborski, A., & Wohlrab-Sahr, M. (2014). Forschungsdesigns für die qualitative Sozialforschung. In N. Baur, & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. S. 117-133. Wiesbaden: Springer VS. doi:https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_6.
- Reynolds, A. (2007). Has U.S. Income Inequality Really Increased? Policy Analysis No. 586. Washington, D.C.: Cato Institute. Von <https://www.cato.org/sites/cato.org/files/pubs/pdf/pa586.pdf> abgerufen.
- Rother, N. (2019). Income Inequality and Redistribution on the National Level. In P. Grünenfelder, N. Rother, S. Rutz, & M. Salvi, *An international think tank report on Inequality and Equality*. S. 18-28. Zürich: Avenir Suisse.

- Saez, E., & Zucman, G. (2020). *Der Triumph der Ungerechtigkeit*. 1. Auflage. Berlin: Suhrkamp Verlag.
- Schäfer, F. (2021). Die 99-Prozent-Initiative will die Schweizer «Superreichen» schröpfen - aber die sind auch nicht mehr, was sie einmal waren. *Neue Zürcher Zeitung NZZ*. 2. März 2021. Von <https://www.nzz.ch/schweiz/die-99-prozent-initiative-will-die-schweizer-superreichen-schroepfen-aber-die-sind-auch-nicht-mehr-was-sie-mal-waren-ld.1604340?reduced=true> abgerufen.
- Schaltegger, C., & Frey, C. (2016). Wie progressiv wirkt das Schweizer Steuersystem? *Neue Zürcher Zeitung NZZ*. 2. Mai 2016. Von <https://www.nzz.ch/wirtschaft/steuerliche-umverteilung-wie-progressiv-wirkt-das-schweizer-steuersystem-ld.17498> abgerufen.
- Schaltegger, C., Frey, C., & Häner, M. (2018). Zur Einkommensverteilung in der Schweiz. *Zeitschrift für Studium und Forschung WiSt*, 47(11), S. 27-34.
- Schaltegger, C., Frey, C., & Häner, M. (2019). Die «stille» Umverteilung in der AHV: Sie wirkt de facto als Hochlohnsteuer. *Neue Zürcher Zeitung NZZ*. 19. September 2019. Von <https://www.nzz.ch/schweiz/ahv-stille-umverteilung-wirkt-de-facto-als-hochlohnsteuer-ld.1505918> abgerufen.
- Schlegel, T. (2019). Fostering Stable Income Distribution with the Swiss Dual Track System. In P. Grünenfelder, N. Rother, S. Rutz, & M. Salvi, *An international think tank report on Inequality and Equality*. S. 64-67. Zürich: Avenir Suisse.
- Schweizer, S. (2019a). *Unternehmen erhalten keine Vorgaben zur Lohngestaltung*. Von <https://swissvotes.ch/attachments/43b9747de0d29bbdf6132ed27bff68d9dc66ed88ed51a60ece771afdb769b34a> abgerufen.
- Schweizer, S. (2019b). *Mindestlohn-Initiative beschert der Linken eine herbe Niederlage*. Von <https://swissvotes.ch/attachments/e4b558b4a2b1e9b7265aa5b3de44b68794dc7134fda239d79a0f065cf2183d08> abgerufen.

- Shorrocks, A., Davies, J., & Lluberias, R. (2020). Global wealth report 2020. Credit Suisse Research Institute. Von <https://www.credit-suisse.com/about-us/en/reports-research/global-wealth-report.html> abgerufen.
- Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO). (2021). *Die Lage auf dem Arbeitsmarkt*. Von https://www.seco.admin.ch/dam/seco/de/dokumente/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_Formulare/Arbeit/Arbeitslosenversicherung/Die%20Lage%20auf%20dem%20Arbeitsmarkt/arbeitsmarkt_2021/alz_03_2021.pdf.download.pdf/PRESS_EDOK2103_D.pdf abgerufen.
- Stamm, H., Lamprecht, M., Nef, R., Joye, D., & Suter, C. (2000). Die Ungleichheitsstruktur der Schweiz an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. In *Peter Farago (Hrsg.): Analysis of Comparative and Longitudinal Data. 3 Contributions Using ISSP, Eurobarometer and Household Panel Data*. S. 9-51. SPP Working Paper 6. Bern: SNF.
- Stiglitz, J. (2015). The Price of Inequality: How Today's Divided Society Engangers Our Future. In P. Dasgupta, V. Ramanathan, & M. Sanches Sorondo (Hrsg.), *Sustainable Humanity, Sustainable Nature: Our Responsibility*. S. 379-399. Vatikanstadt: The Pontifical Academy of Sciences.
- Vatter, A. (2018). *Das politische System der Schweiz*. 3. Auflage. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Weichbold, M. (2014). Pretest. . In N. Baur, & J. Blasius (Hrsg.), *Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung*. S. 299-304. Wiesbaden: Springer VS. doi:https://doi.org/10.1007/978-3-531-18939-0_6.
- Zürich Versicherungs-Gesellschaft AG. (2021). *Fairness statt Umverteilung in der zweiten Säule - Teil 2: Was läuft schief in der beruflichen Vorsorge – und was sind die Gründe?* Von Vita: <https://www.vita.ch/de/vorsorgethemen/wissen/fairness-teil-2> abgerufen.

6 Anhang

6.1 Ehrenwörtliche Erklärung

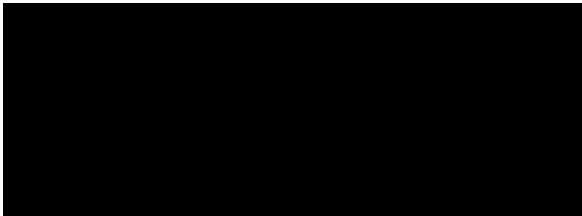
Ich erkläre hiermit, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig, ohne Mithilfe Dritter und nur unter Benutzung der angegebenen Quellen verfasst habe und dass ich ohne schriftliche Zustimmung der Studiengangleitung keine Kopien dieser Arbeit an Dritte aushändigen werde.

Gleichzeitig werden sämtliche Rechte am Werk an die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) abgetreten. Das Recht auf Nennung der Urheberschaft bleibt davon unberührt.

Name der Studentin

Vanessa Colicchio

Unterschrift:



6.2 Tabellarische Übersicht der relevantesten Studien der Literaturübersicht

6.2.1 Internationale Literatur

	Thema / Zeitperiode	Länder / Regionen	Stichprobe / Datenquelle	Methode / Operationalisierung der Forschungsfrage	Resultate	Treiber
Shorrocks A., Davies J. & Lluberá R. (2020)	Vermögen 2019	Verschiedene Länder Fokus für diese Thesis: USA	- Private Haushalte der Länder (Total: 5.2 Milliarden Menschen, nur Erwachsene) - Forbes-Liste	Ungleichheit wird an den mittleren Vermögen pro erwachsene Person, am Durchschnittsvermögen pro Person und an den Vermögenden 1 % der Bevölkerung gemessen. Definition: Nettovermögen per Jahresende = Finanzvermögen und Realwert (zum Beispiel Immobilien) abzüglich Schulden (+) Berücksichtigung von Altersgeldern (+) Forbes-Liste für eine genauere Schätzung der Milliardäre	Die Ungleichheit ist überdurchschnittlich hoch gemessen an der obersten Bevölkerungsschicht (Top 1 %).	- Der Anstieg des Kapitalmarktes seit 2008 hat Vermögende bereichert. - Vermögende haben einen grösseren Zugang zu Krediten erhalten. - Die mittleren Vermögen sind tief, trotz eines hohen Durchschnittsvermögen pro Person. - In den USA leben rund 40 % aller Millionären weltweit und das Land weist weltweit den grössten Zuwachs aus. - Die USA verzeichnet den grössten Anstieg der Gesamtvermögenswerte.
Auten G. & Splinter D. (2019)	Einkommen 1962 - 2015	USA	Detaillierte Steuerdaten der US- Steuerverwaltung	Ungleichheit wird anhand einer Schätzung der nationalen Topeinkommen vor und nach Steuern gemessen. Definition: Einkommen = Arbeits- und Kapitaleinkommen (+) Berechnungen mit und ohne Transferleistungen	- Spitzeneinkommen (Top 1 %) fallen niedriger aus als bei Schätzungen durch individuelle Steuerdaten (wie bei Piketty & Saez, 2003). - Der Anstieg vor Steuern beträgt 3 % und mit Transferleistungen 2 %. - Der Anstieg nach Steuern beträgt rund 0.25 %.	Der Anstieg von staatlichen Transferleistungen seit 1960 und die höhere Steuerprogression haben zu einer tiefen Entwicklung geführt.

				<p>(+) Berücksichtigung von Steuerreformen und deren Auswirkung</p> <p>(+) Berücksichtigung weiterer Einkommen, welche nicht in der Steuererklärung aufgeführt sind.</p> <p>(+) Berücksichtigung der Haushaltsstrukturen und mögliche Veränderungen</p>	<p>- Der stärkste Anstieg ist von 1979 bis 2015 dokumentiert (ca. 14 %).</p>	
<p>Alvaredo F., Chancel L., Piketty T., Saez E. & Zucman G. (2017)</p>	<p>Einkommen und Vermögen 1978-2015</p>	<p>Verschiedene Länder wie USA, China, Frankreich und Grossbritannien Fokus für diese Thesis: USA</p>	<p>WID.world (+) Es handelt sich um eine historische Datensammlung für mehrere Länder und bietet einen Vergleich über einen langen Zeitraum. (+) Steuerdaten bieten einen grösseren Datensatz als Umfragen und erlauben die Erfassung der höheren Einkommen. (+) Enthält aggregierte Berechnungen zu Vermögens-Einkommen-Verhältnissen über einen längeren Zeitraum. (+) Enthält steuerfreie Kapitalerträge und nicht ausgeschüttete Gewinne. (-) Die Daten zur Vermögensverteilung sind nicht vollständig.</p>	<p>Die Ungleichheit wird am Nationaleinkommen vor Steuern und Transfer der untersten und obersten Einkommensklassen gemessen. - Die Vermögensentwicklung wird durch die Kombination von verschiedenen Quellen erfasst. Methode: (+) Es handelt sich um eine Kombination von Steuerdaten, Umfragen und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung.</p>	<p>- Die USA weist die höchste Einkommenskonzentration zwischen diesen Ländern auf. - Die mittleren Einkommen sind gestiegen, aber am stärksten sind die Topeinkommen gestiegen (vor allem die obersten 0.01 %). - Die untersten 50 % der Einkommen sind um 1 % gesunken. Von 1978 bis 2015 verloren die untersten 50 % der Einkommen rund 8 %, wohingegen gewannen die Top 1 % rund 8 %. - Die USA verzeichnet einen starken Anstieg der hohen Vermögenswerte.</p>	<p>- Die hohen Einkommen stiegen und die unteren stagnierten, was zu einer höheren Ungleichheit (Einkommen und Vermögen) geführt hat. - Der starke Anstieg der Immobilienpreise begründet einen starken Anstieg der hohen Vermögen.</p>
<p>Piketty T. & Saez E. (2014)</p>	<p>Einkommen und Vermögen Einkommen: 1900-2010</p>	<p>Europa und USA Fokus für diese Thesis: USA</p>	<p>World Top Incomes Database (WTID) (+) Es handelt sich um eine historische Datensammlung für mehrere Länder und bietet einen</p>	<p>Die Ungleichheit wird am Primäreinkommen (Einkommen vor Steuern und Transfers) der obersten 10 % aller Einkommen gemessen.</p>	<p>- Die Einkommensungleichheit ist seit 1970 stark und konstant gestiegen. Diese ist heute ungleicher als in Europa. - Es ist eine starke und schnelle Entwicklung der Ungleichheit in</p>	<p>- Die Gründe für eine Einkommenskonzentration sind auf einen starken Anstieg der Spitzeneinkommen in den letzten 10 Jahren zurückzuführen.</p>

	Vermögen: 1870-2010		<p>Vergleich über einen langen Zeitraum.</p> <p>(+) Durch die Kombination von Steuerdaten und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung werden die Spitzeneinkommen geschätzt.</p> <p>(+) Steuerdaten bieten einen grösseren Datensatz als Umfragen und erlauben die Erfassung der höheren Einkommen.</p> <p>(+) Enthält aggregierte Berechnungen zu Vermögen-Einkommen-Verhältnissen.</p>	<p>- Die Vermögensungleichheit wird am Privatvermögen der obersten 10 % der Bevölkerung gemessen.</p> <p>Definition: Einkommen = Einkommen aus Arbeit und Kapital Nettovermögen = finanzielle und nicht finanzielle Vermögenswerte abzüglich Schulden</p>	<p>Bezug auf die Primäreinkommen zwischen den 1970er und 1980er-Jahren festzustellen. Heute hat die USA den Höchstwert von 50 % erreicht. Dabei liegt der Wert auch höher als in der Vorkriegszeit in Europa.</p> <p>- Es herrscht eine hohe gegenwärtige und historische Vermögenskonzentration in den USA (über 70 %). Jedoch wurde der europäische Höchstwert vor dem ersten Weltkrieg nicht erreicht.</p> <p>- Die Mittelschicht besitzt heute rund 40 % des Gesamtvermögens (weniger als in Europa).</p>	<p>- Die Lohnunterschiede zwischen unterschiedlichen Ausbildungen sind hoch.</p> <p>- Die Ungleichheit erhöht sich durch eine geringere Beschäftigungsmöglichkeit für Leute ohne einen akademischen Abschluss.</p> <p>- Weitere Gründe sind die Automation der Arbeitsplätze, Machtverlust der US-Gewerkschaften und Senkungen der Spitzensteuersätze.</p>
Piketty & Saez (2013)	Einkommen und Vermögen 1917-2010	Verschiedene Länder Fokus für diese Thesis: USA	<p>World Top Incomes Database (WTID)</p> <p>Beschreibung ist analog Piketty T. & Saez E. (2014).</p> <p>(+) Grössere Stichprobe als Umfrage und kleinere Fehler, da Einkommen deklariert werden muss.</p> <p>(-) Kapital- oder Transfereinkommen, welches steuerfrei sind, werden nicht abgebildet.</p> <p>(-) Steuerreformen und Veränderung der Haushaltsstrukturen bleiben unberücksichtigt.</p>	<p>Die Ungleichheit wird an der Entwicklung der Spitzeneinkommen des Nationaleinkommens gemessen.</p> <p>Definition: Topeinkommen = Markteinkommen vor Steuern</p>	<p>- Die obersten Einkommen haben stark zugenommen. Die obersten 10 % besitzen heute 50 % aller Einkommen.</p> <p>- Das oberste 1 % der Einkommensstarken hat ihren Anteil am Gesamteinkommen seit den 70er-Jahren von 10 % auf 20 % erhöht. Andere Einkommen sind weniger stark gewachsen.</p> <p>- Finanzkrise der Jahre 2008 / 2009 hat langfristig keinen Einfluss auf die Entwicklung der obersten 1 % aller Einkommen gehabt.</p> <p>- Die obersten 1 % realisieren von 1976 bis 2007 60 % des</p>	<p>- Der Anstieg der Ungleichheit ist auf die Topeinkommen zurückzuführen.</p> <p>- Die höheren Einkommen sind auf eine höhere Verhandlungsmacht der Kadermitarbeiter zurückzuführen.</p> <p>- Die Steuersätze sind für die Spitzeneinkommen über die Zeit gesunken.</p> <p>- Auch die Veränderung des Arbeitsmarktes hat zur Erhöhung beigetragen.</p> <p>- Die Einkommen des Finanzsektors sind für 70 % für den Anstieg der obersten 0.1 %</p>

					<p>gesamten Einkommenswachstums.</p> <p>- Die Studie begründet eine hohe Vermögenskonzentration auf die obersten 10 % (rund 70 % des Gesamtvermögens).</p>	<p>der Einkommensverteilung verantwortlich.</p>
<p>Atkinson A.B., Piketty T., Saez E. (2011)</p>	<p>Einkommen</p> <p>20. Jahrhundert bis Anfang des 21. Jahrhunderts</p> <p>(abhängig vom Land)</p>	<p>22 Länder</p> <p>Fokus für diese Thesis: USA</p>	<p>Langjährige Daten aus der Datenbank der Paris School of Economics und Steuerdaten mit Einkommensangaben zu den Topeinkommen</p> <p>(+) Es liegen langjährige Daten vor.</p> <p>(+) Die Einkommenskomponenten können in Arbeit und Kapital unterteilt werden.</p> <p>(-) Es werden nur Topeinkommen gemessen.</p> <p>(-) Es wird das Bruttoeinkommen vor Steuern berücksichtigt.</p> <p>(-) Verzerrung durch Steuerhinterziehung bleibt unberücksichtigt.</p>	<p>Die Ungleichheit wird mittels der Spitzeneinkommen gemessen.</p> <p>Definition:</p> <p>Einkommen = Markteinkommen mit Kapitaleinkommen ohne staatliche Transferleistung</p>	<p>- Die Spitzeneinkommen sind stark gewachsen. Die obersten 10 % der Einkommensstarken besitzen 50 % aller Einkommen, was einen historischen Höchstwert bedeutet.</p> <p>- Es ist eine parallele Existenz von Vermögenden und Einkommensstarke festzustellen.</p> <p>- Die Einkommensmobilität ist stabil.</p>	<p>- Die verschiedenen Regierungssysteme haben die Veränderung der Topeinkommen beeinflusst.</p> <p>- Der Anstieg der obersten 10 % ist auf den starken Anstieg der obersten 1 % zurückzuführen.</p> <p>- In den USA leben 30 % aller Reichen weltweit.</p>
<p>Reynolds A. (2007)</p>	<p>Einkommen</p> <p>1981 - 2004</p>	<p>USA</p>	<p>- Es werden Steuerdaten der USA verwendet.</p> <p>- Kombination aus den Daten des U.S. Bureau of the Census über das Nationaleinkommen der Haushalte und dem Datensatz von Piketty and Saez aus der Studie «Income Inequality in the United States»</p> <p>(-) Die früheren Steuerdaten sind nicht vergleichbar mit den</p>	<p>Die Ungleichheit wird an der Veränderung der obersten 1 % aller Einkommen gemessen.</p> <p>(+) Das Einkommen wird unter Berücksichtigung von Transferleistungen analysiert.</p>	<p>- Der Anstieg der Ungleichheit kann nicht nachgewiesen werden. Grund dafür sind die Änderungen des Steuersystems der letzten 40 Jahren.</p> <p>- Der Anstieg der Einkommen der obersten 1 % von 1988 bis 2003 ist nicht nachweisbar.</p> <p>- Die obersten 1 % weisen höhere Einkommen durch Steuersenkungen aus.</p>	<p>- Die Steuersenkungen haben die ausgewiesenen Einkommen verändert und es wird eine Korrelation begründet.</p> <p>- Die Spitzensteuersätze wurden halbiert.</p> <p>- Es findet einen Vermögenstransfer der Unternehmer (Vermögen vom Unternehmen in das Privatvermögen) statt.</p>

			gegenwärtigen aufgrund von zahlreichen Steuerreformen. Das führt zu einer verzerrten Betrachtung der Einkommensverteilung.		- Bei Berücksichtigung von Transfers sinkt der Anteil der obersten 1 % der Einkommensstarken am Gesamteinkommen.	- Die Erträge der Mittelschicht sind nicht mehr in der Steuererklärung ersichtlich durch die Einführung von Sparplänen der 70er-Jahre.
Piketty & Saez (2003)	Einkommen 1913 - 1998	Verschiedene Länder Fokus für diese Thesis: USA	Steuerdaten aus den individuellen Steuererklärungen	Die Ungleichheit wird an der Veränderung der Topeinkommen gemessen.	<ul style="list-style-type: none"> - Die aktuellen Spitzeneinkommen sind höher als Vorkriegszeit. - Es ist ein starker Anstieg der Einkommensungleichheit ab 1970 festzuhalten. - Gutverdienende haben die Vermögenden aus Kapital an der Spitze abgelöst. 	<ul style="list-style-type: none"> - Der Anstieg der Topeinkommen ist ein wichtiger Treiber. - Lohnunterschiede haben grössere Schwankungen, bedingt durch den 2. Weltkrieg. - Auch der Rückgang der Steuerprogression seit den 1980er-Jahren hat dazu beigetragen. - Die Grosse Depression und der 2. Weltkrieg haben Einbussen der Kapitaleinkommen verursacht. Die Vermögensanhäufung und -erholung wurden nach der Kriegszeit verhindert. Grund dafür war die hohe Progression auf die Einkommens- und Erbschaftsbesteuerung.

Tabelle 4: Übersicht der internationalen Literatur

6.2.2 Nationale Literatur

	Thema / Zeitperiode	Länder / Regionen	Stichprobe / Datenquelle	Methode / Operationalisierung der Forschungsfrage	Resultate	Treiber
Martínez I. (2020)	Einkommen und Vermögen 2000 - 2016 (je nach Kanton verschieden)	Schweiz (acht Kantone)	Detaillierte kantonale Steuerdaten der Kantone Aargau, Bern, Basel-Stadt, St. Gallen, Obwalden, Zürich, Jura und Luzern (+) Die Studie liefert Informationen zum Einkommen und Vermögen aller Steuerzahler innerhalb eines Kantons. (-) Die benutzten Daten der Kantone decken unterschiedliche Zeitperioden ab. (-) Es wurde nur rund die Hälfte der Schweizer Bevölkerung erfasst.	Die Ungleichheit wird mittels Einkommens- und Vermögensverteilung über verschiedene Bevölkerungsgruppen gemessen. Definition: Bruttoeinkommen = Summe aus Einkommen aus Arbeits-, Kapital- und Transfereinkommen vor Steuern und Abzügen Nettovermögen (Immobilien werden auch berücksichtigt) (-) Vorsorgevermögen werden nicht berücksichtigt, da diese nicht steuerpflichtig sind.	- Die Vermögenskonzentration ist grösser als die Einkommenskonzentration. - Insbesondere resultiert eine starke Korrelation zwischen den obersten Einkommen und Vermögenswerten. - Die Einkommensmobilität ist grösser als die Vermögensmobilität.	- Erbschaften und Schenkungen zu Lebzeiten erhöhen die Vermögensmobilität. - Reiche Leute erben am ehesten und auch eine grössere Erbmasse.
Lampart D. & Schüpbach K. (2020)	Einkommen und Vermögen 1990 - 2019	Schweiz (verschiedene Kantone)	BFS: a.) SLI (für die aktuelle Lohnentwicklung) b.) LSE Stichprobe: 35'000 Unternehmen, 1.7 Millionen Löhne BSV: AHV- Einkommensstatistik SSUV	Die Analyse der Ungleichheit wird anhand der Löhne und mittels verfügbarer Einkommen durchgeführt. a.) Messung des Lohnniveaus und -entwicklung mittels LSE des BFS (+) LSE ermöglicht eine detaillierte Erhebung der Löhne. (-) Entwicklung der obersten Löhne ist nicht genau (verzögerte Erscheinung). b.) Analyse der höchsten Löhne	- Es ist eine starke Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit festzuhalten. - Die Korrelation zwischen Einkommen und Vermögen ist hoch. - Es herrscht eine tiefe Vermögensmobilität.	- Topeinkommen sind stärker gestiegen als mittlere und tiefe Löhne. - Das Einkommen aus Kapital und aus Selbstständigkeit ist bei Topverdienern stärker gestiegen. - Die Steuer- und Abgabepolitik belastet vor allem die tiefen Einkommen. - Die Steuersenkungen wirken sich positiv auf die Spitzenverdiener aus. - Ein höheres Einkommen erhöht die Sparquote und

				<p>mittels AHV-Einkommensstatistik.</p> <p>(+) Diese eignet sich für die Analyse der höchsten Löhne. Sie ist eine Vollerhebung und basiert auf bezahlte AHV-Beiträge. Die Einkommensanteile aus Arbeit der Reichsten sind darin erfasst.</p> <p>(-) Enthält keine Aussagekraft bei tiefen Einkommen aufgrund fehlender Angaben zum Beschäftigungsgrad.</p> <p>Definition: Einkommen = Lohn minus Steuern, Abgaben und Miete</p> <p>Reinvermögen = steuerbare Vermögen abzüglich Schulden</p> <p>(-) Pensionskassen und Vorsorgevermögen aus der 3. Säule wurden nicht berücksichtigt.</p>		ermöglicht höhere Renditen zu erwirtschaften.
Frey C. & Schaltegger C. A. (2020)	Einkommen 1945 - 2014	Schweiz (alle Kantone)	Daten zu Einkommensverteilung auf kantonaler Ebene IV-Ansatz von Funk & Gathmann (2011), um die Endogenität zu testen.	<p>Es wird eine Messung des Einflusses eines direktdemokratischen Systems auf die Einkommensverteilung vor und nach Steuern durchgeführt.</p> <p>Methode: Panel Analyse im ganzen Land</p>	Die Spitzeneinkommen (1 % der Einkommensklassen) werden durch Wahlzugang der Bevölkerung an Initiativen stark reduziert. Obere Mittelschicht wird positiv von Initiativen begünstigt.	<p>- Initiativen sind eine politische Bedrohung für Politiker.</p> <p>- Mittelschicht repräsentiert ein grosser Teil der Bevölkerung und hat somit eine grosse Gewichtung bei politischen Entscheidungen.</p> <p>- Einkommenseffekte resultieren aus Veränderungen der politischen Stossrichtungen (Betreffen das Einkommen vor Steuern).</p>

<p>Frey C., Schaltegger C. A., Schmid L. in Avenir Suisse (2019)</p>	<p>Einkommen 1945 - 2014</p>	<p>Schweiz</p>	<p>Steuerstatistik</p>	<p>Es wird die Wirkung von demokratischen Institutionen und der Dezentralisierung der Steuerpolitik auf die Einkommensverteilung gemessen.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Es wird einen hohen Wohlstand der Schweizer Bevölkerung betont. - Es herrscht eine niedrige Ungleichheit des Markteinkommens und gleichmässige und stabile Einkommensverteilung. - Trotz einer kleineren Umverteilung im internationalen Vergleich weist die Schweiz bei den verfügbaren Einkommen eine tiefe Ungleichheit aus. - Die Anteile der Spitzeneinkommen sind leicht gestiegen, obwohl sich die Einkommensungleichheit stabil entwickelt hat. - Initiativen reduzieren Topeinkommen und begünstigen die Mittelschicht. 	<ul style="list-style-type: none"> - Das Steuersystem ist stabil geblieben. - Die Einkommensungleichheit wird durch den Steuerföderalismus reduziert.
<p>Schlegel T. in Avenir Suisse (2019)</p>	<p>Einkommen 1990er- Jahre bis heute</p>	<p>Schweiz</p>	<p>-</p>	<p>Es werden die Auswirkungen des dualen Ausbildungssystems auf die Einkommensverteilung thematisiert.</p>	<p>Die Schweiz weist eine stabile Einkommensverteilung aus.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Die Arbeitslosenquote ist stabil, die Erwerbsbeteiligung ist hoch und stabil. - Das Bildungssystem ist reaktionsfähig und kann sich schnell an den Anforderungen des Arbeitsmarktes anpassen.
<p>Brühlhart M., Gruber J., Krapf M. & Schmidheiny K. (2019)</p>	<p>Vermögen 2003 - 2015</p>	<p>Schweiz (alle Kantone mit Fokus Luzern und Bern)</p>	<p>Die Untersuchung beruht auf zwei Datensätze. Erster Datensatz: alle steuerpflichtigen Vermögenswerte aller Kantone von 2005 bis 2015</p>	<p>Es wird analysiert, wie die Vermögen auf die Vermögenssteuer und auf die Änderung des Grenzsteuersatzes reagieren.</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Es resultiert eine starke Reaktion der Vermögenswerte auf die Vermögenssteuer. - Die Reduktion des Steuersatzes um 1 % führt dazu, dass die Schweizer Bevölkerung mehr Vermögen deklariert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Diese Reaktion ist insbesondere auf die Vermögensmobilität der Steuerzahler zurückzuführen. - Die Vermögensakkumulation ist zu 50 % auf die Selbstanzeige zurückzuführen.

			<p>(+) Es ermöglicht die Veränderungen der Steuersätze festzustellen.</p> <p>Zweiter Datensatz: individuelle Steuerdaten des Kantons Bern und Luzern von 2005 bis 2015</p> <p>(+) Hilft die Faktoren, welche eine Veränderung der Vermögen bei der Änderung der Steuersätze herbeiführen, festzuhalten.</p>			
Gallusser D., Krapf M. (2019a)	Einkommen und Vermögen 2005 - 2015	Luzern	<p>Steuerdaten aller steuerpflichtigen Haushalte des Kantons Luzern</p> <p>(+) Die Daten decken die gesamte Verteilung ab.</p> <p>(+) Es wurden verschiedene Renditen für verschiedene Anlageklassen angewendet.</p>	<p>Es wird eine Messung der Konsummöglichkeit der Luzerner Haushalte durch eine kombinierte Messung der Einkommens- und Vermögenswerte durchgeführt.</p> <p>Definition: Einkommen = Arbeit und Kapital</p> <p>Vermögen = Nettovermögen (Das Vermögen der Altersvorsorge bleibt unberücksichtigt.)</p> <p>Joint-Income-Wealth-Methode: Besteht aus dem jährlichen Einkommen und dem verrenteten Vermögen (nach Hansen & Weisbrod 1968).</p> <p>(+) Die Methode zeigt alle Konsummöglichkeiten auf.</p>	<p>- Die Ungleichheit steigt unter Berücksichtigung des Vermögens. Die Ungleichheit bei alleiniger Berücksichtigung des Einkommens fällt tiefer aus.</p> <p>- Joint-Income-Wealth: Konsummöglichkeiten der obersten Einkommensklassen steigen beträchtlich.</p>	<p>- Grund dafür ist die grössere Konzentration der Vermögenswerte an der Spitze als bei den Einkommen.</p> <p>- Ungleichheit ist bei Rentnerinnen und Rentner ab 65 Jahre am stärksten gestiegen, da diese grösseren annualisierten Vermögenswerte aufweisen.</p>
Gallusser D., & M. Krapf (2019b)	Analog Gallusser & Krapf (2019a)	Analog Gallusser & Krapf (2019a)	Analog Gallusser & Krapf (2019a)	Analog Gallusser & Krapf (2019a)	Analog Gallusser & Krapf (2019a)	Analog Gallusser & Krapf (2019a)

Peters R. (2019)	Vermögen 2003 - 2015	Schweiz (verschiedene Kantone)	Daten der Eidgenössische Steuerverwaltung (ESTV) und der Gini-Koeffizient	Die Ungleichheit wird am Reinvermögen anhand von Steuerdaten gemessen.	- Die Vermögensungleichheit hat zugenommen und es herrschen regionale Unterschiede. - Es resultiert eine Zunahme der Vermögenskonzentration.	- Die Vermögendsten 1 % der Bevölkerung realisieren einen hohen Vermögensanstieg von rund 50 %.
Hümbelin O. & Farys R. (2018)	Einkommen 2001 - 2011	Aargau	Steuerdaten des Kantons Aargau und Gini-Koeffizient (+) Der Kanton Aargau ist repräsentativ für die Schweiz. (+) Die Steuerdaten beinhalten keine Verzerrung der Stichprobe. (-) Das Modell ist nicht vollständig modelliert.	Anhand des verfügbaren Einkommens wird die Veränderung der Ungleichheit gemessen. (+) Berücksichtigung von Steuern und Abzügen und nicht nur der Steuersätze. (+) Die Szenarioanalyse erlaubt die Wirkung der Abzüge zu identifizieren.	- Es ist eine leichte Erhöhung der Einkommensungleichheit festzustellen. - Die Abzüge führen zu einer höheren Einkommensungleichheit. - Der Reichtum der Bevölkerung war im Jahr 2011 grösser als im Jahr 2001.	- Die Abzüge schwächen die Umverteilungskraft der Steuern (Abschwächung um rund 50 %). - Gutverdienende profitieren überproportional von Abzügen und haben mehr Möglichkeiten Abzüge zu tätigen. (Immobilien oder Vorsorge).
Hümbelin O., Fluder R. (2018)	Vermögen Zeitraum: Die letzten 30 Jahre	Schweiz (verschiedene Kantone)	Gini-Koeffizient und Pro-Kopf Vermögen	Die Vermögensverteilung wird anhand von Steuerstatistiken der ESTV und Informationen aus den Steuerdaten der Kantone festgelegt.	- Die Vermögensungleichheit ist sehr hoch und die Entwicklung hat sich verschärft. - Die Vermögenswerte der Reichsten 5 % der Gesellschaft haben zugenommen. Hingegen verzeichnen die Vermögen der mittleren Bevölkerungsgruppe eine Abnahme.	- Es hat zu einer Wertsteigerung der Grundstücke und Liegenschaften geführt. (tiefe Wohneigentumsquote in der Schweiz). - Höhere Vermögenswerte generieren auch höhere Renditen. - Die Schweiz hat viele Steuerprivilegien für Vermögende. - Es herrscht eine ungleiche Verteilung von Erbschaften und Schenkungen. - Verlust der Erwerbstätigkeit durch den technologischen Wandel und Globalisierung

<p>Schaltegger C., Frey C. & Häner M. (2018)</p>	<p>Einkommen 1933 - 2013</p>	<p>Schweiz</p>	<p>Kantonale Steuerstatistiken</p> <p>(+) Diese weisen eine hohe Verfügbarkeit aus (in der Schweiz seit 1917 vorhanden).</p> <p>(+) Die Vollerhebung der oberen Einkommensklassen wird ermöglicht.</p>	<p>Ungleichheit wird an der Entwicklung der Topeinkommen gemessen.</p> <p>Definition: Topeinkommen = Bruttoeinkommen vor Steuern und Bruttoeinkommen nach Steuern.</p>	<p>- Die Schweiz verzeichnet eine stabile Einkommenskonzentration und Entwicklung der Topeinkommen.</p> <p>- Die Spitzeneinkommen der obersten 1 % der Bevölkerung sind nicht hoch (rund 10 %).</p> <p>- Es sind kantonale Unterschiede der Einkommenskonzentration festzustellen.</p> <p>- Ungleichheit fällt beim verfügbaren Einkommen tiefer aus als beim Markteinkommen.</p>	<p>- Die Besteuerung reduziert das Einkommen der Spitzenverdiener stark.</p> <p>- Der stabile Verlauf ist auf eine hohe Stabilität der Institutionen und der Politik zurückzuführen.</p> <p>- Der Steuerföderalismus führt zu kantonalen Unterschieden.</p> <p>- Die tiefere Ungleichheit des verfügbaren Einkommens ist auf die Umverteilung durch Steuern und Transfers zurückzuführen.</p>
<p>Morger M. & Schaltegger C. (2018)</p>	<p>Einkommen 1995 - 2011</p>	<p>Schweiz (alle Kantone)</p>	<p>Schätzung der Umverteilungsparameter mittels Steuerdaten der ESTV und individuelle Steuerdaten aller Kantone</p> <p>(-) Das Bruttoeinkommen der Haushalte wird nicht ausgewiesen, da die Abzüge nicht bekannt sind.</p> <p>(+) Die Vollerhebung der oberen Einkommensklassen wird ermöglicht.</p>	<p>Untersucht den Einfluss von demokratischen Institutionen auf die Einkommensumverteilung.</p> <p>Messgrösse: durchschnittlicher Steuersatz und Steuerprogression</p> <p>Methode: Durchführung einer Regressionsanalyse</p>	<p>Die Abstimmungen über Steuerthemen können die Umverteilung nur kurzfristig reduzieren.</p>	<p>- Langfristig führt eine Vielzahl an Volksinitiativen zu einer höheren Steuerprogression und -belastung und somit wieder zu einer höheren Umverteilung.</p> <p>- Die Dämpfung des kurzfristigen Effektes wird auch durch die Abwanderung der Haushalte mit überdurchschnittlichem Einkommen in Kantonen mit einem tieferen Steuersatz begründet.</p>
<p>Föllmi R. & Martínez I. (2018)</p>	<p>Einkommen und Vermögen unterschiedliche Perioden (Zeitspanne von 1905 - 2011)</p>	<p>Schweiz und andere Länder</p>	<p>WID.world</p> <p>Steuerdaten: (-) Die Daten enthalten keine Kapitalgewinne.</p> <p>(+) Steuerdaten liefern einen grossen Datensatz über mehreren Jahren.</p>	<p>Es wird die Entwicklung der Spitzeinkommen analysiert sowie die Entwicklung der Markteinkommen gemessen am Gini-Index des Bruttoeinkommens. Die Schweizer Entwicklung wird auch im internationalen Umfeld eingebettet.</p>	<p>- Die Einkommenskonzentration ist tiefer als in anderen Ländern.</p> <p>- Es ist eine stabile Entwicklung der Einkommensungleichheit zu beobachten.</p> <p>- Es resultiert eine Zunahme der Ungleichheit der Markteinkommen.</p>	<p>- Das Duales Ausbildungssystem bietet ein gerechtes Einkommen.</p> <p>- Die Spitzeneinkommen sind seit den 1990er-Jahren gestiegen.</p> <p>- Die Globalisierung und eine konstante Einkommensmobilität trotz steigende Topeinkommen</p>

				<p>Die Vermögensverhältnisse werden am steuerpflichtigen Gesamtvermögen gemessen.</p> <p>(+) Berücksichtigung der Vorsorgegelder</p>	<p>- Die Vermögensungleichheit ist hoch. Jedoch sinkt die Ungleichheit unter Berücksichtigung der Vorsorgegelder.</p> <p>- Es herrscht eine grössere Ungleichheit als beim Einkommen.</p>	<p>haben die Ungleichheit der Einkommen erhöht.</p> <p>- Die Schweiz ist ein attraktives Zuwanderungsland für reiche Ausländer.</p>
Krapf, M. (2018)	Vermögen 2001 - 2015	Bern	Steuerdaten des Kantons Bern	<p>Es wird eine Analyse der Vermögensbildung und der Veränderung des Nettovermögens unter Berücksichtigung des Einkommensrisikos durchgeführt.</p> <p>Definition: Einkommen = Reineinkommen (alle Nettoeinkommen – Schuldzinsen, Berufs- und Gesundheitsausgaben)</p> <p>Vermögen = Reinvermögen (Bruttovermögen minus Schulden)</p>	<p>- Es resultiert eine stabile Einkommens- und Vermögensverteilung und eine moderate Entwicklung im internationalen Vergleich.</p> <p>- Die Vermögenswerte im Kanton Bern sind gesunken.</p> <p>- Ein höheres Einkommensrisiko führt nur bei älteren Menschen zu einer Vermögensakkumulation.</p>	<p>- Die Gleichmässigkeit der Einkommen beeinflusst diese Entwicklung.</p> <p>- Vermögensrisiken sind verteilter als Einkommensrisiken und die Vermögenssteuer ist elastischer.</p>
Fluder R., Farys R., Hümbelin O., Jan B. (2017)	Einkommen und Vermögen (Fokus auf Vermögen) 2002 – 2012	Schweiz	Steuerdaten vom Jahr 2002 bis 2012 des Kantons Bern	<p>Vermögensverhältnisse werden anhand von Mikro-Steuerdaten des Kantons Bern und aggregierten Steuerstatistiken der ESTV analysiert.</p> <p>(-) Keine Berücksichtigung des Vorsorgeguthabens, Immobilien werden unterbewertet, Kapitalgewinne sind nicht enthalten, Steuerhinterziehungen bleiben unberücksichtigt.</p>	<p>- Es herrscht eine hohe Einkommensungleichheit, jedoch ist die Vermögensungleichheit grösser.</p> <p>- Vermögen sind stark ungleich verteilt und es lässt sich eine Zunahme der Ungleichheit feststellen.</p> <p>- Verstärkung der Einkommensungleichheit, durch die Ungleichheit der Vermögenseinkommen.</p>	<p>- Einkommensstarke weisen eine grössere Sparquote auf. Dies fördern den Vermögenszuwachs.</p> <p>- Der Zuwachs der Vermögensungleichheit ist auch darauf zurückzuführen, dass die Reichen höhere und risikoreichere Renditemöglichkeiten haben.</p> <p>- Die Reichen realisieren die Wertsteigerung der Immobilien und es herrscht eine ungleiche Verteilung von Erbschaften.</p>

				<p>Methode: Aggregierte Vermögensaufstellung der ESTV von 1981 – 2013</p> <p>(+) Die Schätzung von Parametern ist möglich.</p>		<p>- Die Absenz von Kriegen hat die Vermögensakkumulation befähigt.</p>
<p>Föllmi R., Martínez I. (2017a)</p>	<p>Einkommen und Vermögen</p> <p>Zeitraum: Die letzten 100 Jahre</p>	<p>Schweiz und andere Länder</p>	<p>Steuerdaten und Gini-Index der Einkommen.</p> <p>Steuerdaten: (+) Es herrscht eine grosse Verfügbarkeit der Daten.</p> <p>(+) Bestandteile der Topeinkommen kann unterteilt werden (Arbeit und Kapital).</p> <p>(-) Kapitalgewinne sind nicht enthalten und Steuerhinterziehung bleibt unberücksichtigt.</p>	<p>Entwicklung der Einkommensungleichheit wird anhand der Entwicklung der Topeinkommen und den hohen Vermögenswerten beurteilt.</p> <p>Definition: Einkommen = Bruttoeinkommen und steuerbares Einkommen vor Steuern</p> <p>Vermögen = steuerbares Vermögen</p>	<p>- Der Wohlstand hat für den Durchschnittsbürger zugenommen.</p> <p>- Die Einkommensungleichheit hat sich moderat und konstant entwickelt.</p> <p>- Gemessen am Bruttoeinkommen weist die Einkommensungleichheit eine leichte Zunahme auf.</p> <p>- Auch die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen ist unterdurchschnittlich.</p> <p>- Die Vermögensungleichheit hat den Höchstwert erreicht.</p> <p>- Relativierung: Abschwächung der Ungleichheit bei Berücksichtigung der Vorsorgevermögen</p> <p>- Es herrscht eine Korrelation zwischen Einkommen und Vermögen (Grund: Kapitalgewinne).</p>	<p>- Es herrscht eine gleichmässige Verteilung der Einkommen dank dem Schweizer Ausbildungssystemen.</p> <p>- Zunahme der Spitzeneinkommen seit den 1990er-Jahren hat diese Entwicklung begünstigt. Die Zunahme wurde durch eine höhere Umverteilung abgeschwächt. Mässige Entwicklung auch auf globaler Ebene.</p> <p>- Topverdiener haben von der Globalisierung profitiert und Umverteilungseffekt durch Steuern fällt eher klein aus.</p> <p>- Es herrscht eine tiefe Einkommens- und Bildungsmobilität.</p> <p>-Die hohe Landesstabilität, das Ausbleiben von Kriegen, der Steuerföderalismus und die Einwanderung von reichen Ausländern begünstigen die Vermögenskonzentration.</p>
<p>Föllmi R., Martínez I. (2017b)</p>	<p>Einkommen und Vermögen</p> <p>1981 - 2010</p>	<p>Schweiz</p>	<p>a.) Steuerdaten der Kantone</p> <p>(+) Es steht eine Stichprobe zur Verfügung.</p>	<p>Die Ungleichheit wird an der Entwicklung der Spitzeneinkommen gemessen.</p>	<p>- Die Topeinkommen sind gestiegen. Die obersten 1 % und 0.1 % sind am stärksten gestiegen.</p>	<p>- Die Zunahme der Spitzeneinkommen ist auf das Arbeitseinkommen zurückzuführen.</p>

			<p>(-) Es werden unterschiedliche Definitionen von Einkommen angewendet.</p> <p>(-) Sie erlauben keine Zerlegung des Einkommens in Arbeit und Kapital.</p> <p>(-) Sie basieren auf Steuereinheiten.</p> <p>b.) AHV-Statistik</p> <p>(+) Deckt alle Einkommen ab.</p> <p>(+) Arbeit- und Kapitaleinkommen werden ausgewiesen.</p> <p>(+) Auch die oberste Einkommensklasse wird erfasst.</p>	<p>Definition:</p> <p>Einkommen = Reineinkommen (Nettoeinkommen)</p> <p>Vermögen = Nettovermögen</p>	<p>- Die Ungleichheit zwischen den Einkommensstärksten ist stark gestiegen.</p> <p>- Der Anteil an den Vermögenswerten der obersten Bevölkerungsgruppen ist moderater gestiegen als deren Topeinkommen.</p>	<p>- Das Kapitaleinkommen ist Teil der Topeinkommen. Dieser Teil ist sehr volatil und ist somit verantwortlich für die Erhöhung der Spitzeneinkommen.</p> <p>- Diese haben grössere Profite durch die Globalisierung realisiert.</p> <p>- Da nur die obersten 0.1 % der Bevölkerung ihre Vermögensanteile wesentlich steigern konnten, hat sich die Vermögenskonzentration bei der oberen Bevölkerungsschicht moderat entwickelt.</p>
Peters R. (2017)	Einkommen 2004 - 2014	Schweiz	Steuerdaten und Angaben zur Steuerbelastung (ESTV)	<p>Es wird eine Analyse des mittleren Einkommens anhand von Steuerdaten durchgeführt. Mithilfe des Reineinkommens und Nettoäquivalenzeinkommen wird die Teilnahme am Wirtschaftswachstum der Mittelschicht begründet.</p> <p>Definition:</p> <p>Einkommen = Nettoäquivalenzeinkommen und Reineinkommen</p>	Ungleichheit hat zugenommen und der Anteil am Reineinkommen hat abgenommen.	<p>- Nettoäquivalenzeinkommen des Mittelstandes ist unterdurchschnittlich gestiegen.</p> <p>- Einkommen der Mittelschicht sind weniger stark gestiegen als diejenigen der Gesamtbevölkerung. Hohe Löhne sind überdurchschnittlich gestiegen.</p> <p>- Steuerbelastung hat auf hohe Einkommen stärker abgenommen als auf Durchschnittseinkommen.</p>
Brühlhart M., Gruber J., Krapf M., Schmidheiny K. (2016)	Vermögen 2003 – 2012 1. Datensatz: 2003-2012	Schweiz (alle Kantone)	Aggregierte Daten zu den Vermögenswerten aus allen Kantonen und individuellen Vermögensbestände aus	Es wird eine Analyse des Einflusses der Vermögenssteuer auf den Vermögensbestand durchgeführt.	- Deklarierte Vermögenswerte reagieren stark auf die Vermögenssteuer.	- Die Vermögenswerte lassen sich besser als die Einkommen bewirtschaften. Das ist auf eine höhere Elastizität der Vermögensbestände zurückzuführen.

	2. Datensatz: 2001-2011		<p>Steuerdaten des Kantons Bern (2001 - 2011)</p> <p>(+) Einen Vergleich zwischen zwei Datensätze ist möglich.</p> <p>(+) Unterschiede zwischen den Kantonen können festgehalten werden.</p> <p>(-) Es müssen Annahmen getroffen werden.</p>	(+) Das Nettoäquivalenzeinkommen berücksichtigt die Haushaltszusammensetzung.	- Eine Erhöhung der Vermögenssteuer reduziert die Vermögensakkumulation.	- Die Vermögensreduktion ist vor allem auf die Reduktion des Vermögensbesitzes als auf die Vermögensmobilität zurückzuführen.
Fluder R., Hümbelin O., Jann B. (2015)	Einkommen und Vermögen 2002 - 2012	Schweiz	<p>Steuerdaten der Kantone und Gini-Index für durchschnittliches Vermögen und Einkommen</p> <p>Steuerdaten: (-) Haushalte werden nicht korrekt abgebildet.</p>	Die Ungleichheit wird mittels Analyse des steuerpflichtigen Einkommens und Reinvermögens auf Bundesstauerebene gemessen.	<p>- Die Einkommenskonzentration ist kleiner als die Vermögenskonzentration.</p> <p>- Die Einkommensungleichheit ist hoch. Dabei ist die Ungleichheit unter den Selbstständigen grösser.</p> <p>- Es herrscht eine hohe Vermögensungleichheit.</p> <p>- Auf Kantonsebene sind die Einkommen ungleicher verteilt als das Vermögen.</p>	<p>- Die Einkommensungleichheit ist aufgrund einer stärkeren Erhöhung der Topeinkommen im Vergleich zu anderen Einkommen gestiegen.</p> <p>- Die Einkommensungleichheit wird durch die Realisation von Kapitalgewinnen der obersten Bevölkerungsschicht verstärkt.</p> <p>- Neue Berufsmodelle vor allem im Tieflohnssektor, Arbeitsunsicherheit bei Selbstständigen, die starke Zunahme der Zwangsabgaben im Vergleich zum Lohnwachstum haben die Ungleichheit unterstützt.</p> <p>- Der Steuerföderalismus führt zu einem Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen und durch die stärkere Besteuerung der Einkommen sind die Einkommen ungleicher verteilt als die Vermögenswerte.</p> <p>- Die Vermögenskonzentration ist durch die Reduktion von</p>

						verschiedenen Vermögenssteuern gestiegen.
economiesuisse (2013)	Einkommen 2000 - 2011	Schweiz	Haushalterhebungen und Steuerstatistiken Haushalterhebung: (-) Die Stichprobe kann nicht alle Einkommensklassen erfassen. Steuerstatistik: (+) Bildet die Einkommen der Spitzenverdiener ab.	Die Entwicklung der Einkommensverteilung wird mittels Quintils-Verhältnis S80 / S20, am Gini-Koeffizienten und an den Topeinkommen beurteilt. Definition: Einkommen = 1.) Primäreinkommen (vor staatlichem Transfer) 2.) Verfügbares Einkommen (nach Umverteilung)	- Die Einkommensverteilung ist stabil und es herrschen gerechte Einkommensverhältnisse. - Im internationalen Vergleich weist die Schweiz die zweit tiefste Ungleichheit bezüglich den Primäreinkommen. Ebenso sind die verfügbaren Einkommen überdurchschnittlich gleichmässig verteilt. - Die Entwicklung der Topeinkommen ist seit 1980 stabil und nicht sehr hoch.	Die Markteinkommen sind in der Schweiz schon sehr gleichmässig verteilt. Entsprechend fällt die Umverteilung durch den staatlichen Eingriff klein aus.
Jeitziner B., Peters R. (2007)	Einkommen und Vermögen 1995/6 - 2003	Schweiz	Steuerdaten und Gini-Koeffizient zur Messung der Einkommens- und Vermögensverteilung Steuerdaten: (+) Sie erlauben eine Vollerhebung. (+) Die hohen Einkommen werden auch abgebildet. (+) Regionale Vergleiche sind möglich.	Messung der regionalen Einkommen- und Vermögensverteilung anhand des Reineinkommens, Durchschnittseinkommen und Reinvermögens. Definition: Hohes Vermögen = ab 1 Million Schweizer Franken Hohes Einkommen = ab 120'000 Schweizer Franken pro Jahr Reineinkommen: (-) Quellensteuerpflichtige werden im Reineinkommen nicht berücksichtigt.	- Die Schweiz verzeichnet eine stabile Einkommensungleichheit. - Auf Kantons- und Gemeindeebene haben Veränderungen stattgefunden. - Die Vermögensungleichheit unterscheidet sich auf kantonaler Ebene und ist ungleicher verteilt als die Einkommen (Grund: Vermögen sind stärker gewachsen). - Korrelation zwischen Durchschnittseinkommen und dem Durchschnittsvermögen ist gegeben.	- Die Ungleichheit in Gemeinden der Tourismusregionen wird durch den Zuzug von reichen Ausländern erhöht. - Ein unterdurchschnittliches Wachstum der Topeinkommen im Vergleich zu den anderen Einkommen haben diese Entwicklung beeinflusst. - Ein unterdurchschnittliches Wachstum der hohen Vermögenswerte im Vergleich zum Gesamtvermögen haben die Vermögensverteilung beeinflusst.
Dell F., Piketty T. & Saez E. (2007)	Einkommen und Vermögen Einkommen: 1933-1997	Schweiz	- Steuerstatistiken für die Daten der obersten 10 % der Bevölkerung	Einkommens- und Vermögensungleichheit wird anhand von Steuerstatistiken und Vermögenserhebungen beurteilt. Diese geben	- Es kann keinen Rückgang der Konzentration (Einkommen und Vermögen) festgestellt werden.	- Die Steuerprogression ist nicht ausgeprägt. Das führt zu einer niedrigen Steuerbelastung der Reichen.

Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz – Tatsache oder Mythos?

	Vermögen: 1913-1997		<p>- Zur Erfassung der obersten Vermögenswerte wird ab dem Jahr 1957 bis ins Jahr 1997 eine Erhebung durchgeführt, da keine Steuerdaten vorliegen.</p> <p>Einkommenssteuerstatistik: (-) Bestandteile der Spitzeneinkommen lassen sich nicht genau unterteilen.</p> <p>(-) Erst seit 1993 verfügbar und liegen nur für alle zwei Jahre vor.</p> <p>(+) Statistiken erlauben auch Kapitaleinkommen von Ausländern, welche nicht in der Schweiz steuerpflichtig sind, abzuschätzen.</p>	<p>Aufschluss über die Einkommens- und Vermögensanteile der obersten 10 % der Bevölkerung.</p> <p>Definition: Einkommen = Nettoeinkommen (Einkommen aus Arbeit und Kapital vor Abzügen)</p> <p>Vermögen: Nettovermögen</p>	<p>- Die Einkommensungleichheit ist tief und die Spitzeneinkommen entwickeln sich moderat. (Die obersten 1 % der Bevölkerung schwanken stärker, dennoch weisen sie eine moderate Entwicklung auf).</p> <p>- Die Schweiz weist eine hohe, aber stabile Vermögenskonzentration aus.</p>	<p>- Die Schweiz ist als Einwanderungsland nach dem 2. Weltkrieg attraktiv. Zahlreiche Gutverdiener sind in die Schweiz gezogen.</p> <p>- Vermögensanteile der Reichsten sind ziemlich stabil.</p>
Ecoplan (2004)	Einkommen und Vermögen (Fokus: Einkommen) 1990-2001	Schweiz	<p>- Steuerdaten der Jahre 1987 / 88 und 1995 / 1996</p> <p>- Lohnstrukturerhebung der Jahre 1996, 1998 und 2000</p> <p>- Einkommens- und Verbrauchererhebung der Jahre 1990, 1998, 2000 und 2001</p> <p>Vermögensstatistik: (-) Diese erfasst nicht alle Vermögenswerte.</p>	<p>Es wird eine Analyse zur Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung nach Abzug der Steuern und Abgaben durchgeführt.</p> <p>Definition: Einkommen = 1.) Verfügbares Einkommen (Bruttolohn abzüglich Steuern und Zwangsausgaben) 2.) Äquivalenzeinkommen (Einkommen pro Kopf im Haushalt)</p> <p>(+) Das Äquivalenzeinkommen berücksichtigt auch die Grösse der Haushalte.</p> <p>Vermögen = Reinvermögen</p>	<p>- Das Bruttoeinkommen und das verfügbare Äquivalenzeinkommen sind gleichverteilt.</p> <p>- Die Einkommensungleichheit des verfügbaren Einkommens hat dennoch zugenommen.</p> <p>- Die Ungleichheit steigt im Alter und ist bei Rentnern grösser.</p> <p>- Es resultiert eine Öffnung der Lohnschere zwischen 1996 und 2000. Es bestehen regionale Unterschiede.</p> <p>- Die Vermögensungleichheit ist grösser als die Einkommensungleichheit.</p>	<p>- Insbesondere sind die hohen Bruttolöhne stärker gestiegen.</p> <p>- Die Wirkung der Progression auf die Einkommensbesteuerung schwächt sich durch die Besteuerung der Zwangsabgaben ab.</p> <p>- Das verfügbare Einkommen und Bruttoeinkommen sind bei der Mittelschicht unterdurchschnittlich gewachsen. Die Zwangsausgaben belasten vor allem die ärmere und mittlere Bevölkerungsschicht, da diese stärker gewachsen sind als die Bruttolöhne.</p>

Tabelle 5: Übersicht der nationalen Literatur

6.3 Interviewleitfaden

1. Gesprächseinstieg Teil I

Für die vorliegende Arbeit wurde für beide Zielgruppen (Experten und Schweizer Bevölkerung) derselbe Leitfaden angewendet. Das Interview wurde mit einem Gesprächseinstieg eröffnet, bei dem sich die Verfasserin dieser Bachelorarbeit für die Teilnahme am Interview bedankt, sich bei den Probanden vorstellt und die Durchführungszeit von maximal 60 Minuten bekannt gibt. Die persönliche Vorstellung findet insbesondere bei der Zielgruppe 1 (Experten) statt. Allen Probanden wurde der Inhalt der Bachelorarbeit erläutert und die Möglichkeit gegeben, allgemeine Verständnisfragen zum Thema zu stellen. Der Gesprächseinstieg Teil I sowie alle Gesprächsabschnitte ohne Relevanz für die Arbeit wurde nicht transkribiert.

2. Gesprächseinstieg Teil II

Zu Beginn des Interviews wird das Einverständnis zur Aufzeichnung des Gesprächs bei den Probanden eingeholt. Bei allen Teilnehmern der Zielgruppe 1 (Experten) wird zusätzlich das Einverständnis eingeholt, sie namentlich erwähnen zu dürfen. Bevor das eigentliche Interview eröffnet wird, dürfen sich die Probanden kurz vorstellen. Dabei werden die wichtigsten Angaben zur Person (Alter, Nationalität, Ausbildung, berufliche Tätigkeit, Wohnkanton sowie politische Orientierung) erfasst. Der Gesprächseinstieg Teil II wurde aufgezeichnet und transkribiert.

3. Interview

1.) Einstiegsfragen

1.1 Wie besorgniserregend empfinden Sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

1.2 Welche Gesellschaftsform beschreibt die Schweiz am besten und wo reihen Sie sich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Bitte begründen Sie kurz Ihre Antwort.

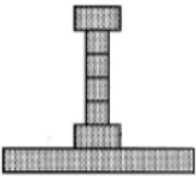
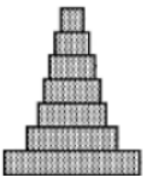
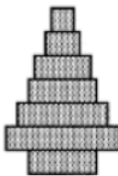
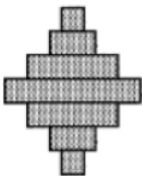
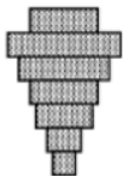
				
(1) Typ A	(2) Typ B	(3) Typ C	(4) Typ D	(5) Typ E
Eine kleine Elite oben, nur sehr wenige Menschen in der Mitte und die große Masse der Bevölkerung unten.	Eine Gesellschaft, die einer Pyramide gleicht, mit einer kleinen Elite oben, mehr Menschen in der Mitte und den meisten Menschen unten.	Eine Gesellschaft, die einer Pyramide gleicht, aber mit nur wenigen Menschen ganz unten.	Eine Gesellschaft, in der sich die meisten Menschen in der Mitte befinden.	Viele Menschen im oberen Bereich und nur wenige Menschen im unteren Bereich.

Abbildung 1: Subjektiv wahrgenommene Gesellschaftsform (Niehues, 2014, S. 4).

1.3 Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

1.4 Welche Aussage ist für Sie zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

2.) Einkommensungleichheit

2.1 Wie sehen Sie die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

2.2 Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer persönlichen Einkommenssituation?

2.3 Welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

2.4 Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

3.) Vermögensungleichheit

3.1 Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Vermögensverhältnissen?

3.2 Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

3.3 Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

4.1 Wo sehen Sie die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

4.2 Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

4.3 Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

5.) Abschlussfrage

5.1 Gibt es noch etwas, was Sie im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchten?

4. Gesprächsabschluss

Der Gesprächsabschluss wurde nicht aufgezeichnet und transkribiert. Nach der Durchführung des Interviews bedankt sich die Verfasserin erneut für die Teilnahme und für die Offenheit bei der Beantwortung der Interviewfragen. Abschliessend wird abgeklärt, ob die Teilnehmer eine Kopie der Transkription zur Durchsicht wünschen. Die Probanden, welche eine Transkription eingefordert haben, werden über die nächsten Schritte informiert.

6.4 Transkript der Experteninterviews

Transkript des Interviews mit Proband 1

Datum und Uhrzeit: 26. April 2021, 09:00 - 10:00 Uhr

Teilnehmer: Dr. Christian Frey (PIE) und Vanessa Colicchio (V.C)

Institution: economiesuisse

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich Ihr Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird ausschliesslich für meine Bachelorarbeit verwendet. Sind Sie damit einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Darf ich Sie namentlich in der Arbeit erwähnen? Wenn Sie einverstanden sind, dürfen Sie «Ja» sagen.

PIE: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich Ihre Personalien erfassen. Gerne dürfen Sie sich kurz zu Ihrem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, Ihrer Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

PIE: Alter: 35 Jahre alt, Nationalität: Schweiz, Wohnkanton: Baselland, Ausbildung: Master in Volkswirtschaft an der Universität Zürich, berufliche Tätigkeit: Stellvertretender Leiter Finanzen und Steuern bei economiesuisse (Bearbeitung von Steuervorlagen im Bereich der Einkommensverteilung) und Oberassistent an der Universität Luzern (Forschung im Bereich der Verteilungsfrage), politische Orientierung: Liberal (kein Parteimitglied).

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfinden Sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

PIE: Das Thema ist in der Schweiz nicht besorgniserregend und das hauptsächlich aus zwei Gründen. Erstens, wenn wir die Entwicklung in der Schweiz betrachten, stellt man fest, dass die Schweiz in vielen Dimensionen über die Zeit sehr stabil geblieben ist. Das heisst, wir haben nicht ein starkes Wachstum oder ein Rückgang der Ungleichheit. Es ist in der langen Frist sehr stabil und in diesem Sinne ist es nicht besorgniserregend. Wenn wir zum Beispiel ein starkes Wachstum beobachten würden, welches immer stärker wird, dann wäre es besorgniserregend. Aber genau dieses Phänomen können wir in der Schweiz nicht beobachten. Doch was es immer gibt, sind Schwankungen, welche sich von Jahr zu Jahr unterscheiden und auch vom betrachteten Zeitraum abhängen. Aber wenn wir die langfristigen Daten betrachten, dann ist die Stabilität sehr hoch. Diese lässt sich anhand von verschiedenen Indikatoren beobachten und nicht nur beim Topeinkommen. Der zweite Grund neben dieser Stabilität ist, dass wenn man die Schweiz Situation im internationalen Vergleich analysiert, dann ist das Einkommen vor Umverteilung schon ziemlich gleichmässig verteilt. Das zeichnet die Schweiz auch aus. In vielen anderen Staaten ist das anders. Dort ist Ungleichheit von den Löhnen oder Kapitaleinkommen sehr hoch, dann wird das korrigiert über das Steuer- und Sozialsystem. Die höheren Einkommen werden belastet und es wird auf die tieferen Einkommen umverteilt, sodass nach Umverteilung eine ausgeglichene Situation herrscht. Aber zum Preis einer Umverteilung, welche immer mit Ineffizienzen verbunden ist. Es müssen höhere Steuersätze gesetzt werden, damit werden die Anreize für Leistung gesunken und andererseits werden auf die tiefen Einkommen grosszügig Geld verteilt. Auch das hat negative Auswirkungen auf Arbeitsanreize. Davon unterscheidet sich das Schweizer Steuersystem. Man hat bereits vor Umverteilung eine tiefe Ungleichheit, somit ist der Bedarf an zusätzlicher Umverteilung geringer. Dadurch ist man in einer besseren Situation bezüglich der Arbeitsanreize. Was gesagt werden kann, ist dass die Umverteilung in der Schweiz relativ klein ist. Wir haben nicht einen umfangreichen Sozial- und Steuerstaat wie andere europäische Länder. Das führt dazu, dass die Ungleichheit nach Umverteilung nicht mehr so tief ist im internationalen Vergleich. Weil andere Staaten einfach viel mehr umverteilen.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihen Sie sich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte Sie, Ihre Antwort kurz zu erläutern.

PIE: Ich würde sagen Typ D. Da sich die meisten Menschen in der Mitte befinden. Ich persönlich wäre im oberen Mittelstand. Nicht zuoberst, aber relativ weit oben.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

PIE: Es ist eine typische Mittelstandsgesellschaft. Die allermeisten Menschen haben einen sehr guten Lebensstandard. Dann gibt es wirklich Wenige, die sehr reich sind und dann gibt es eine kleine Schicht, die mit Armut kämpft. Beide sind klare Minderheiten. Meiner Meinung nach schafft es die Schweiz, dass der grösste Teil der Bevölkerung nicht an diesen Extremen lebt, sondern in der Mitte.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für Sie persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

PIE: Die erste Aussage finde ich zutreffender. Meines Erachtens ist ganz klar, dass wenn es keine Ungleichheit gäbe, dann würden sämtliche Anreize wegfallen wie persönliche Leistungen zu zeigen und auch Risiken einzugehen, weil man davon nicht profitieren kann. In einer Gesellschaft, in der Gleichheit herrscht, würden weniger Menschen das Risiko eingehen ein Unternehmen zu gründen. Es gäbe weniger Leute, die sich bei der Arbeit anstrengen würden, um Karriere zu machen, weil es sich monetär einfach nicht lohnen würde.

Frage 2.4 (vorgezogen):

V.C: Ich stelle hier eine Anschlussfrage. Und zwar inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

PIE: Was gerecht ist und was ungerecht ist, ist subjektiv. Aber es entspricht meinem Empfinden, dass es gerecht ist, dass wenn jemand mehr leistet auch davon profitieren soll. Doch die Frage ist, was Leistung ist? Wer entscheidet wie wertvoll eine Leistung ist? In der Schweiz leben wir in einer freiheitlichen Marktwirtschaft. Das bedeutet, dass jeder Konsument / Nachfrager entscheidet, wie viel er bereit ist zu bezahlen für gewisse Leistungen. Damit definiert die Gesellschaft als Ganzes, welche Leistung höher oder tiefer entlohnt werden soll. Aus meiner Sicht ist das gerecht, denn die Alternative wäre, dass eine kleine Minderheit an Leute frei und nach ihrem Geschmack entscheiden würde, was wertvoll ist und was nicht. Die grosse Mehrheit müsste diese Entscheidung einfach akzeptieren. Das wäre nach meinem persönlichen Empfinden ungerecht.

Vertiefungsfrage:

V.C: Bezugnehmend zur Bildung. Wie empfinden Sie die Chancengleichheit? Hat jeder dieselben Voraussetzungen?

PIE: Man ist auf einem guten Stand, aber kann es immer verbessern. Eine kleine Baustelle, welche die Schweiz im Vergleich zum Ausland hat, ist die Frühförderung. In der Schweiz werden die Kinder relativ spät eingeschult. Desto früher man die Einschulung macht, desto besser kann man verhindern, dass sich die Kinder unterschiedlich entwickeln. Wenn man das früher macht, kann man die Chancengleichheit früher erhöhen. Schlussendlich würde dann der Bildungserfolg eher unabhängig vom elterlichen Hintergrund sein. In der Schweiz ist es immer noch so, dass wenn die Eltern studiert haben, dann studieren tendenziell auch die Kinder. Wenn eine perfekte Chancengleichheit gelten würde, dann müsste keine Korrelation bestehen. Da besteht sicher noch Verbesserungsbedarf. Was aber auch klar ist, dass die perfekte Chancengleichheit niemals erreicht werden kann, da die Verbindung zwischen Eltern und Kinder immer bestehen wird.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie sehen Sie die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

PIE: Genau, das habe ich bereits in der ersten Frage ein wenig dargestellt. Als Erstes ist diese Stabilität über die Zeit, die wir in den verschiedensten Indikatoren sehen. Man sieht diese Stabilität im Gini-Koeffizienten der Haushaltseinkommen sowie der Löhne und bei der Aufteilung Kapital- versus Arbeitseinkommen. Ich glaube so hat man eine relativ gute Informationsgrundlage, um zu sagen, dass die Einkommensungleichheit in der Schweiz stabil ist. Wenn man die Haushaltseinkommen betrachtet, welche von den Markteinkommen (Lohn oder Kapital) generiert werden, dann ist die Ungleichheit sehr tief im internationalen Vergleich. Also es gibt kaum ein Land, welches so tief ist wie die Schweiz. Aufgrund dessen verteilt die Schweiz weniger über Steuern und Sozialleistungen um. Nach Umverteilung ist die Ungleichheit nicht mehr ganz so tief, aber im internationalen Vergleich ist sie immer noch unterdurchschnittlich. Ich meine, der Fokus liegt häufig auf den Topeinkommen. Wenn man die Situation langfristig anschaut, hat man hier relativ gute Daten über das ganze 20. Jahrhundert, dann ist die Entwicklung der Topeinkommen auch sehr stabil. Aber es gibt seit den 1980er oder 1990er-Jahren einen ansteigenden Trend. Die Frage ist, wie kann man diesen Trend erklären? Es gibt Erklärungen, die darauf hindeuten, dass sich die Zusammensetzung der Steuersubjekte ändern. Die Daten sind Steuerdaten und diese basieren darauf, was in der Steuerstatistik als Einheit gilt. Das sind einerseits Alleinstehende oder auch Ehepaare. Weil sich die Heiratswahrscheinlichkeit über die Zeit verändert, gibt es auch eine Veränderung in der Bevölkerungsstruktur. Diese kann einen möglichen Anstieg erklären. Was man genau beobachten kann, ist, dass die Heiratswahrscheinlichkeit bei den hohen Einkommen grösser ist. Das heisst, wenn man ein hohes Einkommen hat, dann heiratet man eher. Dazu kommt, dass man eher jemand heiratet, der auch ein hohes Einkommen hat. Das heisst, einfach so von der Zusammensetzung der Ehepaare, ergibt sich einen steigenden Trend. Wenn man von diesem Abstrahieren würde, dann wäre der Anstieg wahrscheinlich kleiner. Die Erklärungen, die es für den Anstieg der Topeinkommen gibt, deuten darauf hin, dass es nicht wirklich eine Veränderung beim Einkommensprozesse gibt, sondern es handelt sich vielmehr um eine Veränderung der zugrundeliegenden Bevölkerungsstrukturen.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer persönlichen Einkommenssituation?

P1E: Ja ich bin sehr zufrieden.

Frage 2.3:

V.C: Was denken Sie, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P1E: Die Frage ist sehr offen formuliert. Ich interpretiere «das Leiden» unter einer stärkeren Ungleichheit als Armut. Dann ist die Frage, welche Bevölkerungsgruppen sind von Armut betroffen. Scheidungen von Paaren mit Kindern führen dazu, dass aus einem Familienhaushalt zwei Haushalte werden, die in der Regel doppelte Ausgaben des Haushaltes tragen müssen. Das führt dazu, dass schnell ein Einkommensniveau erreicht wird, welches als arm gilt. Auch Langzeitarbeitslose, welche ausgesteuert sind bei der Arbeitslosenversicherung und dann in die Sozialhilfe abrutschen. Zusammenfassend würde ich sagen, dass Arbeitslosigkeit und Scheidungen so die Hauptgründe für Armut sind.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

(Diese Frage wurde nach der Frage 1.4 gestellt. Die Antwort kann dort entnommen werden.)

P1E: -

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Vermögensverhältnissen?

P1E: Der wichtigste Indikator für das Vermögen eines Haushaltes ist das Alter. In der Regel hat man im jungen Alter kein Vermögen, dann spart man über das Zeitalter und so entwickelt sich das Vermögen. Am Angang vom Ruhestand hat man in der Tendenz den Höhepunkt der

Vermögensbildung erreicht. Wenn ich mir diese Entwicklung überlege, dann bin ich für mein Alter absolut zufrieden.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

PIE: Mein persönliches Empfinden sagt, dass es kein Problem ist. Die Datenlage ist nicht wirklich ideal bei den Vermögen. Wir haben gute Daten zum steuerbaren Vermögen, weil man dort darauf Steuern bezahlt, aber das ist nur einen Teil. Das Zweite, was die Zahlen schwer interpretierbar machen, ist, dass es sehr stark abhängig ist, wie ein Sozialstaat aufgebaut ist. Wenn man die Schweiz international vergleicht, dann stellt man fest, dass Ungleichheit der Vermögen relativ gross ist, aber das trifft auch auf die skandinavischen Länder. Das ist in einem ersten Moment überraschend, da man die skandinavischen Länder als egalitär einschätzen würde, wo eine tiefe Ungleichheit herrscht. Dann stellt man aber fest, dass es eine direkte kausale Verknüpfung zum Sozialstaat gibt. Denn wenn der Sozialstaat gut ausgebaut ist, sodass ich mir über das staatliche System oder über das Altersvorsorgesystem ein Vermögen ansparen kann, welches ich im Ruhestand verzerren kann, dann erübrigt es sich für mich, persönlich Vermögen anzusparen. Das führt dazu, dass ein Grossteil der Bevölkerung gar nicht gezwungen ist, privates Vermögen anzusparen und dass nur ganz wenige selbstständig sparen. In der Regel sind es diejenige, die ein hohes Einkommen haben und auch viel sparen können. Das führt dann zu einer sehr grossen Ungleichheit der Vermögenswerte. Wenn man aber das Gesamtbild betrachtet, somit inklusive Sozialstaat, dann würde ich sagen, dass die Vermögensungleichheit in der Schweiz kein Problem ist, da das Altersvorsorgesystem sehr gut funktioniert. Es ist nicht so, dass wir eine grosse Altersarmut haben, sondern die Altersvorsorge funktioniert gut, Einkommen sind gesichert und die Menschen werden quasi angehalten für das Alter vorzusorgen. Das ist im Prinzip der wichtigste Aspekt des Vermögensaufbaus. Wenn Vermögensungleichheit ein Problem ist, dann wenn in einem Staat eine Minderheit ganz viel Vermögen anhäuft, dass sie den politischen Prozess beeinflussen kann. Erst dann ist Reichtum ein Problem. Jetzt würde ich sagen, dass wir das in der Schweiz faktisch ausschliessen können, da die Institutionen das nicht erlauben. Wir haben die direkte Demokratie, welches die Politik korrigieren kann, wenn es in die falsche Richtung geht. Dann haben wir auch noch die Konkordanz oder auch

der Föderalismus, der die Entscheidungsmacht auf verschiedenen Staatsebenen verteilt. Diese Institutionen sorgen dafür, dass es unmöglich ist, für ganz reiche Leute Macht zu ergreifen. Aus diesen Gründen würde ich sagen, dass die Vermögensungleichheit in der Schweiz absolut kein Problem ist.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

PIE: Ganz generell fördern Erbschaften die Konzentration. Wenn das Vermögen über Generationen weitergegeben wird und dann jeweils auf diesem Vermögen eine hohe Rendite erzielt wird, dann führt es dazu, dass es kumuliert wird über die Zeit. Das ist so der klassische Grund. Bedingung ist, dass die Vermögensrenditen hoch sind, sonst funktioniert das nicht. Jetzt haben wir in den letzten 20 Jahren eine relativ spezielle Entwicklung. Wir haben eine allgemeine volkswirtschaftliche Lage mit tiefen Zinsen. Kapitalmärkte haben in den letzten Jahren «geboomt». Also Bewertungen von Firmen und Immobilien sind stark gestiegen. Das führt dazu, dass das Vermögen angewachsen ist. Es ist eine Frage der Bewertung von Firmen und Immobilien. Wenn wir jetzt davon ausgehen, dass die Zinsen und Renditen tief bleiben, dann ist es absehbar, dass sich die Vermögenskonzentration nicht verstärken wird, da hohe Renditen eine notwendige Bedingung sind für eine zunehmende Vermögenskonzentration.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Zusatzfragen:

V.C: Sie haben die Kapitalgewinne angesprochen. Inwiefern kann die Einführung einer Kapitalgewinn- oder auch einer Erbschaftssteuer auf direkte Nachkommen die Ungleichheit dämpfen?

PIE: Die Effekte wären zu gering. Wenn man wirklich einen Effekt auf die Vermögensungleichheit erzielen möchte, dann müsste man im Prinzip über Enteignung sprechen. Dann müsste man etwas machen wie eine einmalige Vermögensabgabe, bei der die Leute einen hohen Prozentsatz des Vermögens abgeben müssten. Das würde dann wirklich einen Effekt erzielen. Wenn man einfach nur die Steuerbelastung auf die Vermögen ein wenig erhöht, und das würde man mit diesen Vorschlägen tun, dann würde das über die Zeit wenig auslösen. Man könnte durchaus signifikante Steuereinnahmen generieren und mit

diesen könnte man auch die Umverteilung vergrössern, man könnte Sozialleistungen finanzieren, aber es würde an der Vermögensungleichheit wenig ändern. Insbesondere kann man nicht unbegrenzt Steuer erheben auf dem Vermögen. Was wir in der Schweiz haben, ist die Vermögenssteuer. Im Prinzip ist diese der Ersatz für die Kapitalgewinnsteuer. Es ist einfach eine andere Art wie man das Vermögen besteuert. Von der Wirkung sind diese äquivalent. Wenn man eine Kapitalgewinnsteuer einführen würde, dann müsste man sich fragen, ob die Vermögenssteuer weitergeführt werden kann oder ob diese abgeschafft werden muss. Auch aus diesem Grund glaube ich nicht, dass eine Kapitalgewinnsteuer stark etwas ändern würde. Der Vorteil in der Schweiz ist, dass die Vermögenssteuer nur auf Kantonsebene ist. Das führt dazu, dass die Kantone sehr vorsichtig sind bei der Erhöhung der Steuersätze, da sie Angst haben, dass die Vermögenden in einen anderen Kanton abwandern. Ich finde, dass das System noch gut ist. Es führt dazu, dass die Steuersätze nicht allzu hoch werden. Wenn man diese zentralisiert und eine schweizweite Vermögenssteuer einführen würde, dann würde der kantonale Wettbewerb wegfallen. Es würde dann die Gefahr bestehen, dass die Schweiz eine sehr hohe Vermögenssteuer erheben würde, was dazu führen würde, dass die Vermögenden ihren Wohnsitz verlegen würden. Das ändert an der Vermögensverteilung nichts. Indem man das auf subnationaler Ebene angeordnet hat, hat man so ein ausbalanciertes System geschaffen, welches dafür sorgt, dass die Vermögenden in der Schweiz bleiben und bei uns Steuern zahlen. Ich finde das so noch sinnvoll.

V.C: Bezugnehmend auf Ihre Antwort. Wir kennen in der Schweiz auch eine Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer. Wie stehen Sie zur Aussage, dass die Steuern der wohlhabenden Ausländer zum Wohlstand der ganzen Schweizer Bevölkerung beitragen?

PIE: Auch hier. Es gibt die Pauschalbesteuerung auf Bundes- und dann gibt es diejenige auf Kantonsebene. Kantone können frei entscheiden, ob sie diese wollen oder nicht. Zum Beispiel im Kanton Zürich wurde sie abgeschafft, während andere Kantone sie beibehalten wollen. Da sieht man, dass die Meinungen unterschiedlich sind. Für gewisse Kantone ist es ein wichtiges Element, welches dafür sorgt, dass sie attraktiv sind für vermögende Ausländer. Sie haben auch das Gefühl sie profitieren davon. Es gibt auch eine andere Sichtweise, die sagt, diese Ungleichheit kann man nicht tolerieren. Das hat zum Beispiel im Kanton Zürich dazu geführt, dass sie abgeschafft wurde. Schlussendlich ist es sicher ein Element, welches

dafür sorgt, dass die Schweiz attraktiv ist für vermögende Ausländer. Ob es jetzt ein zentrales Element ist für den Wohlstand ist? Ich glaube es nicht, aber es nützt. Man muss auch anerkennen, dass viele andere Staaten dasselbe machen. Auch diese haben spezielle Systeme, um Leute anzulocken. Man befindet sich hier in einem Wettbewerb und wenn man sich entscheidet bei diesem Wettbewerb nicht mitzumachen, dann ist man tendenziell der Verlierer.

Frage 4.1:

V.C: Wo sehen Sie die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

PIE: Der wichtigste Faktor aus meiner Sicht ist die Bildung, denn das Bildungssystem ist die Grundlage für jedes Individuum, um die eigenen Einkommenschancen zu erhöhen. Wenn der Staat ein Bildungssystem hat, welches den Leuten mit der erhaltenen Ausbildung auch ermöglicht, eine Arbeit zu finden, dann führt es dazu, dass die Erwerbsmöglichkeit sehr breit verteilt ist und die Einkommensungleichheit sehr tief ist. Ich glaube, das macht die Schweiz sehr gut. Was in den letzten Jahren vor allem zugenommen hat, ist die sogenannte Durchlässigkeit des Bildungssystems. Wenn man eine Berufslehre gemacht hat, besteht trotzdem die Möglichkeit ein Studium zu absolvieren. Es gibt im Schweizer Ausbildungssystem ganz viele Wege, um etwas zu erreichen. Diese Durchlässigkeit erhöht die Quote an Jungen mit einem universitären Abschluss. Es gibt nicht nur Universitäten, aber auch Fachhochschulen, die sehr praktisch ausgerichtet sind. Alle diese Elemente führen dazu, dass sehr viel Leute in der Schweiz sehr gute Löhne erzielen können. Was die Ungleichheit auch wieder sinkt.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

PIE: Sicherlich die Frühförderung. Sonst sehe ich wenig Handlungsbedarf. Wenn man einen guten Standard erreicht hat, dann besteht die Gefahr, dass man auch gewisse Sachen zerstört.

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

PIE: Ich glaube, ein Grund liegt darin, dass die Bevölkerung relativ zufrieden ist mit der Verteilungssituation. Wenn man ganz allgemein die persönlichen Möglichkeiten beurteilt, wie beispielsweise wie kann man Einkommen und Vermögen erzielen, dann ist man offenbar einigermassen zufrieden. Man sieht vielleicht Handlungsbedarf, aber nicht einen fundamentalen. Ich glaube die Initiativen, die vorgelegt werden, sind meistens extrem. Es sind nicht konkrete Veränderungen am heutigen System, sondern diese Initiativen sind meistens fundamentale Umwälzungen des Systems. Diese bringen auch die Gefahr mit sich, dass sich die Situation wirtschaftlich auch verschlechtern wird. Hier hat die Bevölkerung eine gesunde Portion an Misstrauen.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was Sie im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchten?

PIE: Ja, ein Gedanke, der mir noch wichtig scheint, ist die Medienberichtstrategie. Wenn man so liest, wie die Medien berichten, dann wird oft die internationale Situation mit derjenigen der Schweiz vermischt. Das ist wirklich schlecht, weil, wenn wir es genau anschauen, dann habe ich das Gefühl, dass die Schweiz wirklich ein Sonderfall ist. Die Schweiz hat viele Mittel und Wege gefunden, um ein starkes allgemeines Wachstum mit einer sehr gleichmässigen Einkommensverteilung zu verknüpfen. Ich glaube das sollte man stärker anerkennen und das wird in der Öffentlichkeit einfach zu wenig gemacht. Man schaut die Situation in den USA an und zieht dann ein bis zwei Schlussfolgerungen auf die Situation in der Schweiz. Aber wenn man ganz genau hinschaut, dann unterscheidet sich die Schweiz sehr stark in den verschiedenen Dimensionen. Leider wird das zu wenig anerkannt!

V.C: Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Probandin 2

Datum und Uhrzeit: 27. April 2021, 13:15 - 13:45 Uhr
Teilnehmer: Tamara Funicello (P2E) und Vanessa Colicchio (V.C)
Institution: Nationalrätin (Sozialdemokratische Partei der Schweiz, SP)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich Ihr Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird ausschliesslich für meine Bachelorarbeit verwendet. Sind Sie damit einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Darf ich Sie namentlich in der Arbeit erwähnen? Wenn Sie einverstanden sind, dürfen Sie «Ja» sagen.

P2E: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich Ihre Personalien erfassen. Gerne dürfen Sie sich kurz zu Ihrem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, Ihrer Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P2E: Alter: 31 Jahre alt, Nationalität: Italien und Schweiz, Wohnkanton: Bern, Ausbildung: Gymnasialer Abschluss, berufliche Tätigkeit: Nationalrätin und politische Beratungen, politische Orientierung: Link (SP).

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfinden Sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P2E: Es ist sehr besorgniserregend und ich finde vor allem die Entwicklung besorgniserregend. Denn es ist ja nicht so, dass sie abnimmt, sondern sie nimmt zu. Das sehen

wir vor allem an den Verteilungsfragen rund um das Vermögen. Vor allem das Vermögen, welches sich auf immer weniger Leute verteilt. Ich glaube, dass es sich in den letzten 30 Jahren vor allem bei der obersten Schicht zugespitzt hat.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihen Sie sich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte Sie, Ihre Antwort kurz zu erläutern.

P2E: Es ist eine schwierige Frage. Ich würde sagen, rein intuitiv, C oder D. Also seit ich Nationalrätin bin würde ich mich in der 3. obersten Schicht beim C einteilen.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P2E: Ich glaube, dass es in der Schweiz erstaunlich viele Leute gibt, die unter der Armutsgrenze leben. Wenn wir uns vor Augen führen, dass eine Million Menschen in der Schweiz Armut gefährdet sind, dann ist das eine krasse Zahl. Ich meine, dass ist Achtung der Bevölkerung. Und ich glaube, wir unterschätzen das ein wenig gerade in der Schweiz, wo es heisst «in der Schweiz muss niemand hungern». Also ich glaube der Wohlstand ist in der Schweiz sehr ungleich verteilt, ungleicher als man denkt. Für gewisse Kreise auch prekärer, als wie man sie wahrnimmt.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für Sie persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P2E: Man weiss nicht genau, was man mit «moderate» Ungleichheit heute meint. Ich bin sehr skeptisch, dass man das Wirtschaftswachstum haben muss. Ich würde sagen, dass das Wirtschaftswachstum für mich nicht im Zentrum für eine erfolgreiche Politik steht, sondern die Bedürfnisse der Leute. Ich glaube, dass man den Bedürfnissen der Leute am ehesten nachkommen kann, wenn man eine «gleichere» Gesellschaft hat. Ich glaube man kann auch nicht... Wie soll ich das sagen. Manchmal vergessen wir in unserem Kampf ein wenig, dass Gleichheit auf dem Papier, nicht unbedingt etwas Gutes ist. Also was ich damit auf diese Frage sagen möchte, ist, dass die Messeinheit für Gleichheit und Ungleichheit kann wahrscheinlich nicht einfach eine Geld- oder Vermögensbetrag sein. Nicht alle Leute wollen und brauchen zum Beispiel 5'000 Schweizer Franken, eine Familie braucht mehr. Ich finde, dass das Bedürfnis der Leute im Zentrum stehen muss und nicht jedes kann mit Geld befriedigt werden. Ich würde somit zu Aussage zwei tendieren und nicht zu Aussage eins.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie sehen Sie die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P2E: Also wir haben massive Einkommensungleichheit in der Schweiz. Ich meine, es gibt Leute, die haben Einkommen über Kapitaleinkommen und dann gibt es Leute, die einfach arbeiten müssen. Nur schon das, ist ein grundsätzlicher Unterschied. Es gibt Leute die Vermögen haben und Leute haben, die für sie arbeiten. Eben die 99 %, nicht wahr?! Es gibt Leute, die kein Kapital haben, die ihnen Erträge ausschüttet. Also ich glaube die Einkommensungleichheit ist gross, problematisch und wächst immer mehr. Es ist logisch, dass wer Geld hat und auch mehr Geld generiert. Man kann sich Immobilien leisten. Immobilien sind etwas sehr Praktisches, da jeder irgendwo wohnen muss und diese somit vermietet werden können. Und so weiter und so fort. Also es ist eigentlich, wenn man keine Korrektur hat von dem, dann wird man einfach in eine Gesellschaft hineinlaufen, die immer ungleicher wird. Ich glaube, dass das nicht besonders fördernd ist. Ich glaube, also ich weiss, es gibt ganz viele Leute, die sehr schlecht verdienen. Ich glaube, dass Armut ein Risiko ist in der Schweiz, welches man sehr fest ignoriert. Ich glaube, dass das Corona-Jahr die Geschichte massiv verschlimmert. Ich bin einfach auch nicht wirklich ganz zufrieden mit den statistischen Werten, welche man hat. Wir haben absolut keine Ahnung, was die Leute

verdienen, was für Ausgaben sie haben. Alle Zahlen sind Schätzungen. Wir wissen in der Schweiz so wenig über unsere Gesellschaft. Arbeitslose, die ausgesteuert sind, Rentner und Rentnerinnen, die keine Ergänzungsleistungen beziehen, weil sie sich einfach schämen. Ich meine die Zahlen sind absurd, also diese die wir haben, und das sind alles nur Schätzungen. Und dann denke ich, wir brauchen noch ein wenig mehr.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer persönlichen Einkommenssituation?

P2E: Ich habe das Gefühl, ich bin reich. Ich deklariere das auch auf meiner Website. Ich habe ein steuerbares Einkommen von (...) Schweizer Franken und ich habe wirklich das Gefühl, dass ich reich bin.

Frage 2.3:

V.C: Was denken Sie, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P2E: Ich glaube es gibt eine klare Hierarchie. Frauen, Migrantinnen, Rentnerinnen und Rentner und Alleinerziehende. Ich meine desto weniger Rechte man hat, desto eher ist man von Ungleichheit betroffen. Je schlechter man in der sozialen Skala steht, desto eher ist man von Ungleichheit betroffen. Ich meine, wenn man die Anzahl der Reichen anschaut und Anzahl Frauen zählt, dann sind es nicht besonders viele. Hingegen, wenn man Scheidungsfälle und alleinerziehenden Müttern anschaut. Also für geschiedene Frauen ist das Risiko, Sozialhilfe beziehen zu müssen, irgendwie ich glaube, drei Mal so hoch als bei Männern. Auch Sans-Papiers, die ihren Job verlieren, haben ein grösseres Risiko von Armut betroffen zu sein, als jemand der sozial gut abgesichert ist.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P2E: Ich glaube, man muss bewusst mit dem Wort «Leistung» umgehen. Was ist genau Leistung und was nicht. Wir zahlen Leute, die Waffen produzieren, um Kinder zu töten, mehr als Leute, die unsere Kinder erziehen. Also jetzt kann man schon sagen, ja wer Kinder erzieht,

arbeitet vielleicht zwei Stunden weniger, aber ob das jetzt eine kleine Leistung ist, bezweifle ich. Ich glaube von dem her, finde ich diese Abmessung relativ schwierig. Ich meine man hat studiert, ja gut, man hatte auch die Möglichkeiten gehabt zu studieren. Wer hatte diese nicht und aus welchen Gründen? Ist der Mehrwert, denn man bringt, wenn man dann mit diesem Studium, CEO von (...) wird. Ist das dann ein Mehrwert für die Gesellschaft? Und so weiter und so fort. Von dem her, ich finde, man muss einfach die Bedürfnisse der Leute ins Zentrum stellen und vor allem das entlohnen, was gut ist für die Gesellschaft. Also mein Bedürfnis irgendwelche Kinder in einer Mine arbeiten zu lassen, ist relativ klein und dementsprechend finde ich, muss man das schlecht entlohnen. Aber so funktioniert halt unser System nicht, weil wir das nicht selbst entscheiden können. Und eben Chancengleichheit ganz grundsätzlich, würde ich massiv in Frage stellen. Mein Ziel ist nicht unbedingt Chancengleichheit, denn ich glaube es gibt nicht die absolute Chancengleichheit.

Vertiefungsfrage:

V.C: Bezugnehmend zur Bildung. Wie empfinden Sie die Chancengleichheit? Hat jeder dieselben Voraussetzungen?

P2E: Ich glaube, da kann man noch Einiges mehr machen. Ich kann mich an eine Vorlesung erinnern, bei der eine Grafik gezeigt wurde, wer in der Schweiz studieren darf. Mich hat es nicht gegeben auf dieser Grafik. Ich meine, ich komme aus einer Familie, von einer Schweizerin und einem Italiener, der schon lange in der Schweiz ist. Jetzt ich bin nicht zu unterst auf der sozialen Skala und mich hat es schon nicht gegeben auf dieser Grafik. Ich meine Kinder mit Migrationshintergrund oder aus einer Arbeiterfamilie, die sind inexistent, also die sind gar nicht auf der Grafik vorgekommen. Bildungsmobilität ist einfach ein Mythos. Ich meine, wenn jemand Zahnarzt werden möchte, dann musst du im zweiten Jahr 10'000 Schweizer Franken für die Instrumente bezahlen. Wer kann sich das leisten? Das können sich einfach nicht alle leisten?! Nein, also wir sind ganz weit weg von der Mobilität. Also man kann es sicher mit Papua-Neuguinea vergleichen und sagen es ist besser als dort, aber das ist einfach nicht mein Ansporn. Ich glaube Bildung muss kostenlos sein. Egal welche Form von Bildung, das ist sicher Mal der erste Punkt. Zweitens man muss mehr Zugang haben zu Stipendien.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Vermögensverhältnissen?

P2E: Ich würde sagen ziemlich zu frieden.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P2E: Ja, natürlich ist es ein Problem. Das sehen wir schon bei politischen Kampagnen. Ich meine, Entschuldigung, aber wenn es einfach Familien gibt, die einfach eine politische Kampagne durch die ganze Schweiz finanzieren können, die grösser ist als die politische Kampagne der anderen Seite. Wenn es Familien gibt, die irgendwelche Zeitungen oder ganze Medienhäuser aufkaufen können, dann schränkt das die Demokratie ein. Und wenn man so Sachen hat wie Firmen mit «X» Angestellten, die bekannt geben, dass diese einfach wegziehen, wenn es demokratisch gemacht wird. Dann ist das schlicht und einfach Erpressung. Geld bedeutet Macht in unserer Gesellschaft und wenn sehr viel Geld in sehr wenigen Händen verteilt ist, dann bedeutet das, dass diese Leute sehr viel Macht haben. Das ist höchst problematisch, weil es höchst undemokratisch ist. Wir haben einfach einen Teil der Gesellschaft, der grösste Teil der Gesellschaft, der abhängig ist, dass es Leute gibt, die viel Geld haben und die sie anstellen und wenn diese nicht mehr angestellt werden, dann haben diese ein Problem.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P2E: Es gibt halt einfach so Sachen, wie Vermögensakkumulation. Die Vermögensakkumulation führt dazu, dass wer viel Geld hat auch investieren kann. Wer investiert, hat die Möglichkeit auf mehr Geld. Wer viel mehr Geld hat, kann so investieren, dass die Risiken minimiert sind. Und so weiter und so fort. Wenn man vielfältiger investieren kann, dann sinkt das Risiko auch. Ich habe vorher erwähnt, man kann zum Beispiel in Immobilien investieren, welche eine sichere Einnahmequelle sind in der Regel, selbst in der

Pandemie, nicht wahr?! Das sind einfach sichere Werte und wer viel Geld hat, kann das Geld auch gut einsetzen. Und mit dem Geld zusammen kommen auch andere Ressourcen. Wie gute Kontakte für gute Vermögensanlagen. Es ist ein praktischer Kreis.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo sehen Sie die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P2E: Ich glaube Steuern sind sicher das, was am naheliegendsten ist. Aber ich glaube es gibt auch so Sachen wie Bildung. Wir haben über Bildung gesprochen. Das ist sicher ein wichtiger Wert. Es geht darum, welche Arbeit wir bezahlen und welche nicht. Eine grosse Ungleichheit, wenn wir die Einkommen der Geschlechter anschauen, dann wissen wir heute, dass Frauen faktisch gleichlange arbeiten wie Männer haben am Schluss des Jahres rund über 100 Milliarden weniger Einkommen beziehen. Das heisst auch, dass die Arbeit, die Frauen leisten auch weniger bezahlt wird. Ich glaube, um diese Ungleichheit aus dem Weg zu schaffen, müssen ganz klar gewisse Branchen aufgewertet werden. Ich meine, Kleinkinderbetreuerinnen verdienen irgendwie nur 3'500 Schweizer Franken pro Monat. Das sind absurde Zahlen. Man muss dort ein wenig mehr zahlen und mehr beitragen. Ich glaube, dass das wichtige Ansätze sind.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P2E: Wir haben die ganze Diskussion zu den Renten. Ich finde genau in den Renten zeigt sich das massiv. Die zweite Säule ist halt wirklich ein Problem. Wir müssen das Problem gesamtgesellschaftlich lösen. Wir haben ganz viele Leute die arm sind im Alter, welche 45 Jahre von ihrem Leben gearbeitet haben und dann im Alter nicht mehr in Würde leben können. Und das Problem, welches wir haben, ist, dass wir mit dem Drei-Säulen-System und mit der Eigenverantwortung, welche wir so gerne und gut propagieren, schaffen wir genau diese Ungleichheit. Denn die wenigsten Leute haben genug Geld in der zweiten Säule, sodass

sie wirklich gut leben können. Wenn wir solche Ungleichheiten im Alter verhindern wollen, wo ein Grossteil sehr arm ist und einen anderen Teil nicht, dann muss man das stärken, was für das Gesamtwohl am besten ist, nämlich die AHV. Aber das machen wir einfach nicht. Aber die Leute, die in Bern entscheiden, das sind nicht Leute, die später nur von einer AHV leben. Das sind Leute, die spätere eine Pensionskasse haben. Dann sind wir wieder bei «Geld ist Macht, Geld heisst Ressource» und Ressourcen geben einem die Möglichkeit sich zu engagieren und politisch Teil zu haben.

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P2E: Ich glaube zum einen ist es ein spezifisches Schweizer Phänomen. Nämlich alle gehören zum Mittelstand. Man kann fragen, wer man möchte, die Leute haben immer das Gefühl man gehöre zum Mittelstand. In der Schweiz geht der Mittelstand vom Clochard bis zum Chef der (...). Alle gehören zum Mittelstand. Der Mittelstand ist so ein Ding. Diese Selbstwahrnehmung spielt eine wichtige Rolle. Ich haben es gemerkt bei der Erbschaftsinitiative, bei der wir Werbung gemacht haben. Es haben mir X-Leute gesagt: «Ich erbe vielleicht auch mal zwei Millionen». Also das Gefühl, dass man selbst davon betroffen sein könnte, spielt sicher eine grosse Rolle. Das andere ist, was ich vorher erwähnt habe, und zwar die Angst, dass diese Leute wegziehen. Ich meine das persönliche Kapital ist mobil. Ich glaube, das ist sicher auch eine Angst, die mitschwingt. Dann auch der Mythos des Trickle-Down-Effektes. Die Leute haben das Gefühl, dass das Geld auch «uns» zu Gute kommt. Ich höre immer wieder: «Schliesslich bezahlen die Reichen so viele Steuern» und dann irgendwelche Zahlen wie viel Prozent die Reichen an Steuern bezahlen. Aber es ist nicht die Frage, wie viel Prozent die Reichen an Steuern bezahlen. Die Frage ist, wie viel Prozent von ihrem Vermögen oder Einkommen sie an Steuern bezahlen im Vergleich zu allen anderen. Das ist einfach im Verhältnis ein viel kleinerer Prozentsatz und das ist das Problem. Ich denke das spielt sicher auch eine Rolle in der ganzen Angelegenheit. Dann zu guter Letzt können die unteren Schichten in unserer Gesellschaft gar nicht abstimmen. 25 % der Leute in der Schweiz können nicht abstimmen und das sind diese 25 %, die zu unterst leben. Ich glaube, das spielt schon auch eine Rolle und ich glaube, das darf man auch nicht unterschätzen. Sie

sind Teil einer Gesellschaft, die sie einfach nicht mitgestalten können und das ist einfach frech.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was Sie im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchten?

P2E: Ich glaube die Corona-Krise hat stark gezeigt, wie ungleich wir in diesem Land sind. Ich meine, schon nur von den Gesundheitsmassnahmen, wer es sich leisten konnte zu Hause zu bleiben im Home-Office und wer nicht. Der Tagesanzeiger hat aufgezeigt, dass es einen Einfluss hat, dass Leute, die weniger verdienen eher gestorben sind. Diese werden mehr Mühe haben, wieder einzusteigen. Je nachdem verlieren sie dann den Job. Ich finde man darf Ungleichheit nie unterschätzen und ich glaube es ist immer mehr eine Tendenz. Man findet «so schlimm ist es ja nicht» und nachher spricht man von «Neiddebatte». Das ist auch ein Lieblingswort, das ist eine «Neiddebatte». Mir ist es egal, wie viel Geld die Reichen haben, ich möchte nur, dass die Anderen genug haben, sodass sie in Würde leben können und dass sich diese nicht zu Tode arbeiten müssen. Wenn ich sicherstellen kann, dass alle Bedürfnisse von allen Leuten in diesem Land einigermaßen anständig befriedigt sind und dass man wirklich «Arbeiten zum Leben» und nicht «Leben zum Arbeiten», dann hätte ich gar nicht so ein grosses Problem mit ein wenig Ungleichheit. Punkt ist, dass wir so fest in diesen Diskussionen sind, bei denen wir sagen, wie reich die Schweiz ist, dass wir manchmal vergessen, dass nur ein Teil der Schweiz reich ist und ganz ein grosser Teil ist das wirklich nicht. Es gibt Leute, die sich nicht leisten können, krank zu sein oder ganz schlimme Arbeitsbedingungen haben.

V.C: Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Proband 3

Datum und Uhrzeit: 28. April 2021, 08:30 - 09:25 Uhr

Teilnehmer: Christoph Bucheli (P3E) und Vanessa Colicchio (V.C)

Institution: Unia

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich Ihr Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird ausschliesslich für meine Bachelorarbeit verwendet. Sind Sie damit einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Darf ich Sie namentlich in der Arbeit erwähnen? Wenn Sie einverstanden sind, dürfen Sie «Ja» sagen.

P3E: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich Ihre Personalien erfassen. Gerne dürfen Sie sich kurz zu Ihrem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, Ihrer Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P3E: Alter: 41 Jahre alt, Nationalität: Schweiz, Wohnkanton: Bern, Ausbildung: Studium in Betriebsökonomie, berufliche Tätigkeit: Leiter Wirtschaftsanalyse bei der Gewerkschaft Unia, politische Orientierung: Links (SP).

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfinden Sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P3E: Die Vermögensungleichheit ist sicherlich besorgniserregend und sogar sehr stark. In Bezug zur Einkommensungleichheit werden immer noch sehr tiefe Einkommen bezahlt. Von mir aus gesehen, sind diese nicht legitim. Die Lohnschere ist auch zu hoch, wenn wir uns die

obere Schicht anschauen. Die obersten 1 % verdienen sicher sehr viel und unten gibt es viele Leute, ungefähr 10 %, mit tiefen Löhnen. Das dürfte in der Schweiz nicht sein.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihen Sie sich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte Sie, Ihre Antwort kurz zu erläutern.

P3E: Die Schweiz sehe ich in der Gesellschaftsform C. Es hat eine niedrige Schicht von ungefähr 10 %, welche ein tiefes Einkommen oder eine tiefe Rente aufweisen. Dann hat es gleichzeitig eine gute Mittelschicht und oben hat es wenige, die sehr viel verdienen. Ich persönlich sehe mich auch in der Mitte, und zwar so viert oder fünft Oberst.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P3E: Der Wohlstand als Oberbegriff ist ungleich verteilt und der sollte aus meiner Sicht gleichmässiger verteilt sein. Die Lohnschere hat zugenommen und auch die Vermögensungleichheit. Die Situation hat sich im Vergleich zur Vergangenheit eher verschlechtert und im Jahr 2020 sowieso. Das Corona-Jahr hat Leute mit tiefen Einkommen stark getroffen und es war ein gutes Jahr für Leute mit viel Vermögen. Das Vermögen ist letztes Jahr wieder angewachsen, währenddessen gewisse Leute mit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit zu kämpfen hatten.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für Sie persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P3E: Ganz klar die zweite Aussage. Ungleichheit verursacht massive Probleme auf die Gesellschaft. Der Gesamtwohlstand pro Kopf ist massgebend für den Wohlstand einer Gesellschaft und erklärt wie gut es einer Gesellschaft geht. Gleichheit ist sehr wichtig, weil es sonst, wie in den USA, zu einer hohen Kriminalität, zu Übergewicht, Inhaftierungen und usw. führt.

Vertiefungsfrage:

V.C: Bezugnehmend auf Ihre Antwort. Inwiefern kann die beschriebene Situation auch auf die Schweiz übertragen werden?

P3E: Also in der Schweiz haben wir zwei Zustände. Einerseits das Vermögen, welches ungleicher verteilt ist und andererseits die Einkommen die gleicher verteilt sind. Zum Glück ist die Einkommensungleichheit noch nicht so hoch wie in den USA oder Mexiko. Da haben auch die Gewerkschaften mit den Gesamtarbeitsverträgen in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet. So konnten bei den Tieflohnen immer wieder Lohnerhöhungen erzielt werden. Also, wir sind zum Glück noch nicht so weit wie die USA, aber es gibt auch bei uns gewisse Tendenzen, dass die Situation ungleicher wird.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie sehen Sie die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P3E: Wir haben ganz klar Handlungsbedarf. Die tiefen Einkommen und diejenigen der unteren Mittelschicht müssen angehoben werden. Auch die Besteuerung muss geändert werden. Die untere Mittelschicht wird zu stark besteuert. Also, es braucht eine massiv gleichere Verteilung. Es ist ganz wichtig, dass die tieferen Einkommen angehoben werden. Vielleicht kennen Sie das Prinzip des Utilitarismus. Dort geht klar hervor, dass die tiefen Einkommen zu kurz kommen. Tiefe Einkommen müssten somit nach einem ethischen Sinn angehoben werden.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer persönlichen Einkommenssituation?

P3E: Sie ist in Ordnung, ja.

Frage 2.3:

V.C: Was denken Sie, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P3E: Statistisch am meisten betroffen, sind junge migrantische Frauen. Der Migrationshintergrund ist oft, der Chancengleichheit abträglich. Also Leute mit Migrationshintergrund haben oft nicht die gleichen Chancen wie Leute, die hier aufgewachsen sind. Wirtschaftlich gesehen, verdienen Frauen zu wenig. Es gibt immer noch ein Lohngefälle. Insbesondere, wenn man verschiedene Berufe miteinander vergleicht, sogenannte «Männerberufe» und «Frauenberufe». Die Frauenberufe sind immer noch schlechter bezahlt.

Vertiefungsfrage:

V.C: Bezugnehmend auf Ihre Antwort. Inwiefern stellen Sie innerhalb einer Branche Ungleichheit zwischen den Geschlechtern fest?

P3E: Da sind die Unterschiede vor allem in den Männerbranchen am grössten. Beispielsweise Maschinenindustrie oder Banken- und Versicherungswesen. Da ist der Lohnunterschied zwischen Mann und Frau ganz klar gegeben. Das ist statistisch erhoben.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P3E: Also, die Chancengleichheit ist ein Ideal der Liberalen. In meinen Augen ist das eine völlige Illusion. Das gibt es absolut nie. Denn einerseits sind die soziologischen Faktoren wie Migrationshintergrund und Geschlecht gegeben. Dann gibt es auch noch ganz andere Sachen, wie die persönliche Disposition der Leute. Also, Chancengleichheiten ist eine Illusion. Es

gibt Leute, die eine Behinderung haben, die sind dann einfach beeinträchtigt. Für diese ist die Chancengleichheit nicht gegeben.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Vermögensverhältnissen?

P3E: Unzufrieden.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P3E: Das ist ein Problem, ganz klar. Geld ist eine Ressource und Macht. Es gibt auch Machtkonzentration bei denen, wo sich das Vermögen konzentriert. Das ist Ressourcenkonzentration auf sehr wenigen Leuten und das ist schädlich. Das ist schädlich für eine Demokratie und für die Chancengleichheiten. Es schafft völlig unterschiedliche Voraussetzungen.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P3E: Die Gründe sind vielfältig. Grund ist sicher auch das Steuersystem. Einerseits die tiefe Besteuerung von Unternehmungen wie beispielsweise die Unternehmensgewinnsteuer. Dann haben wir in der Schweiz keine Besteuerung der Kapitalgewinne für Privatpersonen. Es ist ganz klar, dass diese besteuert werden müssen. Das Einkommen wird auch vollständig besteuert, somit müssen auch die Kapitalgewinne versteuert werden. Auch die Pauschalbesteuerung ist ein weiterer Punkt. Ausländische Multimillionäre und Multimilliardäre kommen zu uns und werden nur marginal besteuert. Das ist auch international völlig unsolidarisch gegenüber diesen Ländern, wo die Leute weggezogen sind. Was wir da in der Schweiz betreiben, ist Steuerpiraterie.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Zusatzfrage:

V.C: Bezugnehmend auf Ihre Antwort. Wie stehen Sie zur Aussage, dass die Steuern der wohlhabenden Ausländer zum Wohlstand der ganzen Schweizer Bevölkerung beitragen?

P3E: Ja genau, das ist das Hauptargument. Also Ungleichheit ist per se einfach schlecht, weil sie zu schlechten Konsequenzen führt. Aus utilitaristischer Sicht müssen wir das ablehnen. Diese paar «Brösmeli», die übrig bleiben für die Wirtschaft. Der Schaden, der angerichtet wird, ist zu gross gegenüber den paar Franken, die diese bringen. Zudem ist es möglicherweise auch eine Überschätzung dieses Effektes, weil der Kanton Zürich die Pauschalbesteuerung abgeschafft hat. Der Kanton hat dann auch gemerkt, dass diese Millionäre oder Multimillionäre von Küsnacht weggezogen sind, aber im Anschluss sind neue Multimillionäre zugezogen, die noch mehr Steuern bezahlen.

Frage 4.1:

V.C: Neben der Steuerthematik, welche wird vermehrt thematisiert haben. Wo sehen Sie zusätzlich die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P3E: Sicherlich eine bessere AHV-Rente. Also eine massive Erhöhung der AHV und dafür die Pensionskasse reduzieren. Die AHV-Renten sind ziemlich gleich verteilt. Also insbesondere zwischen den Geschlechtern, Männer und Frauen bekommen das gleich. Bei der Pensionskasse bekommen die Frauen statistisch nur die Hälfte im Vergleich zu den Männern. Also hier gibt es Handlungsbedarf. Die AHV ist viel besser als die Pensionskasse auch volkswirtschaftlich gesehen. Darum mit einer massiven Erhöhung der AHV würde es uns besser gehen. Dann muss die Sozialhilfe besser ausgestaltet werden. Dabei muss ein höheres Existenzminimum zugesichert werden und auf die Rückzahlung der Sozialhilfe sollte verzichtet werden.

Zusatzfrage:

V.C: Wir haben bereits gewisse Steuerthemen angesprochen. Wie empfinden Sie das Schweizer Steuersystem als Ganzes?

P3E: Ich würde einen viel grösseren Betrag steuerfrei machen für die tiefen Einkommen. Das heisst, Leute, die wenig verdienen, bezahlen einfach keine Steuern. Die Progression bei den höheren Einkommen muss massiv erhöht werden. Es müsste unbedingt eine Erbschaftssteuer auch auf direkte Nachkommen geben. Die Erbschaftssteuer ist eine ganz wichtige Steuer.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P3E: Handlungsbedarf gibt es immer. In Bezug zur Bildung muss der Bildungszugang für Leute mit Migrationshintergrund verbessert werden. Dort gibt es Hürden. Sonst ist das Bildungssystem relativ gut in der Schweiz. Es gibt Anpassungsbedarf auch hinsichtlich Anerkennung von ausländischen Diplomen. Die Schweiz ist hier sehr restriktiv. Es gibt Leute, die sehr gute Ausbildungen gemacht haben im Ausland, welche hier nicht anerkannt werden. Das ist eine gewisse Arroganz. Das hat negative Effekte auf den Arbeitsmarkt und auf die Integration von diesen Leuten.

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P3E: Also das Hauptargument von den Bürgerlichen ist immer, dass wenn «du» den Steuererhöhungen oder dem Vorhaben zustimmst, dann gibt es Abwanderung der Reichen oder der Firmen und dann verlierst «du» den Arbeitsplatz. Das ist eine Erpressung der Leute! Das greift bei den Leuten. Viele Leute haben Angst vor einem Arbeitsplatzverlust, obwohl die Arbeitslosigkeit sehr tief ist. Die Leute haben Angst, dass sie persönlich betroffen sind. Das ist für mich der Hauptgrund für die meisten von diesen Initiativen.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was Sie im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchten?

P3E: Inhaltlich haben wir sehr viel besprochen. Es braucht viel mehr Aufmerksamkeit für die ganze Thematik. Auch an den Universitäten oder an den Fachhochschulen und in den Medien.

V.C: Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Proband 4

Datum und Uhrzeit: 29. April 2021, 08:30 - 09:20 Uhr

Teilnehmer: Michael Künzle (P4E) und Vanessa Colicchio (V.C)

Institution: Stadtpräsident der Stadt Winterthur (Christlichdemokratische Volkspartei, CVP)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich Ihr Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird ausschliesslich für meine Bachelorarbeit verwendet. Sind Sie damit einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Darf ich Sie namentlich in der Arbeit erwähnen? Wenn Sie einverstanden sind, dürfen Sie «Ja» sagen.

P4E: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit Ihnen Ihre Personalien erfassen. Gerne dürfen Sie sich kurz zu Ihrem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, Ihrer Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P4E: Alter: 56 Jahre alt, Nationalität: Schweiz, Wohnkanton: Zürich, Ausbildung: Abschluss des Studium in Rechtswissenschaften an der Universität Zürich, berufliche Tätigkeit: ehemaliger Staatsanwalt und heute Stadtpräsident der Stadt Winterthur sowie Vorsteher Kulturelles und Dienste, politische Orientierung: Mitte (CVP).

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfinden Sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P4E: Also ich sage immer, auch wenn ich zur Stadt Winterthur spreche, es geht uns grundsätzlich gut. Wenn ich sage, es geht uns grundsätzlich gut, dann bedeutet das, dass es auch andere Einzelfälle gibt oder einer Bevölkerungsgruppe finanziell nicht so gut geht. Das sehe ich, wenn ich den Spezialeingang vom Superblock anschau, wie viele Leute auch vom Sozialdienst ein und ausgehen. Es gibt somit auch viel Leute, die auf diese Mittel auch angewiesen sind. Aber ich bin der Meinung, dass unser Sozialstaat gut ausgestaltet ist und dass wir probieren diese Fälle aufzufangen. So finanzielle Probleme haben nicht nur einen finanziellen Aspekt, sondern das geht einher mit familiären sowie gesundheitlichen Problemen und mit verpasster Ausbildung und so weiter. Ich bleibe dabei, es geht uns in der Schweiz grundsätzlich gut, aber es gibt Bevölkerungssegmente, bei welchen das nicht der Fall ist. Das darf man nicht wegdiskutieren und man muss Lösungen haben, sodass man diese unterstützen kann, aber grundsätzlich geht es uns gut und wir haben einen Sozialstaat. Wenn ich es dann noch mit dem Ausland vergleiche, dann ist es sowieso gut.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihen Sie sich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte Sie, Ihre Antwort kurz zu erläutern.

P4E: Ich habe mir die verschiedenen Typen angeschaut und ich hätte ein Kreuz bei D wie Dora gemacht. Der Mittelstand ist am grössten und was dort einfach ist, gemäss Statistik der letzten Jahre, ist, dass der Mittelstand aufgerieben wird. Also, das Segment von den ganz Reichen wird grösser und diese sind noch reicher, die Armen sind arm und dann hat es eben die sehr grosse Mitte, die je nachdem wie jemand damit umgeht, es darauf ankommt, in welche Richtung es diese Person zieht. Ich würde mich sicher in der oberen Hälfte einreihen. Ich habe einen guten Lohn, ich habe also keinen Grund mich irgendwie zu beklagen, im Gegenteil. Aber ich gehöre auch nicht zur Spitze, wie es der eine oder andere in der städtischen Bevölkerung meint.

Vertiefungsfrage:

V.C: Bezugnehmend auf Ihre Antwort. Inwiefern schrumpft der Mittelstand in der Schweiz?

P4E: Der Mittelstand ist schon noch so wie es Typ D zeigt, somit ein sehr grosser Mittelstand. Ich nehme jetzt ein anderes Beispiel. Das zeigt sich auch im Wohnungswesen in Winterthur. Wir haben eine riesige Mitte an Wohnungen, welche die Leute mieten. Das zeigt eben schon wie grosser dieser Mittelstand auch ist. Der Mittelstand braucht es auch. Ich würde sagen Typ D, bei dem die meisten Menschen in der Mitte sind.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P4E: Also eben der Text unter Typ D, dieser sagt einfach, dass die meisten Mensch dem Mittestand angehören. Diese Meinung vertrete ich auch und das zeigt mir auch, wenn wir davon ausgehen, dass der Mittestand eigentlich dieser Teil ist, der finanziell gut durchkommt und auch mal in den Urlaub gehen kann. Der Mittelstand kann leben, dem geht es eben eigentlich gut. Das Problem ist, welches beobachtet werden kann, dass durchaus Teile des Mittelstandes gibt, welche sich am unteren Teil dieser Mitte befindet. Dieser muss darum kämpfen, dass es nicht in ein «Working-Poor-Segment» abdriftet. Da würde man Arbeiten gehen, aber trotzdem hätte man nicht genug zum Leben. Das ist auch ein Thema der SVP. Diese suchen genau diejenigen aus, um auf diese Problematik hinzuweisen, dass es ungerecht ist, dass gewisse Leute vom Staat, Geld bekommen und nichts machen und andere gehen arbeiten und es genügt praktisch nicht zum Leben. Das ist wirklich eine grosse Herausforderung, weil aus meiner Sicht, darf das nicht sein. Also meine Partei und ich wir pochen auch auf die Eigenverantwortung, aber dann muss diese Eigenverantwortung auch belohnt werden.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für Sie persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P4E: Vorwegzunehmen noch kurz. Ich finde Ungleichheit auf dieser Welt hat es schon immer gegeben und wird es auch immer geben. Also es ist für mich kein Bestreben hier irgendwelche Umverteilungen oder Gleichstellungen im Sinne von «Sozialsegmente» zu machen. Dann wären wir wieder bei der Eigenverantwortung. Ich bin wirklich der Meinung, dass ein Mensch sein «Heft» selbst in die Hand nehmen muss. Er muss selbst schauen, muss bei der Bildung anknüpfen und die Chancen der Gratisbildung, welches mit der Volksschule angeboten werden, auch ergreift. Leider ist das den jüngeren Leuten zu diesem Zeitpunkt gar nicht so klar, aber dort müsste man den jungen Leuten auch sagen wie wichtig diese Bildung und die Weiterbildungen sind, damit man auf dem Arbeitsmarkt auch eine gute Position hat. Da beginnt es. Das ist schon mal eine Massnahme, für die der Staat sorgt, sodass man möglichst gleiche Chancen hat, da die Volksschule nichts kostet. Die Grundausbildung ist kostenlos, diese wird vom Staat bezahlt. Das ist schon mal ein Mittel, mit dem man in diese Ungleichheit eingreifen kann. Wenn ich diese beide Sätze anschau, dann finde ich eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel. Da könnte ich noch dazu stehen, da wir einen guten Sozialstaat sind und das auffangen können. Da bin ich der Meinung, da stehen wir nicht schlecht da. Dass die Ungleichheit ein gesundes und kompetitives Umfeld fördert, das finde ich jetzt nicht. Eben wie gesagt, mit einem vernünftigen Sozialstaat wie wir haben, kann man die Ungleichheit akzeptieren, aber dass die Ungleichheit per se, ein kompetitives und gesundes Umfeld fördert, das würde ich jetzt nicht unterstützen. Es hängt von anderen Sachen ab, nochmal es ist die Eigenverantwortung. Wenn jemand das sehr gut macht im Leben, dann kommt er auch zu etwas und hat mehr Möglichkeiten ein gutes Einkommen zu haben.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.4 (vorgezogen):

V.C: Ich erlaube mir eine Frage der Einkommensverteilung vorzuziehen. Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P4E: Ja, ich finde diesen Grundsatz würde ich unterstützen. Wer mehr leistet, soll auch mehr bekommen. Also ganz klar, Leistung soll sich lohnen. Das sind so die Grunddiskussionen auch beim Einkommen. Jetzt suche ich gerade den Fachbegriff. Eben das leistungsunabhängige Einkommen, welches abgelehnt worden ist. Ja, ich finde Leistung

muss sich auszahlen und wenn jemand zu Geld oder zu Vermögen kommen möchte, dann muss er auch etwas dafür machen und nicht einfach seine 3'000 bis 4'000 Schweizer Franken einfach so ohne Ambitionen vom Staat erhalten.

Vertiefungsfrage:

V.C: Bezugnehmend zur Bildung. Wie empfinden Sie die Chancengleichheit? Hat jeder dieselben Voraussetzungen?

P4E: Ich bin der Meinung, dass wir einen grossen Grad an Gleichheit im Bildungswesen erreicht haben. Also eben, die Volksschule ist für alle Schüler und Schülerinnen, egal aus welcher sozialen Schicht, kostenlos. Wenn man dann zur Schule rauskommt, dann hängt es am Schluss von der Leistung ab, um die Aufnahmeprüfung für das Gymnasium zu bestehen. Es gibt dort eine Diskussion, dass die reicheren Kinder eine bessere Unterstützung erhalten, also von diesen Vorbereitungskursen und so weiter. Aber eigentlich geht es um die Leistung der Schüler, dass sie die Prüfung bestehen. Wenn da jemand den Stoff begriffen hat, dann denke ich, müsste man die Prüfung auch ohne solch eine Unterstützung bestehen. Aber das könnte ein Punkt sein, an welchem man anknüpfen könnte, wenn man dort ein wenig mehr Chancengleichheit möchte. Dann die Lehrverhältnisse. Da benötigt es auch ein wenig Unterstützung der Eltern. Da ist auch wieder «jeder sein eigener Glückes Schmied». Die Eltern müssen sicherlich bei der Lehrstellensuche unterstützen. Später kommen die Weiterbildungen, diese kosten dann auch was. Aber bis zu diesem Bildungsgrad, hat man schon die Möglichkeit gehabt etwas zu verdienen. Wenn man einfach nichts macht und einfach findet, da kommt dann mal der Staat auf, das wäre eine falsche Grundhaltung.

Frage 2.1:

V.C: Wie sehen Sie die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P4E: Also, wenn Sie mit den einzelnen Leuten sprechen, dann hätte niemand etwas dagegen, wenn der Lohn ein wenig höher wäre. Wenn Sie aber zum Beispiel mit der Wirtschaft sprechen, welche diese Löhne bezahlen muss, und vor allem das Phänomen, dass es Unternehmungen gibt, welche Arbeitsplätze ins günstigere Ausland verlegt haben, dann muss man klar sagen, dass wir allgemein hohe Löhne haben. Wir haben aber auch einen höheren Lebensunterhalt und -standard, aber wir haben im Vergleich zum Ausland hohe

Löhne. Das ist ein Problem für die Wirtschaft, weil dann die Gefahr besteht, dass die dringend nötigen Arbeitsplätze ins Ausland abwandern. Da muss man wirklich aufpassen.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit deiner persönlichen Einkommenssituation?

P4E: Ich bin sehr zufrieden.

Frage 2.3:

V.C: Was denken Sie, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P4E: Also, wenn wir uns anschauen, wer in diesem untersten Segment ist, dann hat es Leute, die krank sind, also die gesundheitshalber nicht mitkommen. Dann gibt es noch Leute, die aus einer bildungsfernen Familie kommen. Der Stellenwert an Bildung war in diesen Familien nicht so hoch oder die Eltern selbst haben keinen grossen Bildungsstand. Das sind dann in der Regel auch eher diejenigen, die soziale Probleme haben. Das bringt man fast nicht weg. Es gibt Studien, die besagen, dass wer aus einer Familie kommt, welche vom Sozialamt abhängig ist, der schafft es fast nicht herauszukommen. Darum bin ich der Meinung, dass man dort als Sozialstaat gut funktionieren muss und noch einmal, dass Bildung, ein Hebel ist, aber auch unter dem Stichwort der Eigenverantwortung. Wer sich gut bildet, wer in der Schule aufpasst, sich Mühe gibt, wer sich weiterbildet, wer eine Lehre macht oder ins Gymnasium geht, diese haben einfach besser Voraussetzungen.

Frage 2.4:

(Diese Frage wurde nach der Frage 1.4 gestellt. Der Inhalt zur Bildungsmobilität ist der Frage 2.3 zu entnehmen.)

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Vermögensverhältnissen?

P4E: Ich bin zufrieden.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P4E: Ich persönlich finde nicht, dass es ein Problem ist. Es ist logisch, wenn jemand ein Aktienpaket über 10 Millionen hat, dass sein Vermögen schneller wächst, als wenn ich 5'000 Schweizer Franken investiere. Das ist logisch, da ist einfach so. Ich finde das nicht problematisch, solange die Spitze so ist, wie sie ungefähr jetzt ist. Wenn diese Spitze grösser werden würde und wenn der Typ D langsam aufgerieben wird und es nur noch ein grosses oberes und tieferes Segment gäbe, und in der Mitte fast nichts, erst dann könnte es zu Problemen führen. Aber so wie es heute ist, wird es akzeptiert. Aber ich frage mich jetzt, was man dafür machen könnte. Ich möchte keine Umverteilung. Nein! Wer vermögend ist, der ist halt einfach vermögend und dem etwas wegzunehmen, finde ich bei unserem System nicht korrekt.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P4E: Wenn ich die Unternehmerinnen und Unternehmer anschauen, dann verdienen diese auch mehr, wenn sie erfolgreich sind. Ich erwarte, dann von diesen, dass sie anständige Löhne bezahlen. Also, dass sie den Erfolg des Unternehmens auch weitergeben. Eben jemand, der eine gute Geschäftsidee oder ein gutes Projekt hat, welches am Markt ankommt, der verdient halt mehr und dann gibt es halt eine gewisse Konzentration. Ich denke, die Diskussion ist heikler, wenn es ums Erben geht. Also wenn jemand «ohne eigen Leistung» zu Vermögen kommt. Dort entsteht sehr wahrscheinlich bei der Gesellschaft eine grössere Diskussion. Aber wenn jemand durch eigene Leistung und eigenes Wirtschaften zu Vermögen oder zu noch mehr Vermögen kommt, dann ist es halt so. Es ist ja dann so, je nachdem wer das ist, geben diese dann auch etwas zurück. Also wenn eine Unternehmerin oder Unternehmer dieses Verantwortungsbewusstsein hat, dann ist das für mich in Ordnung. Ich appelliere auch immer an diese Unternehmerinnen und Unternehmer, dass auch sie versuchen für Arbeitsplätze zu sorgen und wir schauen, dass alle Rahmenbedingungen stimmen. Aber ich verlange von den Unternehmungen schon, dass sie sich engagieren in der Gesellschaft in Winterthur.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo sehen Sie die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P4E: Also eben, der Hauptpunkt, welche wir schon seit Jahrzehnten pflegen, ist das Schulsystem. Also Volksschulen, die für alle unentgeltlich sind, das finde ich richtig. Das ist aber schon ein Instrument der «Gleichstellung». Dann das ganze Steuersystem. Dort finde ich, könnte man noch etwas machen. Gerade bei den Unternehmungen, sind wir sehr grosszügig. Dort könnte man bei der Besteuerung noch ein wenig strenger sein. Aber im Bewusstsein, dass es um Unternehmungen handelt, bei denen wir sorgen müssen, dass es ihnen gut geht. Wenn es den Unternehmungen nicht mehr gut geht, dann geht es unserer Gesellschaft nicht gut. Das ist eine direkte Abhängigkeit, aber es soll auch jeder seine Steuer bezahlen, welche er bezahlt muss. Bei diesem Thema finde ich, könnte man noch ein wenig konsequenter sein. Meine Partei unterstützt eine Gleichstellung von Steuerfüsse in der Schweiz nicht, aber wir, die tagtäglich in diesem «Kampf» sind mit den Steuerfüssen und sehen wie die Problematik tatsächlich ist. Wir im Kanton Zürich mit einem Steuerfuss X und der Thurgau mit einem Steuerfuss X-10, also das ist unsäglich. Ich muss begründen, warum die Unternehmungen nicht ein paar Kilometer östlich ihre «Zelte» aufschlagen, weil dort bekommen sie Steuererleichterungen und während zehn Jahren ist der Parkplatz und die Liegenschaft günstiger. Unter diesem Aspekt, und zwar die benötigte Energie, um immer wieder Vorzüge zu schaffen, um den Unternehmensabflüssen entgegenwirken, wäre es vielleicht nicht schlecht, hätte man in der ganzen Schweiz dieselben Steuerfüsse. Darum bin ich in der Mitte. Jedes politische Thema hat positive und negative Argumente. Argumente, die dafür und dagegen sprechen. Da muss man abwägen.

Zusatzfrage:

V.C: Sie haben eine strengere Besteuerung angesprochen. Inwiefern kann die Einführung einer Kapitalgewinn- oder auch einer Erbschaftssteuer auf direkte Nachkommen die Ungleichheit dämpfen?

P4E: Das geht in Richtung eines Versuches von Gleichmacherei im Staat. Das unterstütze ich nicht. Denn die kommunistische Ära hat gezeigt, dass das nicht funktioniert hat und dann muss man nicht probieren, ein neues System einzuführen. Ein System, welches von der Absicht auf Gleichheit getrieben ist, welches aber wir als Menschen nie werden herbeiführen können. Es hat immer einen Führungsposten und es auch hat immer Leute, die mehr Vorteile möchten. Darum funktioniert das nicht.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P4E: Ich sehe sie schon am ehesten im Steuerbereich. Wir könnten konsequenter besteuern, dass die wirklich Vermögenden praktisch nicht keine Steuern bezahlen, je nachdem wie geschickt sie bei den Steuerangaben sind. Dort dürften wir noch ein wenig konsequenter sein. Aber... Sonst wie gesagt, ich bin eigentlich der Meinung, dass wir in der Schweiz gut aufgestellt sind.

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P4E: Eben mit dem Typ D der Darstellungen. Das Mittelfeld ist so gross und die Leute sind grundsätzlich zu frieden. Also, sie akzeptieren, dass es Leute gibt im obersten Segment. Sie akzeptieren, dass es Leute gibt im untersten. Sie sind aber der Meinung, dass der Sozialstaat greift. Das unterste Segment kann existieren und ich glaube das zeigt, dass die Leute in der Schweiz eigentlich zufrieden sind mit unserem System. Ansonsten wären diese Abstimmungen anders herausgekommen.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was Sie im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchten?

P4E: Ja, ich möchte einfach noch einmal den Begriff der Eigenverantwortung unterstreichen und auch die staatliche Verantwortung. Diese soll dort unterstützen, wo die Eigenverantwortung nicht wahrgenommen werden kann. Dort soll der Staat genauer hinschauen und finanziell unterstützen. Der Staat soll nicht nur finanziell unterstützen, sondern sich auch beratungs- und betreuungsmässig einsetzen. Und noch einmal, ich finde es sehr schwierige Themen, weil man am Schluss beim politischen System ist und ich persönlich möchte kein kommunistisches System, weil es gar nicht funktionieren würde.

V.C: Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Probandin 5

Datum und Uhrzeit: 30. April 2021, 12:10 - 12:55 Uhr

Teilnehmer: Kristina Schüpbach (P5E) und Vanessa Colicchio (V.C)

Institution: Schweizerischer Gewerkschaftsbund (SGB)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich Ihr Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird ausschliesslich für meine Bachelorarbeit verwendet. Sind Sie damit einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Darf ich Sie namentlich in der Arbeit erwähnen? Wenn Sie einverstanden sind, dürfen Sie «Ja» sagen.

P5E: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit Ihnen Ihre Personalien erfassen. Gerne dürfen Sie sich kurz zu Ihrem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, Ihrer Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P5E: Alter: 30 Jahre alt, Nationalität: Schweiz, Wohnkanton: Bern, Ausbildung: Master in Volkswirtschaft, berufliche Tätigkeit: wissenschaftliche Assistentin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) im Bereich der Verteilungsfragen, politische Orientierung: Links (Mitglied bei der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, SP).

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfinden Sie die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P5E: Also ich glaube, was ich so in meiner Arbeit oft sehe, auch im Vergleich zu anderen Ländern. Bei der Einkommensungleichheit ist die Schweiz im Mittelfeld und ist nicht so extrem wie zum Beispiel in den USA. Aber bei der Vermögensungleichheit. Da ist die Schweiz am oberen Ende von einer sehr ungleichen Gesellschaft. Das ist etwas, was ich schon als sehr problematisch und besorgniserregend sehe auch für die Schweiz. Diese nimmt auch immer weiter zu. Es ist nicht nur so, dass wir schon lange eine sehr ungleiche Verteilung hatten, sondern diese nimmt immer weiter zu. Das ist aber auch bei den Einkommen. Zumindest bei den ganz hohen Einkommen ist es so, dass sich diese wie vom Rest der Arbeitenden trennen. Bei den tieferen und mittleren Löhnen kann man für die Schweiz sagen, es gibt zwar Probleme, da es auch sehr tiefe Löhne gibt, dort haben wir sicher Handlungsbedarf, aber es ist im Moment nicht so, als hätten wir einen grossen Tieflohnssektor, wie zum Beispiel in Deutschland. Also ich würde jetzt nicht sagen, dass es bei der Einkommensungleichheit kein Problem gibt, aber im Vergleich zu anderen westlichen Ländern ist die Situation bei uns weniger schlimm und vor allem ist die Entwicklung weniger ausgeprägt, also es hat sich nicht so viel verändert. Es gibt durchaus Grund zur Unruhe, vor allem bei den höchsten Einkommen, da es paar wenige Personen gibt, die mehr verdienen und das führt einerseits zu gesellschaftlichen Problemen, wenn es zu Unzufriedenheit führt. Aber es ist natürlich schon auch die Frage, ob das nicht auch innerhalb eines Unternehmens oder in der Wirtschaft zu Problemen führt. Auf der anderen Seite gerade als Gewerkschaft sind vor allem die tiefen Löhne, dort gibt es schon, vor allem in gewissen Branchen, Handlungsbedarf. Insbesondere dort, wo es keine Arbeitsverträge und Mindestlöhne gibt.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihst du dich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte Sie, Ihre Antwort kurz zu erläutern.

P5E: Also bei den Einkommen hätte ich jetzt Typ C gesagt. Eben wir haben schon eine Ungleichheit, also es gibt ein paar wenige zu Oberst und dann wird es immer grösser. Aber die Mehrheit der Leute ist in der unteren Mitte. Beim Vermögen habe ich das Gefühl, dass es eher Richtung A und B geht. Also da gibt es sehr viele Leute, die fast kein Vermögen haben oder unter CHF 10'000 oder noch weniger und dann gibt es eine sehr kleine

Minderheit, die enorm hohe Vermögenswerte hat. Ich selber sehe mich schon eher im unteren Drittel, aber das ist natürlich, als Studentin auch ein wenig schwierig zu sagen.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P5E: Ich glaube, es sagt auf der einen Seite, dass es eine grosse Mittelschicht gibt, die irgendwo dazwischen ist, der es nicht wahnsinnig schlecht geht. Aber es geht vielen Leuten auch nicht «super» gut. Die Frage «Können wir uns das leisten» ist gerade bei Familien trotzdem präsent und teilweise ist es schon auch ein Problem. Nur weil man in der Mitte oder gerade so in der unteren Mitte ist. Das Einkommen alleine ist nicht entscheidend, sondern auch was man für Ausgaben hat. Hier hat die Schweiz schon auch ein Problem, da es für viele Familien immer schwieriger wird die hohen zwingenden Kosten irgendwie zu decken.

Frage 2.3: Dann gibt es eben auch Personen ganz am unteren Ende, die teilweise sehr tiefe Löhne haben und auch Mühe haben überhaupt ihre Kosten zu decken. Da denke ich vor allem an alleinerziehenden Müttern oder alleinstehenden Rentnern. Das sind vor allem auch Frauen, die tiefe Renten haben. Dann sicher auch Leute, die Mühe haben überhaupt einen Job zu finden oder Leute mit einem sehr tiefen Bildungsabschluss. Also, hier ist die Situation bestimmt viel prekärer. Dann eben auf der anderen Seite zuoberst die Leute, die sich all diese Fragen nicht stellen müssen. **Frage 2.1:** Diese Einkommen sind über den letzten Jahren auch sehr stark gewachsen. Das müssen wir schon auch sehen, dass für die obersten 1 % oder auch für die obersten 10 % die Einkommen sehr stark gestiegen sind. Das sind sicher vor allem Leute, die auf der Bank arbeiten oder auch Manager. In diesem Sinne ein wenig ein neues Phänomen. Früher waren es eher Inhaber von Firmen gewesen, welche ein Kapitaleinkommen besaßen. Aber eben auch die Löhne, die jetzt immer mehr zunehmen, das ist schon ein wenig ein neues Phänomen, welches man in den USA viel stärker feststellt als hier, aber auch hier ist es präsent.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für Sie persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P5E: Also ich würde weder das eine noch das andere voll und ganz zustimmen. Von diesem Standpunkt, wo wir uns im Moment befinden, bin ich schon ganz klar der Meinung, dass wir zu viel Ungleichheit haben. Sowohl für den Gerechtigkeitsaspekt ist es ein Problem, aber durchaus auch aus makroökonomischer Sicht. Wenn es so viele Leute gibt, die eigentlich knapp sind mit dem Geld, welche sich überlegen müssen, ob sie zum Beispiel ihre Kinder in die KITA geben können. Bei solchen Sachen ist es bestimmt so, dass eine gleichere Einkommensverteilung gesamtwirtschaftlich sinnvoller wäre. Wenn man aus einer sehr ungleichen Verteilung versucht gemeinschaftlich Schulen zu finanzieren oder Investitionen zu tätige, macht es auch schwieriger, wenn es so ungleich verteilt ist. Denn, wenn man dann noch diese Leute versucht zu besteuern, die schon wenig haben. Dann führt das auch zu Spannungen. Also, ich würde es nicht sagen, dass es null Ungleichheit braucht, aber vom heutigen Stand stellt sich die Frage gar nicht. «Alle müssen gleich viel Lohn bekommen», «Es darf keine Ungleich geben» & «Alle müssen genau gleich sein», dass möchte auch niemand.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie sehen Sie die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

(Die Frage wurde teilweise in Frage 1.3 beantwortet.)

P5E: Ist noch schwierig zu sagen. Je nachdem mit was man es vergleicht. Verglichen mit anderen westlichen Ländern würde ich sagen, ist es eher moderat, also eher im Mittelfeld. Es gibt Länder, die auch noch eine tiefere Einkommensungleichheit haben. Aber einerseits

verglichen mit gewissen anderen Ländern in den 1950er oder 1960er-Jahren, dann ist die Einkommensverteilung in der Schweiz auch eher ungleich. Wir haben schon in der neueren Zeitphasen gehabt, während denen in anderen Industrieländern die Einkommensungleichheit tiefer war. Also wir wissen, dass es irgendwie möglich ist und dass die Welt nicht unter geht, sondern im Gegenteil. Es ging den Leuten sehr gut. In diesem Vergleich ist die Einkommensverteilung eher ungleich. Das Problem, welches ich vor allem sehe, ist der starke Anstieg der höchsten Löhne. Was wir schon auch sehen ist, dass man zwar die tiefsten oder mittleren Löhne halten konnte oder zumindest besser als andere Länder. Aber gleichzeitig, wenn man anschaut, wie sich die verfügbaren Einkommen entwickelt haben. Dort sehen wir in der Schweiz schon ein grosses Problem. Krankenkassenprämie, Mieten und Steuern steigen an. Das alles zusammen führt dann am Schluss zu einem Bild einer verschärften Situation der verfügbaren Einkommensverteilung.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihrer persönlichen Einkommenssituation?

P5E: Eben, ich bin zufrieden.

Frage 2.3:

V.C: Was denken Sie, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

(Die Frage wurde teilweise in Frage 1.3 beantwortet.)

P5E: Ich habe bereits einiges darüber erwähnt. Aber was ich mir noch aufgeschrieben habe ist. Eben nebst dem, dass es verschiedene Gruppen gibt, die stark betroffen sind, ist bei der Einkommensungleichheit auch die Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern. Das ist in der Schweiz sicher auch ein Problem und ist durchaus im Vergleich zu anderen Ländern noch grösser. Also, da gibt es schon noch viel Aufholbedarf. Das Aufholen der Frauen wurde in den letzten Jahren wieder verlangsamt oder die Schere ist eher wieder aufgegangen.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P5E: Ja, also ich glaube es gibt zwei Sachen, die unterschieden werden müssen. Einerseits ist es natürlich so, dass Leute mit vergleichbarer Ausbildung durchaus teilweise sehr unterschiedlich verdienen. Und dann ist andererseits... Bei der Leistung ist es immer die Frage, was lässt sich dann an einer einzelnen Person zuschreiben und was nicht. Ein extremes Beispiel ist die Pharmaindustrie. Dort wird einfach extrem viel Gewinn erwirtschaftet und das kann man dann auch verteilen. Das heisst, wenn man dann in der Pharmabranche arbeitet, selbst wenn man persönlich nicht viel leistet, dann hat man viel grössere Chancen einen höheren Lohn zu haben. Hingegen im Detailhandel sind die Margen so klein, dort kann man viel leisten, aber man bekommt höchstwahrscheinlich weniger. Oder auch innerhalb eines Teams. Wer hat denn jetzt wie viel beigetragen. Klar, kann man sagen, wenn man lang studiert hat, dass man dann vielleicht ein wenig einen höheren Lohn haben sollte. Auch wenn man vielleicht mehr Verantwortung hat und so weiter. Dass das Faktoren sind zum mehr Lohn zu bekommen, das kann ich durchaus befürworten. Aber die Extrembeispiele von Manager, die irgendwie Millionen verdienen, ich glaube nicht, dass man das einfach noch mit Leistung oder Verantwortung erklären kann.

Vertiefungsfrage:

V.C: Ich nehme Bezug auf Ihre Antwort und zum Thema Bildung. Wie empfinden Sie die Chancengleichheit? Hat jeder dieselben Voraussetzungen?

P5E: Das ist noch spannend. Ich habe mich vor längerer Zeit ein wenig mit Bildungsmobilität und Geschlechtergleichheit beschäftigt. Man hat in der Schweiz immer das Gefühl, wir haben in der Schweiz ein «super» Ausbildungssystem und dass man mit einer Berufslehre auch gute Karriere machen kann. Das kann durchaus sein, aber gleichzeitig ist es schon so, dass wir uns so früh entscheiden müssen, was für eine Ausbildung man machen möchte. Es ist viel zu früh im Gegensatz zu anderen Ländern und dadurch ist es auch durchaus stärker geprägt von Geschlechterrollen oder auch von den Eltern und so weiter. Es ist in diesem jungen Alter, schwierig wirklich zu wissen, was man machen möchte. Auch wenn man später mit einer

Lehre eine Fachhochschule besuchen kann oder dann auch an eine Universität gehen kann, ist der Wechsel nicht ganz so einfach. Es braucht unter Umständen viel Motivation und Anstrengungen, um das alles zu meistern. Darum denke ich schon, dass die Schweiz noch Spielraum hat diese Wechsel leichter zu machen. Was gibt es für Möglichkeiten diesen frühen Entscheid hinauszuziehen?

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Vermögensverhältnissen?

P5E: Als Studentin ist es gut. Ich bin nicht unzufrieden.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P5E: Da sehe ich schon einige Probleme, die sich auch weltweit verschärfen. Weil halt mit viel Vermögen auch sehr viel Macht verbunden ist. Wer «X» Millionen Vermögen hat, kann sich zum Beispiel ein Medienunternehmen kaufen und somit die öffentliche Meinung beeinflussen. Das ist auch in der Schweiz durchaus ein Problem. Die Medienkonzentration in der Schweiz ist extrem hoch, aber in anderen Ländern noch stärker. Damit wächst die Macht von ein paar wenigen, den öffentlichen Diskurs zumindest zu beeinflussen. Natürlich nicht nur Medien, aber auch andere Bereiche des öffentlichen Lebens. Wenn man viel Vermögen hat, kann man einfach Macht ausüben. Beispielsweise direkt auf Politik durch «Lobbing» oder durch direkten Zugang. Das ist schon ein Problem. Das unterläuft ein wenig auch die Demokratie, wenn man dadurch die Gesellschaft erpressen kann durch mehr Geld. Dann ist es schon auch ein Fairness Problem und Gerechtigkeitsproblem, dass es einfach schwierig zu begründen ist, wieso jemand einfach so «X» Milliarden besitzen darf und andere kaum genug haben zum Leben. Mit was kann man das begründen? Das ist schon noch schwierig. Und was auch noch spannend oder wichtig zu bedenken ist. Mit viel Geld besteht einfach auch ein sehr hoher Gestaltungsspielraum des eigenen Lebens. Es stehen einem viel mehr Möglichkeiten offen und wenn man fast keine Vermögen hat, dann sind die Möglichkeiten kleiner, dass man es im Leben überhaupt machen kann. Da hat man halt einen

viel geringeren Gestaltungsspielraum. Das Buch beschreibt, dass man ganz viel Potential der Gesellschaft aufgibt, wenn junge Menschen nicht die Gestaltungsfreiheit haben. Eine ungleiche Verteilung schadet der Wirtschaft eben schon, denn wenn man finanziell beschränkt ist, stehen viele Möglichkeiten nicht offen. Man hätte kreativ sein können, tolle Unternehmungen aufbauen, welche auch der ganzen Gesellschaft nutzen können.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

(Diese Frage wurde nicht gestellt. Die Antwort ist der Frage 4.1 zu entnehmen.)

P5E: -

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo sehen Sie die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P5E: Also zur Bildung habe ich bereits schon etwas gesagt. Was dort noch zu ergänzen ist. Es ist nicht nur eine qualitative gute Grundbildung wichtig, sondern durchaus die Möglichkeit sich weiterzubilden oder sich umzuschulen. Mein Eindruck ist, dass es zwar sehr viel Angebot gibt für bereits relativ gut qualifizierte Leute, beziehungsweise ist es für diese Leute auch einfacher, dass es vom Unternehmen bezahlt wird oder sie können sich das auch selbst leisten. Aber für Leute mit tiefen Löhnen oder wenig Bildung ist es tendenziell viel schwieriger. Und da gibt es schon Bemühungen, dass diese Weiterbildung zugänglicher werden. Dort würde ich die Priorität setzen. Vor allem diese Leute müssten sich einfach umschulen oder weiterbilden können ohne finanzielle Einschränkungen. Aber was ich auch sehr wichtig finde, ist die Frage der Steuern. Weil die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern. Kapital, also Vermögen, tief besteuert und auch sonst sind die Kapitalsteuern massiv gesenkt worden. Teilweise ist auch die Erbschaftssteuer in vielen Bereichen abgeschafft worden. Und das ist natürlich auch was, was viel Studien gezeigt haben, dass die Vermögenskonzentration noch verschärft hat. Hohe Steuern auf Vermögen reduzieren die Vermögensungleichheit stark und das ist auch wichtig, um gemeinschaftliche Ausgaben zu

finanzieren. Ich würde sagen, dass wir einerseits bei der Vermögenssteuer die höheren Vermögen stärker besteuern können. Gerade auch bei der Erbschaftssteuer gibt es einen grossen Handlungsbedarf, weil mittlerweile so viel Vermögen vererbt wird. Aber von den vererbten Vermögen, geht einen grossen Teil an wenigen Leuten. Das verstärkt unsere Vermögenskonzentration noch mehr. Steuern sind ein Mittel, um dieser Akkumulation entgegenzuwirken. Es sollte aber nicht das einzige Mittel sein. Andere Mittel sind sicher auch die Regulierung des Finanzmarktes. Dort sollte man sich auch überlegen, was ermöglicht dann so hohe Gewinne für wenige. Man muss sicher auch irgendwo bei der primären Verteilung ansetzen. Auch bei den Löhnen natürlich mit einer besseren Abdeckung. Durch hohe Mindestlöhne zum Beispiel. Dort ist es sogar noch zentraler, aber Steuern sind auch ein wichtiges und ein sehr effektives Mittel.

Zusatzfragen:

V.C: Ich nehme Bezug auf Ihre vorherige Antwort. Sie haben gesagt, dass das Schweizer Steuersystem eine Vermögenskonzentration begünstigt. Inwiefern kann die Einführung einer Kapitalgewinnsteuer die Ungleichheit dämpfen?

P5E: Doch sicher, also ich denke schon, dass das durchaus ein Mittel ist. Die Einkommen sind ja nicht nur Löhne, sondern auch die Kapitaleinkommen. Diese wachsen unter anderem auch, weil sehr reiche Leute in der Regel auch mit viel Vermögen auch höhere Erträge erzielen können. Es ist ein sich selbstverstärkender Kreislauf. Von dem her würde eine Kapitalgewinnsteuer dem stark entgegenwirken. Ob jetzt eine höhere Vermögenssteuer oder die Einführung einer Kapitalsteuer das bessere Mittel ist, da bin ich jetzt ehrlich gesagt zu wenig vertieft. Es könnte auch eine Kombination sein. Aber das ist nicht die entscheidende Frage. Die Akkumulation von Kapital kann mit einer Besteuerung entgegengewirkt werden.

V.C: Wir bleiben beim Thema Steuern. Wir kennen in der Schweiz auch eine Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer. Wie stehen Sie zur Aussage, dass die Steuern der wohlhabenden Ausländer zum Wohlstand der ganzen Schweizer Bevölkerung beitragen?

P5E: Das ist das altbekannte Argument des Trickle-Down-Effektes, welches Sie da ansprechen. Ich glaube, dass mittlerweile die Geschichte schon gezeigt hat, dass das grossteils Mythos ist. Also, klar gibt es einzelne Beispiele von sehr Vermögenden, die dann

ein grosses Unternehmen aufbauen und somit profitieren alle. Aber es ist ja nicht so, dass wenn das Geld ein wenig gleicher verteilt wäre, dass es dann keine Unternehmungen gäbe, die Arbeitsplätze schaffen. Eben im Gegenteil. Möglicherweise, wenn das Vermögen gleicher verteilt wäre, dann hätten auch mehr Leute die Möglichkeit nützliche Arbeitsplätze zu schaffen. Und ausserdem. Geld alleine schafft keine Arbeitsplätze. Es hängt immer an den Leuten, die dort mitarbeiten. Also von dem her, ist das Argument «hätten wir die Reichen nicht, dann ginge es uns allen schlechter» ein Fehlschluss. Es ist nicht so, dass nur Reiche Arbeitsplätze schaffen können. Überhaupt nicht! Es braucht auch solche Leute, die diese Arbeit annehmen und diese Ausbildung gemacht haben und so weiter. Oder auch einen wichtigen Punkt. Es braucht auch den Staat, der Bildung und Infrastruktur finanziert und die rechtlichen Möglichkeiten schafft, um ein Unternehmen erfolgreich zu führen.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

(Diese Frage wurde nicht gestellt. Die Antwort ist der Frage 4.1 zu entnehmen.)

P5E: -

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P5E: Ich glaube in der Schweiz gibt es eine sehr ausgeprägte Haltung nach dem Motto «also ich könnte vielleicht auch Mal davon profitieren». Und das ist schon noch spannend, denn wenn alle diese Leute, welche das Gefühl haben, wirklich das erreichen könnten, dann wären wir ganz ein anderes Land. Dann würde die Einkommensverteilung nicht so aussehen, wie sie heute aussieht. Die Realität ist ganz anders, als sich die Leute vorstellen. Die Chance, dass man doch auch noch zu diesen Superprofiteuren gehört und darum das lieber nicht annehmen möchte. Und das andere ist auch das Argument des Trickle-Down. Wenn man den Reichen eine höhere Steuer auferlegt oder sonst mehr verlangt, dann gehen diese, man verliert die Arbeit und dann geht es uns allen schlechter. Diese Erzählung ist immer noch

sehr stark, obwohl es relativ wenig Evidenzen gibt, dass das wirklich stimmt. Das glauben trotzdem noch viele Leute.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was Sie im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchten?

P5E: Die Verteilung des verfügbaren Einkommens. Wenn man die Steuern und Krankenkassenprämie dazu nimmt, dann sieht die Ungleichheit wieder anders aus. Dann ist nämlich die Belastung für viele Familien und Haushalte sehr hoch. Ich glaube, das ist schon auch noch ein wichtiger Aspekt. Schlussendlich ist das für die Leute relevant. Und zwar weniger wie viel sie verdienen, sondern eher wie viel sie zur Verfügung haben, um ihr Leben zu bestreiten. Ich glaube, das ist schon ein Punkt, welcher man in den nächsten Jahren beachten muss.

V.C: Vielen Dank für Ihren Beitrag.

Gesprächsabschluss

6.5 Transkript der Bevölkerungsinterviews

Transkript des Interviews mit Probandin 1

Datum und Uhrzeit: 24. April 2021, 9:55 - 10:10 Uhr

Teilnehmer: Probandin 1 (P1B) und Vanessa Colicchio (V.C)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich bei dir dein Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird für meine Bachelorarbeit verwendet. Dabei bestätige ich dir die Wahrung deiner Anonymität. Bist du unter diesen Umständen einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Wenn du einverstanden bist, darfst du mit «Ja» antworten.

P1B: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit dir deine Personalien erfassen. Du darfst dich bei einzelnen Fragen selbstverständlich auch enthalten, falls du dich nicht äussern möchtest. Bei Unklarheiten darfst du jederzeit nach einem Beispiel oder nach einer detaillierten Erklärung fragen. Gerne darfst du dich kurz zu deinem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, deiner Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P1B: Alter: 52 Jahre alt, Nationalität: Türkei, Wohnkanton: Thurgau, Ausbildung: diplomierte Kosmetikerin, berufliche Tätigkeit: selbstständige Kosmetikerin, politische Orientierung: keine politische Orientierung.

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie

besorgniserregend empfindest du die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

PIB: Es gibt Leute die mehr verdienen, aber man kann in der Schweiz auch mit einem durchschnittlichen Einkommen gut leben. Auch ich mit einem kleineren Einkommen kann zwei bis drei Wochen pro Jahr in den Urlaub fahren. Somit glaube ich nicht, dass es so besorgniserregend ist.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihst du dich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte dich, deine Antwort kurz zu erläutern.

PIB: Ich hätte gesagt Typ D. Wir haben wenig Arme und trotzdem noch ein paar Reiche. Ich glaube, dass viele Menschen in der Schweiz in der Mitte sind, da es uns gut geht. Ich sehe mich unterhalb der Mittelschicht, aber nicht zuunterst.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

PIB: Ich hätte gesagt, dass wir einen mittleren Wohlstand haben. Es gibt Reiche und Arme, aber in der Schweiz «verhungert» niemand.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für dich persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

PIB: Ich tendiere zu Antwort eins. Ich finde jeder hat es selbst in der Hand, wie viel er aus seinem Leben machen möchte. Man muss es akzeptieren, wenn jemand mehr verdient. Jeder muss das für sich entscheiden.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie siehst du die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

PIB: Also ich glaube es gibt beides. Es gibt Leute, die viel verdienen und dann gibt es wiederum Leute, die ein sehr tiefes Einkommen haben. Aber ich glaube es ist ungefähr gleich verteilt. Schlussendlich geht es uns gut und jeder ist selbst dafür verantwortlich.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deiner persönlichen Einkommenssituation?

PIB: Das Corona-Jahr hat mich finanziell stark belastet. Mein Einkommen ist stark geschrumpft und im Moment bin ich nicht so zufrieden. In «normalen» Jahren bin ich mehr oder weniger zufrieden gewesen. Es könnte aber mehr sein.

Frage 2.3:

V.C: Was denkst du, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

PIB: Sicher die Rentner und Leute mit einer schlechteren Bildung. Rentner müssen im Alter mit viel weniger Lohn auskommen. Einige, die ich kenne, haben nicht genug, um den Unterhalt zu bezahlen.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

PIB: Ich glaube in der Schweiz kann jeder studieren oder sich weiterbilden, aber nicht jeder hat «Lust» darauf. Jeder entscheidet das für sich selbst und, wenn man eher faul ist, dann muss man es akzeptieren, dass man weniger verdient und andere mehr haben.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deinen persönlichen Vermögensverhältnissen?

PIB: Ich bin grundsätzlich zufrieden. Es könnte besser aussehen. Ich muss mich bei gewissen Sachen, wie zum Beispiel Urlaub, schon einschränken.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

PIB: Ich finde das ist kein Problem. Wenn jemand dafür gearbeitet hat, dann wieso muss er gleichgestellt sein mit jemand, der nicht arbeitet? In der Schweiz ist man für sein Glück selbst verantwortlich und wir haben viele Möglichkeiten. Darum ist es fair, wenn man mehr macht, auch mehr zu haben.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

PIB: In der Schweiz studieren viele Leute. Vielleicht wegen dem. Ansonsten fällt mir nichts ein.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo siehst du die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

PIB: Man kann die Ungleichheit gar nicht reduzieren oder wie darf ich das verstehen?

V.C: Also es gibt verschiedene Möglichkeiten wie der Staat eingreifen kann. So kann der Staat beispielsweise durch Steuern eingreifen. Wir werden in der Schweiz progressiv besteuert, das heisst, dass mit steigendem Einkommen mehr Steuern bezahlt werden müssen. Wie empfindest du als Unternehmerin das Schweizer Steuersystem?

PIB: Also ich glaube, ich bezahle relativ viele Steuern im Verhältnis zu meinem eher tieferen Einkommen. Ob die Progression hoch oder tief ist, weiss ich nicht. Aber ich habe schon das Gefühl, dass ich einen grossen Betrag bezahlen muss. Ich habe mir auch mal überlegt wegzuziehen, da es günstigere Orte als Frauenfeld gibt.

Zusatzfrage:

V.C: In einer vorherigen Frage hast du gesagt, dass es «gerecht» ist für eine grössere Eigenleistung auch belohnt zu werden. Inwiefern kann die Einführung einer Kapitalgewinn- oder auch einer Erbschaftssteuer auf direkte Nachkommen die Ungleichheit dämpfen?

PIB: Leider kenne ich mich mit dieser Thematik nicht so gut aus. Kannst du mir ein Beispiel nennen?

V.C: Selbstverständlich. In der Schweiz haben wir gegen die Erbschaftssteuer auf direkte Nachkommen abgestimmt. Das bedeutet, dass auch die direkten Nachkommen, wie Kinder und Enkelkinder oder Ehepaare keine Steuern auf Erbschaften bezahlen müssen. Wie stehst du dazu?

PIB: Aha, so war das gemeint. Also ich finde, das ist nicht gerecht. Die Erben können auch nichts dafür in diesen Familien geboren zu sein und wenn sie jetzt geerbt haben, dann ist das so. Und ich finde auch, dass dieses Vermögen schon mal versteuert wurde und darum ist das nicht «fair». Und wir bezahlen in der Schweiz schon genug Steuern, darum irgendwann ist auch genug.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

PIB: Der Staat kann nichts machen. Die Menschen bestimmen selbst, ob sie studieren wollen oder nicht. Entsprechend haben sie entweder einen höheren oder tieferen Wohlstand. Man kann nicht alles haben!

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

PIB: Ich selbst kann nicht abstimmen, kann mir aber vorstellen, dass auch diejenigen die abstimmen könnten, vielleicht auch nicht abstimmen, weil sie es nicht verstehen.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was du im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchtest?

PIB: Ich finde in der Schweiz ist man «zu» sozial und es geht uns allen mehr oder weniger gut.

Vertiefungsfrage:

V.C: Wieso hast du das Gefühl, dass wir in der Schweiz «zu» sozial sind?

PIB: Ich finde wir unterstützen in der Schweiz manchmal die falschen Leute. Wir sind mit Asylanten sehr grosszügig. Ich bin auch eine Ausländerin, aber mir wurde noch nie was geschenkt. Ich habe manchmal das Gefühl, dass diese besser leben als ich und das kann nicht sein. Wenn Leute, die nicht arbeiten fast gleich viel bekommen wie andere, die jeden Tag arbeiten müssen, das ist meiner Meinung nach ungerecht.

V.C: Vielen Dank für deine Teilnahme.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Probandin 2

Datum und Uhrzeit: 24. April 2021, 18:40 - 19:05 Uhr

Teilnehmer: Probandin 2 (P2B) und Vanessa Colicchio (V.C)

Gesprächseinstig II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich bei dir dein Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird für meine Bachelorarbeit verwendet. Dabei bestätige ich dir die Wahrung deiner Anonymität. Bist du unter diesen Umständen einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Wenn du einverstanden bist, darfst du mit «Ja» antworten.

P2B: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit dir deine Personalien erfassen. Du darfst dich bei einzelnen Fragen selbstverständlich auch enthalten, falls du dich nicht äussern möchtest. Bei Unklarheiten darfst du jederzeit nach einem Beispiel oder nach einer detaillierten Erklärung fragen. Gerne darfst du dich kurz zu deinem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, deiner Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P2B: Alter: 30 Jahre, Nationalität: Schweiz, Wohnkanton: St. Gallen, Ausbildung: Bachelor in Pädagogik, berufliche Tätigkeit: Primarschullehrerin, politische Orientierung: Mitte-links.

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfindest du die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P2B: Die Schweiz ist ein reiches Land und ich bin froh, dass ich hier leben darf. Trotzdem habe auch ich den Eindruck, dass die Reichen einen grossen Teil des Vermögens besitzen. Wahrscheinlich können wir nur erahnen, um wie viel Geld es sich hier effektiv handelt. Wenn wir das wissen würden, wäre es wahrscheinlich besorgniserregender und es würde zu Spannungen in der Gesellschaft führen. Und ich bin darum froh, dass ich hierzu keine Zahlen kennen.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihst du dich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte dich, deine Antwort kurz zu erläutern.

P2B: Ich würde die Gesellschaftsform E wählen. Ich habe das Gefühl, dass ein grosser Teil des Vermögens die obere Schicht besitzt und würde mich selbst beim dritt untersten einstuft. Ich habe das Gefühl, dass das grösste Geld nicht in der Mittelschicht ist, sondern oben.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P2B: Wir haben viele Reiche, aber auch der Mittelschicht geht es gut.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für dich persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P2B: Ich würde zur ersten Aussage halten, sofern diese Ungleichheit in Massen gehalten wird. Wir haben in der Schweiz ein wirklich gutes Bildungswesen mit Hochschulen und das sollte auch zum Wohlstand führen.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie siehst du die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P2B: Ich denke auch hier, wird es grosse Unterschiede geben. Wie sich das Einkommen verteilt, kann ich nicht beurteilen, aber ich glaube die Ungleichheit ist eher hoch. Die Ursachen für diese Ungleichheit liegen auch hier bei der Bildung, vielleicht beim Geschlecht und bei der Nationalität.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deiner persönlichen Einkommenssituation?

P2B: Also ich bin zufrieden, wenn es um meine Sozialleistungen und andere kantonale Richtlinien geht. Beispielsweise muss ich mich nicht selber, um meine Lohnerhöhung kümmern und erhalte einen 13. Monatslohn. Aber im Vergleich zu anderen, die auch Bachelorabsolventen sind, aber in der Privatwirtschaft arbeiten, erhalte ich viel weniger Einkommen. Das hat mich auch schon geärgert.

Frage 2.3:

V.C: Was denkst du, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P2B: Ich denke das sind Ausländer, welche in die Schweiz gekommen sind, ohne Bildung und mit wenig Deutschkenntnissen und dadurch vielleicht auch keine Unterstützung haben. Somit wissen sie vielleicht auch nicht, was sie eigentlich verdienen sollten.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P2B: Also ich denke es macht Sinn, dass jemand mit einer besseren oder höheren Ausbildung oder mehr Verantwortung auch mehr verdient.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deinen persönlichen Vermögensverhältnissen?

P2B: Ich bin noch jung. Ich besitze aktuell ein Auto und mein Erspartes. Ich habe keine Immobilien, bin nicht selbstständig und habe auch sonst nichts investiert. Manchmal ärgert es mich, dass ich jeden Monat eine Miete bezahlen muss und mir auch nichts gehört. Das würde ich gerne ändern in Zukunft, aber hierzu benötigt man in der Schweiz auch ein hohes Eigenkapital. Aber ich habe schon das Gefühl, dass es Gleichaltrigen im Ausland schlechter geht, darum bin ich ganz zufrieden.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P2B: Ich denke, wenn die Gesellschaft besser aufgeklärt wäre diesbezüglich, würde es zu Konflikten und Spannungen führen. Das würde Unzufriedenheit auslösen, wenn wir wüssten, wie viele Superreiche es in der Schweiz gibt. In diesem Fall ist es gar nicht so schlecht ahnungslos zu sein.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P2B: Man hört oft von diesen «Briefkastenfirmen». Das heisst, man bezahlt in der Schweiz wahrscheinlich weniger Steuern als im Ausland und darum haben wir viele Firmen, die ihren Briefkasten in der Schweiz haben.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo siehst du die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P2B: Mit Initiativen gäbe es schon gewisse Möglichkeiten. Zum Beispiel mit der Einführung eines Mindestlohnes oder Erbschaftssteuer. Aber sonst fällt mir nichts ein.

Zusatzfragen:

V.C: Also es gibt verschiedene Möglichkeiten wie der Staat eingreifen kann. So kann der Staat beispielsweise durch Steuern eingreifen. Wir werden in der Schweiz progressiv besteuert, das heisst, dass mit steigendem Einkommen mehr Steuern bezahlt werden müssen. Wie empfindest du das Steuersystem in der Schweiz?

P2B: Wie ich weiss, ist diese Progression begrenzt. Meiner Meinung nach muss der Staat die Progression für Gutverdiener erhöhen. Es kann ja nicht sein, dass wenn jemand eine Million pro Jahr verdient gleich viele Steuern bezahlen muss, wie jemand aus der oberen Mittelschicht mit vielleicht 100'000 Einkommen. Dasselbe gilt für mich für die Erbschaftssteuer.

V.C: Du hast die Erbschaftssteuer angesprochen. Inwiefern kann die Einführung einer Erbschaftssteuer auf direkte Nachkommen die Ungleichheit dämpfen?

P2B: Ich bin der Meinung, dass auch Kinder ab einen gewissen Betrag die Erbschaft versteuern müssen. Das würde den Wohlstand in der Schweiz erhöhen und da das Vermögen nicht selbst erwirtschaftet wurde, sollte es auch nicht schmerzen.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P2B: Irgendwann muss der Staat einen Mindestlohn einführen, da die Lebensunterhaltskosten in der Schweiz auch ziemlich hoch sind. Ich bin Primarlehrerin in Abtwil und habe sehr viele Kinder mit Migrationshintergründen. Ich glaube auch, dass wir diese Kinder schulisch vorher abholen müssen, da einige in der ersten Klasse sehr überfordert sind und somit auch mit dem Stoff nicht nachkommen.

Frage 4.3:

V.C: Ich nehme Bezug auf eine vorherige Antwort. Du hast die Einführung eines Mindestlohnes sowie der Erbschaftssteuer angesprochen. Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P2B: Ich weiss es nicht. Vielleicht haben sie das Gefühl, dass sie irgendwann auch alle «superreich» werden. Das ist natürlich ein Mythos!

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was du im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchtest?

P2B: Es besteht eine grosse Unwissenheit in der Bevölkerung. Ich glaube es herrscht in der Schweiz eine grosse Ungleichheit zwischen den ganz Reichen und den ganz Armen, obwohl nicht viel darüber gesprochen wird. Grundsätzlich geht es den meisten Menschen gut, aber ob das Einkommen gerecht verteilt ist, das ist mir unklar.

V.C: Vielen Dank für deine Teilnahme.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Proband 3

Datum und Uhrzeit: 24. April 2021, 19:30 - 19:50 Uhr

Teilnehmer: Proband 3 (P3B) und Vanessa Colicchio (V.C)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich bei dir dein Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird für meine Bachelorarbeit verwendet. Dabei bestätige ich dir die Wahrung deiner Anonymität. Bist du unter diesen Umständen einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Wenn du einverstanden bist, darfst du mit «Ja» antworten.

P3B: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit dir deine Personalien erfassen. Du darfst dich bei einzelnen Fragen selbstverständlich auch enthalten, falls du dich nicht äussern möchtest. Bei Unklarheiten darfst du jederzeit nach einem Beispiel oder nach einer detaillierten Erklärung fragen. Gerne darfst du dich kurz zu deinem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, deiner Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P3B: Alter: 34 Jahre alt, Nationalität: Italien, Wohnkanton: Thurgau, Ausbildung: Bachelor Physiotherapie, berufliche Tätigkeit: Physiotherapeut, politische Orientierung: Mitte-links.

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfindest du die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P3B: Für mich ist die Situation in der Schweiz sehr besorgniserregend. Wenn ich mich mit meinem Bruder vergleiche, dann stelle ich einen grossen Unterschied zwischen ihm und mir fest. Wir haben beide einen Bachelor, aber er verdient in der Privatwirtschaft ungefähr drei Mal mehr als ich.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihst du dich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte dich, deine Antwort kurz zu erläutern.

P3B: Ich persönlich würde Typ A wählen. Für mich gibt es eine kleine Gruppe von Superreichen und dann einfach einen kleinen Teil die «normal» verdienen und viele die sehr wenig verdienen. Ich kenne viele Leute, die sehr wenig verdienen und auch viele meiner Patienten beziehen Sozialhilfegelder. Ich persönlich reihe mich auch zu unterst ein, da ich eher wenig verdiene im Sozialwesen.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P3B: Ich finde, es hat schon viele Leute in der Schweiz, die nicht genug Geld haben. Der Wohlstand ist meiner Meinung nach eher tief. Es gibt wie gesagt eine Gruppe an Superreichen und dann noch viele Arme. Der Mittelstand ist eher schlecht bedient in der Schweiz.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für dich persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P3B: Ich finde Ungleichheit wirkt sich eher schädigend aus. Bei uns im Betrieb verdienen gewisse Physiotherapeuten mehr als andere. Das hat bereits in einem kleinen Betrieb zu einem schlechten Arbeitsklima geführt. Dass zwei mit derselben Ausbildung ein unterschiedliches Einkommen haben, ist einfach nicht fair und hat absolut nichts mit Förderung zu tun. Darum würde ich jetzt die zweite Aussage wählen.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie siehst du die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P3B: Wie gesagt, ich finde wir haben in der Schweiz sehr grosse Unterschiede. Ich habe auch Kollegen, die einen Bachelor in Wirtschaftswissenschaften haben, welche wesentlich mehr als ich verdienen. Da frage ich mich manchmal schon, wie das sein kann.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deiner persönlichen Einkommenssituation?

P3B: Ich bin nicht zufrieden. Wie gesagt, ich habe drei Jahren studiert, aber verdiene wesentlich weniger als andere die auf der Bank oder bei einer Versicherung arbeiten. Da frage ich mich manchmal schon, wie fair das System wirklich ist!

Frage 2.3:

V.C: Was denkst du, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P3B: Ich finde die Ausländer. Ich glaube, diese haben tendenziell einen tieferen Ausbildungsstand.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P3B: Wenn jemand mehr Verantwortung hat und auch mehr falsch machen kann, dann ist es gerecht, dass dieser auch mehr verdient. Gut, gewisse Branchen bezahlen viel zu hohe Boni, ob diese noch leistungsbezogen sind, ist meiner Meinung nach fragwürdig.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deinen persönlichen Vermögensverhältnissen?

P3B: Ich bin sehr unzufrieden, da ich mit meinem Einkommen gerade Mal alle Kosten bezahlen kann. Ich habe letztes Jahr sogar mein Auto verkauft, um die Fixkosten zu reduzieren. Ich glaube das darf nicht sein, wenn man die ganze Woche arbeitet und sich bemüht, aber der Lebensunterhalt ist in der Schweiz ziemlich teuer.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P3B: Ich glaube das könnte zu Konflikten und Diskussionen führen. Ich kann mir vorstellen, dass gewisse Leute auch wegziehen, weil sie vielleicht im Kanton Zürich mehr verdienen als im Kanton Thurgau.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P3B: Ich glaube, die Reichen bleiben reich oder werden immer reicher. Wer in der Schweiz nichts besitzt, kann selten reich werden ausser er erbt viel oder gewinnt im Lotto.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo siehst du die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P3B: Man müsste einen einheitlichen Lohn einführen innerhalb derselben Berufsgruppen. Auch die Krankenkasse sollte am Lohn angeglichen werden. Schlussendlich werden ja auch die Steuern am Lohn angepasst.

Zusatzfrage:

V.C: Ich knüpfe an deine letzte Antwort an. Du hast gesagt, dass die Steuern am Lohn angepasst werden. Der Staat kann beispielsweise durch Steuern eingreifen und eine Umverteilung vornehmen. Wir werden in der Schweiz progressiv besteuert, das heisst, dass mit steigendem Einkommen mehr Steuern bezahlt werden müssen. Wie empfindest du das Steuersystem in der Schweiz?

P3B: Also ich habe schon das Gefühl, dass ich viel bezahle. Ich glaube aber nicht, dass die Progression so hoch ist wie im Ausland. Darum könnte man diese vielleicht gegen oben erhöhen und für die ärmere Schicht die Steuern reduzieren. Mich persönlich belasten die Steuern stark.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P3B: Die Löhne in gewissen Branchen, wie im Sozialwesen, müssen neu beurteilt werden. Ich finde auch, dass wir einen Mindestlohn einführen müssen, der in allen Branchen gleich ist. Ich glaube die Löhne in gewissen Branchen müssen angepasst werden. Ich habe eine Ausbildung gemacht im Sozialwesen, weil ich das mit Leidenschaft mache. Aber manchmal frage ich mich schon, weshalb der «0815» Banker mehr verdient als ich.

Frage 4.3:

V.C: Ich nehme Bezug auf deine vorherige Antwort. Du hast die Einführung eines Mindestlohnes angesprochen. Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P3B: Ich persönlich habe keinen Schweizerpass und kann entsprechend nicht abstimmen. Ich glaube, es gibt viele Leute, die dafür abstimmen würden, aber kein Stimmrecht haben. Diejenigen, die die Initiative ablehnen, sind wahrscheinlich eher vermögend.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was du im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchtest?

P3B: Meiner Meinung nach müsste man die Bevölkerung besser aufklären. Ich war zum Teil mit gewissen Fragen auch überfordert. Viele Zahlen kenne ich nicht und kann die Situation auch nicht vollständig beurteilen.

V.C: Vielen Dank für deine Teilnahme.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Probandin 4

Datum und Uhrzeit: 25. April 2021, 20:15 - 20:35 Uhr

Teilnehmer: Probandin 4 (P4B) und Vanessa Colicchio (V.C)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich bei dir dein Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird für meine Bachelorarbeit verwendet. Dabei bestätige ich dir die Wahrung deiner Anonymität. Bist du unter diesen Umständen einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Wenn du einverstanden bist, darfst du mit «Ja» antworten.

P4B: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit dir deine Personalien erfassen. Du darfst dich bei einzelnen Fragen selbstverständlich auch enthalten, falls du dich nicht äussern möchtest. Bei Unklarheiten darfst du jederzeit nach einem Beispiel oder nach einer detaillierten Erklärung fragen. Gerne darfst du dich kurz zu deinem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, deiner Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P4B: Alter: 27 Jahre alt, Nationalität: Schweiz, Wohnkanton: Zürich, Ausbildung: Master of Advanced Studies, berufliche Tätigkeit: Marketing Fachfrau bei SAP, politische Orientierung: Liberal (Freie Demokratische Partei, FDP).

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfindest du die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P4B: Meiner Meinung nach ist die Situation nicht besonders besorgniserregend. Ich glaube, was man in der Schweiz beachten muss, ist dass, der Mittelstand bestehen bleibt und nicht wegschrumpft. Für mich macht der Mittelstand die Schweiz aus. Also, dass es uns allen einigermaßen gut geht.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihst du dich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte dich, deine Antwort kurz zu erläutern.

P4B: Ich würde die Schweiz im Typ C einordnen. Eben wie ich vorher schon gesagt habe, haben wir eine gute Mittelschicht. Typ D wäre wahrscheinlich zu märchenhaft. Ich habe das Gefühl, dass wir ein paar Superreiche haben, wir haben immer noch eine gute Mittelschicht, aber wir haben halt trotzdem noch, wie jede Gesellschaft auch, mittelmässig viele Leute, die eher arm sind. Ich persönlich sehe mich in der Mitte. Ich habe relativ früh geerbt und ich habe eine Anstellung, bei der ich für mein Alter sehr gut verdiene.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P4B: Ich würde sagen, dass wir nach wie vor einen guten Mittelstand haben. Ich habe das Gefühl, dass wir in der Schweiz einen guten Wohlstand haben.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für dich persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P4B: Für mich ist die erste Aussage zutreffend, denn ich bin der Meinung, dass eine moderate Ungleichheit förderlich ist. Die Leute müssen angespornt werden ihre Lebenssituation zu

verbessern. Ich bin der Meinung, dass wenn alle gleichgestellt wären, dann würde es die Wirtschaft lahmlegen. Die Leute würden sich nicht mehr anstrengen, da sich der Mehraufwand im Endeffekt nicht lohnt.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie siehst du die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P4B: Ich denke sie ist relativ ausgewogen. Klar, eben wie schon paar Mal erwähnt. Ich denke es gibt schon gewisse Leute, die viel mehr verdienen. Aber ich glaube auch, dass sich jeder, der in der Schweiz wohnt und eine gewisse Ausbildung genossen hat, das Meiste leisten kann. Ich glaube, die meisten Schweizer können ohne grosse Bedenken in den Urlaub fahren und man kommt gut durch den Alltag. Von dem her glaube ich, es gibt schon Unterschiede, aber ich würde es jetzt aus meiner Sicht, nicht als besorgniserregend einstufen. In gewissen Branchen gibt es wahrscheinlich schon sehr hohe Löhne, die man als normaler Bürger vielleicht nicht mehr als gerecht empfindet. Aber am Ende, denke ich, dass es sich um Einzelfälle handelt.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deiner persönlichen Einkommenssituation?

P4B: Ich bin aktuell sehr zufrieden. Zum einen habe ich ein festes Einkommen, welches auch meinen Vorstellungen entspricht und auch, dass ich das Glück habe für eine Firma zu arbeiten, welche relativ viele Perspektiven bietet. Die Leistung wird bei uns auch honoriert und man hat den eigenen Erfolg auch selbst in der Hand.

Frage 2.3:

V.C: Was denkst du, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P4B: Ich denke, dass könnten vor allem Migranten oder Ausländer sein, die keine Ausbildung haben oder auch keinen Beruf gelernt haben.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P4B: Die meisten von uns haben eine kostenlose Grundbildung erhalten. Wenige besuchen Privatschulen. Somit wenn jeder die gleichen Chancen hat, dann hat jeder Zugang gewisse Wege einzuschlagen. Ich glaube, es muss jeder für sich entscheiden, was er erreichen möchte und was es ihm Wert ist. Wenn man sich in der Schweiz anstrengt, ist es für alle realistisch, dass man etwas erreichen kann. Das hängt bei uns nicht vom Einkommen ab, dass gewisse Personen ausgeschlossen werden.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deinen persönlichen Vermögensverhältnissen?

P4B: Ich würde sagen, dass ich aktuell sehr zufrieden bin. Ich konnte mit meinem Verdienst sparen und ich habe bereits im jungen Alter einen Teil geerbt. Diesen Teil kann man auch gut investieren, um gewisse Rücklagen für später zu bilden.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P4B: Ich denke, solange die Situation so bleibt wie sie ist, ist es kein Problem. Solange sich der breite Mittelstand mehr oder weniger alles leisten kann, wie Ferien, ein Auto und den Lebensunterhalt, dann ist es kein Problem. Ich denke, es ist auch normal, dass es gewisse Leute gibt, die immer mehr haben und dass es auch gewisse Leute gibt, denen es schlechter geht. Ich glaube, das ist normal in einer Gesellschaft. Ich glaube, es wird dann zu einem Problem, wenn die breite Masse nicht mehr unbeschwert leben kann.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P4B: Was dazu führen kann, ist sehr wahrscheinlich das Thema Steuern. Wahrscheinlich gibt es auch sehr viele Superreiche, die in der Schweiz einfach Steuern zahlen, aber welche langfristig nicht hier leben. Das Gleiche kann ich mir bei Unternehmungen vorstellen.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo siehst du die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P4B: Ich denke, der Staat kann hauptsächlich bei den Steuern, Einfluss nehmen, indem er diese fair gestaltet. Ich glaube in der Schweiz sind die Steuern schon ziemlich fair. Also das Einzige, was für gewisse Leute ein wenig unfair ist, ist wenn man dem oberen Mittelstand angehört. Diese trifft die Steuerbelastung stärker, als wenn man extrem wohlhabend ist. Ich weiss nicht, ob man das allenfalls optimieren könnte. Aber ich glaube im Grossen und Ganzen ist das System für alle sehr ausgeglichen.

Zusatzfragen:

V.C: Bezugnehmend auf deine Antwort. Du hast das Thema Steuern angesprochen. Wir kennen in der Schweiz auch eine Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer. Wie stehst du zur Aussage, dass die Steuern der wohlhabenden Ausländer zum Wohlstand der ganzen Schweizer Bevölkerung beitragen?

P4B: Ich glaube es dient der Schweiz, dass wir lukrativ bleiben auf dem Gesamtmarkt. Aber ich denke für die Schweizer Bevölkerung ist es halt unfair, wenn gewisse dann ein Steuerdomizil missbrauchen. Ich denke, es wäre ein gerechteres System, wenn man sagt, man hat diese Besteuerung und es ist unabhängig, ob jemand hier arbeitet oder nicht. Würde aber sicher bedeuten, dass viele den Wohnsitz wieder ins Ausland verlegen, was zu Lasten des Wohlstandes der ganzen Gesellschaft gehen würde. Es hat auf jeden Fall Vor- und Nachteile.

V.C: Wir bleiben beim Thema Steuern. In politischen Initiativen wurde die Einführung einer Kapitalgewinn- oder auch einer Erbschaftssteuer auf direkte Nachkommen diskutiert. Inwiefern würden diese die Ungleichheit dämpfen?

P4B: Ich denke, die Besteuerung der Erbschaften ist nicht fair, da dieses Vermögen schon vorher besteuert wurde. Ich meine, das geerbte Vermögen muss man ein Jahr später selbst als Vermögen versteuern. Ich sehe den Sinn nicht, weshalb der Staat bei Auszahlung auch noch ein Stück davon bekommen sollte. Der Staat würden so bestimmt mehr Steuergelder einnehmen, aber das ist für mich keine Lösung. Zu den Kapitalgewinnen kann ich mich leider nicht äussern, da ich mich zu wenig auskenne.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P4B: Mir fällt nichts ein. Ich finde, wir haben soweit einen funktionierenden Staat. Eben das Einzige, was man überdenken könnte, ist wie man die Steuerkurve gestaltet. Ansonsten fällt mir nichts ein.

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P4B: Ich denke, dass viele Leute Angst haben, dass die Steuerthematik ins unermessliche getrieben wird. Ich glaube auch, dass die Gesellschaft auch sieht, dass kein Mensch einfach so fallen gelassen wird. Also, dass die Leute schon genug Unterstützung haben. Einerseits geht es der grossen Masse gut und man denkt vielleicht auch, dass man in der Schweiz auch gut durchkommt, wenn man nichts besitzt.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was du im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchtest?

P4B: Ich glaube wir haben alles besprochen.

V.C: Vielen Dank für deine Teilnahme.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Proband 5

Datum und Uhrzeit: 25. April 2021, 21:15 - 21:40 Uhr

Teilnehmer: Proband 5 (P5B) und Vanessa Colicchio (V.C)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich bei dir dein Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird für meine Bachelorarbeit verwendet. Dabei bestätige ich dir die Wahrung deiner Anonymität. Bist du unter diesen Umständen einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Wenn du einverstanden bist, darfst du mit «Ja» antworten.

P5B: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit dir deine Personalien erfassen. Du darfst dich bei einzelnen Fragen selbstverständlich auch enthalten, falls du dich nicht äussern möchtest. Bei Unklarheiten darfst du jederzeit nach einem Beispiel oder nach einer detaillierten Erklärung fragen. Gerne darfst du dich kurz zu deinem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, deiner Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P5B: Alter: 23 Jahre alt, Nationalität: Deutschland, Wohnkanton: Zürich, Ausbildung: Bachelor in Volkswirtschaft, berufliche Tätigkeit: Verkäufer bei SAP, politische Orientierung: Mitte (CVP).

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfindest du die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P5B: Also, ich bin noch nicht so lange in der Schweiz, aber ich habe das Gefühl, dass die Situation deckungsgleich ist wie in Deutschland. Allerdings sollte man schauen, dass die Schere zwischen den ganz Reichen und den ganz Armen nicht zu gross wird. Ich denke an die ganzen Möglichkeiten vom Staat auch zwecks Auffang von Arbeitslosen. Ich denke, das ist in der Schweiz gut gedeckt. Mein Empfinden, welches ich bisher habe, ist, dass die Schere zwischen den sehr Reichen und den sehr Armen natürlich da ist, aber das wirklich der Grossteil im ganz normalen Mittelstand befindet. Darum geht es uns schon ziemlich gut. Somit ist für mich die Situation heute und auch in naher Zukunft nicht besorgniserregend.

Vertiefungsfrage:

V.C: Felix, du bist letztes Jahr von Deutschland zugezogen. Wie empfindest du die Situation in der Schweiz verglichen mit deinem Heimatland Deutschland?

P5B: Ich empfinde die Situation etwa gleich wie in Deutschland. Da sind wir auf Augenhöhe. Die Löhne sind zwar höher, aber auch die Lebensunterhaltskosten, wie beispielsweise die Miete, sind wesentlich höher.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihst du dich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte dich, deine Antwort kurz zu erläutern.

P5B: Also, ich würde wahrscheinlich zu Typ D tendieren. Ich habe das Gefühl, dass in der Schweiz, der Gehalt über dem EU-Durchschnitt liegt. Aber die Erfahrung, die ich gesammelt habe, ist, dass das Thema Eigentum in der Schweiz weiter unten angesiedelt ist, als das was ich von Deutschland kenne. Sprich, dass eher auf das kurzfristige bis mittelfristige geschaut wird. Heutzutage gibt es Superreiche, sehr Arme aber im Grossen und Ganzen ist es ausgeglichen und es geht der grossen Masse in der Schweiz gut. Darum glaube ich, dass die Schweiz beim Typ D liegt. Ich selber würde mich auf Stufe zwei oder drei von unten in Typ D einordnen, da ich am Anfang meiner beruflichen Karriere bin. Aber in naher Zukunft werde ich wahrscheinlich zwei bis drei Stufen nach oben rutschen, dank meinen beruflichen Aussichten, die ich mit meiner neuen Anstellung habe. Ich sehe mich, vielleicht Mitte bis Ende Zwanzig, im oberen Bereich der Mittelschicht.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P5B: Ich denke, dass die gewählte Form aussagt, dass die Schweiz immer noch einen ziemlich grossen Mittelstand hat. Dieser verfügt über gewisse Vermögenswerte und ein gutes Einkommen. Somit muss sich der Grossteil der Schweiz keine Gedanken machen, ob am Monatsende noch genug Geld da ist. Die Hauptsorge soll sein, wie man sich beruflich weiterentwickelt oder wie es privat läuft. Was ich sagen möchte ist, dass die Probleme nicht daraus resultieren, dass zu wenig Geld da ist. Ja, ich glaube in der Schweiz muss sich der grösste Teil der Bevölkerung keine Gedanken machen, wie sie den nächsten Monat finanziell stemmen müssen.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für dich persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P5B: Also, ich würde der Aussage 1 zustimmen. Einfach aufgrund dessen, dass die Geschichte gezeigt hat, dass eine Gleichheit in der Gesellschaft nicht unbedingt zu Innovation führt. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass dieses System zum Scheitern verurteilt ist beziehungsweise ein Land nicht weiterbringt. Ich glaube einfach, dass eines der Haupttreiber der Innovation ist die «Ellenbogengesellschaft», in der jeder besser sein möchte als der andere. Genau das spornt die Menschen zu Höchstleistung an. Um etwas zu erreichen, muss man «Gas» geben und man muss schauen, dass man besser ist als alle andere. Ich glaube einfach, dass dieser Wettbewerb nicht nur die Unternehmenswelt fördert, aber auch die Gesellschaft voranbringt und alle auf ein anderes Niveau hebt. Die Leute, die dann besonders gut sind, können vielleicht auch die Schwächeren unterstützen und so kommt die Gesellschaft als Ganzes weiter.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie siehst du die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P5B: Ja, ich denke, dass die Einkommensverteilung fair, ja gerecht, und vor allem leistungsbezogen ist. Ich denke, dass es so verteilt ist, dass jeder das bekommen, was er leistet. Und das schöne ist, dass es eine gewisse Durchlässigkeit nach oben gibt. Das heisst, wenn du dich anstrengst, den Willen hast und bereit bist die Extrameilen zu gehen, ob es bei der Arbeit oder auf der Schulbank ist, es sollte für jeden möglich sein, nach oben zu kommen und in die gewünschte Lohnstufen vorzudringen. Durch die Leistung, die du erbringst, kannst du Sprünge machen, wenn du das möchtest. Darum denke ich, dass die Einkommensverteilung in der Schweiz fair ist. Wenn man möchte, kann man alles erreichen!

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deiner persönlichen Einkommenssituation?

P5B: Ich bin zufrieden damit. Ich finde es ein bisschen unfair, dass ich viel Geld verdiene, obwohl ich wenig geleistet habe und vielleicht andere die mehr geleistet haben, weniger verdienen. Aber ich glaube, jeder kann es selbst bestimmen, welchen Weg er gehen möchte. Allerdings ist der «Status Quo» zwar zufrieden, in zehn Jahren wäre ich damit nicht mehr zufrieden, da ich den Ansporn habe mich so schnell wie möglich weiterzuentwickeln. Ab dem Zeitpunkt, indem man mit dem Einkommen zufrieden ist, hat man eigentlich verloren. Also, ich finde du musst immer schauen, dass du dich weiterentwickelst. Stillstand ist für mich einen Rückschritt. Darum finde ich den «Status Quo» gut, aber es sollte nicht für immer so sein.

Frage 2.3:

V.C: Was denkst du, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P5B: Ich persönlich denke, dass die Ausbildung sehr wichtig ist. Ich bin letztes Jahr von Deutschland zugezogen und hatte keine Probleme eine Anstellung zu finden, im Gegenteil.

Ich kann mir eine grössere Ungleichheit bei weniger gebildeten Leuten oder auch bei Personen mit einem starken Migrationshintergrund erklären.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P5B: Ja, ganz klar. Ich glaube, ich habe mich bereits dazu geäussert. Wer mehr leistet, darf und muss auch mehr verdienen. Wenn ich mehr leiste als alle andere, dann kann ich in der Schweiz auch mehr verdienen.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deinen persönlichen Vermögensverhältnissen?

P5B: Da habe ich zurzeit gemischte Gefühle. Durch den Bezug der ersten eigenen Wohnung, sind meine Vermögensverhältnisse ein wenig geschrumpft. Darum aktuell nicht wirklich zufrieden. Aber der Plan ist natürlich den langfristigen Vermögensaufbau durch kluge Investitionen. Ich glaube, in den kommenden zehn Jahren werde ich bestimmt zufrieden sein.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P5B: Ich denke, wenn es eine Vermögensungleich gäbe, führt es auf lange Zeit zu Problemen. Eine Gesellschaft funktioniert nur, wenn es keine grosse Schere zwischen Arm und Reich gibt. Ich denke es ist wichtig, dass es allen mehr oder weniger gut geht und, dass jeder leben kann. Auf die Schweiz bezogen, sehe ich keine Probleme, da es der breiten Mittelschicht gut bis sehr gut geht.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P5B: Ich denke, dass die Gründe vielfältig sind. Einerseits die grossen steuerlichen Vorteile für reiche Ausländer in der Schweiz. Ich glaube, es gibt klar eine Vermögenskonzentration,

aber die gibt es in jeder Gesellschaft und ich glaube, sowas kann einfach nicht verhindert werden. So ein Steuersystem, wie es die Schweiz hat, begünstigt so was halt, aber natürlich profitiert auch die Gesamtbevölkerung und der Staat davon. Deswegen glaube ich, dass es einfach in einem gewissen Rahmen bleibt. Vor allem sollte man Acht geben, dass es eine gesunde Mittelschicht gibt und, dass 90 % bis 95 % der Bevölkerung im oberen Drittel sind. Es sollte möglichst allen gut gehen in einem Land.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo siehst du die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P5B: Ich denke, der steuerliche Ansatz ist nur eine kurzfristige Lösung. Um Ungleichheit langfristig zu beseitigen, muss du in Bildung, Infrastruktur und du musst schauen, dass dein Land gut aufgestellt ist im internationalen Vergleich. Ich glaube, das ist der einfachste Weg, um Ungleichheit in der eigenen Gesellschaft zu vermeiden. Der Staat muss schauen, dass wir eine gut ausgebildete Gesellschaft haben und das kann in meinen Augen nur durch eine gute Bildung, Infrastruktur und gleiche Voraussetzungen für jedermann erreicht werden. Obwohl ich noch nicht lange in der Schweiz lebe, denke ich, dass die Schweiz das ganz gut macht. Das sieht man auch sehr gut an der tiefen Jugendarbeitslosigkeit.

Zusatzfrage:

V.C: Ich nehme Bezug auf einer deiner vorherigen Antworten. Du hast erwähnt, dass das Schweizer Steuersystem eine Vermögenskonzentration begünstigt. Inwiefern kann die Einführung einer Kapitalgewinn- oder auch einer Erbschaftssteuer auf direkte Nachkommen die Ungleichheit dämpfen?

P5B: Vorweggenommen, dass ich es nicht gerecht finde, dass der Staat auf Vermögen Steuern erhebt, welches schon Mal besteuert hat. Da würde er ja doppelt profitieren. Ob es die Ungleichheit reduzieren würde, denke ich weniger. Ich glaube, durch die Einführung solcher Steuern läuft die Schweiz die Gefahr, dass vermögende Leute wütend werden und wegziehen. Entsprechend würden so, substantielle Steuergelder in der Kasse fehlen. Eine Kapitalgewinnsteuer wäre eine Bestrafung der Leute, die aus ihrem Vermögen etwas

Sinnvolles machen wollen und investieren, anstatt diese auf dem Konto oder zu Hause im Tresor zu haben. Ich finde, wenn jemand das Risiko eingeht Geld zu verlieren, dann sollte er nicht bestraft werden, wenn es sich positiv entwickelt und vermehrt.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P5B: Ich glaube, man sollte immer was machen, aus dem Grund, dass man optimiert. Egal in welche Richtung. Ich glaube, es sollte sich alles in einem gewissen Rahmen bewegen, sodass niemand benachteiligt wird. Deswegen würde ich sagen, so wie es ist, ist es aktuell gut. Mir steht es nicht zu, nach so einer kurzen Zeit in der Schweiz über diese Situation zu urteilen.

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P5B: Ich glaube, weil die Bevölkerung wahrscheinlich weiter dieses kompetitive Umfeld pflegen möchte. Weil du für dein Brot etwas machen solltest. Ich glaube, das ist der eine Grund. Und der andere Grund ist, dass die Gesellschaft wahrscheinlich einfach die Ungleichheit in der Schweiz nicht sieht, da es vielen finanziell gut geht. Vielleicht hat sie auch Angst selber mehr abgeben zu müssen, zum Beispiel durch Steuern, sodass andere mehr haben. Ich glaube einfach, dass nicht unbedingt Not gesehen wird, dass so Initiativen durchkommen. Ich glaube, das zeigt auch wieder ganz gut, dass es so wie es ist, gut ist.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was du im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchtest?

P5B: Mir fällt nichts mehr ein.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Proband 6

Datum und Uhrzeit: 26. April 2021, 18:30 - 18:55 Uhr

Teilnehmer: Proband 6 (P6B) und Vanessa Colicchio (V.C)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich bei dir dein Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird für meine Bachelorarbeit verwendet. Dabei bestätige ich dir die Wahrung deiner Anonymität. Bist du unter diesen Umständen einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Wenn du einverstanden bist, darfst du mit «Ja» antworten.

P6B: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit dir deine Personalien erfassen. Du darfst dich bei einzelnen Fragen selbstverständlich auch enthalten, falls du dich nicht äussern möchtest. Bei Unklarheiten darfst du jederzeit nach einem Beispiel oder nach einer detaillierten Erklärung fragen. Gerne darfst du dich kurz zu deinem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, deiner Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P6B: Alter: 44 Jahre, Nationalität: Mazedonien, Wohnkanton: Thurgau, Ausbildung: diplomierter Maler, berufliche Tätigkeit: Inhaber eines Malergeschäftes mit 14 Mitarbeitern, politische Orientierung: Mitte.

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfindest du die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P6B: Ich finde die Situation eigentlich nicht besorgniserregend, weil wir hier eine sehr komfortable Lage haben. Es geht uns grundsätzlich allen gut und ich sehe ihr keine Probleme.

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihst du dich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte dich, deine Antwort kurz zu erläutern.

P6B: Ich sehe unsere Gesellschaft definitiv beim Typ D. Ich sehe mich heute in der Mittelschicht. Es geht mir sehr gut.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P6B: Also wir haben in der Schweiz einen sehr hohen Wohlstand auch verglichen mit den Nachbarländern. Uns geht es allen gut. Bei uns muss niemand freiwillig unter der Brücke schlafen.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für dich persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P6B: Also ich finde, wir brauchen eine Ungleichheit, weil genau das belebt den Markt. Das bringt neue Ideen. Ich habe gelernt, jemand als Vorbild zu nehmen, wenn er etwas gut macht. Das hat mich weitergebracht. Genau aus diesem Grund muss es keine Gleichheit geben.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie siehst du die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P6B: Grundsätzlich finde ich, wir haben alle ein gutes Grundeinkommen. Es gibt sicher Leute, die sehr gutes Geld verdienen, aber das sind auch «spezielle» Leute, die auch wichtige Aufgaben übernehmen und Entscheidungen treffen. Und darum finde ich, dass diese auch mehr verdienen sollen. Das ist für mich gerecht und es nimmt mir auch nichts weg. Selbstverständlich gibt es auch diejenigen, die tiefe Löhne haben, aber das wird auch einen Grund haben.

Frage 2.4 (vorgezogen):

V.C: Ich knüpfe an deine letzte Antwort an. Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P6B: Wer mehr arbeitet, sollte auch mehr verdienen. Definitiv! Egal welche Ausbildung jemand macht, man muss sich immer beweisen. Intelligent zu sein bringt nichts, wenn man diese nicht nutzt. Und wenn der CEO (...) von studiert hat, dann ist es auch fair, dass er mehr verdient als jemand der vielleicht zu faul war. Ich habe nur eine Lehre als Maler, aber ich glaube, auch ich habe etwas bewirken können. Es hat Platz für alle, das ist meine Meinung. Bei uns in der Schweiz haben wir so viele Chancen und Möglichkeiten, um uns zu entwickeln. Aber der Wille muss da sein. Ich denke die Leute diskriminieren sich selbst und so bleiben sie stehen.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deiner persönlichen Einkommenssituation?

P6B: Ich bin mehr als zufrieden. Es braucht, aber auch immer viele Investitionen, aber grundsätzlich bin ich zufrieden. Wir können alles bezahlen, wir wohnen schön und können in den Urlaub fahren. Ja, ich bin zufrieden. Ich sage immer, das Problem liegt nicht beim Einkommen, das Problem liegt bei den Menschen, die nicht damit umgehen können. Egal wie viel die Leute verdienen, es ist eine Grundhaltung.

Frage 2.3:

V.C: Was denkst du, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P6B: Ich denke an alleinerziehenden Müttern. Ich finde das sehr hart, was diese leisten müssen. Diese haben eine harte Zeit, weil sie vielleicht nicht arbeiten können und gleichzeitig den Anschluss nicht mehr finden, wenn die Kinder gross sind.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deinen persönlichen Vermögensverhältnissen?

P6B: Ich bin zufrieden. Mir geht es gut. Ich und meine Familie können uns praktisch alles leisten, was wir benötigen und müssen nicht genau schauen.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P6B: Ich finde, dass das kein Problem ist. Mit der heutigen Zinspolitik wirst du bestraft, wenn du zu viel Geld hast. Dann musst du investieren und das belebt die Wirtschaft. Unsere wohlhabenden Leute flüchten nicht aus der Schweiz, das heisst, dass das Geld im Land bleibt. Das viele Geld haben die meisten Menschen auf dem legalen Weg verdient, das nehme ich jetzt einfach mal an, und dann ist es auch legitim. Für mich ist das grundsätzlich in Ordnung. Und was auch noch ist. Wer viel Geld hat, muss auch mehr Steuern bezahlen als du und ich. Je mehr Geld wir hier haben, desto besser geht es uns allen, unabhängig wem das Geld gehört.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P6B: Es ist klar, wer Geld hat, kann durch gute Investitionen auch mehr anhäufen. Aber ich finde das legitim, denn Investitionen sind auch mit Risiken verbunden. Da spreche ich aus Erfahrung, aber Mut wird in der Regel belohnt.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo siehst du die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P6B: Ich glaube das Problem liegt nicht beim Staat, sondern bei den Leuten. Der Schweizer Staat macht schon vieles und gut. Er investiert in Bildung und Infrastruktur. Als selbständige Person kann ich dir versichern, dass der Schweizer Staat auch viel Arbeit gibt und wir so auch viele Leute beschäftigen können in unserem Land.

Zusatzfragen:

V.C: Bezugnehmend auf einer deiner vorherigen Antworten. Du hast das Thema Steuern angesprochen. Wir kennen in der Schweiz auch eine Pauschalbesteuerung für reiche Ausländer. Wie stehst du zur Aussage, dass die Steuern der wohlhabenden Ausländer zum Wohlstand der ganzen Schweizer Bevölkerung beitragen?

P6B: Ich finde, dass die Schweiz das gut macht. Ob die Ausländer jetzt Prozent «X» oder Prozent «Y» bezahlt, das ist doch mir egal. Diese müssen auch Steuern bezahlen und dann nehmen wir doch das. Diese Leute zahlen immer noch sehr viele Steuern. Der Reiche konsumiert hier und kauft ein. Sie geben auch uns Handwerkern Arbeit. Wieso müssen wir dann diese Leute nicht aufnehmen? Alle profitieren, aber wie gesagt, jeder sieht es anders. Viele Leute sind neidisch. Wer Geld hat, hat halt Geld.

V.C: Also es gibt verschiedene Möglichkeiten wie der Staat eingreifen kann. So kann der Staat beispielsweise durch Steuern eingreifen. Wir werden in der Schweiz progressiv besteuert, das heisst, dass mit steigendem Einkommen mehr Steuern bezahlt werden müssen. Wie empfindest du als Unternehmer das Schweizer Steuersystem?

P6B: Ich kenne mich nicht sehr gut aus und weiss auch nicht genau wie hoch die Progression in meinem Fall ist. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass der Staat mich ausbeutet. Wenn ich das mit dem Ausland vergleiche, dann finde ich das Schweizer System sowieso mehr als gerecht.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P6B: Man kann es immer besser und anders machen. Aber ich finde das System gut wie es ist. Eine Veränderung ist immer mit Risiko verbunden, darum lieber alles so lassen, denn es funktioniert bei uns.

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P6B: Ich bin total dagegen etwas zu ändern, was vielleicht langfristig etwas zerstören könnte. Die Leute sehen das vielleicht ähnlich wie ich. Wenn etwas angenommen wurde und es funktioniert, dann sollte man es nicht immer umstellen. Die Leute machen sich Gedanken auch für ihre Kinder. Die Leute in der Schweiz sind vernünftig.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was du im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchtest?

P6B: Ich habe mich noch nie bewusst mit diesem Thema befasst. Grundsätzlich verdienen wir alle einen guten Grundlohn und wenn man damit anständig umgeht, dann kann man in der Schweiz leben. Und wenn man mehr verdienen möchte, dann muss man auch etwas dafür tun. Jeder von uns kann erfolgreich sein, egal in welchem Beruf.

V.C: Vielen Dank für deine Teilnahme.

Gesprächsabschluss

Transkript des Interviews mit Probandin 7

Datum und Uhrzeit: 27. April 2021, 19:00-19.30 Uhr

Teilnehmer: Probandin 7 (P7B) und Vanessa Colicchio (V.C)

Gesprächseinstieg II

V.C: Zu Beginn des Interviews möchte ich bei dir dein Einverständnis für die Aufzeichnung des Gesprächs einholen. Der Inhalt der Aufzeichnung wird für meine Bachelorarbeit verwendet. Dabei bestätige ich dir die Wahrung deiner Anonymität. Bist du unter diesen Umständen einverstanden, wenn ich das Gespräch aufnehme? Wenn du einverstanden bist, darfst du mit «Ja» antworten.

P7B: Ja.

V.C: Vielen Dank. Als erstes möchte ich mit dir deine Personalien erfassen. Du darfst dich bei einzelnen Fragen selbstverständlich auch enthalten, falls du dich nicht äussern möchtest. Bei Unklarheiten darfst du jederzeit nach einem Beispiel oder nach einer detaillierten Erklärung fragen. Gerne darfst du dich kurz zu deinem Alter, Wohnkanton, Bildungsabschluss, deiner Nationalität, beruflichen Tätigkeit und politischen Orientierung äussern.

(Personalien wurden stichwortartig zusammengefasst)

P7B: Alter: 60 Jahre, Nationalität: Schweiz, Wohnkanton: Zürich, Ausbildung: kaufmännische Ausbildung, berufliche Tätigkeit: Fachmitarbeiterin Sozialversicherungen bei einer Schweizer Gemeinde im Kanton Zürich, politische Orientierung: Mitte bis Mitte-rechts.

1.) Einstiegsfragen

Frage 1.1:

V.C: Bestens, vielen Dank. An dieser Stelle möchte ich mit dem eigentlichen Interview beginnen. Dabei möchte ich das Interview mit der folgenden Frage eröffnen: Wie besorgniserregend empfindest du die Einkommens- und Vermögensungleichheit in der Schweiz und weshalb?

P7B: Also ich finde schon, dass das noch besorgniserregend ist. Weil für mich persönlich geht die Schere schon stark auseinander. Das hat mir auch wieder die Coronakrise gezeigt. Ja, wie soll ich sagen. Trotz der Krise sind gewisse Leute, die schon Geld haben, noch reicher geworden. Von dem her, denke ich schon, dass diejenigen, die schon viel haben mit wenig noch reicher werden. Ich finde, diese Entwicklung hat sich vor allem in den letzten fünf Jahren extrem entwickelt.

Vertiefungsfrage:

V.C: Ich knüpfe an deine vorherige Antwort. Wenn die Reichen immer reicher werden, wie siehst du die Situation der Armen dabei?

P7B: Ich habe nicht das Gefühl, dass sich bei denen was verändert. Sie werden zwar nicht reicher, aber ich glaube nicht, dass man in der Schweiz «verhungert».

Frage 1.2:

V.C: Welche Gesellschaftsform auf dem Bild beschreibt die Schweiz am besten und wo reihst du dich in dieser Gesellschaftsform ein (Typ A-E)? Ich bitte dich, deine Antwort kurz zu erläutern.

P7B: Das ist noch ganz schwierig. Am ehesten beim Bild D. Wir haben einen klaren Mittelstand. Zwar finde ich, dass der Mittelstand langsam ein wenig verloren geht. Ich würde mich beim Mittelstand einreihen.

Frage 1.3:

V.C: Was sagt die gewählte Gesellschaftsform über die Wohlstandssituation in der Schweiz aus?

P7B: Unser Land steht immer noch sehr gut da. Das ist meine Meinung. Auch jemand der nichts hat, kann durch Sozialleistung und unsere Sozialwerte in der Schweiz leben. Ich sehe das bei meiner Tätigkeit, diese Leute werden alle vom Staat unterstützt. Sogar Leute, die nichts tun, werden vom Staat nicht alleine gelassen und unterstützt.

Frage 1.4:

V.C: Welche Aussage ist für dich persönlich zutreffend und weshalb?

1. Eine moderate Ungleichheit ist akzeptabel und notwendig zur Förderung eines gesunden und kompetitiven Umfeldes.
2. Ungleichheit ist für das Wirtschaftswachstum eines Landes nicht notwendig, führt zu gesellschaftlicher Spaltung und hemmt das Wirtschaftswachstum.

P7B: Da musste ich studieren. Ich würde die erste Aussage wählen, da diese für mich noch zutrifft. Es ist noch schwierig das zu erklären. Aber für mich ist es definitiv nicht die Aussage zwei. Ich denke, dass eine gewisse Diversität gut ist. Auch wenn die Ungleichheit da ist, wie ich gesagt habe, in unserem Land können wir noch viel ausgleichen. Wenn ich manchmal IV-Bezüger bei uns sehe, die noch Ergänzungsleistungen beziehen, dann können die gut leben. Das bedeutet nicht, dass diese sich sieben Mal im Jahr Ferien leisten können, aber sie können gut leben. Das Gleiche, auch wenn man eine AHV mit Ergänzungsleistungen bezieht.

2.) Einkommensungleichheit

Frage 2.1:

V.C: Wie siehst du die Einkommensverteilung in der Schweiz und weshalb?

P7B: Ein Hauch ungerecht in dem Sinne, wenn ich sehe, dass gute Handwerker mit vielleicht einer vierjährige Ausbildung einfach nie mehr als vielleicht 6'000 Schweizer Franken verdienen können. Und jemand, der eine kaufmännische Lehre und vielleicht noch die Berufsmaturität (BMS) hat, so wie ich, kann auch fast 100'000 Schweizer Franken verdienen. Und dann muss ich schon sagen, Handwerker, die vielleicht auch eine vierjährige Lehre haben, können das nicht. Da ist eine Ungleichheit und da hätte ich gerne eine Regelung seitens Staates. Auch zum Beispiel eine Reinigungskraft. Egal was ein Mensch arbeitet, er sollte von diesem Geld leben können und nicht wie im Ausland, noch einen zweiten Job ausüben müssen. Eben das meine ich. Da geht mir die Schere auch gegen unten ein wenig zu stark auf.

Frage 2.2:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deiner persönlichen Einkommenssituation?

P7B: Sehr zufrieden, dass muss ich ehrlich zugeben. Ich habe fast 100'000 Schweizer Franken Lohn pro Jahr. Mein Job ist streng, aber... Wenn wir eine kaufmännische Angestellte bei einem KMU vergleichen, diese verdient das nicht. Und das ist genau was ich meine. Der Betrieb kann ihr das nicht bezahlen.

Frage 2.3:

V.C: Was denkst du, welche Bevölkerungsgruppen sind von einer Ungleichheit am stärksten betroffen und warum?

P7B: Das Gesundheitswesen wie zum Beispiel eine Krankenschwester, die eine grosse Verantwortung hat. Ich meine wir haben eine Verantwortung über Finanzen, aber wenn diese mir eine falsche Tablette gibt, dann bin ich vielleicht tot. Da sehe ich die Ungleichheit. Ich meine auch Spitex, ich meine alte Leute zu Hause betreuen. Das ist eine harte Arbeit. Wir können schon sagen, sie hat keinen Hochschulabschluss, aber wir brauchen auch solche Leute und wir müssen diese auch angemessen bezahlen. Aber Armut kenne ich bei uns nur bei Haushalten, bei denen Mann und Frau das Gefühl haben, sie müssen einfach nicht arbeiten. Und da muss ich einfach sagen, auch wenn man keine gute Ausbildung hat, ist das kein Grund nicht arbeiten zu gehen. In der Schweiz haben wir viele Möglichkeiten, um etwas zu verdienen.

Frage 2.4:

V.C: Inwiefern ist eine Einkommensungleichheit nach erbrachter Leistung legitimiert, vorausgesetzt, dass Chancengleichheit herrscht?

P7B: Wenn diese dieselben Chancen gehabt haben, dann finde ich definitiv, dass wer mehr leistet auch mehr erhalten sollte.

3.) Vermögensungleichheit

Frage 3.1:

V.C: Wie zufrieden bist du mit deinen persönlichen Vermögensverhältnissen?

P7B: Ich bin sehr zufrieden. Aber wir haben halt auch als Kind gelernt zu sparen. Auch wenn wir Normalverdiener sind, wir haben es zu etwas gebracht. Wir besitzen ein Haus und eine Ferienwohnung und das ist alles Eigenleistung.

Frage 3.2:

V.C: Inwiefern ist eine ungleiche Vermögensverteilung für die Schweiz ein Problem?

P7B: Manchmal habe ich das Gefühl, dass wir uns langsam in eine sogenannte «Parallelgesellschaft» bewegen. Es entsteht manchmal auch Neid von den Leuten, die weniger haben. Aber ich merke, dass es auch Leute gibt, die gar nicht wollen. Viele unserer Beistände wollen mit 30 Jahre nicht mehr 100 % arbeiten und das hätte man sich früher gar nicht vorstellen können. Ich glaube, wenn die Leute normal überlegen nicht. Ich denke, dass das Problem erst entsteht, wenn wir zu viele Arbeitslose haben. Ich glaube, dann entsteht Neid. Wenn es den untersten Einkommen, die im Moment noch zufrieden sind, aber wenn diese dann leiden würden, dann könnte es ein Problem geben. Aber ansonsten denke ich eher nicht.

Frage 3.3:

V.C: Welche Ursachen führen zu einer hohen Vermögenskonzentration?

P7B: Also ich gehe mal von mir aus. Mir wurde als Kind immer gesagt: «Spare in der Zeit, so hast du in der Not». Es gibt aber Leute, die mit mir aufgewachsen sind, die leben heute und geben alles aus. Das ist eine Einstellungssache und auch was für Ziele die Leute haben. Wir wollten immer ein Haus haben, anderen ist das nicht wichtig. Gewisse Leute erben auch, dass könnte ich mir auch noch vorstellen.

4.) Schweizer Institutionen und Strukturen

Frage 4.1:

V.C: Wo siehst du die Rolle des Staates als wichtigster Hebel, um die Ungleichheit zu reduzieren?

P7B: Es gibt Verbesserungsvorschläge. Gewisse Sachen könnte man schon noch progressiver machen. Also wenn man heute sieht, dass viele Leute eine Krankenkassenunterstützung vom Kanton erhalten, dann muss man sich schon fragen, was

ist da noch richtig. Wir haben nur die Steuern, die wirklich progressiv sind. Aber ich könnte mir auch vorstellen, dass wir ab 250'000 Schweizer Franken die AHV-Beiträge progressiv erhöhen. Das würde vielleicht unsere AHV schon decken. Das wäre einfach eine Idee.

Zusatzfragen:

V.C: Ich nehme Bezug auf deine letzte Antwort. Wir haben bereits über die Einführung einer Erbschaftssteuer zur Stärkung der AHV abgestimmt. Inwiefern kann die Einführung einer Erbschaftssteuer auf direkte Nachkommen die Ungleichheit dämpfen?

P7B: Also ich finde nicht, dass eine Erbschaftssteuer gerecht wäre. Das Problem kann nicht ein Problem der Erben sein. Das hat für mich keinen Zusammenhang. Ich meine, auch eine ärmere Person kann erben, wenn er dann auch noch etwas abgeben müsste, wäre das für ihn auch viel. Und wenn jemand erbt, egal wie viel, dann ist das für mich in Ordnung. Ich bin da nicht neidisch.

V.C: Wir bleiben beim Thema Steuern. Wir kennen in der Schweiz auch eine Pauschalbesteuerung für wohlhabende Ausländer. Wie stehst du zur Aussage, dass die Steuern der wohlhabenden Ausländer zum Wohlstand der ganzen Schweizer Bevölkerung beitragen?

P7B: Ich muss zugeben, dass die Schweiz im Vergleich zu anderen Ländern in Europa eine angemessene Besteuerung für jeden hat. Aber das befürworte ich nicht zu 100 %, denn das Geld fehlt, dann auch in diesen Ländern. Ich vermute schon, dass es zu unserem Wohlstand beiträgt, ansonsten würden wir uns nicht darum bemühen.

Frage 4.2:

V.C: Inwiefern müssen staatliche Massnahmen für eine «gerechte» Wohlstandsverteilung getroffen werden?

P7B: Was für mich noch wichtig wäre, ist die Abschaffung des Eigenmietwertes. Das wollen zwar die Linken nie, aber wenn wir da genau hinschauen, ist das problematisch. Ältere Leute müssen aus ihrem Haus, weil wir mit 5 % hypothetisch rechnen und müssen enorm Steuern bezahlen durch den Eigenmietwert. Und ich finde das schade, weil wenn sie dann später ins

Heim müssen und dem Staat auf die Kasse drücken, dann ist das nicht das Ziel. Ich bin grundsätzlich für die Abschaffung, dann könnten viele ihr Eigenheim behalten.

Frage 4.3:

V.C: Warum hat das Volk in der Vergangenheit viele politische Initiativen zur Eindämmung von Ungleichheit abgelehnt?

P7B: Es kommt darauf an welche. Gewisse Initiativen fördern unsere Gesellschaft nicht und ich denke das möchten die Leute nicht tolerieren. Ich glaube, solche Initiativen sind zu radikal. Diese haben nur eine Chance, wenn die Linken stärker werden. Ich glaube, die Gegner von solchen Sachen, die haben immer gut argumentiert. Bei den Schweizer habe ich auch das Gefühl, dass viele Leute auch auf den Bundesrat hören. Und dieser war ja, wie ich weiss, immer dagegen. Ich stimme zwar immer ab, aber ich kann mir vorstellen, dass nicht alle abstimmen. Ich sage es ganz einfach, es geht den Leuten bei uns noch sehr gut. Und denjenigen, den es nicht gut geht, die gehen zum Staat und dann erhalten sie es auch. Aber es ist wirklich so, am Schweizer geht es noch sehr gut.

5.) Abschlussfrage

Frage 5.1:

V.C: Gibt es noch etwas, was du im Zusammenhang mit der Ungleichheitssituation in der Schweiz ergänzen möchtest?

P7B: Grundsätzlich geht es uns hier gut. Aber es gibt Sachen, die mich langsam ein wenig stören. Eben dass Leute, die nichts machen besser fahren als Leute, die vielleicht die Intelligenz nicht haben, aber sich bemühen. Diese machen eine Lehre oder vielleicht arbeiten sie einfach hart für 4'500 Schweizer Franken und haben am Schluss einfach weniger, weil sie alles selber bezahlen müssen. Andere, die Sozialleistungen beziehen, haben schlussendlich mehr, da ihnen alles bezahlt wird und diese keine Steuern bezahlen müssen, da die Zusatzleistungen steuerfrei sind. Und da muss ich schon sagen, da bin ich nicht wirklich einverstanden. Die Ungleichheit gegenüber Leuten, die vielleicht wenig verdienen, aber arbeiten. Ich finde diese sind manchmal schlechter gestellt. Das muss kontrolliert werden!

V.C: Vielen Dank für deine Teilnahme. **Gesprächsabschluss**